DIE DEUTSCHE FRAGE

Von den Anfängen bis 1933

Text und Hinweise
herausgegeben von Helmut Sündermann

DRUFFEL-VERLAG

DIE DEUTSCHE FRAGE

Als „politisches Lesebuch" charakterisiert der Herausgeber diese Sammlung von Texten und Hinweisen zur „deutschen Frage". Zusammengestellt aus den über 40 Verlagswerken des Druffel-Verlages sind die Beiträge nach dem Gesichtspunkt ausgewählt, „die entscheidenden Konturen eines mehr als tausendjährigen Volksgeschehens" zu verdeutlichen.

In lockerer Gliederung, gelegentlich auch durch Anekdoten verlebendigt, beleuchten die Streiflichter den historischen Weg der Deutschen von den Tagen der Römerherrschaft bis zum Schicksalsjahr 1933. „Von Hitler bis heute" wird ein weiterer, für das Frühjahr 1969 vorgesehener, Band führen.

Die dramatische Spannung des historischen Geschehens setzt mit der zielstrebig in den deutschen Raum wirkenden Politik des französischen Kardinals Richelieu und seinem bis in die Gegenwart spürbaren Vermächtnis ein, sie entzündet sich immer neu an der Tatsache, daß es den Deutschen im Gegensatz zu allen anderen europäischen Völkern immer wieder verwehrt blieb, sich in einem geeinten Nationalstaat politisch darzustellen.

Seit einem halben Jahrtausend wurde — diese Tatsache ist durch eine eindrucksvolle Kartenskizze verdeutlicht — der politische Raum der Deutschen immer enger zusammengedrängt und aufgeteilt. Nicht „Angriff" sondern „Abwehr" war das deutsche Schicksal. Schließlich erlebten wir im 20. Jahrhundert — nachdem auch England sich gegen die Deutschen stellte — zwei Niederkämpfungskriege, deren Auswirkungen bis zum heutigen Tag das Weltbild verwirren.

Die Gründe und Hintergründe dieses für ganz Europa katastrophalen Geschehens werden in lebhafter Überschau einprägsam deutlich gemacht — dem historisch Unterrichteten eine farbige Anreicherung seines Geschichtsbildes, dem politisch Interessierten ein zuverlässiger Wegweiser zu allen Schwerpunkten des Geschehens.

In seiner Vorrede „Die ‚deutsche Frage' und wir, die Deutschen" formuliert der Herausgeber das „Anliegen dieses Bandes" und die „Forderung an seine Leser" in dem Satz: „daß in einer Zeit der Verwirrung und des Starrens in viele Nebel das für die Suche des weiteren Weges Wichtige uns wieder selbstverständlich werde und bleibe . . ."

DIE DEUTSCHE FRAGE

Von den Anfängen bis 1933

DIE DEUTSCHE FRAGE

Von den Anfängen bis 1933

Texte und Hinweise

herausgegeben von Helmut Sündermann

DRUFFEL-VERLAG

Leoni am Starnberger See

Kartenskizze: Hasso Freischlad

Gesamtherstellung: Freisinger Tagblatt Dr. Franz Paul Datterer OHG
Freising — Printed in Germany

INHALTSÜBERSICHT

ERLÄUTERUNG DES HERAUSGEBERS

Die in diesem Sammelband dem Leser vorgelegten Texte und Hinweise zur deutschen Frage sind ausnahmslos aus den im Druffel-Verlag in den Jahren 1952 bis 1967 erschienenen Büchern zusammengestellt. Ein bibliographisches Verzeichnis dieser 43 Titel mit ihren nach der Erscheinungszeit der jeweiligen Erstauflage geordneten Verlagsnummern bildet auf den Seiten 217 bis 220 den Schluß des Buches.

Die Fundstellen zu den Texten und Hinweisen sind durchwegs verkürzt wiedergegeben: die Verlagsnummer v o r, die Seitenzahl n a c h einem Schrägstrich. So verweist z. B. die Fundstellenangabe „21/103" auf die Seite 103 des Verlagswerkes 21 (Dr. Rütger Essén: Sven Hedin — Ein großes Leben).

Die ergänzenden Hinweise — sie sind zwischen die Texte an den zeitlich bzw. sachlich zweckmäßigen Stellen eingefügt und mit ● gekennzeichnet — hat der Herausgeber trotz der gebotenen Kürze informativ zu formulieren sich bemüht, eine volle Kenntnis des jeweiligen Sachverhaltes bw. Zitates kann nur das Nachschlagen an den Fundstellen vermitteln.

Um ein Übergewicht der unvermeidlich knappen Hinweise über die ausführlicheren Texte zu vermeiden, wurde von der zunächst vorgesehenen Zusammenfassung des Gesamtstoffes in einem Band abgesehen. Im Frühjahr 1969 erscheint in gleicher Gestaltung der zeitlich weiterführende abschließende Band:

DIE DEUTSCHE FRAGE

Von Hitler bis heute

DIE »DEUTSCHE FRAGE« UND WIR, DIE DEUTSCHEN

Weltgeschichte ist Völkergeschichte — daß wir, die Deutschen, seit anderthalb Jahrtausenden in einer „Mitte" leben, bestimmt unser Schicksal in der Gegenwart wie in der Vergangenheit. Nachbarvölker glauben uns fürchten zu sollen, wünschen uns geschwächt und geteilt zu wissen. Wir dagegen streben — wie jedes Volk von Bedeutung — nach eigener Entfaltung, wollen unsere Zusammengehörigkeit in natürlicher Freiheit erleben, unser Dasein nach unserem Willen einrichten. Die jahrhundertelange Wechselfolge von Bedrohung und Einengung, von Bestehen-Wollen und Sich-Luft-Verschaffen des größten europäischen Volkes: dies ist der Kern der „deutschen Frage" nicht erst seit gestern und heute, sondern seit gut fünf Jahrhunderten.

„Wir, die Franzosen" — „Wir, die Engländer" — „Wir, die Italiener, Ungarn, Polen, Dänen . . .": so sprachen und sprechen Millionen und aber Millionen ganz selbstverständlich und ungezwungen von sich und ihrem Volk. Nur das Wort „Wir, die Deutschen" hat rebellischen Klang: weil es Unerfülltes bezeichnet, deutet es eine Forderung an, ein Unterton von Trotz, Beharrung und Recht schwingt mit . . .

„Wir, die Deutschen" — so haben sich freilich schon die Ritter und Mannen des Kaisers Friedrich Barbarossa unter den Kreuzfahrern aus aller Herren Ländern mit gelassenem Stolz benannt.

„Wir, die Deutschen" — unsere Sprache ist die des Nibelungenliedes, Walters von der Vogelweide, Luthers, Goethes; ihr Klang und die Gedanken, denen sie den Weg freigemacht hat, wirken weit über den Bereich unseres Volkes hinaus.

„Wir, die Deutschen" wurden tausend Jahre hindurch aus der Heimat fortgerufen und sind fortgezogen, um in der Fremde Wälder zu roden, Ländereien urbar zu machen, Städte zu gründen und Recht zu setzen. Im Bereich des Forschens, des Denkens und der Kunst haben Deutsche der ganzen Menschheit Leuchtfeuer gesetzt; in der modernen Welt der Technik ist dem voranschreitenden deutschen Erfinder eine ganze Armee werktätiger Vollbringer gefolgt.

Wie uns nicht erst die einstigen Fürsten zu dem machten, was wir sind, so vermögen uns auch heute weder „gesellschaftliche Strukturen" noch sonstige Einwirkungen fremder Mächte in unserer Wesensart zu verändern. Die Fleißigen können nicht zu Faulpelzen, die

Tapferen nicht zu Feiglingen, die Tüchtigen nicht zu Tagedieben „umerzogen" werden. Wir sind geblieben und werden bleiben, was wir sein sollen und sein dürfen: eine der großen Weltnationen, die ihren Platz unter den Völkern durch Leistung und Tatkraft unbezweifelbar bezeichnet haben.

Unter dem Vorwand, wir — ausgerechnet wir, die Deutschen, die in Europa seit einem halben Jahrtausend immer dichter zusammengedrängt werden — erstrebten eine „Weltherrschaft", wurden wir im 20. Jahrhundert wieder einmal niedergekämpft. Seit 1945 leben wir im Zustand brutaler Zerteilung und kontrollierter Entmachtung. Einer unterworfenen Nation die Erinnerung an ihre Geschichte zu mindern, wenn nicht auszulöschen, ist von Siegermächten nicht erst in unserer Zeit als Sicherheitsverfahren erkannt und angewandt worden, um möglichem Widerstand entgegenzuwirken. Das ist nur allzu verständlich: ein Volk, das sich überlieferter Fähigkeit zu Selbsterhaltung, Selbstverteidigung und Selbstbestimmung deutlich bewußt ist, das vergangene Schicksalskrisen oder gar -katastrophen überlebt, sich aus ihnen wiedererhoben hat und all dessen sich klar erinnert, das kann und wird aus solchem Vergangenheitswissen Zuversicht schöpfen und Willenskraft zu neuem Zieldenken gewinnen.

Die Geschichte eines Volkes ist ein Teil seiner Gegenwart — und ein vergessenes Gestern ist für die Lebenden ein vertanes Morgen.

Dem Herausgeber des vorliegenden Bandes ist verblüffend und überzeugend sichtbar geworden, wie deutlich sich die für die deutsche Frage entscheidenden Konturen eines mehr als tausendjährigen Volksgeschehens bereits in den unterschiedlichen Beiträgen abzeichnen, die eine Vielzahl von Autoren in anderthalb Jahrzehnten zur Publikationsarbeit eines einzigen, allerdings bewußt nationalpolitisch geführten, Buchverlages beigetragen haben.

Diese Sammlung von Texten und Hinweisen ist in ungewohnter Form zusammengestellt; die Erinnerung an das „Lesebuch" hat mitgewirkt, mit dem wir alle einst unsere ersten festen Schritte in die geistige Welt des Deutschtums getan haben. Das hier vorgelegte p o l i t i s c h e „Lesebuch" soll uns ähnlich einfach und sicher an die Umstände und Schicksale heranführen, die für uns, die Deutschen, bestimmend waren und sind.

Daß in einer Zeit der Verwirrung und des Starrens in viele Nebel das für die Suche des weiteren Weges Wichtige uns wieder „selbstverständlich" werde und bleibe: das ist das Anliegen dieses Bandes — und auch eine Forderung an seine Leser. *H. S.*

DER HINTERGRUND

Römer und Germanen

Nach der Schlacht im Teutoburger Walde (im Herbst des Jahres 9), in der Hermann der Cherusker den römischen Feldherrn Varus vernichtend schlug, jagte ein römischer Reiter nach Rom. Als er durch die Straßen der Stadt sprengte, sah er, wie die Römer gerade ihre Häuser zu einer Siegesfeier schmückten. „Nehmt die Kränze ab!" rief er laut, „es ist mehr zum Weinen als zum Lachen!"

Als der römische Kaiser Augustus die Botschaft von der schweren Niederlage vernahm, war er so bestürzt, daß er Monate hindurch Bart und Haare herabhängen ließ, und seine Gespräche immer wieder mit dem Klageruf unterbrach: „Varus, Varus, gib mir meine Legionen wieder!"

Kaiser Tiberius, des Augustus Nachfolger, ließ zwar einige Rachezüge ins Land der Germanen unternehmen, verzichtete aber auf den Gedanken, den jenseits des Rheins und des „Limes" gelegenen Teil Germaniens zu erobern. Er soll gesagt haben: „Überlaßt die Germanen ihrer eigenen Zwietracht."

Anekdoten 28/7

Die Völkerwanderung

Alle menschlichen Leistungen und Werke sind mit dem Leben und der Tatkraft ihrer Schöpfer und Verteidiger untrennbar verbunden. Als die Inkas ausgestorben waren, wuchs der Urwald über ihren Städten; als es keine Römer mehr gab, wurde der römische Staat zum hinfälligen Kartenhaus, und die Germanen schritten über ihn hinweg!

Nichts ist verwirrender als unsere gewohnte Art, Geschichte zu studieren. Unter der Fülle äußerlichen Zierrats bleiben meist die Grundmauern verborgen; wir beschäftigen uns mit der Vergangenheit als würden wir Zeitung lesen, in der das Wichtigste und Belanglose, das Dauernde und das Vergängliche in unterschiedsloser Fülle nebeneinander berichtet wird. In Wirklichkeit aber ist nicht das Tagesgeschehen etwa der Völkerwanderungszeit für unsere Gegenwart von Bedeutung, wohl aber lohnt es sich, die innere Veränderung der europäischen Völkerschaften zu beachten, die sich damals vollzog und die heutigen Nationen ausprägte.

Daß die Germanenstämme sich um 400 n. Chr. aus dem Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer zu ihren gewaltigen Westabenteuern aufmachten und dabei fast überall untergingen, ihren Blutanteil aber in den Romanen des heutigen Frankreich, Spanien, Italien zurückließen — diese „biopolitische" Tatsache hat die wechselvolle Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit in ihren wesentlichen Merkmalen vorausbestimmt.

Und daß der germanischen dann eine slawische Völkerwanderung folgte, die sich in die entvölkerten, einst germanischen, Ostgebiete ergoß — mit den Auswirkungen dieser geschichtlichen Tatsache haben wir es ebenfalls heute noch zu tun. 30/9f.

Die europäischen Völkergruppen

In drei große Völkergruppen scheiden sich die europäischen Nationen: die Germanen, die Romanen und die Slawen. Man hat den ersteren den Mut, den anderen den Intellekt und den letzteren das Gemüt als Charakterschwerpunkt zugeschrieben. Wie alle solche Formeln, lassen sie sich nicht als Regeln anerkennen, es sei denn, man lasse weitgreifende Ausnahmen als Bestätigung gelten. Sicher ist nur, daß jede der drei rassischen Gruppen vollwertig der Welt des weißen Mannes angehört — aber auch, daß sowohl die Germanen, wie die Romanen, wie die Slawen in der Geschichte nicht nur durch verschiedene charakterliche Anlagen, sondern auch durch unterschiedliche Verhaltensweisen gekennzeichnet sind und daß sich ihr Gewicht in den weltpolitischen Entwicklungen in oft gegensätzlichen Richtungen geltend gemacht hat und noch macht. 2/20f.

Das Saarland

Für die Römer war das Land an der Saar nicht mehr als ein Verbindungsstück gewesen — vielleicht von einigem strategischen Wert — das ihnen gestattete, ihre Militärmacht bei „Gefahr im Verzug" aus dem gallischen Kernland heraus an die neuralgischen Punkte der transalpinen Provinzen, an die Rheinfront, zu verlagern.

Auch in den Zeiten, in denen der Schwerpunkt der römischen Verwaltung in der glanzvollen Augusta Trevirorum, im heutigen Trier, lag und dort gegen Ende der Römerherrschaft die Mitregenten der römischen Cäsaren noch einmal ihre ganze Pracht entfalteten, blieb die Saarlandschaft unberührt von dem Drang und den Wirrnissen der Zeitläufte.

Als die Herrschaft Roms zusammengebrochen war, wechselten die Herren: Franken, Alemannen und andere germanische Stämme nahmen das Gebiet zwischen Mosel, Maas und Rhein in Besitz, ohne jedoch das Gesicht des Landes an der mittleren Saar wesentlich zu verändern. Vielleicht, daß der Hunnensturm — ehe er auf den Katalaunischen Feldern zum Stillstand kam — auch hier Angst und Schrekken verbreitete; sonst aber vollzog sich die Entwicklung im Saarland nicht anders als bei den übrigen deutschen Stämmen.

Nach und nach gingen die letzten kelto-romanischen Volksreste im Germanentum auf und es bildete sich ein Menschenschlag, der auch heute noch überall an Mosel, Saar und Nahe, im Hunsrück und in der Pfalz zu finden ist — die Rheinfranken mit alemannischem Einschlag. Damals wie heute rührig und fest verwurzelt mit ihrem Volkstum, formten sie das Gesicht ihrer Heimat. Sie rodeten die Wälder und rangen dem kargen Boden ihren Lebensunterhalt ab; als Jäger und Fischer nutzten sie Wild- und Fischreichtum und als Köhler arbeiteten sie in den weiten, damals noch urtümlichen Wäldern; in der Nähe der alten römischen Heerstraßen mögen wohl nach und nach Handwerker und Händler seßhaft geworden sein und so die ersten dorfartigen Gemeinschaften gebildet haben. Später, als das Christentum überall westlich des Rheins Eingang gefunden hatte, entstanden die ersten Klöster als Mittelpunkte kulturellen Wirkens. Dann bildeten sich unter Gau- und Reichsgrafen — den Stützen damaliger Reichsgewalt — die ersten größeren und kleineren Herrschaften; neben den Klöstern entstanden Burgen, befestigte Plätze und wehrhafte Höfe.

11/9f.

Südtirol

Von den ältesten geschichtlichen Epochen im Südtiroler Bereich wissen wir wenig. Auf Grund von Funden können wir schließen, daß sich die frühesten Bewohner der tirolischen Alpentäler aus eingewanderten Stämmen der Veneter, Etrusker, Kelten und Illyrier zusammensetzten.

Unter Kaiser Augustus besetzten die Römer im Jahre 15 v. Chr. das Land und faßten die verschiedenen Völkerschaften, die sie vorfanden, unter der Bezeichnung Räter zusammen. Die neuen Herren sicherten den neuerworbenen Besitz durch Standlager und schufen Straßen, die auch dem Kaufmann zugute kamen. Die allenthalben der Eroberung folgende Romanisierung der Bevölkerung machte in unseren Alpenländern langsamere Fortschritte als in anderen Gegenden. Die lateinische Sprache dürfte sich erst vom 4. Jahrhundert n. Chr. an durchgesetzt haben. Erst von da an können wir eine durch das Vulgär-

latein sprachlich verbundene Bevölkerung annehmen, die sogenannten Rätoromanen.

Nach dem Zusammenbruch des weströmischen Reiches im Jahre 476 n. Chr. errichteten im Zuge der Völkerwanderung die Ostgoten als erster germanischer Volksstamm für kurze Zeit ihre Herrschaft in diesem Gebiet. Aus dieser Zeit stammt der Sagenkreis um Dietrich von Bern (Theoderich der Große). Um 540 n. Chr. ergriffen die Franken von Westen her von dem Lande Besitz und 592 n. Chr. überschritten von Norden kommend die Bajuwaren den Brennerpaß und drangen zunächst bis zur Enge von Klausen vor. Aus dem Brixener Becken wandten sie sich ostwärts in das von Slawen und Awaren schwer heimgesuchte Pustertal. Nach Verdrängung der Slawen brachen die Bajuwaren wieder nach Süden vor, wo sie im Etschtal auf die Langobarden stießen. Sie entrissen diesen um 650 die Gegend von Meran und Bozen, wo bereits im Jahre 680 ein bajuwarischer Gaugraf erwähnt wird. Von etwa 760 an verblieb das Land vom Brenner bis unterhalb Salurn endgültig den Bajuwaren, die so den Raum zwischen Donau und der venezianischen Ebene inne hatten.

Die Bajuwaren begannen nach der Besitzergreifung des südtirolischen Landes mit der Besiedlung. Die Einwander- und bäuerliche Siedlungstätigkeit dieses Stammes ist sehr lebhaft gewesen, denn schon nach einem Jahrhundert waren die Wälder im Puster- und Eisacktal an den unteren Talhängen gerodet, erst in diesen Tagen entstanden hier die noch heute bestehenden Siedlungen und nicht, wie die Italiener behaupten, schon in der Römerzeit. Die Germanen setzten sich meist friedlich neben die dünne Schicht der rätoromanischen Bevölkerung, die aber zum Großteil in den folgenden Jahrhunderten im deutschen Volkstum aufging. Nur im Vintschgau konnten sich die Rätoromanen bis ins 17. Jahrhundert und in den Dolomitentälern bis heute erhalten. Diese Nachkommen der Urbevölkerung, die sogenannten Ladiner, fühlen sich bemerkenswerterweise trotz ihrer andersgearteten Sprache und Herkunft innig mit dem Schicksal der deutschen Südtiroler verbunden.

Mit der bairischen Landnahme begann jene Stetigkeit der Bevölkerungsentwicklung, die erst 1918 gewaltsam unterbrochen wurde.

40/18f.

Österreich

Eine profunde biogeschichtliche Tatsache beeinflußt das politische Panorama des oberen Donau-Raumes heute noch ähnlich wie seit über tausend Jahren. Es mag sich erübrigen, die drei Ereignisse, die das

derzeitige Bild Gesamteuropas in seiner Struktur bestimmt haben — die germanische Völkerwanderung von Ost nach West, das nachfolgende slawische Einströmen nach Mitteleuropa und die dann entgegenwirkende deutsche Rücksiedlung in den Osten — im einzelnen zu besprechen, aber es ist nicht unwichtig zu wissen, daß der ganze Raum des heutigen österreichischen Staatsgebietes in seiner Volksstruktur ein Ergebnis der deutschen Ostsiedlung, und zwar genauer gesagt der bajuwarisch-fränkischen Ausbreitung gewesen ist.

Schon zur ersten Völkerwanderungszeit fand die bajuwarische Bewegung in Richtung Westen am Lech ihren Halt. Noch heute verläuft hier unverändert die bayrisch-schwäbische Stammesgrenze. Im Osten war die Lage anders: schon das Herzogtum Bayern, das Karl der Große dem Frankenreich einverleibte, reichte bis an die Enns und zu den Hohen Tauern. Darüber hinaus war Kärnten bereits in Abhängigkeit der Bayernherzöge geraten. Karls des Großen Kämpfe gegen die Awaren — eine erste gemeinsame Unternehmung aller damaligen deutschen Stämme — vernichteten dieses Volk so gründlich, daß es seither aus der Geschichte verschwunden ist. Die Grenzen des fränkischen Reiches wurden bis in die Nähe des einstigen römischen Vindobonum, das heutige Wien, vorgeschoben. In das neuerworbene Land strömten die deutschen Siedler in dichten Scharen. Sie drängten auch in Kärnten die Slawen zurück — bis auf kleine Reste, die sich dort noch heute erhalten haben.

Nach dem Ungarneinbruch und seiner Niederkämpfung im Jahre 955 wurde die bayrisch-deutsche Kolonisation auf den Wiener und den steirischen Raum ausgedehnt; der letztere erhielt — damals als Verteidigungs- und Aufmarschgebiet gedacht — die kurzlebige Bezeichnung „Karantanische Mark", während das Land zwischen Enns und Preßburg seit 972 als „Bayerische Ostmark" galt, 996 erstmals „Ostarrichi" genannt.

34/81f.

● Slawische Westbewegung im 8. Jahrhundert 36/13f.

Seit wann gibt es ein „deutsches Volk"?

Ein großer Historiker unseres Jahrhunderts hat die Frage: „seit wann gibt es eine deutsche Geschichte?" sehr einfach mit dem Satz beantwortet: „seit es Deutsche und ein deutsches Volk gibt." Er fragt weiter: „Aber seit wann gibt es das?" Diese Frage, so fährt er fort, „scheinen sich die wenigsten zu stellen". Er selbst kommt zu einer Antwort, die nur zeigt, wie wenig die biologischen Fakten im Kreise der deutschen Geisteswissenschaft bisher begriffen worden sind; er

meint nämlich, das deutsche Volk sei „keine natürliche, sondern eine geschichtlich gewordene Einheit". Als ob es eine natürliche Einheit gäbe, die nicht irgendwann einmal „geschichtlich geworden" ist.

Aus alten Überlieferungen vernehmen wir, daß schon den Enkeln Karls des Großen bei der Teilung seines Reiches die „von ihren Völkern" abzuleistenden Eide „in der eigenen Sprache" geschworen wurden, nämlich einerseits in dem zum späteren Französisch abgeleiteten Latein der Westfranken und andererseits in der davon drastisch unterschiedenen althochdeutschen Sprache. Ein scharfsichtiger Beobachter hat dazu bemerkt:

„Dieser Vertrag von 843 gab der durch die Sprache gekennzeichneten Teilung (des Karolingischen Reiches) zum ersten Male die Richtung."

Von der „deutschen oder volkstümlichen" Sprache wurde vordem berichtet, daß sie als „einendes Band" die meisten der germanischen Stämme „umschloß"; sie sei „selbst an den Gestaden des Schwarzen Meeres" verstanden worden. Das Wort „diutisk" jedenfalls ist um das Jahr 786 erstmalig bezeugt und das nachkarolingische Reich, das „regnum teutorum" tritt uns schon im Jahre

„919 als ein so bewußt bezeichneter Nationalstaat entgegen, dessen konstituierenden Kräfte nicht nur das personale Königstum, sondern auch ebenso die deutsche Volksgemeinschaft bilden, in der allerdings die einzelnen Stämme wirksame Komponenten bleiben."

Wenige Jahrzehnte später folgte mit dem Sieg über die Ungarn auf dem Lechfeld (955) eine erste nationaldeutsche Leistung, der dann in der planmäßigen Besiedlung der Ostmark durch Franken und Baiern der volkspolitische Aufbau der deutschen Südostgrenze in den Bereichen folgte, in denen sie noch im 20. Jahrhundert ihren Standort hat.

43/19f.

- Die politische Einigung der deutschen Stämme 36/14
- Deutsche Hegemoniestellung in Europa seit Kaiser Otto I. 36/19f.

Die deutsche Ostsiedlung

Die langsame Neuausbreitung der Deutschen, die sich schon um das Jahr 1000 n. Chr. politisch als zusammengehörig fühlten und dadurch die älteste europäische „Nation" sind, war keine grobe plötzliche „Landnahme", sondern eine stetige, mühevolle „Besiedlung". Die deutschen Kolonisten kamen in jenen Jahrhunderten aus dem Elbebereich bis ins Weichsel- und Memelgebiet, nach Schlesien, ins Sudetenland, in den mährischen Raum und in das Donautal bis nach

Siebenbürgen nicht als Eroberer, sondern meist sogar gerufen von slawischen Fürsten, die sich die Deutschen zur Rodung gewaltiger Sumpf- und Waldgebiete und als Städtegründer herbeiwünschten. Der slawische Widerstand begann erst, als bereits gewaltige Landstriche deutsch geworden waren — denn nicht die Landschaft an sich ist ein historischer Faktor, sondern der Mensch, der sie gestaltet.

Schließlich kam die große europäische Volkstumsbewegung, die einst mit der Völkerwanderung in ost-westlicher Richtung dramatisch eingesetzt hatte und dann durch die deutsche Ostkolonisation west-östlich verlangsamt fortgeführt wurde, um den Ausgang des Mittelalters zum Stillstand. Etwa ab 1500 zeigt die Volkstumskarte unseres europäischen Kontinents stabile Konturen auf — fast unverändert bis zu den Ereignissen des Jahres 1945. 30/11

● Krisen der Reichsgewalt im Mittelalter 36/20—24
● Ausdehnung des Reiches über die deutschen Volkstumsgrenzen 43/22f.

Das Ende der alten Kaiserherrlichkeit

Als Friedrich Barbarossa im Jahre 1190 auf dem dritten Kreuzzug als Führer einer gesamtabendländischen Streitmacht, als höchster Repräsentant des christlichen Europas, stirbt, vereinigt sein Nachfolger die Königreiche Deutschland, Italien, Burgund und Sizilien in seiner Hand. Besonders das damals auf der Höhe der Zeit stehende, bereits „neuzeitlich" organisierte normannische Königreich bietet dem neuen Kaiser die Machtmittel für eine erfolgreiche Fortsetzung der Politik seines Vaters. So scheint denn alles auf die politische Zusammenfassung des gesamten Abendlandes, auf ein europäisches Reich deutscher Nation, hinauszulaufen: Die normannische Flotte beherrscht das Mittelmeer, so entfernte Gebiete wie England und Armenien geraten in deutsche Lehensabhängigkeit, im Osten ist das Deutschtum im stetigen Vordringen begriffen — da stirbt der Kaiser im Alter von 31 Jahren. Dieser frühe Tod Heinrichs VI. stellt das größte Mißgeschick in der deutschen Geschichte des Mittelalters dar.

Anders als 983 und 1056 kann auch nach dem Heranwachsen des unmündigen Erben die kaiserliche Zentralgewalt nicht wiederhergestellt werden; die Regionalmächte sind inzwischen zu sehr erstarkt. Zwar besitzt auch Heinrichs Sohn, Friedrich II. (1215—1250), zwei Jahrzehnte später wieder alle Herrschertitel seines Vaters, zwar erreicht das Reich unter ihm seine größte Ausdehnung — es wird im Norden vom Finnischen Meerbusen, im Süden von der Straße von Sizilien begrenzt —, doch mit der allzu weit ausgedehnten alten Kai-

serherrlichkeit ist es ein für allemal vorbei. In Zukunft sollten nicht mehr die Deutschen das europäische Geschehen, sondern fremde Mächte die Geschicke des deutschen Volkes bestimmen. 36/24

Rudolf von Habsburg

Ottokar, der stolze und mächtige Böhmenkönig, hatte seine Herrschaft bis an die Adria ausgedehnt und dem neuen deutschen König Rudolf von Habsburg (1218—1291, seit 1273 Deutscher Kaiser) als dem „armen Grafen" die Huldigung verweigert. Da drang Rudolf überraschend mit Heeresmacht gegen Wien vor und zwang den Böhmenkönig, vor ihm zu erscheinen. In ein schlichtes, graues Gewand gekleidet, saß Rudolf an der Landstraße. Dort empfing er Ottokar, der in goldgeschmückter Rüstung vor ihm die Knie beugen und ihm den Lehenseid schwören mußte. Rudolfs Räte hatten ihn beschworen, für diese wichtige Zeremonie die königlichen Prachtgewänder anzulegen; aber Rudolf sagte nur: „Oft genug hat der Böhmenkönig über mein graues Wams gelacht. Heute soll einmal mein graues Wams über ihn lachen."

Anekdote 28/18

- Das Wirken der norddeutschen Hanse und der süddeutschen Reichsstädte im Mittelalter 26/29f.
- Die innerdeutsche Zersplitterung ab dem 13. Jahrhundert 36/25—27

Die Slawen

Der Balkanraum ist im wesentlichen von slawischen Völkern besiedelt. Sie sind freilich durch zwei große Zwischengebiete vom übrigen Slawentum getrennt: von den Magyaren (ein turkstämmiges Reitervolk, das sich nach erfolglosen Streifzügen durch ganz Europa im großen Donaubecken niederließ) und von den Rumänen, einer romanischen Volksgruppe, die sich zunächst als Hirtenvolk vor der slawischen Landnahme in die Karpaten flüchtete, um schließlich doch die Ebene wieder in Besitz zu nehmen.

Am Rande des kernslawischen Raumes haben sich die in Böhmen siedelnden Tschechen und die weiter nördlich bäuerlich lebenden Polen als Völker eigenen Charakters herausgebildet: Die Tschechen einst als Fremdkörper innerhalb der Grenzen des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", die Polen bereits frühzeitig als Staatsvolk eines selbständigen Königreiches; ihnen gelang es im Jahre 1410 so-

gar, den deutschen Ritterorden zu unterwerfen und ihn dem polnischen König lehenspflichtig zu machen. Biopolitisch freilich brachte dieser beschämende Vorgang — die Ritter warteten vergeblich auf Reichshilfe — keine wesentliche Veränderung: das Herzogtum Preußen blieb deutsches Siedlungsgebiet, wenn auch nun der Strom neu einwandernder Siedler versiegte.

Der weitere Ausgriff des deutschen Ordens in das Baltikum war vor allem eine Städtegründungs-Leistung; mehrmals wechselte dieses Land seinen politischen Herrn, bis es schließlich russisch wurde. Stets jedoch — bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges — lebten die Baltendeutschen als Minderheit mit beträchtlichem Einfluß im Lande: Vorposten des deutschen Volkes, aber auf die Dauer verlorene Vorposten. Solche gab es noch manche andere — verstreut in allen Ostländern. 30/12

Als das alte Reich sich auflöste . . .

Während sich in den Siedlungsräumen der europäischen Völker im Laufe eines halben Jahrtausends nahezu nichts änderte (außer einigen geringfügigen Wirkungen staatlicher Kolonisation: Verpflanzung einiger tausend Salzburger nach Ostpreußen, Kaiser Josefs II. „Militärgrenze", Zarin Katharinas Ansiedlung der Wolgadeutschen usw.), wurden staatspolitische Rivalitätskämpfe zum beherrschenden Merkmal der modernen europäischen Entwicklung. Das alte deutsche Reich löste sich langsam auf, die Spanier, die Franzosen, die Engländer, die Schweden aber bildeten starke einheitliche Staaten; seit Peter dem Großen ist auch das größte slawische Volk, das russische, zu einem machtpolitischen Faktor geworden. Der deutsche Raum dagegen hat sich in der gleichen Zeit zu einem Chaos aufgesplittert. 30/13f.

Angriff oder Abwehr?

Ein einfacher Blick in die Geschichtsatlanten genügt, um die historischen Tatsachen so zu erkennen, wie sie wirklich gegeben sind.

Das Deutsche Reich umfaßte im Jahre 1400 mitteleuropäische Gebiete von etwa 950 000 Quadratkilometern; im Jahre 1939 errechnete sich sein staatlicher Besitzstand mit 635 000 Quadratkilometern, das Reichsgebiet hat sich also in fünf Jahrhunderten um fast ein Drittel verringert, obwohl die deutsche Bevölkerung sich in der gleichen Zeit vielfach vermehrt hat.

Als die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegründet wurden, hatten sie eine Flächenausdehnung von knapp 1 Million Quadratkilometern. Im Jahre 1939, 160 Jahre später, umfaßten sie ein Staatsgebiet von 10 854 000 Quadratkilometern. Das Territorium der USA hat sich also in nur anderthalb Jahrhunderten mehr als zehneinhalbmal vergrößert.

Das Großfürstentum Moskau — das Ausgangsstaatsgebilde des späteren Rußland — umfaßte im Jahre 1462 etwa 700 000 Quadratkilometer. Das Gebiet der Sowjetunion betrug 1939 über 22 Millionen Quadratkilometer; Rußland hat demnach in 500 Jahren sein Staatsgebiet mehr als einunddreißigmal vergrößert.

Das Königreich England, das im Jahre 1400 noch von Schottland getrennt war, mag damals etwa 220 000 Quadratkilometer umfaßt haben. Der britische Besitzstand 1939 wurde von den Statistikern mit 40,12 Millionen Quadratkilometern angegeben. Dies war eine einhundertzweiundachtzigfache Ausdehnung gegenüber dem Ausgangsumfang!

Die Frage, welche Staaten in der neuen Weltgeschichte als „Angreifer" zu gelten haben, beantwortet sich aus diesen Zahlen und Tatsachen ebenso überzeugend, wie sich bestätigt, daß die Deutschen in Wirklichkeit seit fünf Jahrhunderten in die Verteidigung gedrängt sind und um ihre Selbstbehauptung ringen müssen. 43/94f.

VON RICHELIEU BIS BISMARCK

Frankreichs Drängen an den Rhein

Die Meinungen der Historiker, wann wirklich begann, was dann seither die deutsch-französische Auseinandersetzung bestimmte: das Drängen Frankreichs an den Rhein, gehen auseinander.

Die einen finden schon bei den französischen Königen der Capetinger Stimmen, die solche Ziele andeuten, andere entdecken sie kräftiger bei Sully, einem Minister des französischen Königs Heinrich IV., der von 1589—1610 regierte und ein bedeutender Herrscher war.

Von diesem König selbst wird ein maßvolles und verständiges Wort überliefert: „Nur was französisch ist", so soll er gesagt haben, „muß französisch werden, dies aber auch ganz". Der Historiker Pierre Mathieu zitiert das Wort in folgender Form: „Ich will, daß die spanische Zunge dem Spanier verbleibt und die deutsche dem Deutschen, die französische aber gehört mir!"

Wenn wir die erstaunliche Tatsache in Betracht ziehen, daß die deutsch-französische Sprachgrenze in all den überblickbaren Jahrhunderten seit dem frühen Mittelalter sich nahezu unverändert erhalten hat und heute fast noch zwischen den gleichen Dörfern und Städten verläuft, wie in den Tagen Heinrichs IV., dann wissen wir: Es hätte keine deutsch-französische „Erbfeindschaft" geben können, wäre es bei der Formel Heinrichs IV. von der deutschen und französischen Zunge geblieben!

Es war aber nicht so und fast jedes Jahr der seitherigen Geschichte berichtet von tragischen Widersprüchen zu jenen verständigen Gedanken des großen französischen Königs, der am 14. Mai 1610 dem Dolch des Schulmeisters Ravaillac, eines religiösen Fanatikers, erlag — und als Regentin Maria von Medici und den unmündigen Ludwig XIII. zurückließ. Was nützte es, daß der Mörder vierzehn Tage nach dem Tode des Königs in Paris auf einem öffentlichen Platz von Pferden zerrissen wurde — Frankreich stürzte für Jahre in Verwirrung, bis es mit starker Hand auf einen neuen verhängnisvollen anderen Weg geführt wurde. 11/11f.

Kardinal Richelieu

Es läßt sich nicht leugnen, daß der französische Kardinal Richelieu in den Kreis jener genialen Erscheinungen gehört, die so oft tief in

die europäische Entwicklung eingegriffen und so selten auf die Dauer Glück gebracht haben.

Als der französische König Heinrich IV. ermordet wurde, war Armand Jean Duplessis knapp 25 Jahre alt — mit 22 Jahren war er Bischof von Lucon geworden! Nach dem tragischen Ereignis des Königsmordes trat der junge Prälat in Verbindung zum Hofe der verwitweten Königin, die für den minderjährigen Ludwig XIII. die Vormundschaft führte. Im Alter von 37 Jahren war der junge Bischof bereits Kardinal. Schon diese Ernennung war der Ausdruck einer staunenswerten weltlichen Laufbahn, die ihn achtzehn Jahre lang — von 1624 bis zu seinem Tode 1642, also während der wichtigsten Jahre des in Deutschland wütenden Dreißigjährigen Krieges — zum eigentlichen Regenten Frankreichs machte.

Der Herzog von Richelieu — Kardinal Duplessis hatte 1631 die Pairswürde erhalten — hat freilich nicht nur damals die französische Politik geleitet: er hat sie, ein einzigartiger Vorgang in der Geschichte der modernen Welt, auf drei Jahrhunderte festgelegt!

„Pforten sich zu bauen und zu öffnen, um in die Nachbarstaaten eintreten zu können" — das bezeichnete Richelieu in seinem berühmten Programm von 1629 als die Aufgabe der französischen Politik! Zuerst müsse man daran denken, sich in Metz stark zu machen und womöglich bis Straßburg vorzurücken, um einen Eingang nach Deutschland zu gewinnen — „pour acquérir une entrée dans l'Allemagne".

„Die alten und natürlichen Grenzen Frankreichs sind der Rhein, die Alpen und die Pyrenäen. Die Teile, die davon losgelöst wurden, sind es nur durch Usurpation! Es ist keine Ungerechtigkeit, sie zurückzunehmen" deklamierte Carnot hundertfünfzig Jahre später in der französischen Nationalversammlung (14. 2. 1793) und nochmals hundertfünfzig Jahre weiter vernehmen wir die gleiche Fanfare aus dem Munde des Generals de Gaulle; in jeder seiner politischen Reden nach 1945 wiederholte er die Formulierung: „Die endgültige Anwesenheit der französischen Macht von einem Ende des Rheins bis zum anderen, die Abtrennung des linken Rheinufers und des Ruhrbeckens von dem, was der deutsche Staat oder die deutsche Staatenwelt sein wird . . . das sind die Bedingungen, die Frankreich als grundlegend betrachtet."

Diese hartnäckige Formel — von noch älterem Bestand als etwa die britische „Gleichgewichts"-Theorie — hat, so läßt sich behaupten, fast vier Jahrhunderte europäischer Entwicklung verwirrt. Eine in der Tat geniale, wenn auch negativ-geniale Leistung des Kardinals und Herzogs von Richelieu!

Hier ist nicht mehr die Rede von „französischer oder deutscher Zunge" — jenem unserem modernen Denken viel näheren Begriff Heinrichs IV. —, sondern nur noch von einem Machtstreben, das auf Menschen und Völker keine Rücksicht nimmt.

Als Richelieu 1629 von der „Öffnung der Pforte nach Deutschland" sprach, da begann der unselige deutsch-französische Konflikt, der die Jahrhunderte seither überschattet.

11/12—14

*

Es war eine historische Tragik, daß das Drängen aller mittelalterlich-deutschen Königshäuser nach dem Glanz der römischen Kaiserkrone den Deutschen fremde Abenteuer aufzwang und der Wunschtraum eines „übernationalen" Reiches die sichere Entwicklung eines deutschen Nationalstaates behinderte, wie er sich zur gleichen Zeit in Frankreich ausprägte.

Die Führung einer ersten antideutschen Allianz übernahm damals das französische Königstum — zuerst instinktiv und ebenfalls vom Glanz der Kaiserkrone geblendet —, später zielbewußt unter Einsatz aller Mittel von Macht und Diplomatie.

Während die mittelalterlich-dynastische Fragestellung in ihrer Habsburger Ausprägung bis in das 19. Jahrhundert wirkte und noch im Jahre 1848 durch die Rücksicht auf die nichtdeutschen Herrschaftsbereiche dieses Hauses die Bildung eines gesamtdeutschen Nationalstaates verhinderte, begann mit dem politischen Programmdenken des französischen Kardinals Richelieu jene moderne antideutsche Frontstellung in der weißen Welt, die nun nicht mehr die Folge deutschen Ausgreifens war, sondern ein offensives Hineinwirken emporwachsender fremder Mächte in den Lebensbereich des deutschen Volkes.

43/23

*

Mochten die Deutschen im ersten Halbjahrtausend ihrer überblickbaren Volksgeschichte den Nachbarvölkern als Drohung und Gefahr erschienen sein, seit Richelieu sind die Rollen ausgetauscht — seitdem haben w i r uns zu erwehren . . .

43/25

Der 30jährige Krieg — eine deutsche Katastrophe

Der schwedische König Gustav Adolf Wasa, der „Löwe aus Mitternacht", landete im Jahre 1630 mit einem Heer an der pommerschen Küste, um in den deutschen Krieg einzugreifen. Seine Motive für die-

ses Vorgehen waren nicht nur religiöser, sondern auch politischer Art: Er wollte zweifellos auch die Machtstellung des damals zu europäischem Rang aufstrebenden Königreichs Schweden festigen, das mit Finnland und einem Teil des ehemaligen livländischen Ordensstaates bereits den längsten Teil der Ostseeküste kontrollierte; gelang es ihm, sich für dauernd in Preußen oder Pommern festzusetzen, dann würde die Ostsee endgültig zu einem schwedischen Meer werden. Während des großen Siegeszuges durch Deutschland, der die Schweden nach erfolgreichen Schlachten bei Breitenfeld und am Lech bis zum Alpenrand führte, eröffneten sich dem Schwedenkönig sogar noch weitergehende Perspektiven: die Vereinigung der schwedischen Königskrone mit der deutschen Kaiserkrone und ein nordischdeutsches Großreich protestantischer Prägung, das der gesamten seitherigen europäischen Geschichte einen anderen Verlauf gegeben hätte.

Mit dem Tode Gustav Adolfs, der im Jahre 1632 in der für die Schweden erneut siegreichen Schlacht von Lützen fiel, endeten diese Hoffnungen — ein neuer Abschnitt des Krieges begann. Hatte bisher das religiöse Moment immerhin noch eine Rolle gespielt, so ging es in der Endphase des immer blutiger und immer unübersichtlicher werdenden Kampfes nur noch um politische Machtverhältnisse. Das protestantische Schweden und das mit ihm verbündete katholische Frankreich kämpften mit dem Hause Habsburg um die Vorherrschaft in Europa. Der im Jahre 1648 zu Münster (mit Frankreich) und Osnabrück (mit Schweden) abgeschlossene Westfälische Friede bedeutete praktisch das Ende des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", wenn es auch nominell noch anderthalb Jahrhunderte fortgelebt hat.

Drei Jahrzehnte hindurch waren die Soldaten aller Herren Länder raubend und mordend, sengend und brennend durch ganz Deutschland gezogen und hatten fast alles zunichte gemacht, was der Fleiß in Jahrhunderten geschaffen hatte. Handel und Verkehr waren völlig, Landwirtschaft und Gewerbe weitgehend zum Erliegen gekommen; nach dem Friedensschluß in Münster befanden sich die Mündungen sämtlicher deutscher Ströme in fremder Hand. Die deutschen Bevölkerungsverluste waren so hoch, daß der Dreißigjährige Krieg in dieser Hinsicht mit keinem anderen Krieg der deutschen Geschichte, auch nicht mit den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts zu vergleichen ist. Zwar wurden die verschiedenen Landschaften des Reiches sehr unterschiedlich betroffen — Teile Pommerns und der Pfalz waren völlig verödet, während zum Beispiel Hamburg den Krieg recht gut überstand —, doch läßt sich schätzen, daß von den rund 18 Millionen

Einwohnern, die das Reich 1618 hatte, bis 1648 fast die Hälfte ums Leben gekommen war — weniger infolge direkter Kriegseinwirkung als durch Hunger und Seuchen. 36/35—37

Der Schwedenkönig

Gustav Adolf (1594—1632, seit 1611 schwedischer König) war mit seinem Heere vor Stralsund gelandet, um der Protestantischen Union zu Hilfe zu kommen. Kaiser Ferdinand II. interessierte sich zunächst nicht ernstlich für dieses Ereignis und bemerkte nur leichthin: „Nacha hab' ma halt a Feinderl mehr."

Als Gustav Adolf vor Ingolstadt stand, rief Kurfürst Maximilian I. von Bayern seiner Truppe zu: „Mit Gott! Laßt mich den Schweden grüßen!" Und er schoß selbst die erste Kanone ab.

In der Schlacht bei Lützen (1632) bemerkte ein österreichischer Korporal, daß beim Feind einem Offizier achtungsvoll Platz gemacht wurde. Der Korporal machte einen Musketier aufmerksam: „Das muß ein vornehmer Herr sein. Schieß auf ihn!" Die Kugel zerschmetterte Gustav Adolf den linken Arm. Das Blut strömte und Knochensplitter drangen durch den Ärmel. „Es ist nichts, meine Kinder! Schnell vorwärts!" rief der König seinen Soldaten zu, bat aber dann doch den Herzog von Lauenburg, ihn aus dem Gefecht zu bringen. Dabei gerieten beide in ein kaiserliches Kürassierregiment, dessen Oberstleutnant von Falkenberg den König wiedererkannte und ihn mit dem Zuruf: „Dich hab ich lange gesucht!" endgültig niederstreckte.

Anekdoten 28/30f.

Nach dem Westfälischen Frieden

Mit dem Westfälischen Frieden, der die staatspolitische Pulverisierung des alten Deutschen Reiches verfügte, hat jegliche seitherige deutsche Nationalpolitik die Aufgabe einer Wiedervereinigung des staatsrechtlich zerrissenen, aber im Volkswesen unverändert ineinandergefügten deutschen Lebensraumes gesetzt erhalten.

In den mehr als drei Jahrhunderten seit 1648 ist der deutsche Volksboden nirgends mehr ausgeweitet, aber in West, Ost und Süd immer wieder eingeengt und geschmälert worden. Dies ist eine profunde Tatsache — wer immer über die neuere europäische Geschichte wirklichkeitsgerecht urteilen will, muß sie sich stets vor Augen halten. 43/25

- Vorpommern wird schwedisches Staatsgebiet im Verband des Deutschen Reiches 23/9—14, 62, 68.
- Leibeigenschaft im schwedischen Vorpommern 23/63—65.

Der Große Kurfürst

Als der „Große Kurfürst" Friedrich Wilhelm im Jahre 1640 die Regierung antrat, sah es in seinem brandenburgischen Staate traurig aus. Noch tobte der Dreißigjährige Krieg und trotz erklärter Neutralität durchzogen immer wieder fremde Armeen das geplagte Land. Bald nach der Regierungsübernahme mußte der Kurfürst sich nach Warschau begeben, um als Herzog in Preußen dem Polenkönig zu huldigen. Die Königin von Polen fand dabei so viel Gefallen an dem stattlichen jungen Herrn, daß sie sich ihn zum Schwiegersohn wünschte. Als dem Kurfürst dies mitgeteilt wurde, lehnte er den ihm unerwünschten Vorschlag mit überzeugendem Grund ab: „Solange ich mein Land nicht in Frieden regieren kann, darf ich nach keiner anderen Braut mich umsehen, als nach meinem Degen."

Anekdote 28/31

Ludwig XIV.

Im Jahre 1673 besetzten Truppen des Marschalls Turenne die Stadt Saarbrücken. Man wünschte vom dort regierenden Grafen Gustav Adolf aus dem Hause Nassau, daß er sich auf die Seite des französischen Königs gegen den Kaiser stelle. Nachdem die Künste der Überredung nichts fruchteten, trat man schärfer auf. Als der Graf, statt nachzugeben, dem Saarbrücker Bürgermeister ausdrücklich verbot, Befehle und Anordnungen der Franzosen zu befolgen, machte man kurzen Prozeß: Graf Gustav Adolf wurde gefangengesetzt und nach Metz verbracht. Dort wurde er im Namen Ludwigs XIV. nochmals aufgefordert, „sich vom deutschen Kaiser loszusagen, sich der französischen Krone zu unterstellen, zumindest aber eine Neutralitätserklärung abzugeben". Die Antwort des Gefangenen, der bald darauf starb, ist überliefert: „Wenn solches des Königs Befehl ist, so will ich mit untertänigstem Respekt alles, was ich vermag, hergeben und mit einem Stecken davongehen."

*

Ludwigs XIV. Kriege endeten — obwohl militärisch nicht immer erfolgreich — zumeist mit für ihn glücklichen Friedensschlüssen. Der Raubkrieg gegen die Niederlande (1667 bis 1668) schloß mit dem

Frieden zu Aachen (1668), der ihm zwölf Provinzen einbrachte (darunter Lille). Im zweiten Kriege gegen das „Fischweiher- und Krämervolk" der Holländer mußte sich der König schließlich zum Frieden von Nijmwegen (1678—1679) bequemen. Dadurch gewann er aber die Freigrafschaft Burgund. Im Frieden von Ryswyk bei Haag, der die Drangsale der Pfalz im sogenannten Pfälzischen Erbschaftskrieg (1688 bis 1697) abschloß, behielt Ludwig das Elsaß und Landau. Der Friede von Utrecht (11. April 1713) beschloß den Spanischen Erbfolgekrieg. Der Volksmund kennzeichnete alle diese Friedensschlüsse in Anlehnung an die Namen der Städte, in denen sie geschlossen wurden: „Ach! — Nimmweg! — Reißweg! — Unrecht!"

Anekdoten 28/33f.

- Das „Recht des französischen Königs auf entfremdete Gebiete" 11/18.
- Die „Reunionskammern" 11/17.
- Ludwig XIV.: erster Griff nach Saarbrücken 11/18f.
- Verfügung der Metzer „Reunionskammer" über „Schloß und Grafschaft Saarbrücken" 11/20—23.
- Widerstand der Saarbrücker Gräfin Eleonora Clara gegen die Besetzung 11/25f.
- Verwüstung der Pfalz durch den französischen General Melac 1689 17/85, 23/115.
- Ludwig XIV. verzichtet 1697 angesichts des saardeutschen Widerstandes auf die weitere Besetzung des Saarlandes 11/25.

Österreich und Preußen

Seit das östliche Alpengebiet und das Land an der mittleren Donau gegen Ende des Frühmittelalters durch die Siedlungstätigkeit des bayerischen Stammes in die deutsche Geschichte einbezogen wurden, ist diesem Raum und seiner Bevölkerung die doppelte historische Bestimmung zugefallen, zugleich Schutzwall und Ausstrahlungszentrum deutsch-abendländischer Kultur zu sein. Schon in der Zeit der Ungarneinfälle und bei der um die Jahrtausendwende erfolgenden Eingliederung der Ungarn in die europäische Völkergemeinschaft haben die Deutschen in der damaligen bayerischen Ostmark diese beiden Aufgaben erfüllt, und hier lag auch vom Ende des 13. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, also über sechs Jahrhunderte hindurch, die eigentliche Mission des Hauses Habsburg.

Wenige Jahrzehnte nach dem 30jährigen Krieg wurde die Situation besonders bedrohlich, als der französische König Ludwig XIV. die Pfalz und das Elsaß angriff, während gleichzeitig die mit ihm ver-

bündeten Türken, die seit langem den größten Teil Ungarns besetzt hatten und 1529 schon einmal in Österreich eingedrungen waren, zum Angriff auf die Reichshauptstadt Wien ansetzten. Dieses gemeinsame Vorgehen des „allerchristlichsten Königs" von Frankreich und des muselmanischen Sultans gegen die europäische Mitte läßt überaus deutlich die eigentliche Tragik der deutschen Geschichte erkennen: Das deutsche Volk kann seine historische Aufgabe, das Abendland gegen den immer wieder von neuem anstürmenden Osten zu verteidigen, nur mit halber Kraft erfüllen, weil ihm eben dieses Abendland in falscher Einschätzung der Situation immer wieder in den Rükken fällt.

Auch im 17. Jahrhundert erwies sich der Zweifrontenkrieg, der auf Grund der zentralen Lage des deutschen Siedlungsraumes von Anfang an die deutsche Geschichte als ständig drohende Möglichkeit begleitet hat, als tödliche Realität; 1681 fiel Straßburg, zwei Jahre später schloß ein türkisches Heer Wien ein; wenn es nicht gelang, die Stadt zu entsetzen, mußte mit dem weiteren Vordringen der Türken ins Reich gerechnet werden. In dieser katastrophalen Lage hat der damalige Kaiser Leopold unter Preisgabe des Elsaß alle verfügbaren Truppen nach Osten geworfen.

Die erfolgreiche Verteidigung Wiens leitete dann einen glänzenden Aufstieg des deutschen Einflusses im Südosten und die eigentliche Blütezeit des Habsburgerstaates ein. Im sofortigen Gegenstoß wurden die Türken nicht nur auf ihre Ausgangsposition zurückgeworfen, die kaiserlichen Truppen überschritten auch die bisherige, durch das westliche Ungarn verlaufende Grenze und drangen in langjährigen Kämpfen nach Osten und Süden vor. In den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt, als Prinz Eugen von Savoyen, der schon mit jungen Jahren in österreichische Dienste getreten war, den Türken in schweren Schlägen ein Stück Land nach dem anderen entriß und seine zahlreichen Siege schließlich mit der Einnahme Belgrads krönte. Damit war den Habsburgern, die außer den österreichischen Stammlanden bereits Böhmen und Schlesien besaßen und außerdem im spanischen Erbfolgekrieg (1701—1714) die Niederlande, Neapel-Sizilien und Mailand erworben hatten, innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit der gesamte Donauraum bis zu den Karpaten in die Hand gefallen. Der Wiederaufbau und die siedlungsmäßige Erschließung dieses in der Türkenzeit verödeten Gebietes stellt eine der bedeutendsten Kulturleistungen der europäischen Geschichte dar.

Die Anfänge dazu ergaben sich unmittelbar aus den militärischen Notwendigkeiten. Um das neugewonnene Gebiet für die Zukunft gegen türkische Einfälle zu schützen und um den ständigen Klein-

krieg an der Grenze erfolgreich führen zu können, ließ Prinz Eugen den Grenzsaum zu einem tiefgestaffelten Verteidigungssystem ausbauen, indem er siedlungswillige, gut bewaffnete Bauern dort ansetzte, die — auch in Friedenszeiten zu militärischen Einheiten zusammengefaßt — jederzeit die Verteidigung der Grenze übernehmen konnten. Die sogenannte „Militärgrenze" bestand bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Neben einer militärischen und kolonisatorischen Funktion hatte dieses Grenzsystem auch Bedeutung als Seuchenschutzgürtel: erst seit seiner Einrichtung konnte das Übergreifen der Pest, die seit dem Mittelalter immer wieder Millionen Opfer gefordert hatte, nach Mitteleuropa wirksam verhindert werden.

Durch diese Grenzpolitik kam nach Jahrhunderten der Stockung die schwäbisch-bayrische Ostbewegung wieder in Gang, wenn auch nicht im gleichen Umfang wie im Hochmittelalter. Im Banat und in der Batschka entstanden geschlossene deutsche Siedlungsgebiete, aber auch in den übrigen weiten Bereichen der Habsburger Monarchie übten deutsche Sprache und deutsche Kultur bedeutenden Einfluß aus. In dem Raum zwischen Alpen und Karpaten, Erzgebirge und Adria bildete das Deutschtum die Klammer eines Staatsgebildes, das vielerlei Völker umfaßte, die sich aus eigener Kraft der Türkenherrschaft nicht hatten erwehren können und sich nun im Schutze Wiens sicher fühlten.

*

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts war die führende Rolle des Habsburger Staates innerhalb Deutschlands überhaupt nicht in Frage gestellt. Doch seit dieser Zeit wurde die deutsche Geschichte in zunehmendem Maße von einem anderen Staatswesen beeinflußt, das — ebenfalls auf kolonialem Boden erwachsen — zunächst als zweite deutsche Großmacht neben Österreich trat, es dann aber gut ein Jahrhundert später beiseitedrängte, um selbst die Führung zu übernehmen: von Preußen.

Gehen die Grundlagen Preußens auf den Großen Kurfürsten zurück, so ist der Aufstieg dieses Staates zu europäischer, ja weltgeschichtlicher Bedeutung vor allem mit dem Wirken zweier Herrscherpersönlichkeiten des 18. Jahrhunderts verknüpft. Friedrich Wilhelm I. (1713—1740) und Friedrich der Große (1740—1786) haben nicht nur die preußische Großmachtstellung und damit die Grundlage für die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches geschaffen, sie haben auch durch eine sittlich begründete Ordnung im Inneren und nicht zuletzt durch ihr persönliches Beispiel ein Staatsethos geprägt, das seither allgemein deutsche Bedeutung erlangt hat.

Im Jahre 1740 erlosch das Haus Habsburg im Mannesstamm. Die für diesen Fall vorgesehene Regelung der „Pragmatischen Sanktion", in der für die Gesamtheit der habsburgischen Länder die weibliche Erbfolge festgelegt worden war, wurde nun von den meisten Mächten nicht anerkannt, und die junge Kaiserin Maria Theresia (1740—1780) sah sich im „österreichischen Erbfolgekrieg" einer mächtigen Koalition deutscher und ausländischer Fürsten gegenüber. Diese günstige Gelegenheit benutzte der soeben an die Herrschaft gekommene preußische König Friedrich, um seine Truppen in Schlesien einmarschieren zu lassen, erklärte aber gleichzeitig, er werde sofort an der Seite Österreichs den Kampf für die Pragmatische Sanktion aufnehmen, wenn die Kaiserin in die Abtretung dieser Provinz einwillige. Maria Theresia lehnte ab, und da es ihr binnen kurzem gelang, ihre Machtposition entscheidend zu verbessern, kam es wenig später zum Ersten Schlesischen Krieg, in dem das preußische Heer seine Feuertaufe in der Schlacht von Mollwitz glänzend bestand. Ein zweiter Versuch, dem mit Frankreich verbündeten Preußen Schlesien wieder abzunehmen, scheiterte ebenfalls an dem preußischen Sieg bei Hohenfriedberg. Dann aber schien sich das Blatt zu wenden: Dem österreichischen Gesandten Graf Kaunitz gelang es, Frankreich zur Aufgabe seiner traditionell antihabsburgischen Politik zu bewegen und sich mit Österreich, Rußland und Schweden zu einer gegen Preußen gerichteten Koalition zu verbinden. Zwar gewann Friedrich der Große daraufhin die Unterstützung Englands, das wegen seiner überseeischen Interessen das ganze 18. Jahrhundert hindurch in scharfem Gegensatz zu Frankreich stand, doch war seine Stellung durch die Gegnerschaft fast des gesamten europäischen Festlandes — zu den drei Großmächten und Schweden kamen noch die von ihnen abhängigen Staaten und die meisten deutschen Reichsfürsten — fast hoffnungslos. Friedrich entschloß sich in dieser Lage, einem Angriff der Verbündeten zuvorzukommen und marschierte seinerseits in Sachsen und Böhmen ein. Damit begann 1756 der „Siebenjährige Krieg", in dem es in Deutschland um die Zukunft Preußens, in Amerika aber auch um die Vormachtstellung Englands gegenüber Frankreich ging.

*

Gegenüber den inzwischen gefestigten Nationalstaaten England, Frankreich und Rußland bedeutete der preußisch-österreichische „Dualismus", der dann über ein Jahrhundert lang die innenpolitische Entwicklung Deutschlands verwirrte, natürlich eine ernste Schwächung der deutschen Stellung in Europa. Noch eine weitere Folge trat fast zwangsläufig ein: Die Habsburger Herrscher wurden sich ihrer Stellung in Deutschland ungewiß, und so begannen sie ihr Augen-

merk auf die nicht deutschen Teile ihres Staatswesens zu lenken, ja sich von ihnen abhängig zu fühlen.

Andererseits hat der „Alte Fritz" — vor allem durch seine Siege über das damals übermächtig scheinende Frankreich — in den staatlich zersplitterten, aber volkstumsmäßig eng zusammengewachsenen deutschen Landen das Gefühl des Patriotismus kräftig belebt. Noch der alte Goethe erinnerte sich aus seiner Frankfurter Kinderzeit daran, wie man damals weit über Preußens Grenzen hinaus „fritzisch gesinnt" war.

36/37—46

Der Soldatenkönig

Am 25. Februar 1713 stand der nachmalige preußische „Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. (1688—1740) am Sterbebett seines Vaters. Als der Tod des Königs Friedrich I. (1657—1713, seit 1688 Kurfürst, seit 1701 König) im Vorsaal bekannt wurde, wo dichtgedrängt die Hofleute harrten, zeichnete sich in ihren Mienen mehr Furcht als Trauer ab, denn der Verstorbene liebte den Prunk und hinterließ eine große Staatsschuld, sein Sohn aber war entschlossen, den Staat durch Einfachheit gesund und stark zu machen. Der Thronfolger hatte — noch mit Tränen in den Augen — kaum das Sterbezimmer verlassen, als er vom Oberhofmarschall die Liste der Hofbeamten forderte und sie mit einem Federzug von Anfang bis Ende durchstrich. Dann diktierte der neue König seinen ersten schriftlichen Befehl. „Saget dem Fürsten von Anhalt, daß ich selbst der Finanzminister und der Feldmarschall des Königs von Preußen bin; das wird den König von Preußen aufrecht halten."

Anekdote 28/42

Fridericus Rex

Bald nach dem Tode seines Vaters hatte der junge preußische König Friedrich II. beschlossen, Ansprüche auf das damals österreichische Schlesien geltend zu machen.

Die anfängliche Geheimhaltung der wirklichen Marschziele veranlaßte den General von Kalckreuth zu der neugierigen Frage: „Majestät, die Deichsel steht wohl nach Schlesien?" „Kann Er schweigen?" fragte der König. „Unbedingt!" erwiderte rasch der General. „Ich auch", meinte der König lakonisch.

Im Zweiten Schlesischen Krieg (1744—1745) erzwang der preußische General Ziethen den Übergang über die Moldau bei Thein. Dabei

fiel der Husarenleutnant von Wedell, ein besonderer Liebling Friedrichs II. Auf diese Meldung ritt der König mit dem Rufe: „Wo ist Wedell, wo ist Wedell?" in großer Aufregung über das Schlachtfeld durch die Reihen der Verwundeten. Da richtete sich ein Leutnant Hohendorf, dem der Fuß zerschossen war, auf und antwortete: „Majestät, hier liegen lauter Wedells." Friedrich hielt an, besann sich und sagte: „Er hat mir eine gute Lehre gegeben, ich danke Ihm dafür!"

Anekdoten 28/48

Maria Theresia

Beinahe wäre Maria Theresia von Österreich die Gemahlin Friedrichs des Großen geworden! Für diese Verbindung hatte sich insbesondere Prinz Eugen als Ratgeber Kaiser Karls VI. eingesetzt und dem preußischen Kronprinzen heimlich ein Porträt Maria Theresias zugesandt. Friedrich erwiderte dieses Interesse und soll sogar eine tiefe Zuneigung zu der schönen Österreicherin gefaßt haben. Er war bereit, über Holland nach Wien zu ihr zu fliehen. Aber diese geplante Flucht mißlang, es kam zu schweren Auseinandersetzungen des Prinzen mit seinem Vater, die den Plänen Prinz Eugens ein Ende setzten. Ihre Verwirklichung hätte der seitherigen deutschen Geschichte eine andere Richtung gegeben. Später pflegte Maria Theresia oft zu sagen: „Besser Schlesien verloren, als d e n geheiratet!"

Anekdote 28/52

Die Allianz des Grafen Kaunitz

Der Wiener Staatskanzler wollte nicht mehr und nicht weniger, als den jahrhundertealten Machtkampf zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon, also zwischen Österreich und Frankreich, nunmehr beenden und ihn in ein Freundschaftsbündnis verwandeln! Unlängst hatte er seine Kaiserin Maria Theresia und ihren Ministerrat von der Notwendigkeit dieser epochalen Schwenkungen zu überzeugen vermocht, nachdem er klargelegt, daß Frankreich seit langem nur einen Erbfeind habe, nämlich England, und daß Österreich neuerdings auch nur einen Erbfeind habe, nämlich Preußen, das sich die habsburgischen Erblande an der Oder: die schlesischen Herzogtümer, angeeignet habe! Daß der Preußenkönig eindeutig-klare Erbrechtsansprüche auf Schlesien besaß und diese mit den Waffen verwirklicht hatte, als man sie in Wien nicht anerkennen wollte — das pflegte

Kaunitz zu verschweigen, und auch Graf Starhemberg sprach nicht davon; wohl aber deutete er an, daß der Staatskanzler seiner Gebieterin erklärt habe, Preußen müsse über den Haufen geworfen werden, wenn das durchlauchtigste Erzhaus Österreich aufrecht stehen bleiben solle! Frankreich würde gegen England, Österreich aber gegen Preußen freie Hand gewinnen, wenn Paris und Wien sich jetzt verbündeten!

17/9

Dokumente

Gleich nach dem Einmarsch in Sachsen hatte Friedrich dem königlichen Herrn Bruder in Dresden vorschlagen lassen, seine 17 000 Sachsen mit der preußischen Armee zu vereinigen oder wenigstens eine wirklich unverbrüchliche Neutralität zu wahren; doch König August hatte beides abgelehnt und sich auf die Festung Königstein hinaufgeflüchtet. Friedrich hatte das ganze Land kampflos besetzen und am 9. September 1756 in Dresden einziehen können, wo er sein Hauptquartier nahm, um alsbald die sächsische Stellung bei Pirna fest einzuschließen und das gesamte Kurfürstentum Sachsen der preußischen Verwaltung zu unterstellen.

König August alarmierte daraufhin Kaiser und Reich gegen den „Landfriedensbrecher", worauf Kaiser Franz ein „väterliches Abmahnungsschreiben" an seinen Erzkämmerer erließ und ihm, wenn er nicht nachgebe, die Reichsacht androhte. Friedrich führte sofort einen geschickten Gegenschlag: er verschaffte sich mit sanftem Zwang die gesamten Originale der gegen ihn geschlossenen Geheimverträge, die in den Privaträumen von König Augusts Gemahlin, einer gebürtigen Habsburgerin, im Dresdener Schloß versteckt worden waren. Die kostbaren Schriftstücke gingen unverzüglich nach Berlin, wo der Legationsrat von Hertzberg sie binnen acht Tagen in einem „Mémoire" zusammenfaßte, das auf Deutsch, Französisch und Lateinisch veröffentlicht wurde und in ganz Europa höchstes Aufsehen erregte; Kaunitzens allzu pfiffige Legende vom „Aggressor" Friedrich brach damit zusammen.

17/35f.

Rußland und Europa — damals

Die Frage: „Gehört Rußland zu Europa?" wäre noch zur Zeit der Renaissance unverständlich gewesen. Damals — wie in den vorhergegangenen Epochen europäischer Geschichte — war der russische Raum eine für den europäischen Menschen bedeutungslose terra in-

cognita. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts wurden die politischen und geistigen Grenzen Europas von der Ausdehnung des türkischen Machtbereiches bestimmt. Nur insoweit es mitwirkte, die türkische Drohung auszuschalten, trat das Reich Peter des Großen in das Blickfeld der damaligen kontinentalen Politik; seine Auseinandersetzung mit Karl XII. ging Schweden an, aber sonst noch kaum eine europäische Macht. Erst Jahrzehnte nach Peters Tod, in der Allianz Österreichs und Frankreichs gegen den preußischen König Friedrich den Großen, wurde das Land im Osten ein Faktor in der Politik der Kabinette.

43/152f.

- Beteiligung Rußlands an der Allianz gegen Preußen 17/16.
- Friedrichs des Großen Vertrag mit England 17/15.
- „Reichsexekutionskrieg" gegen Preußen 17/31f.
- Russeneinfall in Ostpreußen 1758 17/85f.
- Die Russen in Berlin 1760 17/112.
- Nach der Flaggenhissung in Kanada — profranzösische Wendung der englischen Politik 17/120.
- Der Tod der Zarin Elisabeth und seine Folgen zugunsten Friedrichs des Großen 17/127—133.
- Die Beendigung des Siebenjährigen Krieges durch den Frieden von Hubertusburg 17/138.

Englands Gewinn 1763

Als sich im Jahr 1763 der preußische König Friedrich der Große in Hubertusburg nach bitteren sieben Kampfjahren mit seiner großen Habsburger Gegnerin, der Kaiserin Maria Theresia, verständigte, ohne mehr zu gewinnen als die Bestätigung seines schlesischen Besitzes, schloß der englische König als Ergebnis des gleichen Krieges, an dem er sich nur finanziell beteiligt hatte, in Paris den „glänzendsten Frieden der neueren englischen Geschichte": Frankreich mußte mit Kanada und Louisiana alle nordamerikanischen Besitzungen abtreten — England war damit nicht zuletzt durch Friedrichs des Großen Siege von Roßbach und Leuthen zur unbestritten ersten Kolonialmacht der damaligen Welt geworden!

30/15

Nach dem Friedensschluß

Wenige Jahre nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges besuchte Friedrich der Große den Sohn seiner großen Widersacherin Maria Theresia, Kaiser Josef II. Bei ihrer Begegnung entspann sich

zunächst ein höflicher Streit um den Vortritt. Der König wollte diesen dem Kaiser einräumen, der ihn schließlich mit den Worten annahm: „Sire, wenn Sie anfangen mit mir zu manövrieren, so ziehe ich den Kürzeren und ich muß gehen, wohin Sie mich haben wollen."

Zur Tafel war auch General Laudon geladen. Er kam jedoch zu spät und entschuldigte sich ehrerbietig bei dem hohen Gast. König Friedrich bemerkte heiter: „Nun, sonst waren leider Sie meist vor mir da. Bitte setzen Sie sich neben mich; ich sehe Sie lieber an meiner Seite als mir gegenüber!"

Anekdoten 28/52f.

Die polnische Frage

Vom Jahre 1772 an, das die erste Teilung Polens brachte, bis zum heutigen Tag wurde das Verhältnis Rußlands zu Europa und insbesondere zu Deutschland von der wechselnden Einstellung der russischen Machthaber zu Polen beeinflußt: die Interessengemeinschaft mit Preußen und Österreich zu Ende des 18. Jahrhunderts gründete sich auf die Teilungen polnischen Gebietes; die Freundschaft Alexanders I. mit Napoleon nach dem Frieden von Tilsit hatte Preußen mit seinen polnischen Besitzungen zu bezahlen; die Abkehr Rußlands vom französischen Kontinentalsystem wurde ernstlich von der napoleonischen Absicht einer Wiedererrichtung des polnischen Staates beeinflußt; 1813 mußte Rußlands weitere Teilnahme am Kampf gegen den Korsen mit freiwilligem Verzicht auf polnische Gebiete zugunsten des Zaren erkauft werden. Auch die heute vielfach falsch gedeutete Rußlandpolitik Bismarcks — dem es vor allem darauf ankam, eine antideutsche Allianz des Zarenreiches mit Frankreich und Österreich, also die Konstellation des Siebenjährigen Krieges, zu verhindern — gründete sich entscheidend auf die „übereinstimmenden Bedürfnisse in der polnischen Frage", wie sich der große Kanzler in seinen „Gedanken und Erinnerungen" überzeugend ausdrückte. 43/153

Die Deutschen im Habsburger Staat

Seit 1440 war die deutsche Kaiserkrone zwar nicht „de jure" aber doch „de facto" habsburgisches Erbgut geworden und auch insofern schien den „Erblanden" die Rolle des politischen Kernstückes der Habsburger Besitzungen zuzufallen.

Die unmittelbare Wirklichkeit brachte es aber mit sich, daß die deutschen Interessen des Hauses Habsburg unter der schwierigen

Aufgabe, so vielgestaltige Völkerschaften außerhalb des deutschen Siedlungsraumes zu beherrschen, notwendigerweise immer wieder in den Hintergrund traten.

Gewiß, es gab auch große Gestalten unter der langen Reihe der Habsburger Kaiser, etwa einen Maximilian I., einen Josef II.; sie legten sich Rechenschaft darüber ab, daß ihr weitverzweigter Länderbesitz eines starken deutschen Rückgrates bedürfe und es haben sich aus der weiträumigen Familienpolitik des Hauses Habsburg den Deutschen jener Ostmark oft großartige Aufgaben gestellt, an die sie mit Tatkraft herantraten.

Unserer Gegenwart ist deutlich geworden, wieviel glückhafter die Entwicklung der Donauvölker unter dem Zepter Wiens gewesen ist, als vorher unter der Herrschaft des Sultans oder heute unter der Moskaus.

Dennoch fand die Durchdringung des Donaubeckens mit deutschem Kultur- und Wirtschaftseinfluß auch damals schon ihre natürliche Begrenzung im Selbständigkeitswillen der durchaus eigengeprägten Völker des europäischen Südostens.

Solange mit Hilfe deutscher Kraft und Leitung die Türkenherrschaft vertrieben und eine neue kühne Entwicklung des Geistes und der Wirtschaft im Donauraum eingeleitet wurde, war es nicht schwierig, vielerlei Völkerschaften innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle zufriedenzustellen und zu disziplinieren. In dem Maße freilich, in dem diese geschichtlichen Leistungen des deutschen Österreichertums in die Vergangenheit verblaßten, Wien nicht mehr so als Hort des Schutzes und der nützlichen Belehrung gelten konnte, die eigenen Volkscharaktere sich im Frieden des großen Reiches herauszubilden vermochten: in diesem Maße rückte der deutsche Einfluß in den Bereich empfundener Fremdherrschaft und das Habsburger Familieninteresse regte sich dahin, die eigene Stellung dadurch zu erhalten, daß der bisherige deutsche Charakter der Staatsführung in den Hintergrund gerückt wurde. Die Deutschen andererseits begannen sich nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges langsam wieder als Nation zu fühlen; je deutlicher sie den wachsenden Widerstand spürten, der ihnen im Osten Europas allenthalben entgegentrat, um so bewußter wurde ihnen, daß ihre eigene staatliche Organisation ganz unbefriedigend war.

Aus dem Zwiespalt des habsburgischen „dynastischen Imperialismus" einerseits und dem deutschen Volksstaatsanspruch andererseits (dieser ist nun einmal das natürliche Grundprinzip politischer Dauerordnungen und hat sich gerade in der Periode der deutschen Auflösung für die Franzosen, Engländer, Spanier und Russen verwirklicht!) erwuchs — nachdem das Preußen Friedrichs des Großen Groß-

macht wurde — jener verhängnisvolle deutsche „Dualismus", der das ganze 19. Jahrhundert beherrschte und schließlich in die Bismarcksche Reichsgründung mündete. Während im Habsburger Staat damals die in seinen Grenzen lebenden etwa 14 Millionen Deutschen der beträchtlichen Mehrheit von nicht weniger als vierzig Millionen nichtdeutschen Staatsangehörigen gegenüber standen, waren dem Preußen Friedrichs des Großen und später dem Reich Bismarcks solche Probleme fast völlig fremd. 34/84—86

- 1789 — der Pariser „Sturm auf die Bastille": Propaganda und historische Wirklichkeit 7/32—42
- Die französische Nationalversammlung proklamiert den „Rhein als natürliche Grenze Frankreichs" 11/13
- Besetzung Saarbrückens durch französische Truppen 1792 11/30

Die französische Revolution — wie Ernst Moritz Arndt sie erlebte

Auf einer Fußreise durch die Steiermark trifft Arndt der Wellenschlag der Ereignisse. Längst ist die französische Revolution ein europäisches Ereignis geworden. Seit 1792 herrscht zwischen Frankreich und Österreich Kriegszustand. 1795 hat der preußische König, der zunächst an der Seite Franz II. kämpfte, mit den Franzosen den Frieden von Basel geschlossen, der ihnen das linke Rheinufer überließ und sie in die Lage versetzte, gegen die Österreicher nunmehr sowohl in Süddeutschland wie in Italien erfolgreich aufzutreten. Hier ist der Stern des Generals Bonaparte emporgestiegen. Der Frieden von Campo Formio beendet das französische Vordringen nur kurzfristig; eine neue Koalition zwischen Österreich, England und Rußland bildet sich, um die entstandene Lage wieder zu ändern. Preußen bleibt weiterhin neutral. Inzwischen ist Bonaparte nach Ägypten gezogen, um hier — wie er vergeblich hofft — die Engländer entscheidend zu treffen.

Daheim im fernen Pommern waren diese französischen Ereignisse, da Preußen aus dem Kampf ausgeschieden war, nur ferne Nachrichten gewesen; hier in Österreich aber tritt das europäische Geschehen, das die nächsten zwei Jahrzehnte bestimmen wird, erstmals unmittelbar an Arndt heran.

In Laibach sitzt er

„in der Gesellschaft von einigen Offizieren, Kaufleuten, einem Pächter und einem exilierten italischen Marchese im ‚Stern' an einer guten Gasttafel, und lasse mir guten Wein und Essen gut schmecken. Das Ganze der Unterhaltung, wobei ich klug den Zuhörer mache, dreht sich meist um den jetzigen

Krieg, und das Thema aus aller Munde ist: quest'e una cattiva guerra, il Buonaparte e una grandissima testa. Der König von Preußen heißt nur: il traditore, il distruttor della Germania e della casa d'Austria."

Napoleon — meint der Marchese — sei ein großer Kopf, der König von Preußen dagegen ein Verräter, der Zerstörer Deutschlands und des Hauses Österreich.

Noch beunruhigt das alles den jungen Arndt nicht allzusehr. Er hört zu, steht daneben, wandert weiter.

*

Immer gründlicher erfährt er die Wirklichkeit der Revolution, die ein Jahrzehnt vorher in Frankreich begonnen und nun ihr letztes Stadium erreicht hat. Auf dem Wege nach Genua spricht er einen langen Abend mit einem französischen Offizier, der ihm als Fanatiker gegenübertritt, sich immer noch auf der Aristokraten-Jagd fühlt und mit starken Worten verkündet:

„Ohne Schrecken können Freiheit und Gleichheit nicht bestehen (ein Grundsatz, der mir Schauder durch den Leib jagte); dies ist die große Stütze des Gesetzes. Freilich, dachte ich, wenn das Volk ohne Sitten und Redlichkeit und bürgerliche Tugenden ist."

Arndt's ursprüngliche Sympathien für die Revolution kühlen immer stärker ab, je mehr er sich Frankreich nähert. Da erlebt er in Genua, wie die Besitztümer der Geflohenen versteigert werden und der französische Kommissar die eingehenden Gelder einstreicht, die nach der Erklärung der französischen Regierung doch eigentlich der Nation gehören sollten.

Die „goldene Hoffnung einer Wiedergeburt der ganzen Menschheit" ist auch verflogen, „man ist viel betrogen worden, weil man mehr gehofft hat, als zu erwarten war". Es bleibe eben das Wort wahr: „un peuple n'aime que lui même: Ein Volk liebt nur sich selbst."

*

Noch am Ende seiner großen Reise erlebt Arndt freilich die Franzosen genau so, wie er sie nicht haben will: als Besatzungsherren im deutschen Koblenz. Da allerdings schwillt ihm sofort die Zornesader:

„Ich habe in Frankreich einige Franzosen verabscheut, die meisten beklagt, viele geschätzt und einige geliebt; hier lerne ich sie hassen als Feinde und Verderber meines Volks, und kaum kann ich einen mehr sehen, daß mir das Blut nicht heiß in die Wangen aufkocht. Und diese predigen uns das Gesetz und Freiheit und Gleichheit."

Schon damals sieht er voraus, was vierzehn Jahre später deutsche Wirklichkeit sein wird:

„Wenn solches alles eine Nation ohne Murren leiden kann, und ohne endlich fürchterlich auszuschlagen, so hat sie den Namen und die Ehre eines Volks verwirkt."

Inzwischen werden die Franzosen versuchen, ganz Europa unter ihre Kontrolle zu bringen. Wie Arndt sich schon aufbäumte, als er die Besatzungstruppe im Rheinland ihr Unwesen treiben sah, so wird er sich wehren gegen die viel größere Gefahr, die am Himmel aufzieht, die Napoleon heißt und in wenigen Jahren über Deutschland hinwegbrausen wird.
Die Franzosen in ihrem Lande: Ja! Als Eroberer und Herrscher am Rhein, an der Elbe, an der Donau: Nein, Nein und nochmals Nein!

23/34f., 46f., 58f.

Napoleon

Am 2. Dezember 1804 läßt sich Napoleon in Paris feierlich krönen. Schon daß er sich den Titel „Kaiser" zulegte, hätte den deutschen und europäischen Widerstand herausfordern müssen, aber in Wirklichkeit war damals davon keine Rede. Die meisten deutschen Potentaten — an ihrer Spitze mit ausgesuchter Höflichkeit und Herzlichkeit der preußische König! — beglückwünschten den korsischen General als neues Mitglied der europäischen Fürstenfamilie, und der Papst reiste persönlich nach Paris, um Napoleon in der Kirche Notre Dame zu salben.
Den goldenen Lorbeer freilich setzte sich Napoleon selbst aufs Haupt, um deutlich zu machen, daß er keine Macht der Erde über sich dulde . . .

*

Napoleon hat damals und auch später mit dem Gedanken gespielt, eine Truppenlandung in England durchzuführen. Wie er später in seinen Memoiren schilderte, wollte er mittels einer riesenhaften Bootsflottille 160 000 Mann innerhalb weniger Stunden über den Kanal von Dover zur britischen Küste transportieren und mit dieser Armee nach fünf Tagen vor London erscheinen. Noch in den Jahren 1803 bis 1805 wurden ernsthafte Vorbereitungen getroffen, die Napoleon erst beendete, als der Feldzug gegen Österreich 1805 und gegen Preußen 1806 seine Kräfte auf dem Kontinent in Anspruch nahm. Die Stoßrichtung des napoleonischen Angriffs von England auf andere euro-

päische Staaten abgelenkt zu haben, gilt als politische Meisterleistung des damaligen britischen Ministers William Pitt d. J.

*

Im Winter 1804 auf 1805, in dem erstmals in der abendländischen Geschichte in der französischen Hauptstadt ein Kaiser residierte, war in Wirklichkeit die deutsche Frage aufgeworfen worden. Noch stand das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation" mit dem Habsburger Kaiser an seiner Spitze, aber es war durch den Frieden von Luneville, der das linke Rheinufer französisch beließ, bereits ins Wanken geraten.

In Wien gibt man sich keiner Täuschung über diese Wirklichkeit hin, auch in Petersburg weiß man, was die Stunde geschlagen hat, und in London ist die Regierung sowieso gegen Frankreich. Nur in Berlin wird nach wie vor geträumt.

So ergibt sich der erstaunliche Ablauf der mitteleuropäischen Ereignisse in den Jahren 1805 und 1806:

Vier Monate nach Napoleons Kaiserkrönung kommt die „dritte Koalition" zustande. Am 11. April 1805 schließt der russische Zar mit der englischen Regierung eine Allianz, deren unverhohlenes Ziel ist, Napoleon zu stürzen.

Im August tritt der österreichische Kaiser Franz dem Bunde bei. Am 3. September erklärt er Frankreich den Krieg.

Schon an diesem Tage wird deutlich, wie sehr Deutschland bereits zerfallen ist; obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß des Kaisers Napoleon Sturz gesamtdeutsches Interesse wäre, bleibt nicht nur Preußen neutral, die Fürsten von Bayern, Württemberg und Baden haben sogar Bündnisverträge mit dem französischen Kaiser abgeschlossen.

Was folgt, ist einer der raschesten Feldzüge der Kriegsgeschichte; in einer Zeit, in der noch das Pferd die Schnelligkeit der Bewegung bestimmt, durcheilen Napoleons Armeen innerhalb weniger Wochen ganz Süddeutschland und schlagen am 2. Dezember vor den Toren Wiens die vereinigten russischen und österreichischen Armeen in der „Drei-Kaiser-Schlacht" von Austerlitz.

Der russische Zar marschiert daraufhin mit den Trümmern seiner Armee nach Galizien ab, der Österreicher schließt einen Frieden, der ihm nicht nur Venetien, sondern auch Tirol und Passau kostet, das an Bayern abzutreten ist!

Napoleon weiß, was er will: die mit ihm verbündeten deutschen Fürsten werden bereichert und erhöht: am 1. Januar 1806 erklären sich der bayerische Kurfürst und der württembergische Herzog (seit

1803 auch Kurfürst) zu Königen! Wenige Monate später — am 12. Juli 1806 — werden sie zusammen mit den Großherzögen von Baden, Berg und Darmstadt, den Herzögen von Nassau und weiteren kleineren Fürsten formell aus dem deutschen Reich austreten, den sogenannten „Rheinbund" gründen und „auf ewige Zeiten" ein Bündnis mit Frankreich schließen, das sie im Kriegsfall zur Gestellung von Truppen unter dem Oberbefehl des französischen Kaisers verpflichtet.

Kaiser Franz zieht am 6. August 1806 die Folgerung aus diesen Vorgängen — er legt die Kaiserwürde dieses deutschen Reiches nieder, das damit zu bestehen aufgehört hat und in drei Teile zerfallen ist: Den französisch beherrschten „Rheinbund", die deutschen Gebiete Österreichs und die um das „neutrale" Preußen gelegenen Staaten.

23/41, 78—80

*

Nach seinem siegreichen Einzug in Berlin (1806) besuchte Napoleon das Grab Friedrichs des Großen in Potsdam. Nach langem Schweigen sagte er zu seiner Begleitung: „Wenn dieser Mann noch lebte, stünden wir nicht hier!"

Anekdote 28/63

- Napoleons Streben nach der deutschen Kaiserkrone 23/83
- Napoleonische Ära — Zeitalter geistiger Gärung in Deutschland 22/20f.
- E. M. Arndts Schrift „Geist der Zeit" und Fichtes Reden formulieren den nationalen Freiheitsbegriff 23/88—91, 95—97
- Erschießung des Buchhändlers Palm wegen Verbreitung der Schrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" 23/83f.
- Belagerung und erfolgreiche Verteidigung der Festung Kolberg 1807 23/106

Preußisches Erwachen

Erst durch die napoleonischen Donnerschläge wurde das schlafende Preußen geweckt. Die jungen revolutionären Kräfte, die sich vorher gegen die Hofschranzen nicht durchzusetzen vermocht hatten, fühlten ihre Ansichten durch den Lauf der Ereignisse bestätigt, und endlich konnten sie auch den König überzeugen. Weit reichten Scharnhorsts Pläne, mit denen er das in Jahrzehnten Versäumte innerhalb kurzer Zeit aufzuholen gedachte, um dann Preußen von fremder Vorherrschaft zu befreien: Abschaffung des Söldnerheeres, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (wie in Frankreich), Abschaffung entehrender Strafen in der Armee, um dem Soldaten wieder seinen Wert zu geben, Abschaffung der Adelsprivilegien — auch der einfache Mann

aus dem Volke sollte Offizier werden können, wenn er die Befähigung besaß.

Es gelang Scharnhorst nicht, alle Forderungen durchzusetzen, und er mußte manche Umwege gehen, um doch zum Ziel zu gelangen. Einen Plan aber setzte er durch: der alte Quartiermeisterstab wurde aufgelöst, ein Kriegsministerium gebildet und in ihm der Generalstab.

26/29f.

*

Männer wie Stein und Hardenberg in der Verwaltung, Scharnhorst, Gneisenau, Grolmann u. a. im Militärwesen schufen die Vorbedingungen für die ersehnte künftige deutsche Souveränität. Sie waren modern und gebildet genug, die Schlacken der nachfriderizianischen Zeit zu beseitigen und die Gedanken der Französischen Revolution mit einer neuen Betrachtung preußisch-deutscher Notwendigkeiten zu vereinen. Der sogenannte „Tugendbund", in Königsberg in Ostpreußen entstanden, verband die besten Kräfte des Landes zu neuer Staatsgesinnung, zu einer Besinnung auf das national Erforderliche, zu einem neuen Geiste patriotischer Übereinstimmung.

Dem politischen Reformwerk, das der Reichsfreiherr vom Stein einleitete und der Staatskanzler Hardenberg fortsetzte, folgte das entscheidend militärische: das alte preußische Heeressystem wurde abgeschafft. Man griff das Prinzip des „Volkes in Waffen" auf.

Schließlich erwies sich die preußische Heeresorganisation als eines der wesentlichsten Grundlagen des Befreiungssieges — sie mußte unter den mißtrauischen Augen Napoleons mit aller Geschicklichkeit und mancher Tarnung bewirkt werden.

So wurden beispielsweise — um die von Napoleon festgelegten Höchstzahlen für die Armeestärke nicht zu überschreiten — alle drei Monate neue Rekruten eingezogen und ausgebildet, für damalige Verhältnisse und Ansichten ein revolutionäres Verfahren. Entscheidend war der geistige Ausgangspunkt: der Wille zum Widerstand auch in zunächst hoffnungsloser Lage. Er wurde zum verbindenden Element zwischen den Soldaten Scharnhorst, Gneisenau, Clausewitz mit den Politikern Stein, Hardenberg und den Dichtern, Denkern, Volksmännern wie Kleist, Fichte, Schleiermacher, Jahn. Zu allen ihnen trat Arndt in jenen Jahren in unmittelbare Beziehung.

23/102f.

- Der Erfurter Fürstentag 1808 23/98
- Der Aufstand des preußischen Majors Schill 1809 23/100f., 179
- Tiroler Volkserhebung 1809 23/100, 40/22f.
- Carl von Clausewitz' „Bekenntnis" 43/317f.

Schill und Staps

Der preußische Major Ferdinand von Schill, der mit seiner Freischar im Jahre 1809 einen Aufstand gegen die napoleonische Herrschaft versuchte, hatte den Franzosen einige wertvolle Pferde abgenommen. Napoleon ließ ihm durch einen Parlamentär ein Schreiben zustellen, in dem er ihm tausend Reichstaler je Pferd bot, falls er seinen Raub zurückgäbe. Das Schreiben trug die Anschrift: „An den Briganten Schill." Schill blieb die Antwort nicht schuldig: „Mein Herr Bruder! Es bereitet mir ein ganz besonderes Vergnügen zu ersehen, daß Ihnen an der Rückgabe der Pferde sehr viel gelegen ist. Ich bedaure aber sehr, sie gegen die angebotene Summe nicht zurückgeben zu können. Doch würde ich einem Tausch zustimmen. Geben Sie meinem Vaterlande die vier Pferde zurück, die Sie vom Brandenburger Tor geraubt haben! Dann stehen Ihnen die von mir erbeuteten Pferde sogleich zur Verfügung."

*

Kurz vor dem Abschluß des Schönbrunner Friedens (1809) näherte sich bei einer Parade dem Kaiser ein Jüngling, den man verhaftete. Es war ein siebzehnjähriger Pastorensohn aus Naumburg; man entdeckte ein Stichmesser bei ihm und er gestand offen, daß er die Absicht gehabt habe, Napoleon zu töten. Der Kaiser verhörte den jungen Mann selbst und stellte ihm die Frage: was er wohl täte, wenn er ihn begnadige. Er erhielt die stolze Antwort: „Ich würde Sie nochmals zu töten versuchen." Der junge Friedrich Staps wurde daraufhin erschossen, Napoleon aber verließ eilends den deutschen Boden.

28/69

- E. M. Arndts „Hoffnungsrede" 1810: „Wir haben nicht vergessen, was wir waren; wir wollen nicht vergessen, was wir sein sollen . . ." 23/180—187
- Französisch-preußisches Bündnis 1811: „Kein echtes Bündnis; Knechtschaft unter dem Namen des Bündnisses" (Arndt) 23/114
- Nach dem Abschluß des französisch-preußischen Bündnisses verlassen zahlreiche Offiziere — darunter Clausewitz — den Dienst 23/118, 123
- 1812: Arndts „Vaterlandslied": „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte . . ." 23/143

Reichsfreiherr vom Stein

Nach dem Brand von Moskau (15. bis 20. September 1812) herrschte am russischen Zarenhof soviel Siegerübermut wie vorher Angst. Bei einem Festmahl aus Anlaß des Abzuges Napoleons erklärte die

Mutter des Zaren, eine geborene württembergische Prinzessin, dem Reichsfreiherrn vom Stein, der ihr zur Seite saß: „Wenn jetzt noch ein französischer Soldat durch die deutschen Grenzen entrinnt, so werde ich mich schämen, eine Deutsche zu sein." Nach diesen Worten erhob sich der bis dahin schweigsame ehemals preußische Minister Stein zu einer Gegenrede: „Euer Majestät haben sehr unrecht, solches hier auszusprechen, und zwar über ein so großes, treues, tapferes Volk, welchem anzugehören Sie das Glück haben. Sie hätten sagen sollen, nicht des deutschen Volkes schäme ich mich, sondern meiner Brüder, Vettern und Genossen, der deutschen Fürsten. Ich habe die Zeit durchlebt, ich lebte in den Jahren 1791, 1792, 1793, 1794 am Rhein; nicht das Volk hatte schuld, man wußte es nicht zu gebrauchen: hätten die deutschen Könige und Fürsten ihre Schuldigkeit getan, nimmer wäre ein Franzose über die Elbe, Oder und Weichsel, geschweige über den Dnjestr gekommen."

Die alte Zarin antwortete mit Fassung: „Sie mögen vielleicht recht haben, Herr Baron; ich danke Ihnen für die Lektion."

Anekdote 28/73

- 30. 12. 1812 Graf von Yorcks „Konvention von Tauroggen" 23/135f.
- Januar 1813: E. M. Arndt dichtet auf der Fahrt von Petersburg nach Königsberg das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland . . ." 23/137f.
- Arndts „Katechismus für den deutschen Soldaten" 23/131f.

Die Volkserhebung 1813

Im Januar 1813 war die Lage kritisch genug; da gab es im russischen Lager Stimmen, die meinten: Wir haben Napoleon vom russischen Boden vertrieben, nun können wir wieder heimkehren. Kein Geringerer als der russische Oberbefehlshaber, der 68jährige General Kutusow, war ganz entschieden dieser Ansicht und er hatte gute Gründe für sich. Zunächst befanden sich insgesamt nur 44 000 Mann russischer Truppen in den Grenzgebieten; der Feldzug war bisher für die Russen vor allem wegen des russischen Klimas erfolgreich verlaufen; sollte nun das Risiko eines Rückschlages auf den europäischen Schlachtfeldern, die Napoleon so vertraut waren, in Kauf genommen werden — und wofür?

So angesehen und einflußreich die Stellung des Reichsfreiherrn vom Stein beim Zaren geworden war, so konnte er doch nur dann hoffen, sich gegen solche Ansichten durchzusetzen, wenn er eine ebenso rasche wie beträchtliche preußische Waffenhilfe zur weiteren Fortsetzung des Feldzuges sicherstellte.

Dem stand die beunruhigende Tatsache gegenüber, daß der preußische König noch mit Napoleon verbündet war und sich überdies in Berlin befand, das von französischen Truppen besetzt gehalten wurde.

Friedrich Wilhelm III. hatte schon die Konvention von Tauroggen mißbilligt und unter französischem Druck in der „Spenerschen Zeitung" eine Erklärung gegen den General Yorck veröffentlicht, die dieser freilich mit der Bemerkung beantwortete, daß „bekanntlich im preußischen Staat eine Zeitung kein offizielles Staatsblatt ist und bis jetzt noch kein General seine Verhaltensbefehle durch die Zeitungen erhalten hat . . ."

Schließlich entschloß sich der preußische König wenigstens nach Breslau zu übersiedeln, wo immerhin keine französischen Besatzungstruppen standen. Aber der Gesandte Napoleons begleitete ihn auch dorthin und beobachtete ihn mißtrauisch. Napoleon war inzwischen längst nach Paris zurückgekehrt und beschäftigte sich mit der Neuaufstellung der französischen Armee.

In dieser verworrenen Lage kam alles auf Ostpreußen und dort auf die rasche Volksbewaffnung an. Nur durch sie konnte der preußische König zu Entschlüssen fortgerissen und gleichzeitig der Zar davon überzeugt werden, daß er bei Weiterführung des Krieges nicht etwa die Last des Kampfes allein zu tragen habe.

Dies alles bringt Arndts große Stunde. Schon immer war er ein Verfechter der Volksbewaffnung gewesen, jetzt ruft er Ostpreußen zu Landsturm und Landwehr auf, die in jenen Tagen im Zusammenwirken der ostpreußischen Stände mit Stein und York gegründet wurden.

Arndt schildert in einer Flugschrift, die zunächst in Ostpreußen, später in ganz Deutschland verbreitet wird, die organisatorische Gliederung dieser Volksbewaffnung, „die alle wehrhaften Männer des ganzen deutschen Landes vom 20. bis 60. Jahre" erfaßt.

*

Aus der ostpreußischen Erhebung war eine neue mitteleuropäische Lage entstanden und im Herbst 1813 stand politisch die Frage im Vordergrund, welche Kriegsziele von den verbündeten Mächten anzustreben seien.

Noch einmal traten Stein und Arndt gemeinsam auf — Stein durch entschiedene Einwirkungen auf den Zaren: er hielt ihn von Kompromissen zurück und überzeugte ihn, daß durch einen Marsch auf Paris Napoleons Sturz bewirkt werden müsse, Arndt durch die berühmte Schrift „Der Rhein — Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze".

Er stellte darin klar: „die einzige gültigste Naturgrenze macht die Sprache" und er fordert deshalb diese Grenze als Ziel des Kampfes:

„Wie glücklich stand vor dreihundert Jahren zur Zeit Maximilians I. und Luthers unsere Grenze! Deutschland hieß nur das Land der deutschen Zunge, aber das war auch ganz deutsch . . ."

23/141f., 149

Der Rheinübergang

Radetzky, später österreichischer General und Sieger von Custozza und Novara, war im Dezember 1813 als junger Offizier dem Generalstab des Fürsten Schwarzenberg zugeteilt. Damals machten die Heere der Verbündeten nach der Völkerschlacht bei Leipzig am Rhein halt, statt sofort den Strom zu überschreiten und weiterzumarschieren, wie es der preußische General Blücher wollte und auch der junge Radetzky für richtig hielt. Im Hauptquartier zu Frankfurt gab es manche französisch gesinnte Ohrenbläser, die den Weitermarsch mit Rücksicht auf Napoleon verhindern wollten, und überdies viele Ängstliche, die strategische Bedenken hatten. So hatte der Feldzeugmeister Duka dem Kaiser Franz I. beigebracht, es verstoße gegen die Regeln des Prinzen Eugen, den in Deutschland errungenen Erfolg in Frankreich aufs Spiel zu setzen.

Der Feuerkopf Radetzky hatte dagegen in mehreren Denkschriften jede Verzögerung des Einmarsches in Frankreich als einen groben militärischen Fehler dargelegt, der den Sieg und den Frieden gefährde.

Darüber war der Kaiser Franz wütend geworden und hatte den „Besserwisser" zur Audienz befohlen. Er fuhr den jungen Generalstäbler an: Ob er etwa klüger sein wolle als der alte Meister der Kriegskunst, Prinz Eugen? Radetzky aber ließ sich nicht einschüchtern: „Majestät! Soviel mir bekannt ist, befindet sich Prinz Eugen nicht im Hauptquartier. Wäre er da, so ständen wir nicht in Frankfurt, sondern längst vor Paris."

*

Kurz vor dem Rheinübergang (Neujahr 1814) wurde im preußischen Hauptquartier eine Besprechung gehalten; Blücher und Gneisenau waren für kühnes Verfahren, der Generalquartiermeister Müffling wollte mit seiner abweichenden Meinung nicht recht herausrücken. Schließlich fuhr General Gneisenau ihn ungeduldig an: „Sagen Sie nur Ihre Meinung frei heraus, Herr Oberst. Ich gebe Ihnen im voraus die Versicherung, daß sie nicht befolgt wird."

Anekdoten 28/75f.

Trotz Einspruch von österreichischer Seite, trotz Zögerns russischer Generale, trotz Bedenken des preußischen Königs setzte Blücher in der Neujahrsnacht 1814 bei Kaub über den deutschen Schicksalsstrom. Seiner Frau schrieb der Feldmarschall damals einen berühmt gewordenen Brief:

„HErtzens liebe Frau.
Der frühe neujahrsmorgen wahr vor mich erfreulig da ich den Stoltzen Rein Passirte, die uffer ertöhnten vor Freudengeschrey, und meine braven Truppen Empfingen mich mit Jubel, der widerstandt des Feindes wahr nicht bedeutendt, ich schlisse nun die Festung Mainz völlig ein, führ meine Person gehe ich mit der Armee gleich vorwärts ... der lehrm von meine braven Cameratten ist so groß daß ich mich verbergen muß damit alles zur Ruhe komt; die jenseittigen deutschen bewohner Empfangen uns mit Freudenthränen ..."

*

Es folgen noch drei Monate wechselvoller Kriegführung — immer wieder will Metternich, der inzwischen in Österreich der mächtige Mann geworden ist, mit Napoleon Frieden schließen, und der österreichische Befehlshaber Schwarzenberg hindert den „Marschall Vorwärts", wo er kann; auch Napoleon holt mehrmals noch zu neuen geschickten Manövern aus.

Aber der wuchtige Schwung des Vorstoßes ist doch so stark, daß am 31. März Paris erreicht wird.

In den ersten Apriltagen 1814 dankt Napoleon zum erstenmal ab. Am 22. Juni 1815 wird er es — nach der Episode seiner Rückkehr aus Elba — ein zweitesmal und dann endgültig tun müssen.

Die napoleonische Epoche ist zu Ende, ernstlich begonnen aber hat dieses Ende im ostpreußischen und dann mit dem gesamten Volksaufstand.

23/151f.

Der Wiener Kongreß

Nach den umstürzenden Geschehnissen der französischen Revolution und der napoleonischen Ära, nach diesem gewalttätigen Ausbruch nationaler und persönlicher Leidenschaften erkannten die Staatsmänner ihre Aufgabe darin, die Stellung Frankreichs in Europa wieder neu festzulegen — und zwar so schonend wie möglich. Bekanntlich war Talleyrand schließlich geradezu die Schlüsselfigur des Kongresses und man beließ — was gewiß ein Fehler war — dem französischen König sogar die Herrschaft über rein deutsche Gebiete. Der Hauptgedanke, der den Wiener Kongreßakten zugrunde lag, war es,

das französische Nationalempfinden keinesfalls zu verletzen, und man glaubte das am besten zu gewährleisten, indem man buchstabengetreu die Gebietsverhältnisse so wiederherstellte, wie sie im Jahre 1789 geregelt waren.

Auf unsere Zeit übertragen, würde diese Grundeinstellung zu einem Friedenskongreß führen, der von den europäischen Grenzen des Jahres 1914 ausginge und sie wiederherstellen wollte! 43/79

Arndts vergebliche Forderungen

Vergeblich hatte Arndt das Entscheidungsjahr 1814 mit einer großen staatspolitischen Flugschrift („Über künftige ständige Verfassungen in Deutschland") eingeleitet, in der er die nationaldeutsche Forderung der Zeit sorgfältig und klar umriß:

„Zunächst setzen wir folgendes voraus:

Die Stellung aller deutschen Fürsten und Lande unter ein gemeinsames Oberhaupt, welches Kaiser oder König genannt wird.

Die Einrichtung einer durch das ganze Reich gehenden kriegerischen Erziehung und festen Kriegsordnung und Kriegsübung, welche den Befehl geschwind und den Gehorsam bereit machen, und welche den Fremden auf ewig die Gedanken nehmen, von einem Ende des Landes bis zum andern über unsere Grenzen zu laufen, wie in diesen Tagen geschehen ist.

Die Entwerfung und Begründung deutscher Gesetze, welche über das ganze Reich gelten; wobei man so sehr als möglich die alten deutschen Rechte und Satzungen und die Eigenheiten und Bedürfnisse des Volkes und Landes im Auge hat.

Die Stiftung großer Reichsgebiete mit dem Glanz und der Majestät der Gerechtigkeit und mit der Zahl der Ober- und Unterrichter, daß beide die Heiligkeit der höchsten Angelegenheiten des Volkes erscheine, und die geschwindeste Schlichtung der Zwiste und Händel möglich sei.

Die Verordnung eines deutschen Reichstages, zu welchem die Landboten von den Ständen der einzelnen Landschaften und Staaten des Reichs gewählt werden."

*

Es ist kein Haß gegen andere und auch kein engstirniger Nationalismus, den Arndt predigt; ihm geht es um die Erziehung des seit Jahrhunderten mißleiteten deutschen Volkes zu einem allgemeinen Nationalgefühl gegenüber den vielen Potentaten und Duodezfürsten, zu einer allgemein deutschen Würde gegenüber der gefährlichen Überfremdung, zu dem, was die anderen Staaten und Völker als Selbstverständliches besitzen, was die Deutschen aber noch nicht erreicht haben: daß jeder sich nach seinen Gaben entwickeln möge.

Aber er weiß auch, wie er in einem Aufsatz „Über das Verhältnis Englands und Frankreichs zu Europa" schreibt, daß die bestimmenden Schichten in den damaligen Staaten sich nicht für neue Ideen erwärmen können. Den Krämergeist, von dem er sprach:

„dies nannten sie ihre Bildung, ihre Aufklärung, dies das Glück und die Höhe des Zeitalters; dies hieß ihnen Toleranz, Eleganz, Urbanität, Liberalität; und damit das Geschlepp ausländischer Äffereien und Untugenden und halber Begriffe, die sich mit fremden Namen am Besten ausdrücken lassen, voll Würde, mit einem vornehmen Worte: Humanität. Es war eben jenes erbärmliche, halbzierliche und halbknechtische Wesen, wovon Tacitus sagt: ‚Die Unwissenden nannten das Humanität, da es doch ein Teil der Knechtschaft war'."

23/155, 165

Blücher

Auf dem Wiener Kongreß wurde das 1806 unter französischem Druck aufgelöste Deutsche Reich nicht wieder erneuert, die Fürsten des von Frankreich organisierten Rheinbundes behielten einschließlich ihrer Königs- und Großherzogstitel fast alles, was sie von Napoleon erhalten hatten. Die Mißstimmung über den Kongreß und seine mageren Ergebnisse war deshalb allgemein; Blücher erklärte ungeniert: „Wir haben einen tüchtigen Bullen nach Wien gebracht und einen schäbigen Ochsen nach Hause!"

Anekdote 28/80

Das Saarland — zu Frankreich?

Justus von Gruner — früherer preußischer Beamter, der nun als „Wirklicher Geheimer Etatsrat seiner Majestät des Kaisers aller Reußen" fungierte — hatte offene Augen und offenen Sinn für die Lage im Saarland. Schon bei seiner Ernennung am 2. Februar 1814 sprach er in einem Aufruf von „Bewohnern dieser deutschen, lange unterjochten Länder" und erklärte: „Als Deutscher komme ich zu Euch, theuer vermißten und theuer wieder erkämpften Brüdern . . . "

Herr von Gruner wurde bald eines anderen belehrt . . . Weder dem russischen Zaren, noch dem britischen Vertreter Castlereigh oder dem österreichischen Staatskanzler Metternich war die Grenzziehung im Westen ein bedeutendes Problem. Es war ihnen viel wichtiger, die Wiedereinsetzung der Bourbonen in Frankreich populär zu machen. So geschah es, daß nicht nur das Elsaß französisch blieb, sondern auch beträchtliche Teile des Saargebietes, insbesondere Stadt- und Land-

kreis Saarbrücken im Friedensschluß vom 30. Mai 1814 weiterhin unter französischer Herrschaft belassen wurden. 11/38f.

- Joseph Görres fordert in seinem „Rheinischen Merkur" Revision der Saar-Entscheidung, die „sein Inneres erschüttert" habe 11/40f.
- Nach Napoleons Rückkehr und der Schlacht von Waterloo: Fürst Hardenberg in Saarbrücken 11/43
- August 1815: Saardelegierte zum Wiener Kongreß 11/45, 47f.
- Tauziehen in Wien um das Schicksal des Saarlandes 11/46f.

Revision der Saar-Entscheidung

So kam es nun: Am 2. Oktober 1815 wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet, nach denen Saarbrücken, Saarlouis und Landau an Deutschland abgetreten wurden. Dieser Vorfrieden wurde jedoch nicht veröffentlicht und noch am 16. Oktober verbot der russische Stadtkommandant in Saarbrücken das Tragen preußischer Kokarden. Am Tage darauf kehrten die Delegierten zurück und konnten berichten, von Fürst Hardenberg wenige Tage vorher die erfreuliche Zusicherung erhalten zu haben, „daß wir das Glück haben, fernerhin dem preußischen Staate anzugehören, und daß unsere untertänige Bitte in Betracht gezogen sei, unsere Gegend unverzüglich militärisch in Besitz zu nehmen, wozu die in Longwy befindlichen Königlich Preußischen Truppen bereits den Befehl erhalten hätten. Des Herrn Generalleutnant Grafen von Gneisenau Exzellenz hatten die Gnade, mich des nämlichen zu versichern".

Am 30. November 1815 trat der zweite Pariser Friede in Kraft. Was an diesem Tage im Saarland geschah und gefeiert wurde, das schildert anschaulich das „Intelligenzblatt" von Saarbrücken in seiner Ausgabe vom 1. Dezember 1815:

„Den festlichsten und glücklichsten Tag ihres Lebens . . . feierten gestern die treuen und deutschgesinnten Bewohner der Mittel-Saar, die Bürger von Saarbrücken und St. Johann, die Einwohner aller vormalig nassauischen Ortschaften, die so treu und rein den deutschen Vaterlandssinn bewahrt hatten. Es war dieses der Tag, nach dem sich unsere Herzen so lange gesehnt, und der nicht allein eine Erlösungsstunde sein sollte, sondern auch eine Stunde der Auferstehung zu einem neuen Leben, zu einem Glücke, das viele noch nicht geschmeckt hatten . . . Der Herr hat Großes an uns getan, so sprechen wir: Er hat Großes an uns getan, deß sind wir fröhlich. Der festliche Tage wurde durch allgemeines Läuten der Glocken den Bewohnern des wiedergeborenen Landes, abends und am 30. morgens, angekündigt, und mit Kanonenschüssen das Zeichen zum Geläute gegeben . . .

Frohe Versammlungen beschlossen den Tag und jeder Deutsche gestand gern, daß dieses der schönste seines Lebens gewesen sei.
Mögen die spätesten Enkel ebenso die deutsche Treue bewahren!"

11/50, 52

- Entscheidung des Wiener Kongresses: Elsaß bleibt bei Frankreich 23/164, 26/18
- Tirol wieder zu Österreich 40/23

Der „Deutsche Bund"

Im März 1813, als zwischen dem russischen Zaren Alexander und dem preußischen König ein Bündnis geschlossen und die Fortsetzung des Krieges gegen Napoleon sichergestellt wurde (wodurch erst die drohende Möglichkeit einer Einigung des Zaren mit dem französischen Kaiser auf der Basis einer Teilung Deutschlands ausschied), hatte der russische Oberbefehlshaber Kutusow im Namen der beiden Souveräne den bekannten Aufruf von Kalisch an das „deutsche Volk" erlassen.

In diesem Aufruf wurde nicht nur die Befreiuung Deutschlands vom französischen Joch zum Zweck des Kampfes erklärt, sondern auch die Wiedergeburt des Deutschen Reiches verkündet, an alle Deutschen die Aufforderung gerichtet, sich der Erhebung anzuschließen und die Fürsten, die dieser Aufforderung nicht Folge leisteten, mit dem Verlust ihrer Staaten bedroht. Die damaligen Aufrufe waren wohl überlegt, sie bildeten das Kernstück der Lehren, die sowohl von den Politikern, wie von den Militärs aus den vorhergegangenen Niederlagen gezogen worden waren. Vor allem in Preußen war schon nach der Katastrophe von Jena erkannt worden, daß der napoleonischen Kriegsführung nur durch Bildung einer nationalbewußten Armee und durch Aufrufung des Volkswiderstandes erfolgreich entgegengetreten werden könne. Die Vorbereitung darauf und die innere Umbildung des Staates in Richtung auf die Ablösung des alten Feudalprinzipes durch die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Zusammenfassung sämtlicher wirksamen Kräfte des Volkes fordert nicht nur die Herausbildung des Nationalgefühles, sondern bereitete jenem für den Kriegsverlauf gegen Napoleon dann so wichtigen Anruf des Volksbewußtseins und der Wiedererweckung der Reichssehnsucht aller Deutschen den Boden. Der Wiener Kongreß hat dann bekanntlich auf jene Proklamationen und Ankündigungen von 1813 und 1814 und auf die Tatsache der nationalen Erhebung des deutschen Volkes keinerlei Rücksicht genommen. Die deutschen „Bundesakte", die als letztes

Dokument des Wiener Kongresses am 8. und 10. Juni 1815 — eine Woche vor Waterloo — unterzeichnet wurden, waren ein Dokument, das alle Merkmale schlechten Kompromisses trug. Deutschland wurde in einem Staatenbund lockerster Art organisiert, der ein gemeinsames Organ nur in der diplomatischen Institution des Frankfurter Bundestages erhielt. Nicht einmal auf äußere Merkmale der nationalen Zugehörigkeit wurde Rücksicht genommen, sondern schematisch nach alten Gepflogenheiten verfahren: Ostpreußen zählte nicht zum Deutschen Bund, wohl aber ganz Böhmen mit seiner überwiegend tschechischen Bevölkerung. Für Holstein, Luxemburg und Hannover waren auch fremde Mächte — Dänemark, die Niederlande und England — im Bundestag vertreten! Statt der feierlich angekündigten und von allen Schichten des deutschen Volkes erwarteten Wiedererrichtung eines gegenüber dem Zustand von vor 1806 verjüngten, gekräftigten nationalen Reiches wurde in der Wiener Bundesakte kaum etwas anderes als eine Bestätigung der Auflösung Deutschlands in souveräne Einzelstaaten erklärt.

Im Hinblick auf die anders geartete spätere Entwicklung ist die Bemerkung nötig, daß das enttäuschende Ergebnis der Verhandlungen der Jahre 1814 und 1815 nicht etwa die Folge einer österreichisch-preußischen Rivalität gewesen ist. Der preußische König war damals (wie später 1848 sein Sohn Friedrich Wilhelm IV.) durchaus bereit, die erbliche deutsche Kaiserwürde den Habsburgern zuzugestehen und sich einer Reichsordnung einzufügen. Die Erneuerung und Wiederbelebung des Deutschen Reiches ist damals nicht an Preußen gescheitert, sondern am österreichischen Staatskanzler Metternich, der — gewiß nicht zu Unrecht — mit der politischen Anerkennung einer deutschen Nationaleinheit die Auflösung der nichtdeutschen Hauptmasse des Habsburger Länderbesitzes heraufziehen sah. Es war die „isolierte Staatsräson des österreichischen Kaiserstaates", die auf Jahrzehnte hinaus geradezu zum Merkmal der gesamteuropäischen Entwicklung wurde.

34/86—88

*

Arndt empfindet „Überdruß und Ekel an der Zeit", seine Sprache wird noch deutlicher, offen wirft er allen Reichsfeinden und Reichszerstörern den Fehdehandschuh hin. Arndt ist jetzt ganz Preuße geworden; nur in Preußen sieht er eine deutsche Zukunft, während Österreich einmal durch den Verzicht auf die vorderösterreichischen Gebiete im Elsaß und zum andern durch den Neuerwerb Oberitaliens und Galiziens immer mehr aus dem Reich herausgewachsen ist. „Die Zeit wird kommen", schreibt Arndt — auch in diesem Punkt weit vorausblickend —, „wo Österreich die Politik der letzten beiden Jahre

wahrlich nicht segnen wird." Und: „ich habe Preußen gelobt, nicht weil es Preußen heißt, sondern weil es mir das einzige deutsche Land scheint, welches die Nichtigkeit Deutschlands zur Herrlichkeit erheben kann".

Das ist seine Zukunftshoffnung, die nüchterne Wirklichkeit sieht zunächst anders aus:

„Wir werden aus Wien wahrscheinlich ein buntes Ungeheuer von einem Bundesstaat erhalten, der zusammengeflickt wird, wie der Zufall oder wie der leidige Ländereinrichter und Verfassungsschmied Napoleon Bonaparte die Staaten eben nebeneinander hingeworfen hat."

*

Schließlich entwickelt sich in Wien das von Arndt erwartete Monstrum eines kraftlosen „Deutschen Bundes"; der zeitgenössische Publizist Joseph Görres schreibt schon am 19. April 1815 im „Rheinischen Merkur" bitter über das Deutschland von damals:

„Seine Krone ist zerbrochen und zu Siegelringen seiner Souveräne umgeschmolzen; das alte große Haus ist dem Boden gleich geschleift, und kleine Häuschen sind aus den Trümmern aufgeführt, worin jeder selbständig seine Wirtschaft führt. Nicht mehr heilig, sondern heillos müßte fortan zugenannt werden dieses Reich."

Am 8. Juli 1815 ist es so weit: die Bundesakte, in der nicht einmal das Wort „deutsches Volk" vorkommt, und die statt eines zeitgemäßen Nationalstaates einen Verein von 39 „Souveränen" begründet und dessen Verhältnis sich nur von „Hof" zu „Hof" abwickelt, tritt in Kraft.

Arndt kann nur noch einen Nachruf schreiben (in der im Sommer 1815 erschienenen Flugschrift „Der Deutsche Bund wider das Deutsche Reich"):

„Es ist also gefallen, das schon lang gefürchtete, schon zum Voraus allgemein verfluchte Los! Du armes, treues, deutsches Volk! Du solltest keinen Kaiser haben. Sie, Deine Fürsten, wollen selbst den Kaiser spielen . . . Nicht ein Volk sollst Du sein, nicht deutsch sollst Du sprechen, denken und handeln, sondern östereichisch und preußisch, bayerisch und schwäbisch, sächsisch und hannoverisch, badisch und hessisch, und nach drei Generationen wie der Souverän von Krähwinkel und Widershausen, von Schöppenstädt und Schilda, von Deutschroda und Winkelsleben! Statt eines Herrn hast Du ein paar Dutzend, die, wenn es deutsche Sachen betrifft, nie einig werden können, und die Dich gegeneinander jagen, wenn sich einer den Anmaßungen des andern nicht fügen will. Ist der äußere Feind abgetrieben, so gebärt Dein Inneres ein Nest voll Ungeziefer, das nur leben kann, indem es sich auffrißt . . ."

Arndt sieht voraus, was das Ergebnis der Fehlgründung jenes „Deutschen Bundes" sein wird: „Was ihr hoffen könnt ist Krieg, weil von nun an der Streit über die Oberherrschaft in Deutschland beginnen kann und wird und muß."

23/157, 160f.

Metternichs „System"

Noch in der Bundesakte von 1815 war es den deutschen Einzelfürsten freigestellt worden, ob sie „Verfassungen" gewähren und ein politisches Leben im Volke dulden wollten. Bald aber wurde es strikte Forderung des Wiener Staatskanzlers Metternich, jede freie Regung, jedes allgemein nationale Wirken als „Jakobinismus" und als „Staatsgefährdung" zu denunzieren.

Es war das alles ganz logisch: da man das Reich nicht wiedergegründet hatte, weil man es nicht wiedergründen wollte, mußte man bald auch dazu kommen, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die vom Reich sprachen und es weiter als Ziel vor sich sahen.

Und konnte man nicht Hessen und Schleiz, nicht Bayern und Österreich zur „Nation" ausrufen, so mußte man wenigstens die Männer aus der Öffentlichkeit ausschalten, die ihr Vaterland in Deutschland sahen.

Arndt schreibt einen Vierten Teil zu seinem „Geist der Zeit". Schon die Kapitelüberschriften sind eine Herausforderung an alles, was man bald das Wiener „System" nennen wird: „Vorwärts und Rückwärts — Deutschland" — „Verfassung und Pressefreiheit" — „Die deutsche Wehrmacht" — „Die deutsche Art und das Welschtum bei uns . . ."

Über all solcher Kritik an der damaligen Gegenwart steht die herausfordernde Frage:

„Und solltest du wieder in Nacht zurücksinken, glänzende Zeit? Sollten wir Deutsche wieder die traurigen Siebenschläfer werden, die wir Jahrhunderte gewesen, und zwischen Wachen und Schlafen in den dunklen Höhlen dämmern und frieren, während die anderen Völker sich im fröhlichen Lichte des Lebens ergehen?"

*

Das preußische Kabinett beschließt im Jahre 1818, den Professor Arndt in Bonn zu verwarnen, und der Oberpräsident und Kurator der Universität, Graf Solms-Laubach erhält den Auftrag, diese Verwarnung hochoffiziell zu überbringen.

Noch waren erst knapp fünf Jahre vergangen, seit Arndt zu denen gehörte, die den preußischen Staat befreit hatten!

Im Jahre darauf, als der Student Sand den Schriftsteller Kotzebue ermordet, bricht über Arndt und viele andere aufrechte Deutsche jene sogenannte „Demagogen"-Verfolgung herein, mit der Metternich glaubte, den Nationalwiderstand gegen sein antinationales Staatsprinzip endgültig brechen zu können; es bleibt zwar bei einem Scheinsieg, aber es wird ein Vierteljahrhundert dauern, bis sich endlich auch hier wieder zeigt, daß Gewalt nichts über Geist vermag.

Arndt berichtet aus dieser trüben und schamvollen Zeit:

„Ich mußte mich über alle meine jemals erschienenen kleinen und großen Bücher, über alle Briefe, über alle Gefühle, Gedanken, Einfälle und Scherze der langweiligsten Untersuchungsfolter von beinahe anderthalb Jahren unterwerfen und mich langsam abschlachten lassen."

Die eifrigen Kleingeister finden zwar weder die vermutete „Verschwörung" noch andere Hinweise auf ungesetzliches Handeln, aber genügt nicht ein Blick in jede Schrift Arndt's, um zu wissen, daß er anders denkt, als nun gedacht werden soll. Die Juristen machen es sich einfach: sie finden zwar nichts, was zu einer Anklage gegen Arndt ausreichen würde, aber das hochnotpeinliche Untersuchungsverfahren wird trotzdem nicht eingestellt!

Man verweist ihn allerdings nicht von Bonn, er ist aber gezwungen zu schweigen.

23/167—170

Goethe: „Wo ist Deutschland?"

Ein großer Zeitgenosse Arndts — Goethe — urteilte im Jahr 1830 in einem Gespräch mit Eckermann rückblickend:

„Wir haben keine Stadt, ja nicht einmal ein Land, von dem wir entschieden sagen könnten: hier ist Deutschland! Fragen wir in Wien, so heißt es: hier ist Österreich! und fragen wir in Berlin, so heißt es: hier ist Preußen! — Bloß vor sechzehn Jahren, als wir endlich die Franzosen los sein wollten, war Deutschland überall."

23/152

1834: Der deutsche Zollverein

Die nationalen Bürger empfanden sich mit großer Selbstverständlichkeit als die Führungsschicht der Zukunft, weil sie davon überzeugt waren, daß die drei Dutzend Fürstenhäuser, die die Wiedererrichtung des Reiches verhindert hatten, nicht willens und nicht fähig waren, die dem deutschen Volk zukommende Rolle in Europa und der Welt zu sichern.

Inzwischen hatte England längst den Verlust überwunden, den Ende des 18. Jahrhunderts der Abfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika bedeutet hatte — in den gleichen Jahrzehnten, in denen die deutsche Kleinstaaterei neue Urständ feierte, wurde der „Union Jack" zur beherrschenden Flagge auf allen Weltmeeren.

Auch das 1813 und 1815 besiegte Frankreich hatte nach den schwachen Regierungen Ludwigs XVIII. und Karls X. bereits 1830 sein Nationalbewußtsein wiedergefunden, ja im Jahre 1840 wurde Napoleons Leichnam von St. Helena zurückgeholt und triumphal im Pariser Invalidendom beigesetzt.

Im Osten hatte sich die Macht Rußlands ausgreifend verstärkt und war daran, sich riesige Gebiete untertan zu machen. Nur die europäische Mitte verharrte im Zustand der politischen Zersplitterung, der gegenüber freilich bereits die Gründung des deutschen Zollvereins einen wichtigen Durchbruch bedeutete.

Zunächst von privater Seite, von deutschen Industriellen und Kaufleuten propagiert, die vor allem an den Schutz heimischer Erzeugnisse vor der englischen Konkurrenz dachten, wurde die Zusammenfassung größerer deutscher Gebiete zu Zolleinheiten schließlich in den Jahren zwischen 1828—1833 in überraschend schneller Entwicklung Tatsache.

Die politische Einigung Deutschlands, wenn auch bereits unter Ausschluß Österreichs, ist durch den Zollverein vorgezeichnet worden, dessen Vollendung der 1. Januar 1834 mit dem Zusammenschluß des süddeutschen mit dem norddeutschen Zollgebiet zum „Deutschen Zollverein" brachte, während die Habsburger Monarchie sich aus wirtschaftlichen Gründen fernhielt. 36/52f.

Die Revolution 1848 — und wieder kein Deutsches Reich

Vierzehn Jahre nach der Zollvereins-Gründung kam es zu einem politischen Aufstand. Noch einmal — wie 1813 — schien es, als ob Deutschland durch eine große Volksbewegung „in den Sattel gesetzt" werden würde (um ein späteres Wort Bismarcks zu gebrauchen).

Die durch die französische Februarrevolution in Deutschland ausgelöste Bewegung von 1848 spielte sich, ohne daß man sich damals der Zweigleisigkeit der Ziele bewußt geworden wäre, von Anfang an auf zwei Ebenen ab: man erstrebte einmal die Bildung eines deutschen Nationalstaates, gleichzeitig aber auch Verfassungen in den Einzelstaaten, was deren Bestätigung und Anerkennung in sich schloß. Als im März 1848 sowohl in Wien als auch in Berlin revolutionäre Bürger und Jugendliche sich gegenüber den altregierenden Mächten durch-

setzten und wenig später die im ganzen Gebiet des Deutschen Bundes von Hamburg bis nach Klagenfurt freigewählten Vertreter des deutschen Volkes zusammentraten, schien es so, als würde die staatspolitische Einigung Deutschlands nun endlich gelingen. Wenn die Bewegung dennoch so kläglich scheiterte, daß man später eigentlich immer mehr Mitleid als Anerkennung für das Paulskirchenparlament empfunden hat, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß die in Frankfurt versammelten Parlamentarier, die in geistiger Hinsicht ganz sicherlich die Elite der Nation darstellten, die realen Machtverhältnisse nicht richtig einschätzten und die Gunst der ersten Monate nicht zu nutzen verstanden. Als die deutschen Fürsten sich von ihrem ersten Schreck erholt hatten, standen ihnen im Gegensatz zur Frankfurter Paulskirche reale Machtmittel zur Verfügung, mit denen sie das gesamtdeutsche Parlament zunächst hemmen, dann hindern und schließlich mattsetzen konnten. 36/53f.

*

Es war kein Wunder, daß die Revolution 1848 ihren ersten Höhepunkt in Wien mit dem Sturz Metternichs erreichte.

Keine andere europäische Stadt stand in diesem Umsturzjahr so lange und so offensichtlich im Zeichen der Revolution wie Wien, und um keine ist bis in den November 1848 hinein so erbittert geistig und mit Waffengewalt gekämpft worden. Wenn es um Barrikaden und Straßenkämpfe, um Belagerungen und Füsilierungen ginge, wäre Wien eigentlich im Mittelpunkt der damaligen europäischen Revolutionsbewegung gewesen, nirgends floß soviel Blut wie hier.

Die Kaiserstadt an der Donau war der Platz der aufreizendsten Zeitungen, der revolutionärsten Maueranschläge, hier führten Studenten und eine eilig gebildete Bürgerwehr wochenlang ausschließlich das Regiment. Hier gab es „politische Kommitees", die nach dem Vorbild der französischen Revolution die Befugnisse autoritativer Körperschaften an sich rissen, hier fanden sich auch Arbeitslose genug, die sich schnell zu revolutionären Handlungen zusammenfassen ließen. Bereits am 15. Mai 1848 folgte dem Versuch, eine Verfassung von der Regierung her zu oktroyieren, ein neuer Straßenkampf, der die Einberufung eines verfassunggebenden Reichstages nach allgemeinem Stimmrecht erzwang, aber auch die Flucht des Hofes von Wien nach Innsbruck veranlaßte. Als die Regierung glaubte, damit auf die Wiener Eindruck gemacht zu haben und die Studentenlegion aufzulösen versuchte, kam es am 26. Mai zum dritten Aufstand. Am Endpunkt standen schließlich die Oktoberereignisse, die die Stadt wochenlang in der Hand der Revolutionäre verschiedenster Nationalitäten sahen, und die erst nach bitteren Kämpfen ein blutiges Ende

fanden. Dieser Wiener „Oktoberaufstand" bezeichnete dann freilich auch das machtpolitische Ende der deutschen Revolution, wie der Sturz Metternichs ihr entscheidender Sieg gewesen war.

Alle diese aufregende Dramatik hatte ihren realen Hintergrund. Das Jahr 1848, das den Nationalgedanken so stark im Mittelpunkt populärer Hoffnungen und Erwartungen rückte, stellte schon aus diesem Grunde das deutsch-österreichische Problem zur Diskussion.

Der in diesem Jahr entbrannte Dreifronten-Krieg Habsburgs gegen die ungarische, italienische und slawische Bewegung führte unausweichlich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem habsburgischen und dem deutschen Reichsgedanken, zwischen der These der „Donaumonarchie" und der nationalen Einheitsidee des deutschen Volkes. Wiederum war es nicht Preußen, das der allgemein geforderten und in der Frankfurter Nationalversammlung als selbstverständlich vorgesehenen Wiedererrichtung des deutschen Reiches im Wege stand. Schon im Februar 1848 hatte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. in einem Brief an Graf Redern die interessante Feststellung getroffen:

„Österreich ist Teutschlands Haupt auch dann, wenn dieses Haupt die Verrichtungen des Hauptes nicht üben will . . . Versuchen wir daher, dem unbestreitbaren und geographisch nie zu beseitigenden Haupte das fehlende Leben einzublasen."

Es ist ganz die Politik seines Vaters, Friedrich Wilhelms III., die der preußische König vertritt. Gewiß hat er später auch anders deutbare Erklärungen abgegeben, aber in der Sache hat sich schließlich erneut die Erfahrung von 1815 bestätigt: nicht im Berliner Schloß, sondern in Schönbrunn ist die Errichtung einer deutschen Nationaleinheit verhindert worden. Für den preußischen König stand die dann 1849 erfolgte offizielle Ablehnung der ihm von der Paulskirche angetragenen deutschen Kaiserkrone von vornherein schon deshalb fest, weil er keinesfalls die Hand dazu bieten wollte, Österreich aus dem Reiche „auszustoßen", wie es in zahlreichen seiner damaligen Briefe und Aufzeichnungen heißt.

Schon Ende April 1848 nimmt der preußische König gegen den Entwurf eines „Reichsgrundgesetzes" Stellung, der in Frankfurt von siebzehn „Beauftragten des Bundestages" — unter ihnen mehrere spätere Abgeordnete der Nationalversammlung — ausgearbeitet worden war, und in dem Andeutungen einer Nicht-Aufnahme Österreichs gemacht wurden. Anfang Mai kommt es zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Friedrich Wilhelm IV. und seinem Ministerium. Der König will die erbliche Kaiserkrone für Österreich, für sich selbst das „Reichsfeldherrnamt". Dagegen fordert das preußische Ministe-

rium in seinen internen Beratungen einstimmig die deutsche Krone für Preußen. Friedrich Wilhelm wendet sich heftig gegen diese Ambitionen. In einem Brief an den König von Hannover, in dem er sich über sein eigenes Ministerium beklagt, erklärt er mit Schärfe, er wolle nicht Schuld daran tragen, daß Österreich „aus Deutschland austräte und so über ein Drittel seines Gebietes und außerdem noch die ganze Macht Österreichs für Deutschland in der Waagschale Europas verloren gehen."

Im Frankfurter Parlament wurde die Habsburger Frage schließlich das Kernproblem, an dem alles gescheitert ist. Schon bei der Behandlung der „Grundrechte" für die vorgesehene neue Reichsverfassung war das Thema aufgetreten und im Sinne einer Einbeziehung Österreichs in das Reich behandelt worden. „Den nicht deutsch redenden Völkern Deutschlands" — so hieß die Formel — wurde eine Gewähr ihrer volkstümlichen Entwicklung ausdrücklich zugesprochen. Der Ausschuß, der den Verfassungstext vorzubereiten hatte, legte am 19. Oktober 1848 einen Vorschlag vor, in dem der Gedanke einer staatsrechtlichen Teilung Österreichs vertreten wurde:

„Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Land dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine vom nichtdeutschen Land getrennte Verfassung haben . . . Die Reichsverfassung hat in einem solchen deutschen Land dieselbe verbindliche Kraft wie in den übrigen deutschen Ländern."

Ein Teil der Abgeordneten fand es allerdings schwierig, den allzuviel gestaltigen österreichischen Kaiserstaat in das Reich unmittelbar einzubeziehen. Auch der englische Prinzgemahl Albert, der dazu Denkschriften verfaßte, war der Ansicht, daß die deutschen Staaten außer Österreich einen Bundesstaat bilden sollten („engerer Bund") und dieser mit Österreich in ein beständiges und unauflösliches Bündnis trete („weiterer Bund").

Im Anschluß an diese schwerwiegenden Diskussionen vollzog sich jene abschließende Neuordnung der Parteien in der Paulskirche, die die meisten der bisherigen Gruppierungen auflöste und nunmehr „Großdeutsche" und „Kleindeutsche" gegenüberstellte.

Schließlich holte man die Stellungnahme der österreichischen Regierung ein, die sich monatelang Zeit ließ. Erst am 4. Februar 1849 antwortete sie mit diplomatischer Geschicklichkeit: Man legt Verwahrung ein gegen eine für Österreich verbindliche Zentralgewalt und man verwirft ebenso das Verhältnis eines engeren und weiteren Bundes. So klar man bezeichnet, was abgelehnt wird, so unklar bleibt, wozu man bereit ist:

„Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach außen festes und mächtiges, im Inneren starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor."

Die Grenzmarken des großen Reiches sollen soweit ausgestreckt werden, daß „auf der von der Kaiserlichen Regierung in Aussicht zu stellenden Grundlage alle ihre Landesteile Platz finden".

Dieser Gedanke — auf der Basis des von der Frankfurter Nationalversammlung vorgesehenen allgemeinen Wahlrechtes — stellte natürlich eine völlige Umkehr der Nationalstaatsidee dar; als in späteren Verfassungen Österreichs-Ungarns das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, sahen sich die Deutschen in die hoffnungslose Rolle einer Minderheit versetzt. Schon im März 1849 oktroyierte der österreichische Kaiser in seinem Herrschaftsbereich eine Verfassung, die dieser Linie entsprach: Österreich sollte ein ungeteiltes und unteilbares Ganzes bleiben. Die gesamte Monarchie einschließlich Ungarns und Norditaliens wurde in einen einheitlichen staatsrechtlichen Rahmen gestellt. An die Paulskirche ging eine Note ab, die die Einbeziehung dieses österreichischen Gesamtstaates in das deutsche Reich forderte. Die Perspektive einer Aufnahme dieses Völkerkonglomorates in den deutschen Nationalstaat war auch den leidenschaftlichsten Verfechtern des großdeutschen Gedankens unerträglich. Sie änderten nun ihren Kurs entschlossen und beantragten als Gegenschlag die sofortige Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser. So mußte sich die Paulskirche in die kleindeutsche Lösung retten, weil sie allein noch übriggeblieben war. Schließlich wurde von 290 Abgeordneten bei 248 Stimmenthaltungen dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone angeboten, der fest entschlossen war, sie abzulehnen. Das alles hatte nur noch anekdotische Bedeutung. Die weiteren Ereignisse, die Abberufung der österreichischen, später auch der preußischen Abgeordneten durch ihre Regierungen, bezeichneten bereits den Zusammenbruch sowohl der Nationalversammlung wie der Revolution 1848 überhaupt.

Das deutsche Problem hatte zum zweitenmal innerhalb eines halben Jahrhunderts zur Debatte gestanden; es war erneut am „dynamischen Imperialismus" des Habsburger Kaiserhauses gescheitert! 34/88—91

Der alte Arndt erlebt das Jahr 1848

Arndt erlebt noch, was ihm nicht zweifelhaft war: den Sturz Metternichs, das Aufbrausen des solange zurückgestauten Nationalgeistes im Frühjahr 1848.

Er steht freilich nun schon im 79. Lebensjahr, als diese Bewegung von Paris ausgehend nach Wien und zuletzt auch auf Preußen übergreift. Längst ist das von den Kabinetten engherzig regierte Volk politisch führungslos geworden und so greifen in die Aufstandsbewegung vielerlei Kräfte ein, denen auch Arndt verblüfft gegenübersteht. Er ist empört über die Berliner Ereignisse, will auch nichts vom Republikaner Kinkel wissen, der im Rheinland — auch in Bonn — viele Anhänger hat.

Als die Wahl zur deutschen Nationalversammlung ausgeschrieben wird, stellen ihn drei deutsche Wahlkreise als Kandidaten auf — darunter auch seine alte Heimat, die Insel Rügen. In allen drei Wahlkreisen wird er gewählt, er nimmt aber die Wahl des Kreises an, der ihm als erster das Ergebnis meldet und so zieht er als Abgeordneter der Stadt Solingen in die Frankfurter Paulskirche ein.

Mit schlichten Absichten erscheint der Greis als ein „gutes altes deutsches Gewissen, als welches meine Wähler mich auch wohl geschätzt haben . . ."

Er muß sich freilich bescheiden:

„Wäre ich dreißig, vierzig Jahre jünger, so würde ich bald in einer, bald in der andern Kneipe, wo sich Klubs halten, auch auf die Tische springen und die Ware, die ich führe, besser an den Mann zu bringen suchen. Denn eben in diesen einzelnen Klubs und Versammlungen wird das meiste gewirkt und suchen Parteien sich geltend zu machen."

Bei einigen Gelegenheiten freilich tritt der alte Arndt doch in den Vordergrund: schon in der zweiten Sitzung der Nationalversammlung, als er nur einige wenige Worte spricht, erhebt sich die ganze Paulskirche spontan, um dem alten Künder und Mahner deutscher Freiheit ergreifend zu huldigen. Stehend singen die Abgeordneten sein Vaterlandslied . . .

Ein zweitesmal ward Arndts gedacht: als man im Juli 1848 — um endlich eine Tatsache zu schaffen — den österreichischen Erzherzog Johann zum Reichsverweser ausrief, trat nach dem Präsidenten der Nationalversammlung in ihrem Auftrag auch Arndt auf, um ein Grußwort zu sprechen.

Die Reichsverweserschaft des Erzherzogs und seine Reichsregierung blieb freilich nur eine Episode: die Staatsgewalt der Einzelstaaten stärkt sich wieder, Österreich widersetzt sich mit Rücksicht auf seine zahlreichen nichtdeutschen Staatsteile erneut einer tatsächlichen Wiedergründung des Reiches.

23/172f.

Traum und Ernüchterung

Der von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt gewählte Reichsverweser, der volkstümliche, mit einer Posthalterstochter verheiratete österreichische Erzherzog Johann nahm Anfang September 1848 als Gast des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. am Kölner Dombaufest teil. Bei einem Festmahl im Schloß Brühl überraschte der Erzherzog seinen königlichen Gastgeber mit dem Trinkspruch: „Kein Preußen, kein Österreich, ein einiges Deutschland, so fest und frei wie die Berge!" Der preußische König antwortete erst am nächsten Tag, als er eine Abordnung von Abgeordneten der Nationalversammlung empfing und ihnen kühl mitteilte: „Vergessen Sie nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland gibt und daß ich einer von ihnen bin."

28/90

Die Paulskirche

Der nationaldeutsche Aufstand, der 1848 wie ein Sturm durch alle deutschen Staaten fegte, versickerte im eigenen Boden; erstmals bildeten sich Begriffe wie „kleindeutsch" und „großdeutsch" — Formeln, die von den Habsburgischen und Hohenzollernschen Hausmachtverhältnissen geprägt waren. Die politischen Köpfe des Frankfurter Parlaments haben freilich — das wurde ihre bleibende Leistung — klare und heute noch gültige Begriffe von der Gestalt und den Grenzen eines deutschen Volksstaates im mitteleuropäischen Raum geprägt und ausgesprochen.

Schon bei der Wahl zur Paulskirchenversammlung wurden Zweifel ausgeräumt: es gab in Frankfurt keine tschechischen Abgeordneten, wohl aber Südtiroler aus Bozen und Meran. In den damals noch österreichischen Gebieten Italiens wurden zwar Abgeordnete gewählt und nach Frankfurt entsandt, aber sie reisten wieder ab, nachdem sie die Erklärung abgegeben hatten,

> „daß die Natur in der Salurner Klause die Trennungswand zwischen der deutschen und der italienischen Nation geschaffen hat — die Völker haben sie anerkannt und eine nationale Politik wird sie beachten müssen".

So wurde es auch in den anderen Bereichen gehalten: Graz und Klagenfurt waren in der Paulskirche vertreten, nicht aber Budapest oder Triest, obwohl auch diese Städte habsburgischen Staaten zugehörten. Über die Zulassung deutscher Abgeordneter aus der damals preußischen Provinz Posen gab es eine Grundsatzdebatte. Erst nach-

dem in leidenschaftlichen Reden die deutsche Kulturleistung in diesem Raum als dessen Merkmal verdeutlicht worden war, gab die Mehrheit der Nationalversammlung ihre Zustimmung zur Aufnahme dieser Abgeordneten. 43/26f.

Die deutsche Nationalversammlung und Europa 1848/49

Folgenschwer war die außenpolitische Ahnungslosigkeit des Frankfurter Parlaments. In ideologischer Beschränktheit glaubte man, daß das artverwandte demokratische Regime in Frankreich selbstverständlich die revolutionäre Bewegung in Deutschland fördern oder zumindest nicht bekämpfen werde. In Wirklichkeit hatte Frankreich — ganz gleich unter welcher Führung es stand — natürlich kein Interesse an der Entstehung eines vom Belt bis zur Adria reichenden geschlossenen deutschen Nationalstaates. Auch die übrigen Großmächte waren nicht geneigt, eine Änderung des seit Jahrhunderten bestehenden, für sie sehr erwünschten Zustandes eines machtpolitischen Vakuums in Mitteleuropa freiwillig hinzunehmen. Das demokratische Frankreich, das liberale England und das reaktionäre Rußland wirkten schon damals zusammen, um die machtpolitische Zusammenfassung der europäischen Mitte zu verhindern. Es war die Schleswig-Holstein-Frage, in der sich diese außenpolitischen Fronten — eine frühe Ankündigung der Weltkriegskonstellationen des 20. Jahrhunderts — abzeichneten. Der im September 1848 von den Großmächten erzwungene Waffenstillstand von Malmö, der die um ihre Loslösung von Dänemark kämpfenden Schleswig-Holsteiner ihrem Schicksal überließ, war ein ernster Schlag gegen die Autorität der Paulskirche.

36/54

*

Gescheitert ist die Paulskirchen-Versammlung bekanntlich an realen Machtfragen. Im Jahre 1850 mußte der letzte Ausläufer der Frankfurter Ideen, der preußisch-kleindeutsche „Unions-Vorschlag", nicht nur am Widerstand des Wiener Ballhaus-Platzes, sondern auch daran scheitern, daß der russische Zar in dieser Frage sich gegen Berlin stellte — neben den Querschüssen aus England und dem dänischen Konflikt das erste Signal der Konstellationen, die seither die weitere Entwicklung der „deutschen Frage" beherrschten. 43/27

Bismarck über die Paulskirche

Der Mann, von dem berichtet werden muß, wenn von der wirklichen Wiedergründung des deutschen Reiches — allen entgegenstehenden Gewalten zum Trotz — berichtet werden soll, hat Jahrzehnte später über den Glauben und die Enttäuschung der Paulskirchenschwärmer geurteilt; Otto von Bismarck sprach am 21. April 1895 vor einer Abordnung der Alten Herren der deutschen Burschenschaften:

„Die Redner von Frankfurt vergriffen sich in den Mitteln, mit denen das nationale Ziel, das der Mehrheit der Gebildeten vorschwebte, erreicht werden konnte. Sie wandten sich an die Denker; sie glaubten, mit Reden und öffentlicher Meinung ließe sich alles machen, und sie bestätigten das Dichterwort: ‚Leicht beieinander wohnen die Gedandanken, doch hart im Raume stoßen sich die Dinge.' Was sich so hart stieß, war die . . . M a c h t !" 19/13

Bismarck in Frankfurt

Als der preußische Ministerpräsident Manteuffel im Jahre 1851 an Bismarck überraschend die Frage richtete, ob er die Stellung eines preußischen Gesandten beim Frankfurter Bundestag annehmen wolle, antwortete Bismarck einfach mit „Ja". Darauf ließ König Friedrich Wilhelm IV. ihn zu sich bescheiden und sagte: „Sie haben viel Mut, daß Sie so ohne weiteres ein Ihnen fremdes Amt übernehmen." Bismarck erwiderte: „Der Mut ist ganz auf Seiten Eurer Majestät, wenn Sie mir eine solche Stelle anvertrauen. Wenn ich mich ihr nicht gewachsen finde, so werde ich der erste sein, meine Abberufung zu erbitten. Ich habe den Mut zu gehorchen, wenn Eure Majestät den Mut haben, zu befehlen." Der König entschied: „Dann wollen wir die Sache versuchen."

Anekdote 28/97

Der deutsche Historiker Sybel schilderte die Lage so:

„Der wiedergeborene Bundestag" — er stellte in Wirklichkeit eine Versammlung von Diplomaten der deutschen Fürstenhöfe dar — „behielt auch, nachdem er endlich vollzählig geworden, das Zeichen seines Ursprungs; er war und blieb ein Kampfmittel Österreichs und der Mittelstaaten gegen Preußen. Nach der Beseitigung des deutschen Parlaments war die Frage der künftigen Deutschen Verfassung auf die einfache Formel der Machtfrage zwischen den beiden Großmächten im Bunde, Österreich und Preußen, zurückgebracht."

„Seine Exzellenz, der Herr Leutnant von Bismarck", wie ihn die Berufsdiplomaten spöttelnd nennen, geht ohne Zaudern, mit Mut und auch mit Humor an die Aufgabe, Preußen gegenüber einen fast geschlossenen Kreis von Gegnern würdig zu vertreten. Bald hat er seine Gegenspieler durchschaut. „Ich richte mich nach dem feinsten Politiker, den ich auf den Jagden kennengelernt habe, dem Fuchs, der ruhig im Bau sitzen bleibt, wenn schlechtes Wetter ist."

Bismarcks politischer Hauptgegner in Frankfurt ist naturgemäß der Vertreter Österreichs, ein Graf Thun; er unterschätzt ihn nicht und kennzeichnet ihn als einen Mann, der „unter der Maske harmloser Liebenswürdigkeit jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen . . ."

Nun — Herr von Bismarck macht sich zunächst ein Vergnügen daraus, dem Grafen Thun „mit gleicher Münze heimzuzahlen". Weil der Graf ihn regelmäßig im Vorzimmer warten läßt, wenn er in Geschäften zu ihm kommt, grundsätzlich bei der Begrüßung sitzenbleibt und weiterraucht, holt Bismarck das nächste Mal kaltblütig seine Zigarrentasche hervor, zieht eine Zigarre heraus und ersucht verbindlich: „Darf ich um Feuer bitten, Exzellenz?" Der stolze Graf ist so verblüfft, daß er sich beeilt, dem Wunsche nachzukommen. Nun kann das Gespräch beginnen.

Ein anderesmal erteilt Graf Thun Bismarck den drohenden Rat, Preußen müsse „der Erbschaft Friedrichs des Großen entsagen", der preußische König müsse viel bescheidener werden, er sei ja in jedem Fall bestenfalls der Erzkämmerer des Reiches, führe sich aber auf wie ein Mann, der einmal in der Lotterie hunderttausend Taler gewonnen habe und nun seinen Haushalt so einrichte, als gäbe es alle Jahre einen solchen Gewinn — da erwidert der preußische Gesandte trokken: „Wenn diese Ansicht in Wien bestimmend ist, dann sehe ich voraus, daß Preußen nochmals in der bewußten Lotterie setzen muß."

Graf Thun muß sich wohl oder übel mit der Schlagfertigkeit seines preußischen Gegenspielers abfinden, und er tut es nicht ohne österreichischen Charme. Wenn gelegentlich einmal eine Besprechung ohne die üblichen Meinungsverschiedenheiten abgelaufen ist, umarmt er Bismarck in heiterer Liebenswürdigkeit und scheut sich nicht, seinen diplomatischen Kollegen zu versichern, er sei von der persönlichen Ehrenhaftigkeit des preußischen Gesandten so felsenfest überzeugt, daß er ihn im Falle der Verhinderung unbesorgt mit seiner Vertretung betrauen könne — völlig sicher, daß Bismarck in der Zwischenzeit nichts gegen Österreichs Interessen unternehmen würde. Dieser wiederum meint in einer vertraulichen Äußerung: „Ich habe den Thun trotz seiner Bauernpfiffigkeit eigentlich ganz gern." Kurz darauf freilich findet Bismarck wieder, sein „Freund Thun" sei be-

denklich übermütig geworden, er sei deshalb leider gezwungen gewesen, ihn gleich wieder „ins Bett zu ärgern; gestern habe ich ihm gegeben, nun liegt er fest".

19/30f.

Bismarck am Zarenhof, in Paris und London

Im Jahre 1856 tritt eine Wendung ein, die für Bismarck, für Preußen und für den deutschen Einigungsgedanken entscheidend wird: Der preußische König Friedrich Wilhelm IV., dessen Seelenkraft den wilden Stürmen der Zeit nicht gewachsen war, verfällt in geistige Umnachtung, und sein Bruder Wilhelm, der „Kartätschenprinz" von 1848, übernimmt als Prinzregent die Regierung. Seine Entschlossenheit, die königlichen Rechte zu wahren, sind dem Lande bekannt; Freund und Feind glauben deshalb, er werde Bismarck, dessen Königstreue im Revolutionsjahr 1848 unvergessen ist, nunmehr sogleich in die Regierung berufen.

Zur allgemeinen Überraschung geschieht nichts dergleichen — im Gegenteil: als Bismarck Anfang 1859 von Frankfurt auf den Gesandtenposten nach St. Petersburg versetzt wird, sieht das fast als eine Entfernung aus . . .

Bald freilich erweist gerade dieser Petersburger Auftrag sich als eine Gunst des Schicksals. Bismarck gewinnt nicht nur die Freundschaft des Zaren und seiner Familie, sondern auch den Respekt der russischen Minister und Generale. Voll entfaltet sich seine Kunst, mit Menschen umzugehen.

Drei Jahre bleibt Bismarck in St. Petersburg; er lernt nicht nur die Hauptstadt, sondern auch das russische Land kennen, bewegt sich nicht allein in der kaiserlichen Familie und in der Hofgesellschaft, sondern ist auch Gast bei baltisch-deutschen Freunden, streift mit ihnen auf Bärenjagden durch die winterlichen Wälder . . . ohne freilich seine Aufgabe aus dem Auge zu verlieren.

Im Juli 1861 kann Bismarck dem König Wilhelm auf einer Urlaubsreise in Baden-Baden darlegen, daß von Rußland aus ein Widerstand gegen eine deutsche Einigung, falls sie unter preußischer Führung vollzogen werde, wohl nicht mehr zu erwarten sei. Seine Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage faßt er gleichzeitig in einer Denkschrift zusammen, in der er darauf hinweist, daß Preußen vor allen Dingen eine starke Armee schaffen müsse, um die werdende deutsche Einheit abzuschirmen.

Bismarcks Ratschläge machen zwar Eindruck auf den König, aber das einzige Ergebnis ist zunächst, daß der „Verbannung" nach St. Pe-

tersburg eine abermalige Versetzung des Gesandten folgt: diesmal nach Paris, an den Hof des Kaisers Napoleon III. Mit seinem großen Oheim Napoleon I. hat dieser durch Volksabstimmung auf den Thron erhobene Kaiser freilich nur den Namen gemein; er ist weich, gemütvoll, liebt einen sehr gut gedeckten Tisch und ein bequemes Bett und hat mehrere kostspielige Freundinnen, die seine willensstarke Gattin, die durch ihre Schönheit berühmte Kaiserin Eugenie, nur deshalb duldet, weil er sich dafür in politischen Dingen weitgehend ihren Wünschen fügt. Der französische Kaiserthron steht auf unsicheren Füßen; die Pariser erwarten von einem Napoleon kühne politische Abenteuer und aufregende Erfolge — und vor allem verlangen sie Wachsamkeit gegenüber dem deutschen Nachbarn: nichts da von „Einigung" und „Nationalstaat". Man denkt immer noch ganz im Stile des Kardinals Richelieu: je schwächer die Deutschen sind, desto stärker werden die Franzosen sein. Am Zarenhof konnte Bismarck für Neutralität, ja für Wohlwollen gegenüber einer deutschen Einigung werben, in Paris, wo Napoleon nur auf Gewinn lauert, wäre das eine unlösbare Aufgabe. Trotzdem — und obwohl die beiden Männer auch im persönlichen Wesen und in ihrer Haltung grundverschieden sind — gelingt es Bismarck erstaunlicherweise, ein recht gutes persönliches Verhältnis zum französischen Kaiser herzustellen.

Bismarck benutzt die wenigen Monate seines Aufenthaltes am französischen Hof, um die Verhältnisse kühl und nüchtern zu prüfen; und er kommt bald zu der Erkenntnis, daß Eugenie, Napoleon und die Pariser einer deutschen Einigung auf friedlichem Weg niemals zustimmen würden. Bei allen künftigen Entscheidungen verliert er diese gefährliche Tatsache nie aus den Augen.

Von Paris aus reist Bismarck im Juni 1862 auch einmal für einige Tage nach London, um dort die Lage zu erkunden. Sehr beeindruckt wird er nicht: „Über Preußen wissen die englischen Minister weniger wie über Japan oder die Mongolei, und" — so schreibt er an seine Frau — „klüger wie unsere sind sie auch nicht."

In der englischen Hauptstadt ist man freilich bereits damals auf ihn aufmerksam geworden. Der spätere Premierminister Disraeli bemerkt über den preußischen Besucher: „Paßt auf diesen Mann auf; er meint, was er sagt!" 19/34—39

„Ein übler Minister"

Als Bismarck im September 1862 von Wilhelm I. (1797—1888, seit 1858 Prinzregent, seit 1861 König) zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt war, wurde er zunächst in der Öffentlichkeit als „Re-

aktionär" verdächtigt und von vielen Kreisen abgelehnt. Als ein Stendaler Bürger den neuen Regierungschef öffentlich beleidigte und deshalb vor Gericht gestellt wurde, verhängte der Richter nur die Mindeststrafe von 10 Talern mit der Begründung, daß Bismarck ja wirklich ein übler Minister sei und dies strafmildernd berücksichtigt werden müsse.

Anekdote 28/99

Schleswig-Holstein

Seit den Tagen der Paulskirche schwebt die Frage: ob Dänemark, wo in jenen sturmbewegten Jahren eine Art Imperialismus im Wasserglas tobt, sich unter Mißbrauch einer alten Personalunion die deutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein einverleiben dürfe oder nicht. Es gelingt Bismarck im Frühjahr 1864, gestützt auf die einhellige Zustimmung fast aller Deutschen, seinen König, den österreichischen Kaiser und sämtliche Bundesfürsten für einen gemeinsamen Appell an die Waffen zu gewinnen. Er ist geschickt genug, das eifersüchtige England vor einem sofortigen Eingreifen abzuhalten, den Zaren, dem er soeben bei einem blutigen Polenaufstand in Warschau 1863 den Rücken gedeckt hatte, zu beruhigen — und sogar Napoleon III. hinzuhalten, bis der kurze Feldzug entschieden ist: Schleswig und Holstein bleiben nach den raschen Siegen von Düppel und Alsen deutsch und werden zunächst einer gemeinsamen preußisch-österreichischen Verwaltung unterstellt. 19/44

Bismarck und Österreich

Bismarck hat eine Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland nicht gewollt. Er dachte vielmehr zunächst an eine Art preußisch-österreichische Kondominium im deutschen Raum. Dennoch sollte es gut hundert Jahre nach Beendigung des siebenjährigen Krieges erneut zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich um die politische Führung Deutschlands kommen. Noch ganz im Sinne seiner ursprünglichen „großdeutschen" Absicht war es Bismarck gelungen, Österreich zur Teilnahme an dem Krieg gegen Dänemark 1864 zu veranlassen, der durch die Erstürmung der Düppeler Schanzen siegreich entschieden wurde.

Österreichische Truppen wirkten mit, das einstige Anliegen der Paulskirche zu verfechten und das fern von ihrer Heimat gelegene

Schleswig-Holstein zu befreien. Gemeinsam waren Preußen und Österreich stark genug, diesmal eine Einmischung ausländischer Großmächte zu verhindern. Aber als die Herzogtümer erobert waren, begann das Problem: Zunächst war eine gemeinsame preußisch-österreichische Verwaltung eingesetzt worden — dann aber, als die Wiener Regierung hier einen neuen deutschen Staat schaffen wollte, verhärteten sich die Fronten zwischen den beiden deutschen Großmächten; und als Bismarck schließlich die deutsche Nationalstaats-Bewegung gegen Österreich zu mobilisieren versuchte und ganz Schleswig-Holstein unter seine Kontrolle nahm, veranlaßte Österreich den Deutschen Bund zur Mobilmachung gegen Preußen, um unter dem Vorwand, die Rechte eines schleswig-holsteinischen Fürstenhauses zu schützen, eine weitere Erstarkung Preußens in Deutschland zu verhindern. Der daraufhin ausbrechende Deutsche Krieg von 1866, der die meisten süd- und mitteldeutschen Staaten auf österreichischer Seite sah, war schon nach kurzer Zeit entschieden. Nach der für die Preußen siegreichen Schlacht von Königgrätz stand Wien dem Zugriff der preußischen Truppen offen. Bismarck aber setzte es gegen den Widerstand der Militärs und nach hartem Ringen mit König Wilhelm I. durch, daß der preußische Vormarsch eingestellt wurde und Waffenstillstands-Verhandlungen begannen. Einerseits wollte er das geschlagene Österreich nicht demütigen, um nicht den Weg zu einer künftigen Zusammenarbeit zu versperren, und andererseits war die staatliche Zusammenfassung Deutschlands, die nun erneut im Bereich des Möglichen lag, außenpolitisch gefährdet. Zwar wahrte Rußland, dem Preußen drei Jahre zuvor bei der Niederschlagung des polnischen Aufstandes geholfen hatte, wohlwollende Neutralität, doch zeigte Frankreich deutlich Neigung zum Eingreifen. 36/55f.

Das „Wunder von Königgrätz"

Der Wiener Kriegserklärung an Preußen schlossen sich aus eifersüchtiger Sorge um ihre „Souveränität" die Könige von Hannover, Sachsen, Bayern, Württemberg und fast alle süddeutschen kleineren Staaten an. Noch bedenklicher war, daß die Wiener Minister sich sofort auch um ein Eingreifen Frankreichs bemühten. Jahrzehnte später wird der Geheimvertrag bekannt werden, der damals in Wien zwischen dem dortigen französischen Botschafter Herzog von Gramont und dem österreichischen Außenminister Graf Mensdorf geschlossen worden ist. Napoleon III. sorgt vor, daß im Falle des von ihm er-

warteten und geförderten österreichischen Sieges trotzdem nicht etwa Deutschland geeint werden würde:

„Wenn die österreichischen Waffen in Deutschland siegreich sein sollten, wird die französische Regierung allen durch Österreich eroberten Gebietszuwachs sanktionieren vorausgesetzt, daß er das europäische Gleichgewicht nicht stört, indem er eine österreichische Hegemonie begründet, die Deutschland unter einer einzigen Autorität einigen würde."

Aber noch bevor diese wohlabgewogene Politik sich auswirken, bevor der Ring um Preußen sich schließen kann, geschieht das Wunder von Königgrätz.

Am 15. Juni 1866 war der Krieg ausgebrochen, zwei Wochen später war die hannoversche Armee zur Kapitulation gezwungen, das Königreich Sachsen von den preußischen Truppen durchschritten. Am 3. Juli bereits fällt die militärische Entscheidung: an diesem Tag wird die in Böhmen aufmarschierte starke österreichische Armee unter Benedek bei Königgrätz von den preußischen Truppen vernichtend geschlagen ...

Das Ereignis ist so überwältigend, daß Bismarck — der als Anhänger einer „brutalen Gewaltpolitik" verschriene Bismarck! — in diesem Augenblick des Siegesrausches im preußischen Hauptquartier der einzige ist, der nun auf einen sofortigen Friedensschluß drängt, statt sich den Wünschen der Generale und auch seines königlichen Herrn auf einen Triumphzug nach Wien und eine „Bestrafung des Feindes" anzuschließen.

„Die Streitfrage ist entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wiederzugewinnen."

„Österreichs Rivalitätskampf gegen uns ist nicht strafbarer, als der unsrige gegen Österreich."

„Wir haben nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben."

Es sind geradezu dramatische Szenen, die sich damals in der Umgebung des siegreichen preußischen Königs abspielen. Bismarck denkt nicht nur an die künftigen Beziehungen zu Wien, er denkt an den lauernden Napoleon in Paris. Über den Ernst dieser damaligen Gefahr wird Bismarck später (Reichstagsrede vom 2. Mai 1871) drastisch berichten:

„Es ist bekannt, daß ich noch am 6. August 1866 in dem Fall gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht einen Augenblick zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: ‚Gut, dann

ist Krieg!' Er reiste mit dieser Antwort nach Paris. In Paris besann man sich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verstehen, diese Instruktion sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrissen worden."

Bismarck hat gute Nerven. Drohungen bedeuten ihm wenig, er hält am Ziel fest: die deutsche Einigung, die Wiedergründung des Reiches, das 1806 untergegangen war. Er beruhigt und gewinnt die deutschen Fürsten, die gegen Preußen angetreten waren, durch größte Milde der ihnen aufgelegten Friedensbedingungen. Hannover freilich — allzu eng mit England verbunden — muß aus zwingenden militärischen und politischen Gründen gänzlich in Preußen aufgehen.

Ein „Norddeutscher Bund" faßt nach dem Friedensschluß zunächst die Nachbarn Preußens wirtschaftlich und militärisch zusammen. Bei der Eröffnung des direkt gewählten gemeinsamen Parlamentes der dem Norddeutschen Bund angeschlossenen Staaten spricht Bismarck über das Reich von gestern — und über das von morgen: „Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht." Niemals aber habe die Sehnsucht des deutschen Volkes nach dem Reich aufgehört und die Geschichte der eigenen Zeit sei erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen.

Mit den süddeutschen Staaten kommt ein geheimes Verteidigungsabkommen und ein offener Zollvertrag zustande. Und am 27. April 1868 tritt das erste deutsche Zollparlament — ein Vorläufer des späteren Reichstages — zusammen. Bevor die Abgeordneten wieder in ihre Länder zurückreisen, ruft Bismarck ihnen zu:

„Die kurze Zeit unseres Beisammenseins ist schnell vergangen wie ein Frühlingstag. Möge denn die Nachwirkung sein wie die des Frühlings einer künftigen Zeit!"

19/55—59

Und wieder das Saarland . . .

Napoleons III. Bestrebungen, das „Kohlenbecken an der Saar", wie er sich meist auszudrücken pflegte, abgetreten zu erhalten, setzten frühzeitig ein und führten schon am 25. Mai 1860 dazu, daß der damalige preußische Prinzregent Wilhelm, der spätere König und Kaiser, anläßlich einer Eisenbahn-Einweihung in Saarbrücken vom Sprecher der Bürgerschaft in der Begrüßungsansprache auf das Bekenntnis der Grenzlande zum Deutschtum hingewiesen wurde. Dr. Jordan — so hieß dieser Sprecher — gab dabei der vertrauensvollen Über-

zeugung Ausdruck, daß „jeder Fußbreit deutschen Bodens, jede Forderung deutschen Rechtes, jeder Pulsschlag preußischer und deutscher Ehre gegen jeden Angriff, jeden Feind gesichert sein werde". In seiner Entgegnung betonte der Regent, daß man ihm volles Vertrauen entgegenbringen könne; und als dann noch der Bürgermeister Kromayer ihm, ebenfalls unter Berufung auf die Ereignisse von 1815, den Huldigungsfestzug der gesamten Bürgerschaft ankündigte, gab der Regent die ausdrückliche Zusicherung, daß eine abermalige Trennung Saarbrückens vom Vaterlande mit seinem Willen niemals stattfinden werde . . .

Im Frühjahr 1866 war die französische Politik schließlich bei dem Gedanken angelangt, die Saarbrücker Bergwerke, die preußischer Staatsbesitz waren, für 100 Millionen Thaler durch eine anonyme französische Gesellschaft erwerben zu lassen. Auch dieser Plan wurde in der Öffentlichkeit bekannt und im Saarland sofort Gegenstand leidenschaftlicher Erklärungen, die sich im März 1866 zu einer Eingabe der Stadtverordneten von Saarbrücken an König Wilhelm steigerten. Der damalige preußische Ministerpräsident Bismarck konnte freilich in seiner großen Politik ein klares Dementi in dieser Angelegenheit nicht brauchen, um nicht den Kaiser Napoleon auf die Seite der Gegner Preußens zu treiben. Deshalb spielte die Frage des angeblich geplanten Verkaufes der Saargruben (in Wirklichkeit hatte die preußische Regierung sich nie ernsthaft mit diesem Plan beschäftigt) in den örtlichen Wahlkämpfen des Saarlandes eine beträchtliche Rolle. Daß Bismarck nicht daran dachte, den Forderungen Napoleons III. nachzugeben, sollte sich bald deutlich genug zeigen.

Mit der Entscheidung von Königgrätz (in Paris sprach man von der „Schlacht von Sadowa", und schon im Juli 1866 wurde die Formel „revanche pour Sadowa" in französischen Armeekreisen geprägt) war das Zwischenspiel 1866 für die Saarländer gewonnen, aber es folgte noch eine Szene, die als historische Anekdote zu verzeichnen ist.

Das ist der kaum glaubliche, aber aus den Akten bestätigte Vorgang vom 5. August 1866. An diesem Tage fand Bismarck — nach dem Abschluß des Nikolsburger Vorfriedens mit Österreich soeben nach Berlin zurückgekehrt — auf seinem Schreibtisch den Vorschlag einer „geheimen französisch-preußischen Konvention" vor, in dem der französische Außenminister — als ob Preußen eine schwere Niederlage erlitten hätte — nicht nur die Abtretung des Saargebietes, sondern auch die Überlassung weiterer linksrheinischer Länder forderte, die sich im Besitze anderer deutscher Staaten befanden.

Der preußische Gesandte in Paris, Graf von der Goltz, der währenddessen dort von den französischen Forderungen unterrichtet worden war, meinte in seinem Bericht vom 6. August, man müsse durch ein

„kleines Opfer" Frankreich besänftigen und er nannte dabei das Saargebiet, „die Grenze von 1814"; Bismarck schrieb lakonisch an den Rand: „Auch die nicht!"

Die offizielle Antwort an Napoleon III., wenn sie auch höflicher formuliert war, lautete ganz eindeutig:

„Sie kennen die Gesinnung Seiner Majestät des Königs", heißt es in der diesbezüglichen Instruktion Bismarcks an Graf von der Goltz „und wissen, daß Allerhöchstderselbe nicht darein willigen wird, eigene Untertanen wider ihren Willen aus seiner Monarchie ausscheiden zu lassen, und daß er Zessionen eigentlich deutschen Gebietes auch persönlich und, abgesehen von der Stellung Preußens in Deutschland, freiwillig nicht glaubt zugeben zu dürfen. An dieser Gesinnung und dem ausgesprochenen, dem Kaiser nicht unbekannten Widerwillen der Bevölkerung gegen eine Rückkehr unter französische Herrschaft würde auch der Versuch scheitern, auf die Grenzen von 1814, welche materiell weniger Bedeutung haben, zurückzukommen."

Der „ausgesprochene, dem Kaiser nicht unbekannte Widerwille der Bevölkerung", von dem Bismarck hier spricht — er ist letzten Endes wieder einmal ein ausschlaggebender Faktor für die Geschichte dieses deutschen Grenzlandes geworden.

11/56—59

Luxemburg

Im Jahre 1867 drohte bereits der französisch-preußische Krieg, der dann 1870 ausbrach. Damals ging es zunächst um Luxemburg, das als ehemalige Bundesfestung noch von den preußischen Truppen besetzt war, während Napoleon III. (1808—1873, seit 1852 französischer Kaiser) das kleine Land durch Kauf annektieren wollte. In kritischer Stunde erschien der französische Botschafter Graf Benedetti bei Bismarck, der seit 1866 nicht nur preußischer Ministerpräsident, sondern auch Kanzler des Norddeutschen Bundes war. Benedetti war gekommen, um Bismarck eine soeben eingetroffene Depesche der Pariser Regierung zu überbringen. Der Kanzler war sich über den gefährlichen Inhalt des französischen Telegramms nicht im Zweifel und befürchtete eine vollendete Tatsache, aus der es keinen anderen als einen kriegerischen Ausweg mehr geben würde. Er sagte deshalb dem Botschafter: Im Augenblick befinde er sich im Aufbruch, um ins Parlament zu gehen, Seine Exzellenz möge also die Depesche in Verwahrung behalten. Höflich forderte er jedoch Benedetti auf, ihn über die Straße zu begleiten.

Während sie unterwegs waren, bemerkte Bismarck so nebenher, daß die bevorstehende Interpellation im norddeutschen Reichstag den

beabsichtigten Kauf Luxemburgs durch Frankreich betreffe. Benedetti würde aufgeregt, faßte in seine Tasche: Unter diesen Umständen müsse er den Herrn Bundeskanzler doch entschieden bitten, vorher von der Mitteilung der Pariser Regierung Kenntnis zu nehmen! Aber Bismarck legte ihm abwehrend die Hand auf den Arm; er werde die Interpellation mit der Erklärung beantworten, daß der Regierung offiziell nichts bekannt sei, so daß er sich auch nicht über ihre Absichten äußern könne; wohl aber sei er überzeugt, daß keine fremde Macht die zweifellosen Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen werde! Würde er freilich offiziell von einem ernstlich beabsichtigten Kauf unterrichtet sein, so sei der Konflikt unvermeidlich; denn dann müsse er das im Parlament sagen und außerdem hinzufügen, daß Preußen die Einverleibung Luxemburgs nach Frankreich niemals dulden werde! Nach dieser privaten Bemerkung des Kanzlers zog Benedetti seine Hand wieder aus der Tasche, die Depesche wurde nicht überreicht und der Friede war für diesmal gerettet. Das Land Luxemburg aber ist bis heute selbständig geblieben.

Anekdote 28/103f.

Zur Vorgeschichte des Krieges 1870

Seit 1866/67 stand das Frankreich Napoleons III. Preußen und dem „Norddeutschen Bund" mit Neid und Mißtrauen gegenüber. Wie Bismarck vor der Aufgabe stand, den nördlichen Staatenbund durch Einbeziehung der süddeutschen Staaten zum Reich zu erweitern, so sah die Pariser Politik das Gegenteil als ihr Ziel an: auch der „Norddeutsche Bund" sollte sich wieder auflösen . . . 19/81f.

*

So kam es, daß eine verhältnismäßig unbedeutende Angelegenheit, nämlich die geplante, von Bismarck begünstigte Besetzung des spanischen Thrones durch einen Angehörigen einer entfernten Hohenzollernschen Seitenlinie — der Kandidat war mit Napoleon enger verwandt als mit Wilhelm I. — zum Krieg führte.

Die französische Regierung hatte mit Bedacht eine rein dynastische Prestigefrage zum Anlaß einer Herausforderung genommen: Es ging ihr darum, in diesem Streitfall Preußen von den übrigen deutschen Staaten zu isolieren. Bismarck verstand es aber, im richtigen Augenblick das Nationalinteresse für die Vorgänge wachzurufen, so daß nach der französischen Kriegserklärung an Preußen alle deutschen Staaten mit Ausnahme Österreichs Waffenhilfe leisteten und damit ein deutsch-französischer Krieg begann. 36/57

Die „Emser Depesche"

Anfang Juli 1870 hatte Bismarck Anlaß, über das Verhalten König Wilhelms empört zu sein. Natürlich war ihm klar: ein Krieg Preußens mit Frankreich konnte wegen der spanischen Thronkandidatur des Sigmaringer Prinzen nicht geführt werden. Aber es war doch für den verantwortlichen Staatsmann unerträglich, auf seinem pommerschen Landgut Varzin gewissermaßen in der Zeitung zu lesen, daß der König, der sich zur Kur in Bad Ems aufhielt, den französischen Botschafter mehrmals empfing und unter dem Druck der Pariser Drohungen, ohne auch nur Bismarcks Rat einzuholen, einfach den Verzicht des Hohenzollern-Prinzen bewirkte.

Um genau zu sein: die Telegramme, „aus denen hervorging, daß der König nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen" erhielt Bismarck, als er — durch die ersten Nachrichten aus Paris und Bad Ems alarmiert und zum eiligen Aufbruch aus Varzin veranlaßt — mit seinem Wagen in den Hof des Berliner Auswärtigen Amtes einfuhr. Oben in seiner Dienstwohnung erreichte ihn dann noch die — wie es schien — abschließende Nachricht der Verzichterklärung. Es schien klar: er war zu spät gekommen, der König hatte gehandelt, ohne Bismarck vorher auch nur anzuhören, er hatte — wenn auch in einer Nebenfrage, die aber durch die Pariser Erklärungen zu einer Hauptangelegenheit geworden war — die preußische Politik vor aller Welt lächerlich gemacht. Bismarck dachte an Rücktritt . . .

Bei der Erinnerung an diese Krise ist es erlaubt, die so oft sich aufdrängende und nie zu beantwortende Frage zu stellen „Was wäre geschehen, wenn . . ."

Wenn — der französische Außenminister Gramont nicht eine weitere herausfordernde Weisung an Graf Benedetti erteilt hätte: den preußischen König erneut zu stellen und von ihm Erklärungen zu verlangen, die nun ganz offenkundig nichts mehr mit der Königsfrage in Spanien zu tun hatten, sondern einfach eine Erniedrigung waren?!

Fast in den gleichen Stunden, in denen Bismarck in Berlin den Rücktritt beschließt, erkennt der König endlich aus Eigenem den größeren Hintergrund, jetzt erfaßt er, daß man in Paris längst nicht mehr an Spanien denkt, sondern die deutsche Frage aufgeworfen hat, sie entscheiden oder darum kämpfen will, weil man glaubt, in dieser „hohenzollernschen Familienangelegenheit" keinesfalls mit einer süddeutschen Unterstützung für Preußen und den „Norddeutschen Bund" rechnen zu brauchen.

Bismarck ist inzwischen in Berlin geblieben und hat für den 13. Juli die Generale Moltke und Roon zu Tisch geladen, um auch ihnen seinen Rücktritts-Entschluß mitzuteilen und zu begründen.

Während sie noch beim Essen sitzen, wird aus der Chiffrier-Abteilung des Auswärtigen Amtes gemeldet, daß dort ein verschlüsseltes Telegramm des Geheimrats Abeken aus Bad Ems eingegangen ist. Es wird gerade in Klartext übertragen.

Der Geheimrat Abeken war, wie üblich, dem König beigegeben, um die dienstliche Verbindung zwischen ihm und dem Auswärtigen Amt zu besorgen.

Bismarck erzählt die historisch gewordene Szene ausführlich in seinen „Gedanken und Erinnerungen".

*

Das historische Zwischenspiel der „Emser Depesche", durch das der Krieg mit Frankreich zwar nicht verursacht, aber nach langer Kriegstreiberei der Regierung Napoleons schließlich ausgelöst wurde, hat einige Berühmtheit erlangt. Feinde des Reiches — Feinde im Ausland und Feinde in unserem eignen Volk — sprechen gern von einer „Fälschung" der Emser Depesche und stellen die Dinge so dar, als habe Bismarck durch einen „unsauberen Trick" den Krieg provoziert.

Diese Legenden konnten gegenüber der Aufklärung durch die Tatsachen keinen Bestand haben. Daß Bismarck den Text seiner Veröffentlichung durch einfache Kürzung eines Telegramms des Geheimrats Abeken gewinnen konnte und ihn nicht etwa — wozu er natürlich als Ministerpräsident ohne weiteres berechtigt war — in eigenen Worten entwarf, ist eine Merkwürdigkeit, die Stil- und Sprachforscher bewundern mögen.

Für den geschichtlichen Sachverhalt von Bedeutung war und bleibt nur: daß die Pariser Regierung eine über den Kandidaturverzicht des Hohenzollernprinzen hinausgehende Demütigung Preußens verlangte, daß König Wilhelm angesichts dieser Forderung die wirklichen damaligen Ziele der französischen Politik nun erkannte, und daß er in dieser späten Stunde sich endlich wieder Bismarcks erinnerte.

Da allerdings war nun das Spiel des Herzogs von Gramont zu Ende.

19/83—90

Die französische Kriegserklärung

Ereignis folgte auf Ereignis: Am 13. Juli wird die „Emser Depesche" veröffentlicht, am 14. Juli steht sie in den Zeitungen, am 15. Juli befiehlt Napoleon III. die Mobilmachung aller französischen Streitkräfte — der Krieg ist unvermeidlich.

Am 16. Juli erstattet Bismarck dem „Bundesrat" — den Bevollmächtigten der verbündeten norddeutschen Regierungen — Bericht über die politische Lage.

Er erklärt, daß offenkundig „die französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder die Demütigung Deutschlands oder den Krieg herbeizuführen".

Die offizielle Kriegserklärung Frankreichs wurde vom französischen Geschäftsträger in Berlin in Form einer Note überreicht, deren letzter Absatz lautet:

„Die Regierung Seiner kaiserlichen Majestät hat die Verpflichtung zu haben geglaubt, unverzüglich für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer verletzten Interessen zu sorgen, und entschlossen, zu diesem Endzwecke alle durch die ihr geschaffenen Lage gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt an als im Kriegszustande mit Preußen.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, Ew. Exzellenz usw. usw. der ergebensten Hochachtung zu versichern.

Berlin, den 19. Juli 1870 (gez.) LeSourd"

Dieses Dokument ist von Bedeutung angesichts der vielverbreiteten Ansicht, Frankreich sei „im Laufe der letzten hundert Jahre dreimal von den Deutschen überfallen worden". Nur im August 1914 wurde die Kriegserklärung von deutscher Seite ausgesprochen, nachdem in Frankreich vorher die allgemeine Mobilmachung verkündet worden war. Am 3. September 1939 erklärte ebenso wie 1870 die französische Regierung den Krieg.

*

Am 15. Juli 1870 hatte der Minister Ollivier vor dem Pariser Parlament die französische Kriegserklärung an Preußen mit stolzen Worten angekündigt:

„Wohl ruht auf uns eine starke Verantwortung, aber wir nehmen sie leichten Herzens auf uns; jawohl: leichten Herzens, nämlich vertrauend auf die Gerechtigkeit unserer Sache und überzeugt, daß dieser Krieg uns aufgezwungen wird."

Die Londoner Zeitung „Times", eine der Voreingenommenheit zugunsten Bismarcks gewiß unverdächtige Zeugin des Geschehens, schrieb zur Geschichte dieses Kriegsausbruches am 16. Juli 1870 eindeutig:

„Das größte nationale Verbrechen, das wir seit den Tagen des ersten französischen Kaiserreiches in diesen Spalten zu verzeichnen hatten, ist begangen worden. Der Krieg ist erklärt worden — ein ungerechter aber vorsätzlicher Krieg. Dieses schreckliche Unglück, das Europa in Bestürzung versetzt, ist — das ist jetzt nur allzu klar — das Werk Frankreichs . . ." 19/78f., 91

- Die Stellungnahme der süddeutschen Staaten zur französischen Kriegserklärung an Preußen 19/92—103
- Bayerische Mobilmachung und Münchner Entscheidung zum Kriegseintritt Juli 1870 19/94—102
- Französischer Feldzugsplan: zunächst Griff auf Saarbrücken 11/60

Sedan

In Süddeutschland wurden die teilweise widerstrebenden Regierungen von der allgemeinen nationalen Begeisterung mitgerissen. Ein glücklicher Zufall fügte es zudem, daß der erste große deutsche Sieg bei Wörth vorwiegend von bayerischen Truppen erkämpft wurde. So erhielt die Auseinandersetzung von vornherein den Charakter eines gesamtdeutschen Nationalkrieges. Eine wichtige militärische Vorentscheidung fiel, als eine preußische Armee unter Prinz Friedrich Karl in den außerordentlich verlustreichen Schlachten zwischen dem 6. und 18. August den Durchbruch der französischen Armee Bazaine nach Westen verhinderte und sie in Metz einschloß. Als Moltke, einen Entsatzversuch der Armee Mac Mahon von Nordwesten her vermutend, es wagte, die gesamte deutsche Macht nach Norden zu werfen, fiel die Entscheidung: Am 2. September 1870 mußte die in Sedan eingeschlossene französische Armee kapitulieren; Napoleon III. geriet in Kriegsgefangenschaft.

36/57f.

*

Als Napoleon III. den Krieg an Preußen erklärte, rechnete er nicht ohne Grund mit einer technischen Überlegenheit der französischen Bewaffnung; das „Chassepot"-Gewehr und die „Mitrailleuse" waren in der Tat besser als das preußische Zündnadel-Gewehr und die preußischen Kanonen. Auch der Zahl nach mußte der preußisch-deutsche Aufmarsch hinter dem französischen zurückstehen — durch überlegene Führung aber wurden alle diese Nachteile kühn ausgeglichen; als eine der beiden französischen Armeen unter Marschall MacMahon bei Sedan im freien Felde eingeschlossen und am 2. September zur Waffenstreckung gezwungen wurde, war dies „der größte Triumph der preußischen Generalstabsschule". Moltke und seine Offiziere hatten hier ihr Ziel erreicht: den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Der Generalstabschef schrieb einmal:

> „Jeder Krieg, auch der siegreiche, ist ein nationales Unglück. Es ist die größte Wohltat des Krieges, mit allen Mitteln nach seiner raschen Beendigung zu streben."

26/32f.

*

In der Schlacht von Sedan kündigte sich das Zeitalter der technischen Waffen an — über 600 Geschütze hatte Moltke gegen die Festung zusammengebracht. König Wilhelm I. verlor fast die Nerven, als die mächtige Kanonade einsetzte. Moltke aber blieb ruhig, für ihn war der Artillerie-Einsatz nur das Vorspiel der Entscheidung. Während alles noch auf die brennende Stadt blickte, suchte er mit dem Fernglas den Horizont ab; plötzlich rückte er die Schärpe zurecht, nahm die Dienstmütze ab, ließ sich vom Burschen den Helm reichen, trat auf den König zu und salutierte: „Das Gardekorps greift ein. Ich gratuliere Eurer Majestät zu einem der größten Siege dieses Jahrhunderts!"

Anekdote 28/104

● Der Tag von Sedan — Zeitgenössiche Erlebnisberichte 19/118—126

Herbst 1870: Die Begründung des Bismarck-Reiches

Bald nach dem ersten Treffen mit einem französischen Unterhändler wird das Hauptquartier nach Versailles verlegt. Paris ist immer noch von den deutschen Truppen eingeschlossen — es wird bis zur Kapitulation am 28. Januar 1871 belagert bleiben.

In Versailles wohnt der König mit einer wachsenden Zahl deutscher Fürstlichkeiten im Hotel des Reservoirs. Bismarck hat seinen Wohn- und Amtssitz in einer Villa der Madame Jessé in der rue de Provence aufgeschlagen. Hier wird nun in den folgenden Herbst- und Winterwochen die Hauptfrage behandelt und schließlich entschieden: die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches.

Für die Soldaten und das Volk war sie längst keine Frage mehr. Schon die allgemeine Begeisterung, mit der gerade die Süddeutschen im Juli dem „Bündnisfall" zugestimmt hatten, ließ keinen Zweifel offen. Der Tag von Sedan tat sein übriges. In Württemberg wurde die „Deutsche Partei" in diesen Wochen ein mächtiger Faktor; schon Ende August wandte sich der „Schwäbische Merkur" in entschiedenen Worten gegen ausländische Einmischung, was Bismarck zu der Bemerkung veranlaßte, „dieser Artikel muß Junge kriegen!" Auch in Bayern ging es recht lebhaft zu. Dort forderten vor allem die „Augsburger Abendzeitung" und die „Münchner Neuesten Nachrichten" die Beseitigung der Mainlinie, den Eintritt der Südstaaten in den Nordbund, die Schaffung eines einheitlichen Bundesstaates unter preußischer Führung. Sofort nach Sedan ging ein wahrer „Adressensturm" durch das ganze Land. Über tausend Zuschriften, nicht nur der Städte, sondern auch zahlreicher ländlicher Gemeinden aus Ober-

bayern, Schwaben, Franken, der Rheinpfalz forderten, daß Bayern sich der bevorstehenden deutschen Einigung anschließen solle.

Bei den Regierungen und den beteiligten Monarchen freilich war die Lage nicht so klar. An ihnen waren in den Jahren 1848/49 die Bestrebungen der Paulskirche gescheitert. Hier muß Bismarck sich nun durchsetzen. Wenn auch die große Volksbewegung eine starke Hilfe bedeutet — der preußische Gesandte in München meinte Anfang September 1870, die Bayerische Staatsregierung stehe „unter der ungeheuren Pression" der nationalen Bewegung —, so ist doch sein Ausgangspunkt nicht so günstig, wie vier Jahre vorher bei der Gründung des „Norddeutschen Bundes". Damals stand der preußische Ministerpräsident den zur Unterstellung unter das „Bundespräsidium" aufgeforderten Regierungen und Fürsten als Sieger gegenüber, der sich weise Zurückhaltung auferlegte, indem er nicht mehr forderte als den Beitritt zum neuen Staatenbund. Diesmal aber hat Bismarck es mit Regierungen zu tun, die als Verbündete in den Krieg eingetreten und am Siege beteiligt waren. Trotzdem fehlt es im Hauptquartier nicht an Stimmen, die dazu raten, den württembergischen und den bayerischen König notfalls zum Einverständnis mit der Reichsneugründung ganz einfach zu zwingen.

Bismarck denkt anders — er wählt mit Bedacht den viel schwierigeren Weg: er will freiwillige Zustimmung auch derer, die — wie die beiden Könige — jedenfalls ein Opfer an Rang und Macht zu bringen haben, wenn der „Norddeutsche Bund" in neuer Form auch auf den Süden ausgedehnt werden soll.

*

Für Bismarck beginnen mühselige, überraschungsreiche Wochen; seine Arbeitskraft und sein Wille werden schwersten Belastungen ausgesetzt: Da wünschen die bayerischen Minister nicht nur das Recht, eigene Gesandte zu ernennen, sondern auch, die Außenpolitik des künftigen Reiches unmittelbar mitzubestimmen; da wollen sie einen Teil Badens annektieren, um die Landverbindung zwischen Würzburg und Speyer herzustellen; und da fordern sie so viele Sonderrechte für die bayerische Armee, daß mit Recht gesagt wird, die Gründung des Deutschen Reiches wäre fast an der Frage des Münchner Kadettenkorps gescheitert.

Die Württemberger wiederum schauen mit scheelen Augen auf die Sonderbehandlung Bayerns; König Karl und seine mißmutige Gemahlin erkennen hier den neuen Ansatzpunkt für ihren Widerstand — als die Verhandlungen Bismarcks mit den württembergischen Ministern schließlich und endlich zu einem Abschluß gekommen sind, erhalten sie am 11. November ein Telegramm ihres Königs, das sie „zur Be-

richterstattung" nach Stuttgart zurückberuft. Und als Bismarck am Tage darauf mit ihnen die Abschlußbesprechung hält und in allen Punkten Übereinstimmung erzielt, müssen die Minister ihm gestehen, daß sie trotzdem nicht unterschreiben dürfen, sondern abreisen müssen. Sie sind nun selbst über ihre heimatlichen Majestäten empört und kehren nach Stuttgart zurück mit dem Entschluß, die Angelegenheit „Stirn an Stirn" zum Austrag zu bringen und den König angesichts des fertigen Vertrages vor ein „Entweder-Oder" zu stellen. „Welche Schmach", notiert der württembergische General Suckow in sein Tagebuch.

Der Königin Olga ist es vorbehalten, in den nächsten Tagen eine Verbindung zum russischen Gesandten in Berlin anzuregen, um festzustellen, ob eine Intervention beim Kaiser von Rußland zweckmäßig sei. Ein heutiger Historiker urteilt darüber, dies sei in jenen Monaten der „letzte, schwache Versuch" gewesen, eine „auswärtige Macht zur Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten zu bewegen".

Bismarck ist von dem „württembergischen Streich" so überrascht und verbittert, daß er an seinen Sohn Bill schreibt: „Wenn nicht ein deutsches Unwetter dazwischenfährt, so wird mit diesen Diplomaten und Bürokraten der alten Schule nichts zustandekommen".

Er wäre freilich nicht Bismarck, wenn er jetzt kurz vor dem Ziel die Flinte ins Korn werfen würde; so zurückhaltend er sonst in Angelegenheiten der öffentlichen Meinung ist: dieses Stuttgarter Königspaar verdient schonende Behandlung nicht länger; bald verbreiten sich zweifellos aus dem Hause der Madame Jessé in Versailles Gerüchte über den Vorfall bis in die Spalten der deutschen Zeitungen. Einige Pressekommentare zu diesen Informationen genügen, um den württembergischen Hof zu überzeugen: Als das Stuttgarter Gesamtministerium einen Bericht vorlegt, in dem die Annahme der Versailler Vereinbarungen empfohlen wird, erteilt König Karl schließlich doch seine Zustimmung, und die Königin Olga muß es hinfort ertragen, einem „anderen Fürstenhaus" nachgeordnet zu sein.

19/136f., 141—143

- Die Wiederbegründung der deutschen Kaiserwürde 11/146—156
- Zwei Millionen Gulden für den „Kaiserbrief" des bayerischen Königs Ludwig II. 19/147—151
- Auseinandersetzung über die deutschen Bundesverträge im Münchner Parlament 19/157—159
- Die Kaiserproklamation des 18. 1. 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles (Text) 26/15
- Leutnant von Hindenburg als Zeuge der Kaiserproklamation 26/13—16

Friedensschluß 1871

Am 10. Mai 1871 unterzeichneten Deutschland und Frankreich in Frankfurt den Friedensvertrag. Das Elsaß, das Preußen 1815 auf dem Wiener Kongreß vergeblich von Frankreich zurückgefordert hatte, und ein Teil Lothringens wurden an das Deutsche Reich abgetreten; Frankreich hatte innerhalb von drei Jahren 5 Milliarden Franken Kriegsentschädigung zu zahlen; die französischen Gebiete mußten von deutschen Truppen geräumt werden; Deutschland verpflichtete sich seinerseits, keinen Bewohner der abgetretenen Gebiete wegen der im Kriege von ihm begangenen politischen oder militärischen Handlungen zu verfolgen oder zur Rechenschaft zu ziehen.

Dieser Friede, für Frankreich eine bittere Folge der Kriegserklärung Napoleons III., war hart, aber nicht entehrend; er war kein „karthagischer" und kein „Vernichtungsfriede"; erst das 20. Jahrhundert hat diese Begriffe des Altertums in die neuere Geschichte wieder eingeführt.

26/18f.

Bismarcks Reich — ein bedrohter Torso

Bismarcks „kleindeutsche" Reichsgründung 1870, eine Teilverwirklichung des Paulskirchen-Programms, war bereits beherrscht von der Gewißheit, daß die deutsche Einigung vor allem außenpolitisch durchgesetzt werden mußte. Neben den Habsburger Interessen war auch wieder Frankreich als Großmacht im Wege gestanden. Das russische Bündnis hatte Rückendeckung geboten, die Beziehungen zu England wurden in der Schwebe gehalten — es war nicht deutsche Selbstbestimmung, die Bismarck durchsetzte, sondern ein diplomatisch-militärisches Geschicklichkeitsspiel mit vielerlei Fäden, die er genial zu verknüpfen verstand.

Sein Reichsgebäude wies denn auch ernste Mängel auf: aus strategischen Gründen wurde das französische Lothringen einverleibt, und andererseits mußte aus dynastischen Rücksichten darauf verzichtet werden, die im Westen für kurze Frist gewonnene Rückenfreiheit zur Auflösung des Habsburger Staates und zur Einbeziehung seiner deutschen Gebiete in das Reich zu nutzen. So blieb der zweite Ansatz zum „regnum teutorum" ein Torso und zwar — wie sich bald herausstellte — ein von vielen Seiten bedrohter Torso.

43/27f.

DIE „ENTENTE"

Bismarcks „cauchemar des coalitions"

Bismarck ging davon aus, daß jeder Krieg in Europa für Deutschland nur schädlich sein konnte, da es auf Grund seiner zentralen Lage nur allzuleicht mit hineingezogen werden würde. Er war sich darüber klar, daß der von ihm geschaffene Staat infolge seiner geographischen Situation, den langen, ungeschützten Grenzen und der daher ständig drohenden Möglichkeit eines Mehrfrontenkrieges in erheblich stärkerem Maße gefährdet war als die übrigen Großmächte, die alle durch günstige geographische Verhältnisse (Insellage, schwer überwindbare Grenzgebirge, Weite des Raums) viel wirksamer geschützt waren. Bismarcks Außenpolitik zielte daher darauf ab, einen Krieg, in den Deutschland verwickelt werden konnte, mit Umsicht zu vermeiden. Da Frankreich ganz offenkundig Elsaß-Lothringen wiedergewinnen wollte und nur auf Bundesgenossen wartete, um für 1870/71 „Revanche" zu üben, kam es vor allem darauf an, ein Bündnis zwischen Frankreich und einer anderen Großmacht zu verhindern.

Dies erwies sich schon für Bismarck als eine sehr schwierige Aufgabe: Die gleichen Mächte, die bereits 1848 gemeinsam handelten, um der Frankfurter Paulskirche keinen Erfolg gegenüber Dänemark zu erlauben, standen dem neuerrichteten Machtfaktor in Mitteleuropa kritisch gegenüber.

Der „cauchemar des coalitions" (Alpdruck der Koalitionen), die Befürchtung, daß sich die großen Mächte neuerlich zur Vernichtung Deutschlands zusammenschließen könnten, hat Bismarck im wörtlichen Sinne schlaflose Nächte bereitet. 36/59f.

Das englische „Unbehagen"

Während die Londoner „Times" noch im Juli 1870 in scharfen Ausdrücken die damalige französische Kriegserklärung an Preußen als das „größte nationale Verbrechen" bezeichneten, wurde der Ton dieses wichtigen Blattes schon im September 1870 merklich kühler, um schließlich bereits damals sichtlich gegen das zu neuer Macht und Einigkeit aufstrebende Deutschland Stellung zu nehmen. Schon Anfang Januar 1871 notierten die „Times" bedeutungsvoll ein „ill-feeling

between the two great European nations of Teutonic stock" — ein „Unbehagen zwischen den beiden großen europäischen Nationen teutonischer Herkunft" (Times 3. Januar 1871). Und bereits im Februar 1871 hatte Bismarck Veranlassung, eine „Times"-Meldung ausdrücklich zu dementieren, nach der im bevorstehenden deutsch-französischen Friedensvertrag eine Auslieferung französischer Kriegsschiffe und der Kolonie Pondicherry an Deutschland vorgesehen sei — einer jener kleinen publizistischen Schachzüge, die dazu bestimmt und geeignet sind, einen öffentlichen Stimmungswechsel vorzubereiten!

Nicht minder bedeutsam war, daß der älteste Sohn der Königin, der damalige Prince of Wales und spätere König Eduard VII., seiner Hinneigung zu Frankreich und seiner Ablehnung Deutschlands häufigen Ausdruck verlieh.

Er gab seinen Gefühlen so freien Lauf, daß die Königin lange zögerte, ihn in vertrauliche Staatspapiere Einblick nehmen zu lassen. Schon damals prägte Eduard das Schlagwort einer künftigen „entente cordiale" zwischen Großbritannien und Frankreich!

Zu Bismarcks Zeiten blieb es freilich bei solchen kleinen Reibereien — zu lebendig war noch die Tradition langer politischer Freundschaft und zu eng die persönliche Verbindung der alten Königin Viktoria mit dem Berliner Hof. Nach Bismarcks Abgang aber begann auch die Königin der politischen Richtung ihres Sohnes zuzuneigen; ab 1892 wurde er in die Regierungsgeschäfte eingeweiht und noch zu ihren Lebzeiten vollzog sich vor aller Augen das Schauspiel hell auflodernder englisch-deutscher Auseinandersetzungen. 30/19

Rußlands „Drang nach Westen"

Bismarck hatte sich gegen Ende seiner Kanzlerschaft — insbesondere nach dem Berliner Kongreß von 1878 — in wachsendem Maße mit den Strömungen auseinanderzusetzen, „die innerhalb des russischen Cabinets der anti-polnisch-monarchische und der polonisierende panslawistische Einfluß gegeneinander spielten".

Der Sieg dieses panslawistischen Einflusses vollzog sich noch im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts. Der Gedanke an die Aufrechterhaltung der russischen Westgrenze trat zurück hinter dem Wunsche, ein russisches Protektorat über alle slawischen Staaten zu errichten und sie zum Kampf gegen das germanische Mitteleuropa zu mobilisieren. In der Richtung dieser Politik lag die Allianz mit Frankreich, die zum Ersten Weltkrieg führte; sie setzte sich nach dem

Wiedererstarken des zusammengebrochenen Rußland fort in den Molotow-Forderungen an Hitler, in der Teilnahme Moskaus am Belgrader Simowitsch-Putsch Ende März 1941 und schließlich in den Eroberungen, die Stalin im Verlauf und im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg von seinen Bundesgenossen auf dem Balkan, in der Tschecho-Slowakei und in Polen zugebilligt erhielt.

Bismarck hatte Rußland „die Verwendung seiner überschüssigen Kräfte nach Osten hin" empfohlen, dem Hitler-Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister lag eine ähnliche Idee zugrunde: tatsächlich finden sich in der Geschichte des modernen Rußland manche wichtige Epochen, in denen dieses Reich seine große Aufgabe im Pionierzug nach Asien erkannte und in diesem kühnen Streben echt europäische Wesensmerkmale entwickelte und geschichtliche Leistungen vollbrachte. Von der Vertreibung der Türken bis zur Durchdringung Sibiriens und — in unserer Zeit — der kraftvollen Einflußnahme im mandschurisch-chinesischen Raum gibt es bemerkenswerte russische Traditionen, die gleichzeitig entscheidende zivilisatorische Kraftentfaltungen für Europa waren und sind.

Die entgegengesetzte Richtung russischer Politik: der konzentrische Ansatz der slawischen gegen die germanischen Völker, die Bündnisse mit dem Westen zur Zermalmung Kern-Europas, die Entwicklung russischer Machtansprüche im mitteleuropäischen Raum hat sich freilich in unserem Jahrhundert als vorherrschend erwiesen. Stalin hat die Politik der panslawistischen Intriganten am Zarenhof noch ein Stück weitergetrieben: die Idee des russischen Protektorates über alle slawischen Staaten hat er in eine handfeste Besitzergreifung umgesetzt.

43/153f.

Deutschlands „unendliche Bedrohtheit"

Für des alten Bismarcks internationale Politik und die seines glücklosen außenpolitischen Nachfahren, des Geheimrats Holstein, hat ein sachkundiger Historiker die treffende Kennzeichnung geprägt, diese beiden so verschiedenen Männer seien „verbunden gewesen durch das Grundgefühl von der unendlichen Bedrohtheit Deutschlands". Diese hat in der Tat die Jahrzehnte beherrscht, die dem Schicksalsjahr 1914 vorausgingen. Die deutsche Frage war wieder im Sinne Richelieus gestellt, freilich mit neuen Figuren auf dem europäischen Schachbrett. Das französische Anliegen einer „Revanche für Sedan" suchte statt der türkischen nun die russische Allianz. Dieser Gruppie-

rung mochte das damalige Bündnis zwischen Berlin und Wien, die Interessenverbindung zwischen dem „kleindeutschen" Reich mit dem Habsburger Vielvölkerstaat, machtpolitisch noch gewachsen sein. Die entscheidende Verschiebung der Gewichte fand statt, als England — bis 1870 der deutschen Nationalbewegung nicht völlig abgeneigt — sich unter Hintansetzung vieler entgegenstehender Argumente der „Entente" anschloß und damit die tatsächliche „Einkreisung" Deutschlands vollendete, die schließlich das Kriegsgeschehen von 1914—18 beherrschte.

43/28

Die Friedensjahre

„Man merkt, daß man sich in der Hauptstadt Europas befindet", so hatte noch im Jahre 1889 der junge schwedische Student Sven Hedin, seither als einer der letzten großen Weltforscher in die Geschichte eingegangen, aus Berlin an seine Eltern in Stockholm geschrieben. Die Naturwissenschaften blühten im damaligen Deutschland wie nirgendwo sonst; Namen wie Robert Koch, Conrad Röntgen, Rudolf Virchow, Hermann v. Helmholtz hatten Weltgeltung. Deutschland war die Hochburg der geographischen Wissenschaft. In Chemie und Physik führten deutsche Forscher zu bislang ungeahnten Leistungen. Geschichtsforscher wie Mommsen, Treitschke, Ranke repräsentierten eine geistige Welt. In der Wirtschaft glänzten Namen wie Krupp, Harkort, Borsig, Siemens, Woermann. Die deutsche Steinkohlen- und Braunkohlenförderung stieg von 1880 bis 1914 auf das vierfache — von 59 Millionen Tonnen auf 277 Millionen Tonnen — und erreichte damit fast die englische. Bis 1913 überholte Deutschland die Roheisenerzeugung der USA und übertraf die englische um ein Drittel. Zwischen 1891 und 1914 wurden in Deutschland 4070 Elektrizitätswerke gebaut, 17 500 Orte elektrifiziert. 63 700 km Schienenstränge liefen durch das Reich, der Dortmund-Ems-Kanal wurde gebaut, der Mittellandkanal, der Kaiser-Wilhelm-Kanal. 1911 besaß die HAPAG 388 Schiffe mit 1 306 000 Registertonnen, der Norddeutsche Lloyd 425 Schiffe mit 889 000 Registertonnen — sie waren damit die größten Reedereien der Erde. Die Summe, die von deutschen Handelsfirmen für die Einfuhr von Gütern gezahlt bzw. für die Ausfuhr an Waren erlöst wurde, stieg von 7,4 Milliarden Mark im Jahre 1890 auf das Dreifache, nämlich auf 20,7 Milliarden Mark im Jahre 1913.

26/58f.

Die Anfänge der „Entente"

Schon seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, seit Bismarck auf dem Berliner Kongreß die Ausdehnung Rußlands auf dem Balkan verhindert hatte, war das Verhältnis Petersburgs zu Berlin getrübt. Die Jahrhundertwende stand bereits ganz im Zeichen der französisch-russischen Annäherung. 14/8

*

Schon im Jahre 1879 hatte Moltke auf die russischen Truppenverstärkungen an der deutschen Ostgrenze aufmerksam gemacht und seit diesem Jahre bearbeitete der Generalstab zwei Aufmärsche — einen gegen Frankreich und einen gegen Rußland; dabei wurde von der Annahme ausgegangen, daß im Westen nur verteidigt, der gefährlichere östliche Gegner aber mit aller Kraft bekämpft werden sollte. „Der Ostaufmarsch blieb die große Lösung bis zu Moltkes Ausscheiden und darüber hinaus."
Im Jahr 1887 waren Moltkes Besorgnisse wegen der russischen Bedrohung so stark geworden, daß er in einer Denkschrift an den Kaiser ein baldiges angriffsweises Vorgehen im Bunde mit Österreich-Ungarn gegen Rußland vorschlug. Bismarck schrieb lakonisch dazu, das sei nach seiner Ansicht „verfrüht". 26/34

Das Baltikum

Feldmarschall Moltke war zu Besuch in St. Petersburg. Gerne hätten die Russen erfahren, ob man in Berlin die Vorgänge in den baltischen Provinzen beobachte. Die Fürstin Jussupoff wurde dazu bestellt, den hohen Gast auszuhorchen. Ganz harmlos fragte sie: „Kennen Sie die Ostseeprovinzen, Marschall?" Darauf Moltke: „Wo liegen diese Provinzen?" „Nun, an der Ostsee", erwiderte die Fürstin. „Schon lange, Durchlaucht?" wollte Moltke nunmehr wissen. Die Fürstin gab es auf, ihn als Nachrichtenquelle zu benutzen.

Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Russifizierung des bis dahin deutschbeherrschten Baltenlandes begann, wurde der Stadt Riga eines Tages wider alles Recht auferlegt, ein städtisches Gebäude an die Regierung auszuliefern. Das damalige Stadtoberhaupt von Riga, August von Oettingen, sollte in einer Sitzung dem russischen Polizeimeister die Schlüssel übergeben. Oettingen verlas den Befehl und legte den Schlüssel auf einen Tisch, von dem ihn der

Polizeimeister nahm. Als das geschehen war, wandte sich Oettingen nochmals an den russischen Beamten und bemerkte: „Eine goldene Uhr habe ich auch noch."

Anekdoten 28/111

Nach Bismarcks Entlassung

Nach der Entlassung Bismarcks im Jahre 1890 vollzog sich bald eine sichtbare Umkehr in der außenpolitischen Lage des Reiches: 1892 wurde eine russisch-französische Allianz verkündet, 1904 die französisch-englische „Entente"; als dann 1908 auch noch eine englisch-russische Verständigung erfolgte, war der „Ring um Deutschland" fest geschlossen, die von Bismarck befürchtete Einkreisung vollzogen. Vermutlich hätte auch ein Bismarck diese Entwicklung höchstens hemmen, aber nicht aufhalten können. Das gleiche Prinzip, das einst schon das Bündnis des französischen Königs mit dem türkischen Sultan veranlaßt hatte, wirkte sich wieder aus: der Gegenzug gegen ein starkes Deutschland war und blieb die Zwei-Fronten-Drohung.

36/62f.

*

„Wenn der Krieg, der schon mehr als zehn Jahre lang als ein Damokles-Schwert über unseren Häuptern schwebt", so urteilte Moltke am 14. Mai 1890 angesichts der nach Bismarcks Sturz immer deutlicheren Gefahr eines Zweifrontenkrieges, „wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer wie sein Ende nicht abzusehen."

„Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder zwei Feldzügen vollständig niedergeworfen werden . . . Es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden . . ." 26/102

Die britische Europa-Politik

Seit der Vernichtung der spanischen „Armada" kannte die englische Politik nur noch eine Tradition: jeden möglichen Rivalen niederzukämpfen, bevor er auf die Weltmeere ausgreifen könnte. Es ist seither oft von der britischen „Gleichgewichtspolitik" in Europa gesprochen worden, als handle es sich um ein moralisches Prinzip. In Wirklichkeit war es schlichte Interessenpolitik, die England veran-

laßte, jedem europäischen Staat entgegenzutreten, sobald er stark genug wurde, um seinerseits Seemacht zu werden. Vom Deutschland des 17., 18. und 19. Jahrhunderts war das nicht zu befürchten, wohl aber vom Frankreich Ludwigs XIV. und später vom Kaiserreich Napoleons. Also erschien der Herzog von Marlborough — ein Vorfahre Winston Churchills — auf den niederländischen Schlachtfeldern des spanischen Erbfolgekrieges und deshalb nahm hundert Jahre später der britische Feldmarschall Wellington als Blüchers Verbündeter an der Schlacht von Waterloo teil.

In den anderthalb Jahrhunderten, die seither folgten, ist dann die britische Politik ihren Seefahrer-Interessen treu geblieben; nie galt der Einfluß, den die Engländer in Europa ausübten, direktem Erwerb oder direktem Schutz für ein kontinentales Volk oder Gebiet, sondern stets der Niederhaltung möglicher Konkurrenten. Verbündete galten ihnen als „Festlandsdegen". 30/15

Das englische Volk und die Deutschen

Mr. V., Anwalt und Notar in einer südenglischen Provinzstadt erzählt witzig davon, daß noch in der Jugendzeit seines Vaters jedes englische Schulkind dahin belehrt wurde, die Franzosen als den „Erbfeind" zu betrachten: nicht nur, weil die britische Geschichte bis dahin im Wesentlichen aus Kriegen mit Frankreich bestand, sondern auch weil dieses Land katholisch war und überhaupt als „unmoralisch" galt.

„Die Franzosen waren unbeliebt und wurden verachtet; Rußland wiederum war auch unbeliebt, aber es wurde gefürchtet, weil man in ihm eine Drohung für Indien sah. Die Deutschen dagegen waren damals — in der victorianischen Zeit — sehr geschätzt und zwar aus vielerlei Gründen: Es hatte nie einen Krieg mit ihnen gegeben; sie waren im Gegenteil oft unsere Bundesgenossen gewesen, von der Schlacht von Blenheim bis Waterloo. Außerdem waren sie in der Mehrzahl Protestanten, worauf man im damaligen England beträchtlichen Wert legte. Und nicht zuletzt: sie standen im Rufe, ein ähnlich gutes und geordnetes Familienleben zu führen, wie wir es schätzen."

Die völlige Wendung, die in dieser Einstellung nach 1900 eintrat, ist für Mr. V. ein Rätsel, zu dem es zwar einige Erläuterungen, aber keine befriedigende Lösung gibt. Er nennt: die persönliche Antipathie, die der König Eduard VII. gegen seinen Neffen, den Kaiser Wilhelm II. empfand, das Nachlassen der protestantischen Gefühle, das

es ermöglichte weniger anti-französisch und weniger pro-deutsch zu sein; natürlich spielte auch der deutsche Flottenbau und die Handelskonkurrenz eine Rolle — beides aber vor allem deshalb, weil das der aufkommenden populären Northcliffe-Presse die Schlagworte lieferte, um Deutschland als den „Nationalfeind" zu proklamieren.

„Trotz all dem kam der Ausbruch des Krieges mit Deutschland im Jahre 1914 wie ein Schock über unser Volk, erst d a n n wurde der Haß allgemein."

8/164f.

Die Einkreisung

In der Zeit des englisch-burischen Konflikts um die Jahrhundertwende, in der ein mehr gefühlsmäßiger Zusammenstoß zwischen deutscher Volksstimmung und britischer Kolonialpolitik die Gemüter erregte, war die französische Regierung klug genug, vor Englands Ausgreifen in den ägyptischen Sudan zurückzuweichen und bei Faschoda ihrem Major Marchand trotz Tobens der Pariser Zeitungen den Rückmarsch zu befehlen, als er sich im Sommer 1898 einer britischen Expedition gegenübersah, die das vordere Nilgebiet für England mit Beschlag belegte. Schließlich kam es sogar zu einem englisch-französischen Vertrag über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessengebiete — ebenso eine Art Vorvertrag zur „Entente" wie die 1907 erfolgte Persien-Vereinbarung die britisch-russische Verständigung vorbereitete.

Burenkrieg — Faschoda — Persien: das alles waren vergleichsweise bescheidene Episoden, aber sie stehen heute in den Geschichtsbüchern als erste Meilensteine der seitherigen Entwicklung, die dadurch gekennzeichnet war, daß England das deutsche Reich als seinen Hauptfeind betrachtete.

Auch Einbildung und Hysterie haben dabei mitgewirkt. Die spanische Macht, das Frankreich Napoleons waren echte Weltreichs-Aspiranten gewesen — das Deutschland Wilhelms II. war es nur in der Phantasie emsiger Journalisten. Sie verkündeten schließlich sogar, die Deutschen hätten sich aus der Völkergemeinschaft ausgeschlossen, weil sie „Welteroberung durch Gewalt" anstrebten. Seit Kolumbus' Zeiten steht die Menschheitsgeschichte tatsächlich unter solchen Vorzeichen, aber jedem Unterrichteten ist bekannt, daß von den weißen Großvölkern das deutsche fast als einziges an diesem historischen Prozeß nicht beteiligt war, während die Engländer darin die führende Rolle spielten.

30/22f.

Die Denkschrift des Sir Eyre Crowe und die wirklichen Ziele der damaligen deutschen Politik

„Wenn Deutschland glaubt, daß größeres relatives Übergewicht an materieller Kraft, weitere Gebietsausdehnung, unverletzbare Grenzen und die Vorherrschaft zur See die notwendigen und präliminaren Besitztümer sind, ohne die alle auf eine solche Führerschaft gerichteten Bestrebungen scheitern müssen, dann muß England erwarten, daß Deutschland sicher danach trachten wird, die Macht aller Rivalen zu schwächen, seine eigene Macht durch Gebietserweitungen zu stärken, das Zusammenwirken anderer Staaten zu verhindern und schließlich das britische Reich zu zerstückeln und zu verdrängen . . ."

Dies ist nicht — wie man auf den ersten Blick zu glauben geneigt ist — ein verantwortungsloses Zitat aus einem aufgeregten provinziellen Leitartikel, sondern der Kernsatz eines amtlichen Schriftstückes, der später berühmt gewordenen, aber heute zu Unrecht wieder vergessenen politischen Denkschrift, die Außenminister Grey während der entscheidenden Wochen der neuen Rußlandpolitik mit dem bedeutungsvollen Vermerk versah: „als Richtschnur für die Politik sehr nützlich" und in einem engeren Kreis des britischen Kabinetts (Premierminister, Schatzkanzler, Kriegsminister, Indienminister und Lordsiegelbewahrer) zirkulieren ließ. Es ist das später in den 20er Jahren im Rahmen der britischen Aktenpublikation veröffentlichte und damals als Sensation empfundene sog. „Memorandum Sir Eyre Crowes vom 1. Januar 1907".

Die Aufregung, die sich bei der Veröffentlichung dieses Dokumentes der damals zahlreichen wissenschaftlich tätigen Kriegsschuldspezialisten bemächtigte, war berechtigt. Wie „in a nutshell", wie „in einer Nußschale" wird hier die ganze neue Formel der britischen Politik ausgedrückt, von der sich behaupten läßt, daß sie den Weg nicht nur zum Ersten, sondern auch zum Zweiten Weltkrieg zeigt — die britischen Interessen gipfeln seither nicht mehr darin, „to rule the waves", die Meere zu beherrschen, nicht weiterhin darin, in der Welt die erste Rolle zu spielen, ohne sich allzu stark in europäische Verbindlichkeiten zu verwickeln — sondern sie zielen darauf ab, der „deutschen Gefahr" entgegenzutreten, die so groß wie möglich zu zeichnen ein politisches Hauptanliegen geworden ist und zu deren Beseitigung jedes, auch das bitterste Opfer gebracht werden darf.

Die politischen, nicht gebietsmäßigen Ausdehnungswünsche der kaiserlichen Regierung richteten sich, wenn überhaupt eine klare Linie festzustellen ist, in den nahen Orient, wo der langsame Verfall des damaligen türkischen Reiches jedenfalls wirtschaftliche Früchte

versprach. Es ist schwer einzusehen, ob in dieser Entwicklungsrichtung überhaupt britische Interessen berührt wurden.

Über die vermutlichen Fernziele der damaligen deutschen Politik berichtete Sir Harry Johnston nach Rückkehr von einer Deutschlandreise unter Bezugnahme auf viele Gespräche mit einflußreichen deutschen Persönlichkeiten im Dezemberheft 1910 der Zeitschrift „Nineteenth Century and after" u. a.:

„Deutschland, Deutsch-Österreich, Ungarn und auch die slawischen Staaten des östereichischen Kaiserreiches sind entschlossen — ebeno wie wir, wie Frankreich und Rußland —, in der kommenden Geschichte der Alten Welt eine bedeutende Rolle zu spielen. Als den Bereich ihres politischen Einflusses, ihrer wirtschaftlichen Ausdehnung und ihrer landwirtschaftlichen Experimente bringen sie die unentwickelten Länder der Balkan-Halbinsel, Kleinasiens und Mesopotamiens etwa bis hinunter zur Euphratmündung in Vorschlag. Sie würden bereit sein, in Syrien-Palästina auf Grund eines Übereinkommens mit der übrigen Welt eine Art östliches Belgien zu schaffen, vielleicht einen jüdischen Staat . . . Ein türkisches Sultanat könnte weiterhin in Kleinasien bestehen bleiben, doch würde der deutsche Einfluß in Konstantinopel vorherrschend sein . . . Die Deutschen sagen uns: ‚Warum sollte Euch das beunruhigen?'"

Dafür, daß das kaiserliche Deutschland irgendwelche unmittelbare Gebietserweiterungen anstrebte, wie Crowe es kühn behauptete, gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt und daß es eine „Vorherrschaft" auf See in Anspruch nehmen wollte, läßt sich in keines der deutschen Marinebauprogramme hineindichten. Gerade in den Jahren, in denen Crowes Denkschrift „Richtschnur" der britischen Politik wurde, war sich die britische Flottenführung ihrer Überlegenheit so gewiß wie kaum jemals zuvor: das erste englische „Dreadnought"-Schlachtschiff war am 10. Februar 1906 vom Stapel gelaufen und der englische Admiral Fisher glaubte mit dem Bau dieser Riesenschiffe die deutsche Flotte mit einem Schlag auf lange Sicht entwertet zu haben, weil Deutschland zur Verwendung solcher Riesen alle seine Hafenanlagen und insbesondere den Nord-Ostsee-Kanal beträchtlich vertiefen und erweitern müßte. In den Britischen Dokumenten zur Außenpolitik der damaligen Zeit findet sich ein Vermerk Greys, der mehr als deutlich macht, wie wenig sich die britische Regierung gerade damals in ihrer Wendung zu Rußland hin von der deutschen Flottenrüstung bedroht fühlte:

„Die Deutschen sind weit zurück. Wir werden sieben Dreadnoughts fertig haben, ehe sie einen haben, ohne daß wir weitere auf Stapel legen."

Wenn sich auch Greys damaliger Optimismus nicht ganz als berechtigt erwies, so war doch die Lage im Jahre 1914 so, daß nicht

weniger als 42 britische und 17 französische Großkampfschiffe den 26 deutschen Großschiffen entgegenstanden.

Das war Crowes deutsche „Vorherrschaft zur See" in der Wirklichkeit!

Es k a n n nicht ernsthafte Überzeugung gewesen sein, die der verhängnisvollen Croweschen „Richtschnur für die Politik" zugrunde lag.

8/29—32

Die britisch-russische Verständigung und das Dardanellen-Geheimnis

Fast wäre es bei einem Zusammentreffen in Björkoe dem deutschen Kaiser Wilhelm II. gelungen, den Zaren auf ein neues Bündnis mit Deutschland festzulegen. Im letzten Augenblick griffen die russischen Minister ein — rechtzeitig genug, um bald darauf, im Mai 1906, den neuen britischen Botschafter Sir Arthur Nicolson mit offenen Händen empfangen zu können. Nicolson hatte kurz vorher die britisch-französische „Entente" zustande gebracht und schickte sich nun an, das Werk der politischen Einkreisung Deutschlands zu vollenden. Nicolson enttäuschte die in Petersburg auf ihn gesetzten Erwartungen nicht; als Vertreter gerade der Macht, die bisher überall Rußland in den Weg getreten war, deutete er ein verlockendes Ziel an: als Preis eines zukünftigen gemeinsamen Erfolges gegen Deutschland erschien vor der Phantasie der Regierenden die Erfüllung einer alten Sehnsucht, Rußlands Herrschaft über die Dardanellen, ein offenes Tor ins Mittelmeer!

Das war der große Traum, mit dem Nikolaus II. in den Ersten Weltkrieg gelockt wurde.

14/9

*

Der am 31. August 1907 unterzeichnete englisch-russische Vertrag über die Abgrenzung der Interessensphäre in Persien erscheint — obwohl er wiederum ein Land betrifft, das keinem der Vertragschließenden gehörte — auf den ersten Blick nicht minder vernünftig wie das Marokko-Abkommen. Später allerdings hat sich gezeigt, daß auch hier — wie bei der Entente mit Frankreich — viel geheimnisvoll Zusätzliches mitbesprochen, miterwogen und mitgedacht worden ist — eben das, was der Sohn Nicolsons als die „Verschwörung der Diplomaten" bezeichnet hat.

Im russischen Falle betraf dieses Geheimnisvolle und Zusätzliche nicht wie bei der französischen Entente die militärischen Besprechungen, sondern die Andeutung eines verlockenden Kriegszieles, wie es

für die Russen in Konstantinopel und den Dardanellen seit je gegeben ist. Nicht ohne Überraschung vernehmen wir aus Greys Erinnerungen das für einen britischen Minister ungewöhnliche Zugeständnis:

„Ich hatte von Anfang an vorausgesehen, daß wir die Politik, Rußland vom Zugang zum Meere abzusperren, würden aufgeben müssen, wenn wir in freundschaftlichen Beziehungen zu ihm bleiben wollten."

Daß damit nichts anderes als die Preisgabe der Dardanellen gemeint war, zeigte sich schon in den Vorverhandlungen zum persischen Vertrag. In einem Schreiben an Nicolson ließ Grey schon am 6. November 1906 hinsichtlich des internationalen Dardanellenstatus durchblicken:

„Ich denke, daß die eine oder andere Abänderung in dem von Rußland gewünschten Sinne zulässig wäre . . . Eine Schwierigkeit dabei ist natürlich, daß die Dardanellenfrage auch die anderen europäischen Mächte angeht."

Diese „Schwierigkeit" (die hinsichtlich Marokkos auch bestanden hatte, aber damals unbeachtet blieb) war behoben, als der Weltkrieg ausbrach. Die Geschichte des Dardanellen-Geheimnisses entwickelte sich noch unter der Amtszeit Greys zu beachtlichen Höhepunkten, bis schließlich am 10. November 1916 — fast auf den Tag zehn Jahre nach der ersten diesbezüglichen Londoner Andeutung — der britische Botschafter dem kaiserlich-russischen Ministerpräsidenten und dem französischen Botschafter Paléologue (der in seinen Tagebüchern von dieser Szene berichtet) ein Telegramm des Foreign Office vorliest, „in dem mitgeteilt wird, daß die britische Regierung bereit sei, das auf Konstantinopel bezügliche Übereinkommen zu veröffentlichen, sobald es die russische Regierung für wünschenswert und zeitgemäß hält".

Diese Mitteilung erfolgte ein Jahr nach dem Scheitern des britischen Landungsversuches an den Dardanellen (wo es den Tommies erspart blieb, Konstantinopel für die Russen zu erobern) und wenige Monate bevor die russische Revolution ausbrach, die es der britischen Regierung ermöglichte, von diesem seltsamen Geheimnis des Foreign Office weiter zu schweigen.

Die Greyschen Andeutungen und Abmachungen hinsichtlich einer Hingabe Konstantinopels und der Dardanellen an die Russen sind — von welchem Standpunkt aus immer man sie heute beurteilt — nachgerade unerklärlich. Sogar seine gewiß rußland-begeisterten Nachfolger im Zweiten Weltkrieg haben begriffen, was eine im Mittelmeer operierende russische Flotte für England bedeuten müßte und sie haben sich erfolgreich bemüht, wenigstens diese Folge des sowjetischen Sieges zu verhindern.

Welche Vorstellungen müssen den britischen Außenminister zwischen 1906 und 1916 beherrscht haben, wenn er sich bereit zeigte,

s o l c h e Preise auszusetzen, nur um die Einkreisung Deutschlands zu vollenden?

8/27—29

Die Marokko-Krise

Cordt von Brandis erzählt:

Europa hatte nicht mehr Frieden. Die Balkanstaaten hatten sich gegen die Türken erhoben. Serben, Griechen und Bulgaren kämpften mit wahrer Begeisterung und trieben die Osmanen sehr schnell bis auf die Tschadaltschalinie, dicht vor Istanbul zurück. Hier vor der befestigten Feldstellung kam der Angriff zum Stehen. Man hätte daraus Schlüsse ziehen können . . .

Im Hochsommer 1911 hatte es bereits die Marokkokrise gegeben, bei der es um Haaresbreite am Kriege mit Frankreich vorbeiging. Man sagte, der Kaiser sei stundenlang unschlüssig vor der Kriegserklärung auf und ab gegangen und hätte dann den Federhalter hingeworfen: „Ich will als der Friedenskaiser in die Geschichte eingehen." Wir fuhren damals zu den Herbstübungen in die Neumark. Auf einem Bahnhof sagte der Stationsvorsteher zu mir: „Da drüben stehen die Züge, mit denen Sie morgen nach Frankreich fahren — wenn es losgeht!" Aber es ging nicht los.

„Jetzt wäre es Zeit gewesen", meinte der Hauptmann von Münchhausen. „Die Franzosen fangen eben an, ihre Artillerie mit Rohrrücklauf und Schutzschildern auszurüsten, wir sind fertig. Das Bündnis Frankreich, England, Rußland ist noch nicht fest genug und Italien ist noch beim Dreibund. Warten wir ein paar Jährchen und wir sind fest eingekreist."

Wie recht hatte der Gute, und doch kümmerten wir Leutnants uns wenig darum, wir hatten andere Dinge im Kopfe.

39/74

Die Lage des Abendlandes — von Schweden aus gesehen

Die Lage Schwedens — und des ganzen Abendlandes — stellte sich schon im Jahre 1911 bedenklich genug dar.

Der Sommer dieses Jahres brachte den deutschen "Panthersprung" nach Agadir und eine neue Verschärfung der Marokko-Krise, in der sich England mit seinem Finanzminister Lloyd George als treibende Kraft entschieden an die Seite Frankreichs gegen Deutschland stellte. Unter Ausnützung der Spannung zwischen den Großmächten schritt Italien im Herbst 1911 zum Angriff gegen Tripolis und die Cyrenaika, die alten nordafrikanischen Besitzungen der Türkei.

In Rußland, wo die innerpolitische Lage sich unter Leitung Stolypins etwas konsolidiert hatte, erlangten nach seiner Ermordung die aggressiven Elemente, die er während der Bosnien-Krise 1908—09 nur mit Schwierigkeit hatte zurückhalten können, immer größeren Einfluß. In Iswolskij, dem russischen Außenminister und späteren Botschafter in Paris, sowie in seinem Nachfolger Sassonow hatten die zu Abenteuern neigenden Kräfte eine Führung erhalten, der gegenüber die Selbstherrschaft des Zaren nur noch nominell war.

Die große europäische Krise lag in der Luft und ging allmählich ihrer Entladung entgegen.

Das schwedische Volk freilich war damals in seiner überwiegenden Mehrheit davon überzeugt, ein Krieg zwischen den europäischen Großmächten sei, wenn auch nicht gerade undenkbar, so doch in höchstem Grade unwahrscheinlich. Man betrachtete die diplomatischen Konflikte der Großmächte als unterhaltende Tagesneuigkeiten.

21/101f.

Ein Geheimdokument des Jahres 1911

In der Moskauer „Prawda" hat (Anfang August 1944) ein Professor Jerusalimsky es unternommen, die Kriegspolitik der Zarenregierung von 1914 ausführlich zu rechtfertigen — diese Besonderheit findet auch in London Beachtung. Die „Times" zitierten die neueste sowjetische Geschichtsdeutung, die auch „viel für heute zu sagen" habe:

„Der Erste Weltkrieg war, so schreibt Jerusalimsky, eine lang vorbereitete Bemühung der deutschen Imperialisten um die Weltherrschaft. Jahrzehntelang war das deutsche Volk von seinen Philosophen, Historikern und seiner Presse auf einen Angriffskrieg vorbereitet worden. Die gleichen Ideen wirkten in Deutschland, als es den jetzigen Krieg vorbereitete."

Man argumentiert in Moskau drauflos, als habe es nie die Akten-Publikationen aus den zaristischen Geheimarchiven gegeben, die schon vor 20 Jahren mit aller wünschenswerten Deutlichkeit klarlegten, wie es wirklich war. Im „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskijs 1911 bis 1914", der 1925 auf Veranlassung des Außenministers Stresemann auch in deutscher Übersetzung herausgegeben wurde, ist beispielsweise das berühmte Protokoll der französisch-russischen Generalstabsbesprechung vom August 1911 wiedergegeben, in dem sowohl der damalige russische Generalstabschef Gilinsky wie sein französischer Kollege Dubail „einstimmig" erklärt haben,

„daß die Worte ,Defensiv-Krieg' nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden können, den man in defensiver Weise führen wird. Vielmehr

erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen."

Der französische Generalstabschef stellte damals schon — was sich 1914 bestätigte — in Aussicht, daß die ersten großen Zusammenstöße im Westen in Lothringen, Luxemburg und Belgien stattfinden würden und daß die französische Armee mit der Hilfe der englischen Armee rechnen könne. Der russische Generalstabschef legte dar, daß man in Rußland noch „wenigstens zwei Jahre" benötigte, um „gegen Deutschland einen Krieg mit der Gewißheit des Erfolges führen zu können". Man schrieb ja auch erst die Jahreszahl 1911.

Immerhin ruht dieses Dokument — neben vielen anderen — nicht nur in Moskauer Archiven, es ist gedruckt in jedem historischen Seminar einzusehen. Man muß nur danach greifen wollen . . . 38/84f.

Sven Hedins „Wort der Warnung"

Sven Hedins kleine Schrift, die den Titel „Ein Wort der Warnung" trug, wurde 1912 in knapp zwei Wochen niedergeschrieben und der Teil der schwedischen Presse, der verteidigungsfreundlich eingestellt war, wurde veranlaßt, die Broschüre den Zeitungen beizulegen. Außerdem wurde die Schrift auch anderweitig im ganzen Lande verbreitet. Die Erstauflage von 420 000 Exemplaren war bald vergriffen, weitere Auflagen folgten und die von Sven Hedin zunächst genannte Phantasiezahl von einer Million wurde in Kürze tatsächlich erreicht. Die letzten hundert Exemplare brachte man als kostbare, numerierte Sonderauflage heraus, die für hohe Beträge zugunsten der schwedischen Verteidigung verkauft wurden.

Ein „Wort der Warnung" gehört zweifellos zu den wirkungsvollsten Schriften aus Sven Hedins Feder. Sie diente nicht der üblichen politischen Agitation, sondern war eine ernsthafte, ungeschminkte und eindringlich mahnende Darstellung.

Auf ihren 70 Seiten in kleinem Format wird zunächst die Unruhe geschildert, die sich der patriotisch gesinnten Schweden angesichts der Hintansetzung der Landesverteidigung seitens des Staates bemächtigt hatte. Dann folgt ein Bild der Weltlage und es wird auf die drohende Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes der Großmächte, sowie auf die offenkundigen Gefahren hingewiesen, die sich in einem solchen Fall für Schweden ergeben. Warnend erinnert Sven Hedin an die Ereignisse während der napoleonischen Kriege, als die Konspiration der Großmächte Schweden einem russischen Angriff preisgab.

Deutlich richtete die Schrift ihre Spitze wieder gegen Rußland, weil nach Ansicht Sven Hedins von dieser Seite die größte Gefahr drohte. Diese habe sich weder durch den Ausgang des russisch-japanischen Krieges, noch durch die nun gelungene Unterdrückung der russischen Aufstandsbewegung vermindert. Das Schicksal Finnlands unter russischer Herrschaft möge Schweden zur Warnung dienen! In einem eigenen Kapitel „Unter fremdem Joch" schildert Sven Hedin, wie sich ein russischer Eroberungszug gegen Schweden nach seiner Ansicht abspielen und wie es dem Volk unter der russischen Besatzung ergehen würde. Diese Schilderung sollte Furcht erwecken — doch bezeichnete sie, wie Sven Hedin vierzig Jahre später bemerkte, „eine Idylle im Vergleich zur Wirklichkeit des Zweiten Weltkrieges!"

21/103f.

Der Schlieffen-Plan — und die fehlenden deutschen Armee-Korps

Die deutsche Politik war durch gefährliche Halbheiten gekennzeichnet. Man wollte es nicht wahrhaben, daß der Krieg in der Luft lag. Am stärksten zeigte sich diese Wirklichkeitsfremdheit im Wehrwesen. Nur zögernd und ungenügend vermehrte man das Heer. Nach langwierigen Auseinandersetzungen im Reichstag konnte bis 1910 die Friedensstärke des Heeres auf 633 000 Mann erhöht werden. Die Parteien wehrten sich so heftig gegen jede neue Vermehrung, daß der Reichskanzler und der Kriegsminister es schließlich nicht mehr wagten, neue Heeresvorlagen durchzukämpfen.

Ein Beispiel: da sitzt im Generalstab der Oberst Erich Ludendorff; ein anerkannt fähiger und weitschauender Offizier. In einer Denkschrift fordert er die wirklich notwendige Vermehrung des Heeres, sie sollte „das schlimmste Mißverhältnis" ausgleichen und wenigstens „die tatsächliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht" bewirken. Das Ergebnis sollten drei neue Armeekorps sein. Die Forderung wird als richtig beurteilt, aber aus Angst vor dem Reichstag getraut man sich nicht, sie auszusprechen und durchzusetzen. Ja, Ludendorff wird sogar aus dem Generalstab versetzt, weil der Mahner allzu unbequem ist. Der Erfolg: 1914 war nur die Hälfte aller wehrfähigen Männer Deutschlands ausgebildet. Frankreich, das über 17 Millionen weniger Einwohner als Deutschland hatte, besaß eine größere Armee als das Reich.

Hindenburg kannte die Planungen des Generalstabes: während der alte Feldmarschall Moltke — wie bereits erwähnt — noch von dem Gedanken ausgegangen war, im Falle eines Zweifrontenkrieges im

Westen nur zu verteidigen und die Schwerkraft des deutschen Heeres im Osten zu versammeln, um gemeinsam mit Österreich vor allem die russische Gefahr auszuschalten, hatte sich Graf Schlieffen zum sog. Westaufmarsch entschlossen:

„Angriff auf Rußland und Verteidigung gegen Westen bedeutete in der angenommenen Kriegslage, wie dies ungezählte Kriegsspiele erhärtet hatten, von vornherein einen langen Krieg und wurde vom Grafen von Schlieffen verworfen."

Ein schneller Entscheidungsschlag im Westen, gipfelnd in der Einnahme von Paris, sollte hier den Krieg rasch beenden und damit auch die russische Bedrohung aus der Welt schaffen; es schien zu damaliger Zeit selbstverständlich, daß die Regierung des Zaren friedensbereit sein würde, wenn Frankreich besiegt war. Von solchen Überlegungen war der „Schlieffen-Plan" diktiert, der das politisch eingekreiste, von Feinden umgebene Deutschland vor deren drohender Übermacht retten sollte.

26/63f.

Frankreich: Verlängerung der Militärdienstzeit — Rußland: 5 Millionen Soldaten

Hier die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn: dort die „Entente cordiale", die wie eine feste Mauer um die beiden Reiche stand. Das Mißtrauen, das Rüsten, der Haß drängten wie ein Gewitter zur Entladung. Die Staatsmänner, soweit sie guten Willens waren, schienen wie gelähmt — die anderen waren um so tätiger.

Wie gebannt starrte das deutsche Volk auf Frankreich, wo die Kriegspartei unter Präsident Poincaré im Juni 1913 die dreijährige Dienstzeit in der Armee einführte. Ein unverdächtiger Zeuge, der damalige belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, berichtete am 12. Juni 1913 nach Brüssel ahnungsvolle Worte:

„Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben, die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald Einspruch erheben wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. Die Verantwortlichkeit derer, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird schwer sein."

Auch in Deutschland erkannte man diese Folgerung; sie wurde erleichtert durch die in der französischen Presse mit großer Lautstärke wiederaufgenommene „Revanche"-Propaganda:

„Die Atmosphäre von Haß und Mißtrauen, die auf den französisch-deutschen Beziehungen lastet, ist dadurch (den Ton französischer Zeitungen) nur noch schwerer und dichter geworden . . . Die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland bleibt von der Willkür eines Zwischenfalles abhängig",

schrieb am 22. November 1913 Baron Beyens, der belgische Gesandte in Berlin, seiner Regierung. Und am 23. Januar 1914 meldete sich wieder sein Kollege Guillaume aus Paris:

„Es sind in der Tat die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir feststellten. Nun bildet diese Politik eine Gefahr für Europa und für Belgien. Man kann sogar darin die größte Gefahr sehen, die heute den Frieden Europas bedroht."

In der englischen Hauptstadt freilich begrüßt man die französische Rüstungspolitik; hier ist man der Ansicht,

„daß nur die Anwendung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit die Republik in die Lage versetzen kann, den Verpflichtungen zu genügen, die sie an ihren Verbündeten, Rußland, oder an ihren Freund, England, binden." (Bericht des belgischen Gesandten in London, Graf Lalaing, vom 11. 6. 1914).

Poincaré begnügte sich nicht damit, sein eigenes Land auf den Krieg vorzubereiten:

„Er schickte kürzlich Herrn Delcassé nach Rußland, den er mit der Mission beauftragt hatte, mit allen Mitteln die Wohltaten des französisch-russischen Bundes zu unterstreichen und das große Kaiserreich zu einer Verstärkung seiner militärischen Vorbereitungen zu veranlassen", meldete am 10. März 1914 der belgische Gesandte aus Paris.

Und Rußland rüstete. Über fünf Millionen ausgebildete Soldaten standen hier für den Kriegsfall bereit, fast doppelt so viele wie Deutschland unter die Fahnen rufen konnte.

26/66f.

Das Attentat in Sarajewo

Als sich nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch serbische Verschwörer in Sarajewo (28. Juni 1914) herausstellte, daß Rußland Serbien bedingungslos stützen würde, stand die deutsche Regierung vor der Alternative, entweder ihren letzten Bundesgenossen Österreich-Ungarn fallen zu lassen oder an seiner Seite einen wenig aussichtsreichen Krieg zu führen. Die Wiener Regierung hatte im Grunde keine Wahl: Hätte sie die Herausforderung hingenom-

men, so hätte das recht bald zum Zerfall des Staates geführt, da die in ihm vereinigten slawischen Völkerteile ein solches Zeichen der Schwäche als Signal für die Erhebung aufgefaßt hätten.

Vom nationalpolitischen Standpunkt aus mag es zweifelhaft erscheinen, ob die Erhaltung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates den deutschen Einsatz lohnte. Die deutsche Reichsführung aber hatte kaum noch eine Wahl. In der Einkreisungsatmosphäre, die schon 1892 begonnen und seit 1908 zu festen Fronten geführt hatte, war Sarajewo nur der Funke, der in das Pulverfaß fiel.

Das Reich hat, nachdem mehrere Vermittlungsversuche teils an der Wiener Politik, teils an der russischen sehr kriegsentschlossenen Haltung gescheitert waren, den Weg beschritten, den seine Ehre und sein Interesse von ihm verlangten. Bethmann-Hollweg hoffte, nach einem kurzen Krieg, der die Stärke der deutschen Waffen demonstrieren sollte, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, der sowohl Deutschland als auch Österreich-Ungarn am Leben ließ.

Die militärische Planung wurde von der geographischen Lage Deutschlands diktiert. Sie zwang zu offensivem Vorgehen gegen Frankreich, das mit dem eigentlichen Konflikt nichts zu tun hatte, aber mit den Russen durch eine militärische Allianz verbunden war. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß die „Automatik der Verträge" beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Der Schlieffen-Plan, der die sofortige vollständige Niederwerfung Frankreichs mit sieben von insgesamt acht deutschen Armeen vorsah, während eine einzige deutsche Armee im Osten zusammen mit den Truppen der Donau-Monarchie in der Zwischenzeit ein allzu weites Vordringen der Russen verhindern sollte, erforderte den Durchmarsch durch Belgien, der von England zum willkommenen Anlaß für seine Kriegserklärung genommen wurde.

36/63f.

Kaiser Franz Josef

Als der alte Kaiser Franz Josef I. im Juli 1914 die Kriegserklärung an Serbien unterzeichnete, die den Ersten Weltkrieg auslöste, sagte er pessimistisch: „Wenn schon die Monarchie untergehen soll, dann soll sie wenigstens anständig zugrundegehen."

Anekdote 28/116

Churchill und die britischen Flottenmanöver im Juli 1914

In den spannungsvollen Juliwochen des Jahres 1914 hat Winston Churchill zum ersten Male selbst in das Rad der Weltgeschichte eingegriffen — durch Maßnahmen, die ein so ungewöhnliches Maß von Voraussicht bewiesen, daß nach Nürnberger Recht sie allein genügt hätten, ihren Urheber dem Henker zu überantworten.

Bereits im Herbst 1913 hat der Erste Lord der Admiralität bei der Besprechung des Marinehaushalts im Unterhaus angeregt, im Sommer 1914 die üblichen Manöver ausfallen zu lassen und statt dessen eine Probemobilmachung der sog. III. Flotte durchzuführen, wobei die dazugehörige Flottenreserve auf Kriegsfuß gebracht und die Reserveoffiziere eingezogen werden sollten. Ohne noch weiter das Parlament zu fragen, erweiterte Churchill den Plan im Frühjahr 1914, indem er die Probemobilmachung auch auf die II. Flotte ausdehnte, so daß auch deren Schiffe wie die der III. Flotte überholt, instand gesetzt und auf Kriegsfuß gebracht wurden.

Erstmalig in der Geschichte der britischen Flotte wurde damit ihr gesamter Mobilmachungsapparat einer großangelegten Übung unterzogen. Über 20 000 Reservisten wurden — ohne daß es dafür eine gesetzliche Handhabe gab — auf die Schiffe beordert. Während die technischen Vorarbeiten natürlich viele Monate in Anspruch nahmen, wurden die Einberufungsbefehle am 10. Juli 1914 ausgegeben und die Flotte für den 13. Juli bei Spithead versammelt, wo sie bis zum 19. Juli Übungen abhielt. Am 20. Juli fand die große Parade der nicht weniger als 460 Kriegsschiffe vor dem englischen König statt.

Wollte man die ganze Geschichte dieser erstaunlichen Mobilmachung und ihr zeitliches Zusammentreffen mit der durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers entstandenen europäischen Krise als Zufall abtun, so versagt diese Erklärung vom Zeitpunkt dieser Parade ab — denn aller Tradition nach hätten nun die Übungen ihr Ende gefunden und die Flotte mußte wieder auf den Friedensstand gebracht werden. Das war aber nicht der Fall — die Flotte blieb zunächst ohne Angabe von Gründen weiter versammelt und am 26. Juli — am Tage nach der Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien — entschloß sich Churchill, nachdem er zwar den Außenminister Grey, nicht aber das Kabinett befragt hatte, öffentlich mitzuteilen, daß die Flotte nicht demobilisiert werde, sondern auf Kriegsfuß bleibe.

Der Eindruck dieser eigenwilligen Maßnahmen war bedeutend — sowohl in Frankreich wie in Rußland wirkte dieses kühne Voranschreiten Englands in der Mobilisierung wie ein Signal. 8/17f.

Die Kriegserklärungen

In der Nacht vom 29. auf den 30. Juli 1914 trifft in Petersburg ein Telegramm des russischen Militärattachés in Paris ein:

„Der Kriegsminister versicherte mir mit dem Ausdruck der Eindringlichkeit und Herzlichkeit, daß seine Regierung zum Kriege fest entschlossen ist, und er bat mich um eine Bestätigung . . ., daß wir alle unsere Anstrengungen gegen Deutschland richten . . . "

Da ordnet Rußland am 30. Juli die Gesamtmobilmachung aller Truppen an. Österreich-Ungarn folgt am 31. Juli um 12 Uhr. Deutschland fordert am selben Tag die russische Regierung auf, ihre Kriegsvorbereitungen rückgängig zu machen. Die Russen antworten nicht.

Statt dessen macht Frankreich am 1. August um 16.30 Uhr mobil, zehn Minuten später ruft Deutschland seine Truppen zu den Waffen und erklärt Rußland um 19 Uhr den Krieg, weil es sich angesichts des offenkundig bevorstehenden russischen Angriffs auf Österreich-Ungarn dazu verpflichtet fühlt. Um 23.30 Uhr teilt der russische Gesandte Iswolski der französischen Regierung die deutsche Kriegserklärung mit und fragt im Auftrage des Zaren an, was Frankreich zu tun gedenke. Poincaré bittet, nicht darauf zu bestehen, daß Frankreich sofort Deutschland den Krieg erkläre. Das französische Volk werde williger mitgehen, wenn dieser Schritt von Deutschland erfolge. Damit hat Frankreich einen großen Vorteil in der Hand, denn das Reich muß zu feindlichen Handlungen schreiten, wenn es seinen aus der Notlage geborenen Schlieffenschen Kriegsplan ablaufen lassen will, der „West" vor „Ost" setzt.

Am 2. August läßt die Reichsregierung in der belgischen Hauptstadt Brüssel ein Ultimatum überreichen, in dem sie mitteilt, ihr lägen Meldungen vor, daß französische Truppen in Belgien einzumarschieren beabsichtigen. Von General Michel, 1910 Vizepräsident des französischen Obersten Kriegsrates und für den Kriegsfall vorgesehener Generalissimus aller französischen Armeen, stammte der Plan, die 40 vorgesehenen Armeekorps „teils zu aktiver Verteidigung des ganzen Gebietes zwischen Belfort und Mezières und teils zu einer kräftigen Offensive in Belgien" anzusetzen. Deutschland forderte darum den freien Durchmarsch durch Belgien, es verpflichtete sich, allen Schaden zu ersetzen und nach dem Kriege Belgiens Unabhängigkeit zu garantieren.

Als Belgien ablehnt, macht sich der Zwang des Schlieffen-Planes erneut geltend: Das Schwergewicht der deutschen Mobilmachung, die seit dem 2. August im Gange ist, richtet sich gegen Frankreich, hinsichtlich dessen Kriegsteilnahme kein Zweifel möglich ist. Aber da hier die Entscheidung gesucht werden soll, kann man nicht warten,

bis die französische Mobilmachung abgeschlossen sein wird. Man muß angesichts der zahlenmäßigen deutschen Unterlegenheit in diesem Zweifrontenkrieg danach trachten, den Gegner noch während seines Aufmarsches zu treffen und zu überflügeln.

Schnelligkeit ist die einzige deutsche Chance im Westen, das war Schlieffens Idee und danach handelt man in Berlin: Am 3. August überreicht der deutsche Botschafter in Paris zum ersten und einzigen Male in der Geschichte eine deutsche Kriegserklärung an Frankreich; am gleichen Tag beginnt das deutsche Heer seinen Einmarsch in Belgien, der nötig ist, um Schlieffens Idee einer Umfassung von Paris zu verwirklichen und einen französischen Vorstoß ins Ruhrgebiet zu verhindern.

In der Nacht vom 2. August hat die britische Flotte offiziell mobilgemacht — auf Kriegsfuß befindet sie sich bereits seit Mitte Juli —, am 3. August folgt die Mobilmachung des englischen Heeres.

Schließlich stellt sich die seit Jahren mit Frankreich und Rußland verbündete britische Regierung auf den Standpunkt, sie müsse die belgische Neutralität schützen, und erklärt Deutschland den Krieg.

26/69—71

Die Überlegungen des britischen Außenministers

Sir Edward Grey, der sich der Größe der Entscheidung, die in jenen Tagen in London getroffen wurde, deutlich bewußt war, hat sie später vor den Lesern seiner Erinnerungen mit zwei Argumenten zu rechtfertigen versucht:

„Ein Beiseitestehen", so schreibt er in „Fünfundzwanzig Jahre Politik" (Band I, Seite 317), „hätte bedeutet: die Herrschaft Deutschlands, die Unterwerfung Frankreichs und Rußlands, die Isolierung Englands, der Haß derer, die Englands Eingreifen in den Krieg gefürchtet und derer, die es gewünscht hätten und das Schwerwiegendste — Deutschland würde das Zepter über dem ganzen Kontinent schwingen"

Das war das erste Motiv, das sich durch eine beträchtliche Überschätzung der militärischen Möglichkeiten der damaligen sog. Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn auszeichnete. Das zweite lautete nicht minder phantasievoll:

„Wenn wir im Jahre 1914 nicht in den Krieg gezogen wären, so hätten wir später, und vielleicht gar nicht viel später, ebenso schwer leiden müssen und wären ruhmlos zugrundegegangen."

Es ist eine ziemlich müßige und wahrscheinlich nie ganz aufzuklärende Frage, ob Sir Edward Grey jemals — in den entscheidenden

Jahren oder später — ernsthaft so grobe Vorstellungen gehegt hat. Sicher und aktenkundig ist heute freilich die Tatsache, daß die leidenschaftlichen Parolen von einem Deutschland, das „Frankreich und Rußland niederwirft" und einen „ruhmlosen Untergang Englands" im Schilde führt, in den nüchternen Räumen des britischen Auswärtigen Amtes, des „Foreign Office" in den Jahren, während deren Sir Edward Grey dieser Behörde als Minister vorstand, sorgfältig formuliert, im geheimen häufig ausgesprochen und zur stillschweigenden Grundlage jener Bündnispolitik mit Frankreich und Rußland gemacht wurden, deren verpflichtender Charakter sogar britischen Ministern noch im August 1914 eine Überraschung bedeutete. 8/22f.

Winston Churchill

Kluge Frauen mit ihrem Gefühl für das Unwägbare und doch Wichtige, vermögen in wenigen Worten oft mehr auszudrücken, als eine ganze Bibliothek von Dokumenten. Deshalb sei die erste Rolle, die Winston Churchill in der Weltgeschichte unserer Zeit gespielt hat, mit der empfindsamen Schilderung skizziert, die Margot Asquith — die Gattin des damaligen britischen Premierministers — uns in ihrem Tagebuch hinterlassen hat.

Sie berichtet darin über den Abend des 4. August 1914, wie sie ihn in Dowingstreet 10, im Hause des Premierministers, erlebt hat:

„Nach dem Dinner sah ich zu den Kindern, die in ihren Betten schliefen, dann ging ich zu Henry in den Kabinettsraum. Lord Crewe und Edward Grey waren bereits dort und wir saßen schweigend und rauchten Zigaretten; der und jener ging hinaus, andere kamen herein; nichts wurde gesprochen.

Die Uhr am Kaminsims schlug die Stunde und als der letzte Schlag der Mitternacht verklungen war, saß alles schweigend und dämmernd.

Wir waren im Krieg.

Ich stand auf, um zu Bett zu gehen; als ich am Fuße der Treppe einen Augenblick zögerte, sah ich Winston Churchill mit einem glücklichen Gesicht auf die Doppeltüren des Kabinettsraumes zuschreiten." 8/19f.

Lord Morleys Rücktritt am 4. August 1914

John Viscount Morley war im Sommer 1914 Präsident des Geheimen Rates; erstmals hatte er im Jahre 1886, dann wieder 1892—95, schließlich ununterbrochen seit 1905 der britischen Regierung angehört und er hat sich — wie man glauben möchte — in dieser langen politischen Tätigkeit, nicht zuletzt während seiner Jahre im Indienministerium einige Gedanken über die britischen Interessen gemacht;

in einer erst nach seinem Tode herausgegebenen Aufzeichnung schildert er seine beträchtlichen aber vergeblichen Bemühungen, sich im damaligen Kabinett Asquith gegen die „Kriegspartei" durchzusetzen. Morley berichtet über seine eindringlichen Gespräche mit den Ministerkollegen in den entscheidenden Tagen vor dem Kriegsausbruch:

„‚Habt Ihr jemals darüber nachgedacht', sagte ich zu ihnen, ‚was geschieht, wenn Rußland gewinnt? Wenn Deutschland geschlagen ist und Österreich geschlagen ist, dann werden es nicht England und nicht Frankreich sein, die in Europa die erste Rolle spielen (who will emerge preeminent in Europe). Es wird Rußland sein . . . Und die Leute werden sich die Augen reiben, wenn sie erkennen, daß die Kosaken ihre siegreichen Mitstreiter sind für Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit der Menschen und Heiligkeit der Verträge'..."

Nachdem diese Warnungen sich als fruchtlos erwiesen hatten, nachdem Grey lieber „die Lichter Europas ausgehen" ließ, als auf die Kriegserklärung an Deutschland zu verzichten, die sein Foreign Office — großenteils hinter dem Rücken der Regierung — in vorhergegangenen Jahren so sorgfältig vorbereitet hatte, zögerte Lord Morley nicht, die persönliche Folgerung zu ziehen:

„Uns an Frankreich zu binden, bedeutet", so schrieb er am 4. August 1914 an Premierminster Asquith, „uns gleichzeitig an Rußland zu binden und an alle Forderungen, die von Rußland oder Frankreich erhoben werden mögen. Wie könnte ich mit dieser grundlegenden Meinungsverschiedenheit zwischen uns in ehrenhafter oder nützlicher Weise Tag für Tag den Kabinettssitzungen beiwohnen . . . und eine Politik weitertreiben, die ich für einen Fehler halte?"

So trat Viscount Morley zurück — und mit ihm zwei weitere Minister, die sich seinen Protesten angeschlossen hatten; ihr Schritt, der unter anderen Umständen Weltaufsehen erregt hätte, geriet unverzüglich in Vergessenheit — der Lärm der Waffen übertönte alle besorgten Stimmen — und die Lichter Europas blieben gelöscht; es läßt sich behaupten: bis auf den heutigen Tag. 8/21f.

Clémenceau

Als alles vorüber und Europa durch einen wütenden Krieg und einen haßerfüllten Frieden zerrüttet war, am 25. September 1919, sagt der französische Ministerpräsident Clémenceau vor der Pariser Abgeordnetenkammer:

„Deutschland führte (vor 1914) seinen wirtschaftlichen Angriff mit solchem Erfolg, daß man annehmen kann, nach meiner Meinung wenigstens, daß, wenn Deutschland nun nicht den Krieg erklärt hätte, die ganze Welt heute germanisiert wäre. Deutschland erklärte den Krieg —."

An dieser Stelle wurde Clémenceau durch einen Zwischenruf unterbrochen. Der Abgeordnete Renaudel rief: „Glücklicherweise!" 26/72f

WELTKRIEG – DEUTSCHLANDKRIEG

Nicht für Serbien, sondern gegen Deutschland

In den Juli- und Augusttagen 1914 war von der „Entente" — insbesondere seitens der Russen — zunächst der Eindruck erweckt worden, der Krieg der Großmächte entbrenne wegen des serbisch-österreichischen Konfliktes und gelte dem Schutz eines kleinen Staates gegen die Strafexpedition eines Übermächtigen.

Es stellte sich freilich bald heraus, daß der Erste Weltkrieg in Wirklichkeit ebenso wenig für Serbien geführt wurde, wie ein Vierteljahrhundert später der Zweite Weltkrieg für Polen; der Vernichtungswille der großen Mächte richtete sich keineswegs in erster Linie gegen den durch seine inneren Probleme längst geschwächten Habsburger Staat, sondern gegen das Bismarck-Wilhelminische Reich. 34/92f.

Der Zwang des Schlieffen-Planes

Das Schwergewicht der deutschen Mobilmachung, die seit dem 2. August 1914 im Gange ist, richtet sich gegen Frankreich, hinsichtlich dessen Kriegsteilnahme kein Zweifel möglich ist. Aber da hier die Entscheidung gesucht werden soll, kann man nicht warten, bis die französische Mobilmachung abgeschlossen sein wird. Man muß angesichts der zahlenmäßigen deutschen Unterlegenheit in diesem Zweifrontenkrieg danach trachten, den Gegner noch während seines Aufmarsches zu treffen und zu überflügeln.

Schnelligkeit ist die einzige deutsche Chance im Westen, das war Schlieffens Idee und danach handelt man in Berlin: Am 3. August überreicht der deutsche Botschafter in Paris zum ersten und einzigen Male in der Geschichte eine deutsche Kriegserklärung an Frankreich; am gleichen Tag beginnt das deutsche Heer seinen Einmarsch in Belgien, der nötig ist, um Schlieffens Idee einer Umfassung von Paris zu verwirklichen und einen französischen Vorstoß ins Ruhrgebiet zu verhindern.

In der Nacht vom 2. August hat die britische Flotte offiziell mobilgemacht — auf Kriegsfuß befindet sie sich bereits seit Mitte Juli —, am 3. August folgt die Mobilmachung des englischen Heeres.

Schließlich stellt sich die seit Jahren mit Frankreich und Rußland verbündete britische Regierung auf den Standpunkt, sie müsse die belgische Neutralität schützen, und erklärt Deutschland den Krieg.

Der Weltenbrand ist da!

26/75

US-Präsident Wilson und der Kriegsausbruch 1914

Am 28. Juli 1914 kabelte der Pariser amerikanische Botschafter Herrick nach Washington, es sei sehr wohl möglich, daß eine „... dringende Bitte um Aufschub und Mäßigung von seiten des Präsidenten der USA von Europa geachtet und gebilligt werden könnte".

Der amerikanische Professor Charles Callan Tansill (der über den amerikanischen Kriegseintritt sowohl in den Ersten wie in den Zweiten Weltkrieg gründliche Werke geschrieben hat), findet, daß dieses Telegramm Herricks jeden, der die Vorgänge des damaligen Kriegsausbruches studiert, „vor eines jener großen Fragezeichen der Geschichte" stelle. Es bleibe bedauerlich „daß der Präsident die Sache nicht in die Hand nahm und keinen leidenschaftlichen Aufruf zum Frieden erließ".

Tatsache ist, daß nur der amerikanische Botschafter in London zum britischen Außenminister Grey gesandt wurde mit der schüchternen Anfrage, ob Amerikas Mithilfe „in der gegenwärtigen Krise annehmbar" sei. Grey beschränkte sich darauf, für diese Bereitwilligkeit des Präsidenten zu danken — er verständigte nicht einmal seinen französischen Bundesgenossen, so uninteressiert war er an einer Mitwirkung Wilsons im verwickelten diplomatischen Spiel jener Tage.

Erstaunlicherweise richtete der Präsident aber dann doch am 4. August 1914 — also eine volle Woche nach der Anregung des Botschafters Herrick und erst als die Würfel des Krieges bereits gefallen waren — an die amerikanischen Botschafter in Berlin, Paris, Wien, St. Petersburg und London eine Note des Inhalts, der Präsident werde jede Gelegenheit begrüßen, „im Interesse des europäischen Friedens" tätig zu werden.

Diese — in den Tagen, in denen die Millionen-Armeen der europäischen Nationen bereits aufeinander losstürzten — natürlich ganz belanglose Geste steht am Beginn einer langen Kette höchst merkwürdiger Ereignisse, die schließlich den Präsidenten Wilson in der Rolle eines höchst zweifelhaften Weltverbesserers in die Spiegelgalerie des Schlosses zu Versailles führten.

24/95f.

- Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika 32/144
- Auf beiden Seiten: Erwartung eines kurzen Krieges 32/146f.

- Fast gleiche Stärke der deutschen und französischen Truppen an der Westfront 32/148
- 1,2 Millionen deutsche Kriegsfreiwillige 26/74
- Auszug der deutschen Truppen — Erlebnisbericht des Prinzen Schaumburg-Lippe 41/14f.

West und Ost

Gemäß dem Schlieffen-Plan marschierten sieben deutsche Armeen entlang der Westgrenze auf; nur eine einzige, die 8. Armee ist zum Schutze im Osten aufgeboten. Ihr schließt sich im Süden das österreich-ungarische Heer an.

Alle Aufmerksamkeit des Generalstabes richtet sich nach Westen. Der starke rechte Flügel des deutschen Heeres soll blitzschnell Belgien durchschreiten, an der Kanalküste die französische Armee umfassen, sie schließlich mit verkehrter Front zur Schlacht zwingen und vernichten.

Erst wenn der Sieg an der Westfront gesichert war — so sah es der Schlieffen-Plan vor — sollte das deutsche Heer nach dem Osten geworfen werden, um der „russischen Dampfwalze" entgegenzutreten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die 8. Armee zusammen mit den Österreichern die Aufgabe, die Russen in Schach zu halten. 26/76

- Die Eroberung von Lüttich; Handstreich Ludendorffs 26/76—78
- Deutsche Kriegsberichterstattung im August 1914 41/24—27
- Der „Fall Löwen" 27/25—27
- Russischer Angriff auf Ostpreußen; Rückzugsabsicht der deutschen 8. Armee 26/79, 82f.
- Entscheidung des deutschen Hauptquartiers: Kommandowechsel in Ostpreußen, Berufung Hindenburgs und Ludendorffs 26/82—85
- Schlacht von Tannenberg (23.—31. 8. 1914); Vernichtung der russischen Samsonow-Armee 26/87—99

Die Marne-Schlacht

Es handelte sich um ein Problem der praktischen Strategie. Obwohl bemerkenswert gut durchgearbeitet, sah der Schlieffen-Plan keinen Zweifrontenkrieg vor. Moltke nahm an, daß die österreichisch-ungarische Armee während der für die Durchführung des Schlieffen-Plans nötigen relativ kurzen Zeitspanne genügen würde, die russische Armee, deren Zustand er kannte, in Schach zu halten; er glaubte aber, er könne ohne Gefahr 10 Divisionen abziehen und sie an die Ost-

front verlegen. Dies zwang ihn, den Radius der vorgesehenen Umfassungsbewegung ein wenig zu verkürzen. An der Front kürzte von Kluck, der Chef der I. deutschen Armee, der der Schutz des rechten Flügels oblag, den Radius aus eigener Machtvollkommenheit noch ein wenig mehr und zwang dadurch die Führer der anderen vier Armeen (II, III, IV. und V.), früher in Richtung Süden abzubiegen, als Moltke vorgesehen hatte.

Diese Bewegung von Klucks entblößte unvernünftigerweise eine Flanke, in die dann die „Taxis von der Marne" des Generals Galliéni hineinstoßen (eine Operation, die, entgegen der landläufigen Meinung, vom Oberkommando vorgesehen war) und die Deutschen zum Rückzug zwingen konnten. Auf einer durch diesen Fehler verkürzten Front waren die II. und III. Armee, die die Marne überschritten hatten und von von Klucks Truppen nicht mehr gedeckt wurden, ihrerseits zum Rückzug gezwungen, und General Joffre konnte endlich nach einer langen Reihe — im übrigen trefflich durchgeführter — Rückzugsbewegungen zur Offensive schreiten mit der fast absoluten Gewißheit, die deutschen Armeen zurückzudrängen.

Dies ereignete sich am 6. September 1914. Am 12. ist die deutsche Offensive endgültig zum Stehen gebracht und von Moltke entschließt sich zum allgemeinen Rückzug.

32/149

Der Rückzug

Cordt von Brandis erzählt:

Paris blieb bereits rechts hinter uns zurück. Wir waren in der Isle de France, im Herzen Frankreichs! Waren wir hinter den französischen Feldarmeen angelangt? Die Generale hatten gerufen: „Heute machen wir die Klappe zu!" Unerhörte Gewaltmärsche hatten sie von der Truppe gefordert. Mit seiner Last von 65 Pfund hatte der Infanterist wochenlang täglich über 40 Kilometer auf der „grande rue nationale" oder auch auf Nebenstraßen zurückgelegt, ohne Ruhetag. Er schlief da ein, wo er sich „hinhaute" und früh mußte der Hornist in die Zelte hinein blasen, um ihn zu wecken. Wozu diese Hast? Der Schlieffen-Plan sah vor, daß der rechte Flügelmann am Ärmelkanal entlang gehen sollte — aber wie war es damit? Es verlautete, daß zwei Armeekorps nach Ostpreußen gesandt werden mußten, um die Russen abzuwehren. Und nun kam der befreiende Befehl: Abmarsch nach Nordwesten — nach Paris! Es war ein Sonntag. Meine Kompanie sang: „Unser Leutnant steigt zu Pferde . . ."

Dies war der Augenblick, als der französische Oberbefehlshaber, General Joffre, den berühmten Federhalter ergriff und schrieb: „Die Stunde ist da — Mut und Vertrauen!" Die Franzosen traten zum Angriff an.

Am nächsten Tage griffen die Franzosen auf der ganzen Linie an. Wir lagen günstig und brachten ihnen schwere Verluste bei. Trotzdem mußten wir gegen Mittag das Schlachtfeld räumen, das von der zweiten Armee übernommen wurde. Wir marschierten in Richtung Paris ab. Bald erreichten wir einen Meilenstein mit der Aufschrift: „Nach Paris 30 Kilometer."

Ich schlief zwischen Vorposten und Kompanie an einem Gattertor, damit etwaige Melder uns nicht verfehlen konnten. Im Traume sah ich die Boulevards von Paris und eine Zimmerflucht mit reizender Bedienung. Da wurde ich rauh geweckt. Mein Freund Demuth stand vor mir, auf seiner breiten, silbernen Adjutantenschärpe schimmerte blaß die Morgendämmerung: „Brandis. Das Bataillon sammelt auf der Straße — die Armee geht hinter die Aisne zurück!"

Der Feldwachhabende verlangte den Befehl schriftlich. Der Major tobte und unser Oberst schüttelte den Kopf.

39/112—114

- Drei deutsche Armeekorps fehlten zum Erfolg des Schlieffenplanes 26/100, 32/150
- Die Kriegspropaganda der „Entente" 8/165, 184; 14/83; 24/101, 103f., 111; 26/127f.; 30/24

Die Träume des Zaren

Rußlands Herrschaft über die Dardanellen, ein offenes Tor ins Mittelmeer — das war der große Traum gewesen, mit dem Nikolaus II. in den Ersten Weltkrieg gelockt wurde.

Daß Seine Majestät freilich auch an Eroberungen im deutschen Raum dachte, darüber berichtet der damalige französische Botschafter in Petersburg, Maurice Paléologue, anschauliche Einzelheiten.

Am 21. November 1914 war er in den Palast nach Zarskoje Selo beschieden worden, wo ihm der Zar im Verlauf einer intimen Teestunde seine allerhöchsten Gedanken über die Kriegsziele anvertraute; „mit gerunzelten Brauen und halbgeschlossenen Lidern, als spräche er sich innerlich vor, was er mir sagen wird" erklärte Nikolaus II. damals dem französischen Botschafter:

„Hauptsächlich ist es in Deutschland, daß sich große Veränderungen vollziehen werden; wie ich es Ihnen schon sagte, wird Rußland die Gebiete des früheren Polens und einen Teil Ostpreußens annektieren. Frankreich wird sich Elsaß-Lothringen zurücknehmen und sich vielleicht sogar bis über die

Rheinprovinzen ausdehnen. Belgien wird in der Gegend von Aachen einen bedeutenden Gebietszuwachs erhalten; es hat ihn wahrlich wohl verdient. Was die deutschen Kolonien betrifft, so werden sie sich Frankreich und England nach Gutdünken untereinander aufteilen. Endlich wünsche ich, daß Schleswig mit Einschluß der Kieler Kanalzone an Dänemark zurückerstattet werde."

Was aus diesen Träumereien am Teetisch von Zarskoje Selo in Wirklichkeit wurde, ist bekannt: Nachdem die gegen Ostpreußen und Galizien in Gang gesetzte russische „Dampfwalze" im Winter 1914—15 endgültig zum Stehen gekommen war, warfen sich die Engländer — von Churchill angefeuert — in die Bresche, landeten im Februar 1915 auf der Halbinsel Gallipoli, um nun ihrerseits die Dardanellen für den Zaren zu erobern. Fast ein Jahr lang, bis zum 9. Januar 1916, dauerten die blutigen Kämpfe dieses Abenteuers — dann war es zu Ende (und mit ihm Churchills damalige Stellung als britischer Marineminister).

Fast dreißig Jahre später, am 10. Februar 1945, kam es auf der Jalta-Konferenz zu folgender Diskussion zwischen Churchill und Stalin (zitiert nach: Die Offiziellen Jalta-Dokumente, Deutsche Ausgabe):

Premierminister (Churchill): „Ich versuchte vor einiger Zeit durch die Dardanellen durchzukommen (lächelnd) und die frühere russische Regierung hatte zwei Armeekorps bereit, um mir am anderen Ende zu helfen. Es gelang uns jedoch nicht, uns die Hände zu reichen. Ich habe infolgedessen eine gewisse Empfindsamkeit in dieser Frage."

Stalin: „Sie waren in zu großer Eile, ihre Truppen abzuziehen. Vielleicht hätten Sie in einer Woche gewonnen, da die Deutschen und die Türken den Rückzug vorbereiteten."

Premierminister: „Ich hatte nichts mit dieser Entscheidung zu tun. Ich war bereits aus der Regierung draußen."

14/9f.

- Das englische Dardanellen-Unternehmen 8/64; 14/10
- Kriegsziele der „Entente" 11/63—65; 43/36
- Das britische „Karthago"-Denken 8/34, 50; 30/24; 43/29
- Beginn und Entwicklung des britischen Blockadekrieges ab August 1914 8/36; 30/24f.; 32/151—157

Die „Hungerblockade"

Allenthalben vergessen oder verschwiegen wird die Tatsache, daß es als erste die Engländer waren, die im Sommer und Herbst 1914 die bis dahin geltenden Seekriegs-Gepflogenheiten verletzten, indem sie eine umfassende Wirtschaftskriegführung gegen Deutschland organisierten, die sich nicht nur gegen Seetransporte in deutsche, sondern auch gegen solche in neutrale Häfen richtete, und die überdies keines-

wegs auf die bis dahin übliche „Konterbande" beschränkt wurde, sondern sich auf den gesamten Lebensmittelbereich erstreckte. Es handelte sich um eine Fülle von Maßnahmen der britischen Marineleitung, die von einer eigenen sog. Banngutabteilung im britischen Außenministerium gesteuert wurde. Schließlich sahen sich alle an Deutschland angrenzenden neutralen Länder in ihrem ganzen Handel einer immer engermaschigen britischen Aufsicht unterworfen, die keineswegs nur Kriegsmaterial, sondern auch jegliche Rohstoffe und Nahrungsmittel erfaßte. Obwohl es sich nicht um eine Blockade im Völkerrechtssinne handelte (denn die britische Marine hatte sich aus der Nordsee zurückgezogen), ging diese planmäßig seit 1908 vorbereitete Wirtschaftskriegführung gegen das eingeschlossene Deutschland unter dem Begriff der „Hungerblockade" in die Geschichte ein.

Es bedarf keiner Unterstreichung, daß alle diese sofort nach Kriegsbeginn zügig einsetzenden und schon im Herbst 1914 entschieden wirksamen Maßnahmen nicht nur empfindliche Eingriffe in die Freizügigkeit der neutralen Staaten mit sich brachten, sondern auch durch die bewußte und unbestrittene Einbeziehung der deutschen Zivilbevölkerung in drastischem Widerspruch zur damals gültigen Völkerrechtsauffassung standen; danach sollte die Kriegsführung nur eine Angelegenheit bewaffneter Streitkräfte sein.

Hunger und Unterernährung führen freilich nur langsam und nicht dramatisch zum Tod von Menschenmassen, und so konnte von einer innerdeutschen Hungerkatastrophe infolge der Blockade damals noch nicht gesprochen werden — erst bei Kriegsende wirkte sie sich im gesundheitlichen Zusammenbruch von Millionen Frauen, Kindern und Greisen aus, während die kämpfende deutsche Truppe natürlich bis zuletzt versorgt war.

Der kaiserlichen Kriegspropaganda ist es nie gelungen, das Unmenschliche und dabei für die tatsächliche Kriegsführung nur indirekt wirksame Prinzip dieser britischen Hungerblockade der Öffentlichkeit in den neutralen Ländern begreiflich zu machen. Die Zeitungsredakteure in aller Welt begannen erst dann aufzuhorchen, als die deutsche Seekriegsleitung improvisierte Gegenmaßnahmen ergriff. 24/100

- Der deutsche U-Boot-Krieg als Gegenmaßnahme gegen die englische Blockadekriegführung 24/101—106; 32/154—160
- Die Kriegslage im Herbst 1914: im Westen Stellungskrieg, im Osten „russische Dampfwalze" zum Stehen gebracht 26/102—106
- Strategisches Problem: nach dem Scheitern des Schlieffen-Planes — Kriegsentscheidung im Osten? 26/106—109, 114f., 124
- Mai 1915: Irrtümliche, jedoch berechtigte Versenkung der „Lusitania" durch ein deutsches Unterseeboot 24/103—106; 32/154f.

Die amerikanischen Kriegslieferungen und -kredite

Der rasch einsetzende Strom der Kriegslieferungen nach England und Frankreich bedurfte zwar der Duldung seitens der Washingtoner Regierung, in Gang gesetzt wurde er aber in New York und es zeigte sich bald, daß hier weitreichende Vorstellungen von einer ganz neuen Art des amerikanischen Welteinflusses am Werke waren. Und zu den internationalen Neuerungen, die der Erste Weltkrieg bewirkte, gehören auch die Begriffe der „business policy" und der „Dollar-Diplomatie".

Die Veränderung, die sich bereits in jenen Tagen des Ersten Weltkrieges vollzog, läßt sich durch zwei einfache Zahlen ausdrücken: Im Jahre 1914 waren die Nordamerikaner in der Welt eine „Schuldner-Nation", d. h. aus den europäischen Ländern war beträchtlich mehr Kapital nach den USA ausgeliehen worden als umgekehrt. Die gesamte sog. „Auslandsverschuldung" der Vereinigten Staaten betrug bei Kriegsbeginn rund 3 Milliarden Dollar. Schon 1920 war nicht nur dieser Betrag ausgeglichen — es zeigte sich nun das umgekehrte Bild. Jetzt waren die USA eine „Gläubiger"-Macht geworden — und zwar bereits in beträchtlichem Ausmaß: Nicht weniger als 14 Milliarden Dollar schuldeten nun andere Volkswirtschaften an die amerikanischen Finanzinstitute.

Zum Vergleiche möge dienen: England hatte fast das ganze 19. Jahrhundert dazu benötigt, um sich den 20-Milliarden-Überschuß an Auslandsvermögen zu erarbeiten, mit denen es 1914 in den Ersten Weltkrieg eintrat. Die Amerikaner dagegen haben — wie sich aus den genannten Zahlen errechnet — in nur sechs Jahren von 1914 bis 1920 einen volkswirtschaftlichen Gesamtgewinn von 17 Milliarden Dollar verbuchen können.

24/120f.

Wilson sucht „den Weltfrieden in einem Erfolg der Alliierten"

Woodrow Wilson war gewiß kein Macchiavelli und auch nicht von ähnlicher Einfallsfreude wie sein späterer Nachfolger Franklin Delano Roosevelt, und so dürfen wir auf den Verdacht verzichten, sein Zögern in der Frage eines Friedensaufrufes Ende Juli 1914 sei einfach von der kühlen Überlegung bestimmt worden, daß nur ein bereits in Gang befindlicher — nicht jedoch ein verhinderter — europäischer Krieg dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Gelegenheit zu ernsthafter Einflußnahme bieten würde.

Tatsache ist jedoch, daß des Präsidenten vertrauter Freund und Berater Edward M. House, der als „Oberst House" durch die Geschichtsbücher geistert, obwohl er nie eine militärische Rolle gespielt hat, schon Anfang August 1914 dringend von vorzeitigen Vermittlungsschritten abgeraten hat, bevor der „geeignete Augenblick" käme.

Spätestens seit 1919 weiß die Welt, daß „geeignet" im Sinne von House nicht etwa der Moment zu gelten hatte, in dem ein Frieden etwa nach dem „status quo ante" (Wiederherstellung des Zustandes vor Kriegsbeginn) vermittelt werden konnte, sondern eine Situation, in der dem Präsidenten Wilson die Möglichkeit zu einer weitergehenden Einflußnahme geboten sein würde:

„Der Weltkrieg brach zu einer Zeit aus, als der Präsident und seine vertrautesten Ratgeber von einer neuen Weltordnung träumten, in der Gerechtigkeit unter amerikanischer Führung herrschen solle."

Unter diesen Vorzeichen — und nur so — werden die vielerlei Merkwürdigkeiten verständlich, die die amerikanische Szene in jenen schicksalsschweren Jahren beherrschten. Zunächst zeigte sich erkennbares Bestreben, von beiden kriegführenden Parteien einen gewissen Abstand zu bewahren, um jedenfalls die Anerkennung keiner Seite zu verlieren. Als sich bald zur Gewißheit herausstellte, daß die deutsche Seite jederzeit und unter allen Umständen eine amerikanische Vermittlung annehmen würde, verschob sich das Schwergewicht der öffentlichen Kundgebungen Wilson immer mehr auf die Seite der englisch-französisch-russischen Entente, die sich jeglichem Einmischungsstreben gegenüber reserviert verhielt, weil sie einen entscheidenden Sieg erhoffte. Schließlich wurde es klar, daß zur Mitentscheidung nur berufen war, wer mitgekämpft hatte; etwa im Frühjahr 1916 waren die Würfel gefallen: „Amerika sucht den Weltfrieden in einem Erfolg der Alliierten."

24/96—99

- Januar — Mai 1915: italienische Scheinverhandlungen in Wien 40/27f.
- April 1915: englisches Geheimprotokoll verspricht Italien die Brennergrenze; anschließend italienische Kriegserklärung 40/28

Die militärische Lage nach der italienischen Kriegserklärung

Der Stab Ober-Ost erwägt eine neue große Schlacht: aus Ostpreußen sollen starke Kräfte hervorstoßen, in Galizien ein südlicher Angriffskeil vordringen, in einer weit ausholenden Zangenbewegung die russischen Armeen einkesseln und vernichten.

Aber dazu reichen die schwachen Kräfte, die jetzt an der Ostfront stehen, nicht aus. Hindenburg wendet sich erneut an Falkenhayn und bittet um Verstärkung. Er beschwört ihn, die Entscheidung im Osten jetzt herbeizuführen. Der österreichische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf unterstützt den Plan. Falkenhayn lehnt ab. Er hat sich darin verbissen, im Westen doch noch die Initiative zurückzugewinnen; außerdem macht ihm die Gesamtlage Sorge. Am 23. Mai 1915 hat Italien, das unter dem Druck der englisch-französischen Seeherrschaft im Mittelmeer steht, Österreich den Krieg erklärt. Nur eine dünne Verteidigungslinie von Tiroler Standschützen hält zunächst den anstürmenden Italienern stand. Auf Gallipoli sind die Engländer gelandet, um die gemeinsam mit Deutschland und Österreich tapfer kämpfenden Türken von der Landseite anzugreifen und über Konstantinopel die Verbindung zu Rußland herzustellen. Um deutsche Unterstützung in die Türkei gelangen zu lassen, wird es notwendig sein, Serbien zu erobern. So schreckt Falkenhayn vor dem Wagnis, im Osten zum großen, vielleicht entscheidenden Schlag auszuholen, erneut zurück.

Nur, um wenigstens die Handlungsfreiheit gegen die russische Übermacht zu behalten, stößt im Mai eine deutsche Armee unter von Mackensen zwischen den Karpathen und der Weichsel vor, durchbricht die russischen Linien und bringt den Heeren des Zaren bei Tarnow-Gorlice eine Niederlage bei.

Wieder drängen Hindenburg und Ludendorff die Oberste Heeresleitung, die Zustimmung zu einem großangelegten Angriff auf dem Nordflügel der Ostfront in Richtung auf Kowno zu geben, um so die russischen Heere in die Zange zu nehmen. Wieder lehnt Falkenhayn ab. Er ist mit dem Kaiser einer Meinung: nur kleine Operationen mit begrenzten Zielen sollen durchgeführt werden. Hindenburg und Ludendorff sind überzeugt, daß der Kaiser falsch beraten wird, aber sie sind Soldaten und gehorchen, wenn auch voll Zorn.

26/113f.

Sven Hedin besucht die deutschen Fronten: „Ein Volk in Waffen"

Sven Hedin hatte die dramatische Lage vorhergesehen, die sich 1914 für Schweden ergab. Er hatte deutlich genug gewarnt; nun trat er — ebenso wie die Regierung — für eine bewaffnete Neutralität Schwedens und ganz Skandinaviens ein, wie sie dann tatsächlich durch alle Krisen des Ersten Weltkrieges hindurch gewahrt werden konnte.

In seinem Herzen war Sven Hedin freilich keineswegs neutral und er bemühte sich auch nicht, dies vorzutäuschen. Das bedeutete jedoch nicht, daß er die Teilnahme Schwedens am Kriege gewünscht oder die Haltung der schwedischen Regierung kritisiert hätte.

Aber bereits seine Überzeugung, daß die wesentliche Gefahr für den Norden und für Europa vom Osten, von Rußland drohe, ließ ihn die Interessengemeinschaft zwischen Schweden und den sog. „Zentralmächten" — Deutsches Reich und Österreich — betonen.

Er hatte von allem Anfang an die westliche „Entente"-Politik für völlig verfehlt erachtet und sah voraus, daß der europäische „Bürgerkrieg" zur europäischen Katastrophe werden könne, die das Abendland seiner bisher kaum bestrittenen Weltherrschaft sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet berauben würde.

Dazu kam, daß Sven Hedin Deutschland fast als sein zweites Vaterland betrachtete, als die Nation, mit der er sich persönlich am stärksten verbunden fühlte, wo er bleibende Eindrücke geistiger und wissenschaftlicher Art erhalten hatte, wo er Verständnis und brennendes Interesse für alles fand, wofür zu arbeiten er wert hielt, kurz gesagt: als das Land, das nach seiner entschiedenen Ansicht vor allem die ererbte europäische Kultur bewahrte.

In Schweden war damals — im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen, die mehr zu englischen Sympathien neigten — die allgemeine Einstellung prodeutsch; freilich begann bald die geschickt geleitete Propaganda der Entente, gestützt auf einige einflußreiche Zeitungen, vor allem „Dagens Nyheter", beträchtliche Wirksamkeit zu entfalten.

Sven Hedin beobachtete diese Entwicklung, die nach seiner Meinung den schwedischen Interessen zuwiderlief, mit der gleichen Sorge, mit der er in den Jahren vorher von der regierungsamtlichen Verteidigungsfeindschaft beunruhigt war.

Wie stets suchte er einen Weg der Tat — und so beschloß er schon bald nach Kriegsbeginn, das kriegführende Deutschland, vor allem seine Fronten und seine kämpfende Wehrmacht, zu besuchen.

Am 11. September 1914 trat Sven Hedin seine Deutschlandreise an, am 14. November war er wieder zurück in Stockholm. Zwischen diesen beiden Daten lagen ausgedehnte Reisen längs der deutschen Westfront, erfüllt von Geländebeobachtungen, Eindrücken von Kämpfen und militärischen Operationen und unzähligen Gesprächen mit Soldaten, Offizieren und Kriegsgefangenen, Bauern und Arbeitern, Ärzten, Priestern und vielen führenden Persönlichkeiten. Das alles hat Sven Hedin dann lebendig und schwungvoll in dem fast 800 Seiten starken, reich illustrierten Buch geschildert, das zum sichtbaren Ergebnis der Reise wurde: „Von der Westfront" erschien in Stockholm

am 8. Februar 1915. Kurz darauf kam die deutsche Übersetzung unter dem Titel heraus: „Ein Volk in Waffen." Dieses Buch erreichte hier eine besonders hohe Auflage, deren Honorarertrag (75 000 Reichsmark) Sven Hedin dem Deutschen Roten Kreuz zur Verfügung stellte.

Die deutsche Auflage war „dem deutschen Heer", die schwedische „jenen meiner Landsleute, die ein Volk kennenlernen wollen, das seine Pflicht tut", gewidmet.

Diese Widmung charakterisiert die Tendenz des Buches. Es ist voll Zuversicht für das deutsche Volk, voll Glauben an seine Sache . . .

Sven Hedin war stets ein Mann von raschen Entschlüssen: Knapp vierzehn Tage nach dem Erscheinen seines Westfront-Buches begab er sich neuerlich an die deutsche Front — diesmal an jene, die ihm — besonders vom schwedischen Standpunkt aus — als die bedeutungsvollste erscheinen mußte, nämlich an die Ostfront.

Von Ende Februar 1915 bis in den Sommer hinein wurde er Zeuge der großen und erfolgreichen Operationen, die gerade in diesem Frühjahr an der deutsch-russischen Front stattfanden und die mit dem Durchbruch bei Gorlice-Tarnow im Mai begannen und zur Wiedereroberung Przemysls und zur Vorverlegung der deutsch-österreichischen Front über Galizien hinaus in die Ebenen Polens führten. Am 2. September war Sven Hedin wieder zu Hause und zu Weihnachten lag sein zweites großes Kriegswerk vor, noch umfangreicher als das Buch über die Westfront; der schwedische Titel lautete: „Krieg gegen Rußland" und der deutsche: „Nach Osten".

Sven Hedins Buch über die Ostfront zeigt in gewisser Hinsicht andere Züge als seine vorhergegangene Schilderung der Westfront. Der Krieg war nichts Neues mehr. Sein blutiger und ernster Alltag trat nun deutlicher hervor. Sven Hedins lebendige Sachlichkeit der Darstellung blieb aber die gleiche. Mit seinen wachen Augen, seiner schnellen Auffassungsgabe und seinem leidenschaftlichen Interesse für die Umwelt hatte sich Sven Hedin schnell mit der Kriegstechnik und ihren neuen Formen bekanntgemacht, soweit dies einem bloßen Zuschauer möglich ist. Als Zuschauer bekam er aber vieles, selbst Nahkämpfe zu sehen und ungefährlich war diese Frontreise gewiß nicht. Tag für Tag wurden Fahrten — im Auto oder zu Pferd — unternommen, die oft bis in die vordersten Gräben führten. Das größte Verdienst der Schilderungen liegt jedoch in ihrem keineswegs „literarischen" Charakter. Sven Hedin stellt alles so genau dar, wie es sich dem Beobachter bot: Die Natur, die Reaktion der Menschen und Tiere, die Leiden und Entbehrungen der Zivilbevölkerung, die mannigfaltigen Formen des Soldatentodes, die Kampfeslust ebenso wie die Kampfesmüdigkeit, die wenigen Freuden und die menschliche Kameradschaft.

Zwischen den Frontreisen wurde Sven Hedin am 5. Juli 1915 in der Hofburg in Wien von dem greisen 85jährigen Kaiser Franz Josef in Audienz empfangen. Es war das letztemal, daß er den vielgeprüften alten Monarchen sah, der gegen Ende des folgenden Jahres mitten während des weiterwütenden Krieges, nach fast siebzigjähriger Regierungszeit zur letzten Ruhe in die Kapuzinergruft geleitet wurde. Sven Hedin fand den Kaiser in den sechs Jahren, seitdem er zum letztenmal empfangen worden war, gealtert, aber noch rüstig, stellte jedoch fest, daß in seiner altmodischen, einfachen und würdigen Artigkeit eine gewisse Resignation mitschwang. 21/114—121

Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg — Grundsatzentscheidung des Reichsmilitärgerichtes

Eines Vormittags 1915 wurde Dr. Grimm aus seinem Dolmetscherzimmer des Kriegsgefangenenlagers Münster herausgerufen und erhielt einen ungewöhnlichen Auftrag. Man hatte sich seines Rechtsanwaltsberufes erinnert und befahl ihm, einem Lagerinsassen, dem französischen Sergeanten Courjon, das Urteil zu übergeben, das ein deutsches Kriegsgericht in Münster gegen ihn ausgesprochen hatte; es lautete auf drei Jahre Gefängnis wegen Mißhandlung deutscher Kriegsgefangener.

Der junge Dr. Grimm ahnte nicht, wie bedeutend später — zwar nicht dieser Fall — wohl aber das Problem noch werden sollte, mit dem er damals erstmals in Berührung kam.

Bevor er mit dem Sergeanten sprach, sah er sich die Sache an und als er dann Courjon gegenüber saß, riet er ihm, sofort Revision gegen das Urteil einzulegen und setzte auch die Revisionsschrift auf.

In heutiger Denkweise mag Grimms damalige Aufregung kaum noch verständlich sein, denn Courjon war nach einem ganz klaren und unanfechtbaren Dokumentenbeweis wirklich ein „Kriegsverbrecher". In prahlerischer Weise hatte er ein Tagebuch geführt, das nach seiner Gefangennahme gefunden wurde und dessen Inhalt er nicht bestritt. In den ersten Kriegswochen hatte er als Unteroffizier in einem französischen Regiment nach einem Gefecht an der Säuberung des Kampffeldes teilgenommen. „Es war gut, daß ich neugenagelte, schwere Stiefel trug. Ich habe dem bayerischen Husar und dem württembergischen Jäger, die ich verwundet auf dem Schlachtfelde antraf, das Laufen beigebracht" — so und ähnlich rühmte er sich. Die Mißhandlung von Verwundeten war dadurch erwiesen, ein Verbrechen lag zweifelsfrei vor. Aber — so überlegte sich der Jurist Grimm —

war die deutsche Justiz berechtigt, den Täter strafrechtlich zu verfolgen? Diese Frage machte er zum Gegenstand der Revisionsbegründung; er vertrat darin die Auffassung, daß der Täter die Tat vor seiner Gefangennahme begangen hatte, als er noch nicht in der deutschen Gewalt und deshalb nur den französischen Gesetzen unterstellt war.

Das Reichsmilitärgericht in Berlin gab schließlich dem jungen Anwalt recht. Courjon wurde freigesprochen. Diese grundsätzliche Entscheidung mit ausführlicher Begründung ist damals auch veröffentlicht worden. Die Verfolgbarkeit von Kriegsgefangenen wegen Straftaten, die sie vor ihrer Gefangennahme begangen hatten, durch die Gerichte des den Gefangenen verwahrenden Staates wurde ausdrücklich verneint. Das widerspreche dem Völkerrecht!

Die erste Berührung Dr. Grimms mit dem seither bändefüllenden Fragenkreis der Kriegsverbrecher-Justiz klingt heute wie ein Märchen aus längst vergangener Zeit. Fast die ganze Strafverfolgungspraxis der alliierten Kriegsgerichtsbarkeit nach 1945 steht im direkten Widerspruch zur damaligen Grundsatzentscheidung des deutschen Reichsmilitärgerichts!

27/16f.

- General Falkenhayns Verdun-Strategie 3/9—13; 26/116—118
- Deutscher Angriff vor Verdun Februar 1916 39/140—144
- Die Erstürmung des Forts Douaumont; Cordt von Brandis' Bericht 39/144—157

Schlachtenwende vor Verdun

Cordt von Brandis erzählt:

Der Kommandierende fragte mich nach Einzelheiten und ich sagte: „Exzellenz — die Franzosen sind in Auflösung und man kann — solange ihre frischen Truppen nicht da sind — mit wenig Mühe weit vorgehen, wenn es nur sofort beim ersten Tagesgrauen geschieht. Die Jäger marschieren zurück, soll man sie nicht anhalten?"

„Meine armen Crouy-Jäger haben schon zu viel gelitten."

„Exzellenz, wir sollten im Morgengrauen Fleury besetzen."

„Sachte — so schnell geht das nicht!"

„Exzellenz, wenn wir nicht morgen früh Verdun erreichen, dann nimmermehr!"

Der Oberst nahm mir den Telefonhörer aus der Hand.

Aber ich mußte ihn noch einmal nehmen. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst von Falkenhayn, war aus dem Hauptquartier Stenay selbst am Apparat. Er beauftragte mich, den beteiligten Kom-

panien seinen persönlichen Dank zu übermitteln. „Hören Sie zu; wir sitzen hier bei Tische, ich werde jetzt sofort ein Hoch auf das IR 24 ausbringen."

In meiner Erregung vergaß ich den nötigen Respekt und rief in den Apparat: „Jetzt ist nicht die Zeit, Hochs auszubringen, sondern Truppen nach vorne in Marsch zu setzen."

Schele zog mich weg: „Mann, bleib auf dem Teppich! Wir werden schon weitergehen!"

„Verfluchte Sch . . .! — Hochs! — Rückmärsche! So wird der Sieg wieder vertan — wie an der Marne"

*

Am Morgen des 26. Februar 1916 standen wir hoch oben auf dem Dache des Douaumont. Wir sahen links die flachen Niederungen der Woevre-Ebene, die Waldschluchten von La Cailette und Le Chapitre, dahinter die unbezwungenen Festen Tavannes, Souville und Belleville. Rechts zwischen grüner Wintersaat, von der eben die Sonne den Schnee wegleckte, das Dörfchen Fleury. Weiter rechts blitzte silbern die Maas zwischen vorspringenden Höhenkämmen, die sich von Höhe 304 über „Toter Mann" nach Osten, von der Côte-de-Froideterre nach Westen hinabsenkten. Nach Nordosten schweifte der Blick über die Ausläufer der Lothringischen Rippe bis weit hin zu den rauchenden Schloten des Kohlebeckens von Briey und darüber hinaus in die uralte Einfallspforte zum Saargebiet zwischen Metz und den Vogesen. Wir blickten abwechselnd nach Norden und Süden. Im Norden mußten doch endlich Truppen auftauchen zum Vorgehen auf Verdun! Wie lange wollte man dem Feinde noch Zeit lassen? Unsere Streifen waren bereits so nahe an Verdun herangekommen, daß sie ihre Uhren nach Kirchturmzeit stellen konnten.

Das Dorf Fleury lag friedlich in grünen Saaten, weit unten im Tale blitzte die Maas in den Strahlen der Sonne. Im Morgengrauen hatte es einen bezeichnenden Zwischenfall gegeben. Französische Soldaten waren hinter den Hindernissen aufgetaucht und hatten mit erhobenen Händen zu unseren Posten herübergerufen. Man weckte Feldwebel Richter, der verschlafen seine Eulenaugen aufriß und griechische Verse murmelte. Mit verkehrt aufgestülptem Helm sprach er zu den „messieurs": „Sie sagen, armes Frankreich! Zwischen hier und Verdun steht kein Soldat mehr! Der Krieg ist zu Ende — Gott sei Dank!" — Und nun passierte nichts.

Was hatten wir in Hannover als Aufsatzthema geschrieben? „Was Du dem Augenblicke ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!" Ich war im Frühsonnenschein in Richtung Fleury promeniert. Leut-

nant Schünemann hatte ein Bild des Tores gemacht, das „Douau" war weggerissen, das „mont" war geblieben. Und jetzt schien das helle Licht des Tages darauf, wie auf die Lebensbäume im Gärtchen vor der Offiziersmesse.

Wir sahen uns bestürzt an — wollte man den Sieg wirklich verschenken? Die Mannschaften fragten erregt: „Jeht 's denn nich' weiter? Warum denn nun nicht?" Wir konnten nur die Achseln zucken.

Doch gegen 9 Uhr wurde es lebendig, und zwar von Süden her. Autokolonnen, Batterien, Infanteriekolonnen! Über Fleury marschierten Regimenter, Offiziere hoch zu Roß; an Souville vorbei in die Wälder von La Cailette und Le Chapitre ergossen sich die Ströme der horizontblauen Uniformen. Wie wir heute wissen, waren es die anrückenden Truppen des französischen I. Armeekorps. Dieses Generalkommando in Lille, der ehemaligen Hauptstadt des Flamenlandes, rekrutiert sich aus den Departements Nord und Pas-de-Calais und ist eines der Elitekorps der französischen Armee.

Und während es darüber Abend wurde, war von deutscher Seite nichts geschehen. Was jeder Landser an der Front ahnte, war den Stäben an ihren Kartentischen nicht aufgegangen.

Auf der Gegenseite sah es anders aus: unmittelbar nach dem Fall von Douaumont, noch am Abend des 25. Februar, wurde der damalige General, später Marschall Pétain, zum Verteidiger von Verdun ernannt; er ergriff sofort leidenschaftlich alle Maßnahmen, um die Festung zu retten. Später schrieb Pétain rückblickend: „Am Abend dieses tragischen Tages hing das Schicksal Verduns, ja Frankreichs, an einem seidenen Faden. Ein einziges deutsches Regiment, zielbewußt vorgehend, hätte . . ."

Vorbei war es nun damit, denn die Elite der französischen Armee krallte sich jetzt im Gelände fest, und ihre in der Schlacht entstandenen Stellungen erwiesen sich — wie so oft — als haltbarer als alle permanenten Befestigungswerke.

*

Mit den Essenholern kamen die ersten Zeitungen ins Fort. Da erst sahen wir, welche Helden wir waren. Im ganzen Reich hatten die Glocken geläutet, die Schulkinder hatten frei bekommen, Liebesgaben wurden gesammelt für die „Stürmer von Douaumont!"

Auf unsere wütenden Fragen, warum es nicht weitergegangen sei, hieß es: Die Artillerie habe sich festgefahren und die Reserven seien noch auf der Bahn!

Ich war so empört, daß ich Tatbericht gegen Unbekannt einreichte.

39/156—160

März 1916: Russischer Angriff

Verhältnismäßig ruhig war das Jahr 1915 im Hauptquartier Ober-Ost zu Ende gegangen, doch befriedigend waren die Erfolge für Hindenburg nicht gewesen.

Zwar war das russische Heer schwer angeschlagen worden, aber zu einer vernichtenden Operation hatten die deutschen Kräfte nicht ausgereicht; Hindenburgs und Ludendorffs Pläne und Vorschläge waren ungehört verhallt.

Der Feldmarschall glaubte nicht den Stimmen, die meinten, die russischen Verluste an Menschen und Material seien so schwer gewesen, daß die Ostfront lange Zeit Ruhe haben würde. Mit einiger Sorge betrachtete er das Stärkeverhältnis. Die deutschen Osttruppen hatten sogar noch Kräfte an den Westen abgeben müssen — vor allem schwere Artillerie —, weil Falkenhayn zum Sturm auf die französische Festung Verdun ansetzte. Jetzt mußte man im Osten damit rechnen, daß dem Abschnitt einer deutschen Division (sie bestand aus 9 Bataillonen) zwei bis drei russische Divisionen mit 32 bis 48 Bataillonen gegenüberlagen. Immer wieder trafen Meldungen ein über starke Truppenbewegungen hinter der russischen Front, aber man ahnte auf deutscher Seite doch nicht, daß die Russen im Gebiet des Narocz-Sees 370 Bataillone bereitgestellt hatten, die gegen nur 70 deutsche Bataillone vorstürmen sollten.

Hindenburg berichtet:

„Am 18. März (1916) bricht der russische Angriff los. Nach einer artilleristischen Vorbereitung, wie sie die Ostfront in gleicher Stärke noch nie zu durchleben hatte, stürmen die feindlichen Massen gleich einer ununterbrochenen Sturzflut auf unsere dünn besetzten Stellungen. Doch vergeblich treiben russische Batterien und Maschinengewehre die eigene Infanterie gegen die deutschen Linien; umsonst mähen zurückgehaltene feindliche Truppen die eigenen vordersten Linien nieder, wenn diese zu weichen und dem Verderben durch unser Feuer zu entgehen versuchen. In förmlichen Hügeln häufen sich die russischen Gefallenen vor der Front. Die Anstrengungen für die Verteidiger sind freilich in das Ungeheure gesteigert. Eingebrochenes Tauwetter füllt die Schützengräben mit Schneewasser, verwandelt die bisher deckenden Brustwehren in zerfließenden Erdbrei und macht aus dem ganzen Kampffeld einen grundlosen Morast. Bis zur teilweisen Bewegungsunfähigkeit schwellen den Grabenbesatzungen die Gliedmaßen in den eisigen Wassern an. Allein es bleibt genug Lebenskraft und Kampfeswille in diesen Körpern, um die feindlichen Anstürme immer wieder zu brechen. So bringt der Russe auch diesesmal alle Opfer vergebens, und vom 25. März ab können wir siegessicher auf unsere tapferen Soldaten am Narocz-See blicken."

Immer noch haben Hindenburg und Ludendorff die Hoffnung, von der Obersten Heeresleitung ausreichende Verstärkung zu erhalten, um an der Ostfront zum entscheidenden Schlage anzutreten. Als aber statt dessen immer mehr deutsche Verbände vom Osten nach Westen abgezogen werden, müssen alle diese Absichten aufgegeben werden.

Falkenhayn will Frankreich in einer Zermürbungsschlacht vor Verdun sich ausbluten lassen, ein Gedanke, der ebenso weit entfernt ist von den Grundsätzen des alten deutschen Generalstabes, wie von den Gedankengängen Hindenburgs und Ludendorffs. 26/116f.

- Juni 1916: Englisch-französischer Angriff an der Somme 26/119
- August—Dezember 1916: Kriegseintritt und Niederlage Rumäniens 14/10; 26/119, 123
- Berufung Hindenburgs und Ludendorffs an die Spitze der Obersten Heeresleitung (28. 8. 1916) 26/120—122

Die innerdeutsche Krise

Hätten Hindenburg und Ludendorff im Jahre 1915 mit den Truppen, die bei Verdun verbluteten, die Russen schlagen dürfen, dann wäre Rumänien im Jahre 1916 ganz zweifellos neutral geblieben!

So hat Hindenburg in der Obersten Heeresleitung nun mit allen bisherigen Versäumnissen fertig zu werden!

Als das Jahr 1916 zu Ende geht, scheinen die drohendsten Gefahren zunächst gebannt. Die gemeinsame Großoffensive der Engländer, Franzosen, Russen, Italiener hatte nicht zum Ziel geführt, die deutsche Front dagegen gehalten und sich bis zur Küste des Schwarzen Meeres vorgeschoben.

Aber ist auch die Widerstandskraft der Heimat noch ungebrochen? Die Anzeichen mehren sich, daß manche Politiker in Deutschland nicht erkannt haben, wie entschlossen der Vernichtungswille der Feindstaaten ist und daß dieser Krieg nicht einer bestimmten Schicht — etwa dem Adel oder den Unternehmern — gilt, sondern dem ganzen Volk. Manche werden von Ideologien gehindert, diese Tatsachen zu erkennen. So glauben einige sozialdemokratischen Funktionäre ernstlich, ein von Deutschland gewonnener Krieg würde — wie sie sich ausdrücken — die „Herrschaft der Ausbeuter und preußischer Militaristen" festigen und damit den Zielen der Sozialdemokratie entgegenstehen. „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde", schreibt ein Redakteur im „Vorwärts", dem Zentralorgan der SPD, schon am

23. Februar 1915. Unter der Führung des gleichen Abgeordneten Haase, der am 4. August 1914 eindrucksvolle Worte für den Verteidigungskampf gesprochen hatte, bildete sich eine „Arbeitsgemeinschaft" der radikalen Funktionäre, die sich bald als sog. „Unabhängige Sozialdemokraten" (USP) organisieren, im Reichstag die Kriegskredite verweigern und im Lande zunächst versteckt, dann immer offener gegen die Fortsetzung des Krieges agitieren. Sie finden Echo in einem Volk, dessen Begeisterung für den Verteidigungskampf schon bald nach 1914 in Resignation umschlägt.

Schuld daran trägt zu gerütteltem Maß die deutsche Regierung. Sie war auf wirtschaftlichem Gebiet in keiner Weise auf einen Krieg vorbereitet, versäumte auch, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß die Versorgungsgüter im Volk haushälterisch verteilt wurden. Erst 1915 entschloß man sich, das Brot zu rationieren, später die übrigen Nahrungsmittel.

Wie man unterlassen hatte, die Armee so stark wie möglich zu machen, so wurde man vom englischen „Blockade-Krieg" völlig überrascht, der schon ab September 1914 ernstlich fühlbar war. Es ist richtig, daß die Verhinderung jeglicher überseeischer Zufuhren — auch reiner Lebensmittel für die Zivilbevölkerung — nach damaligem Völkerrecht unzulässig waren: aber wer konnte die englische Regierung zwingen, sich an dieses Völkerrecht zu halten?

Als dann das Jahr 1916 in Deutschland überdies noch eine Mißernte brachte, wurde der „Steckrübenwinter" 1916/17 für große Teile des Volkes eine Hungerzeit von Ausmaßen, die selbst die spätere der Jahre 1945/46 noch übertraf.

Daneben aber blüht der „Schleichhandel", weil der Staat die Ablieferungspflicht und die Rationierung nicht streng genug überwacht. Während so die Mehrzahl der Deutschen hungert, können sich andere, die über Geld und „Beziehungen" verfügen, Lebensmittel zusätzlich verschaffen, andere wieder bereichern sich an der Not. Nicht nur die mangelhafte Regelung der Ernährungsfrage schafft Verbitterung, sondern auch die lasche und ungerechte Durchführung der Rekrutierung. Immer gibt es Wege für Männer mit „Beziehungen", dem Wehrdienst zu entgehen, so daß bei dem Soldaten an der Front die Meinung wächst, sie seien „die Dummen", wenn sie ihr Leben einsetzen.

Das Wirtschaftssystem jener Jahre ermöglicht es, daß an der Herstellung von Kriegsmaterial und an der Beschaffung von Rohstoffen riesige Gewinne erzielt werden. Während der größte Teil des Volkes das Leben einsetzt, verdienen andere an diesem Kriege Millionen.

Die Regierung steht diesen Mißständen geradezu hilflos gegenüber. Sie weiß nicht, wie sie es verhindern kann, daß sich im Volke Kriegs-

müdigkeit immer weiter ausbreitet angesichts eines Feindes, der auch die letzten Kräfte mobilisiert in seinem Kampf gegen Deutschland.

26/124—126

- Abbruch der Verdun-Schlacht; neue Verteidigungstaktik im Westen 26/122f.
- November 1916: deutsches Manifest zur Wiederherstellung eines polnischen Staates 29/225; 41/28 (Wortlaut)

Die Affäre Rasputin

Es ist kein Wunder, daß es nach dem Zusammenbruch Rumäniens im Herbst 1916 manche Kreise in Petersburg gab, die an einen Sonderfrieden mit Deutschland dachten. Andere freilich — vor allem die Repräsentanten jener liberalen Schicht, die seit vielen Jahren ihre Hoffnungen auf England gesetzt hatte — sahen mit dem zu erwartenden Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika eine neue Hoffnung vor Augen, sie vertrauten deshalb fest auf den alliierten Sieg und waren entschlossen, den russischen Anteil an der Beute keinesfalls fahren zu lassen; sie witterten Kompromißbereitschaft am Zarenhof und sie hatten vor allem den seltsamen Mönch Rasputin im Verdacht, für einen deutsch-russischen Friedensschluß zu wirken. Dieser Rasputin war eine von den Gestalten, die wir Nicht-Slawen wahrscheinlich nie begreifen werden. Ein Säufer — aber auch ein Seher! Er ahnte seinen Tod und er prophezeite den Untergang des Zaren, wenn er, Rasputin, stürze. In Rußland wird auch liberale Politik mit asiatischen Methoden getrieben — in der Nacht zum 30. Dezember 1916 lockte man den seltsamen Mönch in das Haus des Fürsten Jussupoff und gab ihm einen Giftbecher zu trinken. Als Rasputin sich trotzdem wieder erhob, schoß man ihn nieder; wankend stand er nochmals auf; schließlich ertränkte man den zuckenden Körper unter dem Eise der Newa. In der elften Woche nach Rasputins Ermordung unterzeichnete Zar Nikolaus II. die Abdankungsurkunde . . .

Der damals in Petrograd tätige englische Diplomat Sir Samuel Hoare widerspricht in seinem bekannten Buch "The Fourth Seal" den damals kursierenden „wilden Gerüchten" über eine britische Beteiligung an der Ermordung Rasputins. Hoare gibt aber zu, daß einer der Verschwörer in Verbindung mit ihm stand und ihm schon im November 1916 ankündigte, „die Affäre Rasputin würde liquidiert werden". Daß die Beseitigung Rasputins der britischen Botschaft nicht unerwünscht war, wird aus den Memoiren des damaligen britischen Botschafters Sir George Buchanan ("My Mission to Russia") deutlich ge-

nug. Buchanan erklärt, Rasputin sei finanziert worden von „gewissen jüdischen Bankiers", die „deutsche Agenten" gewesen seien. Es hat sich seither nicht der geringste Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ergeben.

14/11

Die Haltung der USA — vor und nach der Präsidentenwahl 1916

Es gab damals eine Episode, in der um Haaresbreite der U-Boot-Streit mit Deutschland eine verständige, friedliche Lösung gefunden hätte.

Die britische Admiralität war angesichts der U-Boot-Gefahr dazu übergegangen, alle Handelsschiffe mit Kanonen zu bewaffnen. Die leichte Bewaffnung von Kauffahrtei-Schiffen war nach alter Völkerrechtssitte erlaubt; sie konnte Überwasser-Kriegsschiffen nicht gefährlich werden. Anders verhielt es sich natürlich gegenüber den U-Booten; die ganze Bewaffnungs-Aktion hatte den Sinn, eine zusätzliche U-Boot-Jagd zu organisieren und die deutsche Seekriegsleitung verbesserte ihre Anweisungen an die U-Boot-Kommandanten dahingehend, daß nur noch Angriffe auf erkennbar bewaffnete Schiffe erlaubt seien.

Da zeichnete sich nun eine neue Verständigungsmöglichkeit in der U-Boot-Frage ab: Am 18. Januar 1916 erörterte eine Note des amerikanischen State Departments an das britische Foreign Office die Möglichkeit eines Übereinkommens zwischen den Kriegführenden des Inhalts, daß

a) die U-Boot-Kommandanten gehalten seien, sich an die Regeln des Durchsuchens eines Schiffes zu halten, daß aber

b) Handelsschiffe keinerlei Bewaffnungen führen dürfen.

In einer zusätzlichen Erörterung mit House ging Staatssekretär Lansing so weit, zu erklären:

„Wenn Handelsschiffe bewaffnet sind und Geschütze benützen, um angreifende U-Boote zu versenken, und da dies geschehen ist und Handelsschiffe jetzt angehalten werden es zu tun — ist es unvernünftig darauf zu bestehen, daß U-Boote es wagen sollten an die Wasseroberfläche zu kommen, um vorher zu warnen."

Die Folge dieser Äußerung, die möglicherweise einen Weg aus dem Irrgarten gewiesen hätte, war nur ein Telegramm von House, der sich gerade in London aufhielt und im Auftrag Wilsons mit Außenminister Grey über den wahrscheinlichen Kriegseintritt der USA verhandelte. House nahm aufgeregt gegen diesen Vergleichsvorschlag Stellung:

„Mit dem Streit über die bewaffneten Handelsschiffe hängt soviel anderes zusammen, daß ich bestimmt hoffe, Sie werden in der Lage sein, ihn in der Schwebe zu halten . . ."

Diese „Schwebe" wurde dann das ganze Jahr 1916 hindurch aufrecht erhalten; im Herbst fand nämlich eine Präsidentschafts-Neuwahl statt; Wilson erzielte die Wiederwahl ohne Schwierigkeit; denn seine Wahlperiode lautete: "He kept us out of war" — „er hielt uns aus dem Krieg heraus"!

Als der Wahlsieg gesichert und außerdem klar war, daß die Gewichte des Kriegsverlaufes sich gegen Deutschland neigten, war des Bleibens Graf Bernstorffs, des deutschen Botschafters in Washington, nicht mehr lange. Auch in Berlin hatte man es inzwischen aufgegeben, an einen ehrlichen Vermittlerwillen des amerikanischen Präsidenten zu glauben; in der Hoffnung, durch scharfen Zugriff der U-Boote den Krieg doch noch zu retten, wurde man sogar ziemlich rücksichtslos und erleichterte dem Präsidenten den Absprung in den Krieg. 24/106f.

Entscheidungsjahr 1917

Das Kriegsjahr 1916 mit seinen festgefahrenen Fronten war ein Jahr des Abnützungskrieges. Nach der späteren Entwicklung der Ereignisse erschien es vielen — nicht ganz zu Recht — als das Jahr des Wendepunktes in dem großen Kampf, ebenso wie etwa das Jahr 1942/43 des Zweiten Weltkrieges. Die Fronten hatten sich 1916 nur unbedeutend verschoben, aber der Verschleiß war furchtbar, sowohl bei Verdun, wie auch an der Ostfront, wo es der russischen Armee bei ihrer Sommer-Offensive unter Brussilow geglückt war, ihre Stellung etwas zu verbessern.

Dies täuschte die Westmächte, die die fortschreitende Auflösung des Zarenreiches nicht deutlich genug erkannten. Als auch im Herbst 1916 der neuerlich aufgetauchte Gedanke eines Separatfriedens zwischen Rußland und Deutschland an der Unentschlossenheit des Zaren und dem Druck, den die Entente-Diplomaten entfalteten, gescheitert war, hatte sich das Schicksal der russischen Fronten, aber auch das des Zarentums in Wirklichkeit bereits entschieden.

Das deutsche Friedensangebot vom 16. Dezember 1916 — das erste ernstgemeinte Friedensangebot des Ersten Weltkrieges — ging spurlos vorüber. Zumindest gelang es den führenden Staatsmännern der Entente, die ihre Hoffnung auf die erwartete Kriegsteilnahme der Vereinigten Staaten setzten, jedes Echo in der Öffentlichkeit zu unterdrücken. Der Kampf ging also weiter. 21/125f.

Angesichts der englischen Blockade wurde die Ernährungs- und Rohstofflage der Mittelmächte schließlich kritisch, und die dritte Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, die seit August 1916 für die deutsche Kriegsführung verantwortlich war, wurde sich darüber klar, daß die Ententemächte dank ihres weit größeren Wirtschaftspotentials und ihrer unerschöpflichen überseeischen Hilfsquellen schließlich den Sieg davontragen würden, wenn es nicht sehr bald gelang, sie mit militärischen Mitteln in die Knie zu zwingen. Als eine Möglichkeit dazu sah man den unbeschränkten U-Boot-Krieg in den Gewässern um England an, der England zu einem Verständigungsfrieden veranlassen sollte. Da außerdem Rußland zusehends schwächer wurde, hoffte man den Krieg beenden zu können, auch wenn die Vereinigten Staaten, die sich immer deutlicher auf die Seite der „Entente" gestellt und den Engländern bereits Milliardenkredite gewährt hatten, den unbeschränkten U-Boot-Krieg zum Anlaß für ihren offenen Kriegseintritt nehmen würden.

Das Jahr 1917 wurde somit entscheidend für den Ausgang des Krieges. Es stellte eines der wichtigsten Entscheidungsjahre der europäischen Geschichte dar, weil mit der russischen Oktoberrevolution und dem Eingreifen der Amerikaner in europäische Angelegenheiten das Zeitalter der Ohnmacht unseres Kontinents begann, in dem wir noch heute stehen. Man darf sagen: indem das Jahr 1917 gegen Deutschland entschied, entschied es auch gegen Europa.

36/66f.



Rein militärisch gesehen verhinderte der Kriegseintritt der USA im Frühjahr 1917 einen ausgehandelten Friedensschluß zwischen Deutschland und seinen westlichen Gegnern, der nach dem Zusammenbruch Rußlands das Gebot der Stunde gewesen wäre. Wie Englands Beitritt zur französisch-russischen Entente im Vorstadium des Ersten Weltkrieges das europäische „Gleichgewicht" zuungunsten Deutschlands beendet hatte, so wurde das militärische Gewicht der Vereinigten Staaten, als es im letzten Sommer des Erschöpfungskrieges ernstlich in Erscheinung trat, der entscheidende Faktor des alliierten „Sieg-Friedens".

43/30

Französisch-russischer Geheimvertrag: im Westen die Rheingrenze

Als Sonderbotschafter begab sich der frühere Ministerpräsident und spätere Staatspräsident Doumergue mitten im Kriege auf die damals recht umständliche Reise von Paris nach Petersburg und schloß in einem Notenwechsel eine Art Kriegsziel-Bündnis mit dem Zaren

ab: Rußland wurde „freie Hand" sowohl in Konstantinopel wie auch bei der Gestaltung seiner Westgrenzen versprochen, Frankreich aber sollte beim Friedensschluß nicht nur Elsaß-Lothringen von Deutschland erhalten, wie es bisher verkündet worden war, sondern es sollte zumindest um das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Lothringen erweitert und die Festsetzung der künftigen französisch-deutschen Grenze überhaupt der französischen Regierung überlassen werden. Diese Grenze sollte strategischen Bedürfnissen Rechnung tragen und auch das gesamte Eisengebiet von Lothringen und das Kohlengebiet im Saartal einschließen. Hinsichtlich des übrigen linken Rheinufers wurde vorgesehen, daß es völlig vom deutschen Reich getrennt, von französischen Truppen besetzt werden und schließlich einen autonomen und neutralen Staat bilden sollte.

Dieser Geheimvertrag, von dem man zunächst nicht einmal den eigenen Bundesgenossen Mitteilung machte, war gewiß ein geschickter diplomatischer Schachzug — er hatte nur einen Schönheitsfehler: er wurde am 14. Februar 1917 geschlossen, vier Wochen vor der Abdankung Nikolaus II. und der Kerenski-Revolution. 11/65

- Der Sturz des russischen Zaren im März 1917 14/11; 26/133f.
- Der Kriegseintritt der USA im April 1917 24/107—109; 30/24
- Wirtschaftliche Hintergründe des amerikanischen Kriegseintritts 32/158—160
- Amerikanische Wohlstandsentwicklung 1913—1919 32/203
- Die Lenin-Reise durch Deutschland 14/24—27
- Die Kerenski-Offensive im Sommer 1917 14/32; 26/134
- Deutsche Friedensresolution Juli 1917 21/130

Lenins Putsch in Petrograd — Oktober 1917

Während die Sicherungsmaßnahmen der Kerenski-Regierung nur teilweise durchgeführt wurden, gelang Lenins wohlüberlegter erster Schlag: Er ließ zunächst durch eine Gruppe von Aufständischen das Petrograder Telegrafenamt militärisch besetzen. Bereits Wochen zuvor — noch aus seinem finnischen Geheimaufenthalt — hatte Lenin an seine Parteigänger in Petrograd geschrieben:

> „Wir müssen sofort die Telegrafen- und Telefonstationen besetzen, unseren Generalstab des Aufruhrs in die Haupttelefonstation einquartieren und ihn telefonisch mit allen Fabriken, Ämtern und Schauplätzen des Kampfes usw. verbinden."

Für den Erfolg des Putsches war die Besetzung des Telegrafenamtes in der Tat von hervorragender Bedeutung — nach dem damaligen

Stand der Technik war das Telegrafenamt der Hauptstadt der wichtigste Sammelpunkt der Regierungstätigkeit. Von hier und nach hier liefen alle Drähte, die das riesige Reich und die kämpfenden Fronten zusammenhielten . . .

Dieser gelungene Handstreich auf das Petrograder Telegrafenamt vollzog sich etwa um die gleiche Zeit, in der sich Lenin, wie uns berichtet wurde, verkleidet zum Gebäude des Sowjets schlich, um Haaresbreite von einer Patrouille aufgegriffen worden wäre und „wie ein Taschendieb" dort erschien, wo er tags darauf die Nachfolgeschaft der Zaren antrat.

Nachdem der erste und praktisch wichtigste Schlag gelungen war, galt es den Putsch politisch zum Siege zu führen und vom Allrussischen Sowjetkongreß, der in der Aula jenes Smolny-Institutes tagte, die Anerkennung des Aufstandes zu erhalten. Die Mehrheit des Sowjets setzte sich — wie wir wissen — aus Sozialrevolutionären und Menschewiki zusammen, die beide an der Regierung Kerenski beteiligt waren. Von den Menschewiki war es klar, daß sie Lenins Feinde bleiben würden — zu eingefressen war der alte Emigrantenhaß. Wie es scheint, hat sich Lenin in jenen spannungserfüllten Stunden gar nicht ernstlich um sie bemüht. Anders stand es mit der Partei Kerenskis selbst: Sie war durch das Versagen ihrer eigenen Politik während der Sommermonate in Verwirrung geraten. Sie stand ganz unter dem Eindruck der moralischen Auflösung der Armee, wie sie sich allein in der Existenz eines „militärrevolutionären Komitees" deutlich genug ausdrückte. Immerhin genügten die paar nächtlichen Schießereien und die Einnahme des Telegrafenamtes noch nicht, um die Schwankenden zu Lenin zu bekehren; etwas Sichtbareres mußte geschehen und Lenins Verlangen in jener Nacht ging auf die Besetzung des Winterpalais, in dem Kerenski seinen Sitz aufgeschlagen hatte. Es gab einige unruhige, zweifelerfüllte Stunden an diesem 7. November. „Iljitsch drängte sehr zur Besetzung des Winterpalastes und setzte allen und jedem zu, als keine Nachrichten über den Verlauf des Angriffes eintrafen" (berichtet von A. Bubnow in „Lenin in den ersten Tagen der Sowjetmacht").

Als die so dringend erwartete Erfolgsnachricht schließlich doch noch eintraf, eilte Lenin in die Aula des Hauses; obwohl er gar nicht Mitglied des Allrussischen Rätekongresses war, bildete sein Erscheinen unter diesen Umständen nun ein entscheidendes Ereignis; die „Menschewiki" verließen den Saal, ein Teil, aber eben nur ein Teil der Sozialrevolutionäre schlossen sich ihnen an. Der andere Teil blieb und bildete mit den Bolschewiki die erste Sowjetregierung, den „Rat der Volkskommissare", wie sie sich nannte.

Der Putscherfolg der Bolschewiki erschien so unglaubhaft, daß ihn in Petrograd zunächst niemand ernst nahm. In den ersten Tagen nach der Machtergreifung Lenins setzten die russischen Ministerien (wie uns die damalige „Volkskommissarin", spätere sowjetische Botschafterin Kollontay amüsant berichtet) „ihre Tätigkeit fort, als ob nichts vorgefallen wäre. Rapporte liefen die ministerielle Dienstleiter auf und ab und die Chefs der Departements unterzeichneten noch immer im Namen der Provisorischen Regierung". Als dann die von Lenin ernannten Volkskommissare erschienen, um die Leitung zu übernehmen, „leerten sich im selben Augenblick sämtliche Räume. Nur das technische Personal und 2 oder 3 Angestellte, die mit den Bolschewiki sympathisierten, blieben auf ihren Posten". Auch die Kollontay „irrte zunächst tagelang durch das verödete Gebäude unseres Ministeriums".

Lenin hatte zunächst wichtigere Sorgen als die Ingangsetzung behördlicher Funktionen: Kerenski hatte seine Sache noch keineswegs aufgegeben. Er war nach Zarskoje Selo geflüchtet und zog Regimenter zusammen, um Petrograd wieder zu besetzen. M. Wrachomejiew, der damalige Vorsitzende des Revolutionären Militär- und Marinekomitees hatte „täglich Iljitsch Bericht zu erstatten", der sich im Amtsgebäude des Oberbefehlshabers des Petrograder Militärbezirks niedergelassen hatte, am Schreibtisch des Generals saß und stets eine Karte von Petrograd und Umgebung vor sich hatte. Als entscheidend erwies sich das artilleristische Eingreifen einiger Flotteneinheiten in die Landkämpfe, und es wird berichtet, daß Lenin selbst beobachtete, wie die dafür vorgesehenen Kronstadter Schiffseinheiten die Newa hinauffuhren.

Es gelang schließlich den Gegenstoß Kerenskis aufzuhalten. Damit war die Anekdote zur Geschichte, der Putsch zum Umsturz geworden.

14/36—39

- Waffenstillstand an der Ostfront 14/65—71
- Selbständigkeitserklärung Finnlands und deutsche Truppenhilfe für Mannerheim 21/131f.

Die „Balfour-Erklärung"

Als im Ersten Weltkrieg die Türkei auf die deutsche Seite getreten war, bemühte sich die britische Politik um die Mitwirkung der arabischen Nationalisten im Kampf gegen das ottomanische Reich. Es kam zu amtlichen Verhandlungen zwischen dem britischen Hohen Kommissar in Ägypten und dem Scherifen Husain in Mekka, der als Verwalter der heiligen Stätten großen Einfluß in der islamischen Welt besaß. In einem offiziellen Schreiben vom 24. 10. 1915 wurde den Arabern

von Sir Henry MacMahon im Namen der britischen Regierung die Unabhängigkeit neu zu errichtender arabischer Staatswesen mit Ausnahme der britischen Kolonie Aden und eines Teiles von Syrien aber einschließlich Palästina als Preis für eine Kampfbeteiligung gegen die Türkei versprochen. Diese Versprechen wurden in der Folgezeit mehrmals wiederholt. Sie veranlaßten die arabischen Stämme zu einer erfolgreichen Kriegsteilnahme; mit ihrer Hilfe gelang es den britischen Streitkräften, Bagdad und Jerusalem zu nehmen und schließlich das Ottomanische Reich zum Zusammenbruch zu bringen. Inzwischen hatte sich aber die britische Regierung veranlaßt gesehen, sich auch die Sympathien des Judentums durch die sog. Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 zu sichern, in der es hieß:

„S. M. Regierung betrachtet mit Wohlwollen die Schaffung einer internationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern ..."

Damit war der künftige Besitz Palästinas an zwei verschiedene Gruppen versprochen worden: einerseits an die Araber, die das Land seit Jahrhunderten bewohnten und es mit erkämpften, andererseits an die Zionisten, die in Palästina siedeln wollten als Ausgleich dafür, daß sie ihren Welteinfluß für die Sache der Alliierten geltend machten. Diese sich widersprechenden Verpflichtungen führten 1920 zu einer Kompromißlösung: Palästina wurde zum Völkerbundsmandat erklärt und der britischen Verwaltung unterstellt; bis in den Zweiten Weltkrieg blieb die Palästinafrage eines der schwierigsten Probleme der britischen Politik: von jüdischer Seite wurden hohe Einwanderungsquoten und Möglichkeiten zur Ansiedlung gefordert, während die Araber jüdische Einwanderung verhindert wissen wollten. Ein im Jahre 1937 von britischer Seite vorgeschlagener Teilungsplan wurde von beiden Seiten verworfen. Bei Kriegsbeginn 1939 entschloß sich die britische Regierung erneut im Sinne der Balfour-Erklärung zur Unterstützung der Forderung eines jüdischen Palästinastaates (vgl. dazu das Schreiben des Zionistenführers Chaim Weizmann vom 5. 9. 1939). Dies führte nach Aufhebung des britischen Mandates im Jahre 1948 zur Bildung des Staates Israel und zu einem Krieg zwischen Arabern und Juden, der mit Waffenstillstand endete. 8/139f.

Wilsons „Vierzehn Punkte"

Die berühmten „Vierzehn Punkte" des amerikanischen Präsidenten Wilson werden oft zitiert und selten gelesen. Von dem Schicksal ausgehend, das sie erlitten haben, stellt man sie gerne auf eine Stufe

mit der sog. „Atlantik-Charta", die Roosevelt und Churchill im August 1941 nach dem Gesang des Liedes „Vorwärts christliche Soldaten" zu Nutz und Frommen einfältiger Gemüter verkündeten und die niemand anderer — am allerwenigsten ihr Verfasser — auch nur eine Minute lang ernst nahm.

Die am 8. Januar 1918 als „Programm des Weltfriedens" vom amerikanischen Präsidenten Wilson verkündeten 14 Punkte sahen — zusammengefaßt — folgende Regelungen vor:

1. Öffentliche Verträge, Abschaffung von Geheimverträgen und der Geheimdiplomatie;
2. Absolute Freiheit der Schiffahrt auf hoher See sowohl im Frieden wie im Krieg;
3. Aufhebung möglichst sämtlicher wirtschaftlicher Schranken, Festsetzung gleichmäßiger Handelsbeziehungen zwischen den Nationen;
4. Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf den niedrigsten, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarenden Stand;
5. Freimütige, weitherzige und völlig unparteiische Regelung der Kolonialansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Bevölkerungen;
6. Räumung des gesamten russischen Gebietes und Gewährleistung eigener innenpolitischer Entwicklung in Rußland;
7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens;
8. Räumung des französischen Gebietes und Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;
9. Berichtigung der Grenzen Italiens entsprechend den Nationalitätsverhältnissen;
10. Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns;
11. Räumung und Wiederherstellung der Gebiete Rumäniens, Serbiens und Montenegros; Schaffung eines freien Zugangs zum Meer für Serbien;
12. Gesicherte Souveränität für die türkischen Teile des Ottomanischen Reiches, Autonomie für die übrigen Völkerschaften; freie Durchfahrt durch die Dardanellen unter internationaler Garantie;
13. Errichtung eines polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer;
14. Gründung eines Völkerbundes.

8/39f.

*

War der Präsident „reinen Glaubens", als er den „Frieden der Gerechtigkeit" verkündete, oder wußte er über die wirklichen Ziele seiner Bundesgenossen, wie sie sich dann im Frühjahr 1919 in Paris geradezu schamlos präsentierten, ausreichend Bescheid?

Einen bemerkenswerten Hinweis zu diesem historischen Problem bietet die Befragung Wilsons, die schon am 19. August 1919 im Weißen Haus stattfand. Mehrere Senatoren wollten wissen, ob dem Präsidenten die Geheimverträge bekannt waren, die von englisch-fran-

zösischer Seite bereits 1915, 1916 und 1917 über die Aufteilung der Türkei und Österreich-Ungarns getroffen worden waren.

Das Frage- und Antwortspiel spricht für sich:

„Senator Borah: Wann sind Ihnen die Geheimverträge zwischen Großbritannien, Frankreich und den übrigen europäischen Nationen betreffs gewisser in Europa vorzunehmender Umgruppierungen zum erstenmal zur Kenntnis gelangt? War es auch erst nach Ihrem Eintreffen in Paris?

Präsident Wilson: Ja, die ganze Folge geheimer Abmachungen wurde mir dort zum ersten Male enthüllt.

Senator Borah: Also wußten wir, wenigstens was unsere Regierung anbelangt, nichts von diesen Geheimverträgen, ehe Sie in Paris angekommen waren?

Präsident Wilson: Es sei denn, daß das State Department Informationen besaß, von denen mir nichts bekannt war."

Es muß dazu gesagt werden, daß diese Auskunft des Präsidenten schon damals nicht überzeugen konnte: die in Rede stehenden Geheimverträge waren nämlich bereits im Winter 1917—18 durch die soeben zur Macht gelangte russische Lenin-Regierung bekanntgegeben worden und standen damals in den Zeitungen; im Londoner „Daily Herald" wurden bereits am 11. Mai 1918, also ein Jahr vor der Pariser Konferenz, sogar Gegenüberstellungen zwischen den formalen Bekenntnissen britischer Staatsmänner und den tatsächlichen durch Verträge festgelegten Kriegszielen der Alliierten veröffentlicht.

Wilson mußte wissen, daß seine gewiß treffliche Formel vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" in den Festlegungen des bevorstehenden Friedens nur insoweit eine praktische Rolle spielen würde, als es sich um die Auflösung des Habsburger Reiches handelte, nicht jedoch in den Gebieten, die in ihrem Volkscharakter deutsch waren. Es war nicht nur ausgemacht, daß die Italiener Triest und Südtirol bis zum Brenner — also ein Gebiet von zweifelsfrei deutschem Charakter — erhalten sollten, auch der „Zugang Polens zum Meer" sah Gebietserwerbungen ohne Befragung der Bevölkerung vor, ja sogar die Abtrennung des linken Rheinufers von deutschem Staatsgebiet war Gegenstand von Vereinbarungen, über die die russischen Veröffentlichungen drastische Deutlichkeiten offenbarten.

Wir mögen dem Präsidenten zubilligen, daß er sich der Tragweite dieser diplomatischen Geheimakten nicht voll bewußt gewesen sein mag, vielleicht hat er erst in Paris begriffen, daß nach einem totalen Sieg solche Rechnungen stets vorgelegt werden. Was freilich auch bei mildester Beurteilung übrig bleibt, ist der peinliche Eindruck eines Phantasten, mit dem die Realisten am Konferenztisch ihr Spiel trieben.

24/111—113

Präsident Wilson wußte sehr genau, was es bedeutete, als er in Punkt 8 seiner berühmt gewordenen „14 Punkte" von Deutschland forderte: „Räumung des französischen Gebietes und Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich." Wilson war sich klar darüber, daß schon diese Formel eine beträchtliche Abweichung von dem von ihm verkündeten Grundsatz des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" bedeutete; wir wissen heute, daß im ersten Entwurf seiner Punkte Elsaß-Lothringen noch nicht erwähnt worden war, während in einem zweiten Entwurf für dieses Land der Gedanke einer Volksabstimmung angedeutet ist; erst im veröffentlichten Text wurde hinsichtlich Elsaß-Lothringens einfach von „Rückgabe" gesprochen. 11/67

*

Aus der Entstehungsgeschichte der „14 Punkte" ist heute noch bemerkenswert, daß der amerikanische Präsident sie in einer Kongreßbotschaft verkündete, die eigentlich an die russische Adresse gerichtet war; zwei Monate nach Lenins Petrograder Putsch sollte die Sowjetregierung daran gehindert werden, mit Deutschland den Frieden von Brest-Litowsk zu schließen. Dementsprechend lobte Wilson die Bolschewisten als Vorkämpfer der öffentlichen Diplomatie; von Trotzki wußte der Präsident zu sagen, daß er „sehr gerecht und sehr klug im wahren Geist der modernen Demokratie" verhandle. Im Gegensatz zu ihm seien die Deutschen hartgesottene Militaristen geblieben, die zum Selbstbestimmungsrecht der Völker nur ein Lippenbekenntnis ablegten. Der damalige britische Außenminister Balfour deutete die amerikanischen Bemühungen um das Wohlwollen der neuen Machthaber in Rußland ironisch: es komme darauf an, meinte er, „die Bolschewisten zu bewegen, das anti-bürgerliche Jahrtausend bis nach der Vernichtung Deutschlands zu vertagen." 43/31

*

In einer zweiten Rede, am 11. Februar 1918, kommentierte Wilson die bereits veröffentlichten Bestimmungen des Friedensvertrages von Brest-Litowsk und definierte in vier Punkten, was er in der Praxis unter „Selbstbestimmung der Völker" verstanden wissen wollte:

1. Der Grundgedanke des Vertrages, durch den der Krieg beendet wird, lautet: Gleiches Recht für alle, d. h. es ist für jeden besonderen Fall eine Lösung zu suchen, die niemands Recht verletzt und die größtmögliche Gewähr für einen dauernden Frieden bietet.
2. Völker und Provinzen sollen nicht mehr von der einen Hand in die andere übergehen können wie der Einsatz, der beim Kartenspiel gewonnen oder verloren wird, auch nicht, wenn es sich bei diesem von jetzt an für

immer als unsittlich erkannten großen Spiel um das innere Gleichgewicht der Kräfte handelt.

3. Jede Gebietsregelung muß den Interessen und dem Wohle der jeweiligen Bevölkerung dienen: sie darf nicht auf einem Kompromiß zwischen den rivalisierenden Staaten beruhen.

4. Alle deutlich definierten Bestrebungen zur nationalen Selbstbestimmung sollen befriedigt werden, soweit dadurch nicht in irgendeinem Staat solche Spannungen geschaffen werden, daß ein Friedensbruch zu befürchten wäre.

32/164

- Die deutsch-russischen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk 14/71—73; 21/133; 26/134f.
- Trotz Brest-Litowsk noch 30 deutsche Divisionen im Osten gebunden 26/135

Die Wiederherstellung Polens

In seinem Buch „Meine Danziger Mission 1937 bis 1939" geht der ehemalige Völkerbunds-Kommissar der Freien Stadt Danzig Burckhardt eingangs kurz auf die Entstehungsgeschichte des neuen polnischen Staates ein und schreibt dazu:

„Im ersten der beiden großen Weltkriege haben die Mittelmächte, Deutschland, und Österreich, aus politisch-strategischen Gründen, eine Wiederherstellung des polnischen Staates angestrebt; diese Aufgabe wurde dann von der siegreichen Entente verwirklicht."

Diese Aussage wird den geschichtlichen Tatsachen nicht gerecht. Denn ohne die im Ersten Weltkrieg gegen Rußland erfochtenen deutschen Siege wäre es den Entente-Mächten nicht gelungen, ein selbständiges Polen zu errichten, das bereits am 5. November 1916 als „Königreich Polen" durch die Zentralmächte proklamiert worden war. Ein noch mit dem Westen verbündetes siegreiches zaristisches Rußland hätte das ihm angeschlossene polnische Gebiet gewiß niemals für selbständig erklärt, sondern die russischen Grenzen weiter nach Mitteleuropa vorgeschoben, wenn auch wahrscheinlich nicht so weit, wie es das stalinistische Rußland 1945 mit Hilfe Roosevelts erreichen konnte. Polens staatliche Selbständigkeit war im Dezember 1917 durch das Deutsche Reich im Frieden von Brest-Litowsk zum ersten Male seit 1795 wiederhergestellt worden. Der zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits unterzeichnete Friedensvertrag bestimmte u. a. im Artikel III:

„Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linien liegen und zu Rußland gehört haben, werden der rus-

sischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen . . . Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete."

Ein ungeschlagenes Rußland hätte solche Zugeständnisse nie gemacht und eine noch so siegreiche Triple-Entente hätte deshalb niemals die Aufgabe der „Wiederherstellung des polnischen Staates" verwirklichen können, wie Burckhardt es darstellt. 29/225f.

- Die Streikbewegungen in Wien und Berlin Januar—Februar 1918 14/72, 78f., 102; 26/141
- Deutsche Frühjahrsoffensive 21. 3. 1918 26/136f.; 32/161
- „Große Schlacht in Frankreich" — Erlebnisbericht Cordt von Brandis' 39/174—177
- Militärisches Eingreifen amerikanischer Truppen in Frankreich 26/135; 32/161f.
- Alliierte Offensive; deutscher Rückzug an der Westfront 26/137f.; 32/161f.
- Kräfteverhältnis Westmächte — Deutschland 9 : 3 Millionen Soldaten 26/135f.
- Bulgarien schließt Waffenstillstand mit der „Entente" (29. 9. 1918) 26/138
- Die letzte kaiserliche Regierung 14/84f., 90

Die deutsche Waffenstillstandsnote

Dem neugebildeten Kriegskabinett sagt Hindenburg am 3. Oktober 1918:

„Gegenwärtig steht das deutsche Heer fest. Gezwungen wird es von Abschnitt zu Abschnitt, sich zäh an den feindlichen Boden klammernd, ausweichen. Die Dauer solcher Rückzugsbewegungen ist vorher nicht genau zu bestimmen. Man kann aber hoffen, daß sie bis zum nächsten Frühjahr deutsches Gebiet beschützen werden."

Was Hindenburg will, ist klar: Eine Friedensverhandlung, bei der die deutsche Abwehrkraft noch eine Rolle spielt. Ludendorff dagegen glaubt in diesen Tagen an die Abwehrkraft nicht mehr, er sieht die Front zerbröckeln und fürchtet die völlige Katastrophe.

Vielleicht meint er auch — wie viele Leute damals — es werde nicht allzu schwierig sein, durch Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Wilson zu einem erträglichen Frieden zu kommen. Bereits im Januar 1918 hatte Wilson die Friedensziele seines Landes sehr feierlich in „14 Punkten" zusammengefaßt, in denen er das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Freiheit der Meere, Abrüstung, unparteiischen Ausgleich aller kolonialen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der Eingeborenen, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Gründung eines Völkerbundes zur Wahrung des Friedens forderte.

Man wird also — so scheint es — nur an Wilson heranzutreten haben, um die „14 Punkte" als Grundlage der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bestätigt zu erhalten.

Solchen Hoffnungen entspricht die Note, die die neue parlamentarische deutsche Reichsregierung am 3. Oktober 1918 an Präsident Wilson richtet:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen. gez. Max, Prinz von Baden, Reichskanzler"

Es stellt sich bald heraus, daß es Präsident Wilson gar nicht eilig hat, der Welt den Frieden zu gewähren, der nun vor der Tür steht; der britische Ministerpräsident Lloyd George drückt es später ganz sachlich aus:

„Wir verzögerten die Absendung der Bedingungen an Deutschland, um erst die Stützen unter den Füßen unseres Feindes zu zerbrechen und seine Flanke aufzureißen. Darum haben wir gewartet."

Insgesamt vergingen nach der Absendung des deutschen Waffenstillstands-Angebotes mehr als vier Wochen, bis endlich im Wald von Compiègne die deutsche und alliierte Waffenstillstands-Kommission zusammentraten.

Die Zwischenzeit wurde mit Notenwechsel zwischen Wilson und der deutschen Regierung verbracht — und hätte nicht die Westfront trotz dauernder Angriffe immer noch gehalten, dann wäre das diplomatische Spiel der Sieger vielleicht noch länger hingezogen worden.

26/144—146

- Österreich-ungarische Erklärung: Zustimmung zu Wilsons Vierzehn Punkten 32/165; 34/96

Wilsons Antwort nach Wien

Am 19. Oktober 1918 ließ Wilson durch seinen Außenminister Lansing auf das österreichische Waffenstillstandsersuchen nach Wien mitteilen, er könne den zehnten der 14 Punkte wegen gewisser Ereig-

nisse von größter Bedeutung, die „seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich zugetragen haben und notwendigerweise die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten änderten" nicht mehr aufrechterhalten. Man habe inzwischen anerkannt, „daß der Kriegszustand zwischen den Tschechen-Slowaken und dem deutschen, sowie dem österreich-ungarischen Staate, besteht und daß der tschechoslowakische Nationalrat de facto kriegführende Regierung sei und die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten habe." Außerdem habe man „auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Ansprüche der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt":

„Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße Autonomie dieser Völkerschaften als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß diese Völker und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Maßnahme auf Seite der österreichisch-ungarischen Regierung genügen wird, um ihre Ansprüche und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihren Bestimmungen als Mitglieder der Völkerfamilie zu befriedigen."

Damit hatte Wilson im Grundsatz auch die knapp drei Wochen später angekündigte gesamtdeutsche Regelung im voraus anerkannt. Nach den Gesetzen der Logik mußte die Erklärung, daß „nicht er Richter" sein wolle, daß statt dessen „ihre Ansprüche und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Völkerfamilie" zu gelten hätten, auch den Deutschen zugebilligt werden.

43/34f.

- Weiterer deutsch-amerikanischer Notenwechsel; Verzögerung auf alliierter Seite 26/146—149; 32/165f.
- Innerdeutsche „Revolution von oben" 26/143f.
- Entwicklung der militärischen Lage im Oktober 1918 26/139—143
- Entlassung Ludendorffs 26/147f.; 41/63f.
- Kaiser Karl von Österreich-Ungarn löst das Bündnis mit dem Deutschen Reich (29. 10. 1918) 26/138
- Waffenniederlegung der Türkei (30. 10. 1918) 32/167
- Umtriebe der Berliner Sowjetbotschaft und deren Ausweisung Anfang November 1918 14/76, 81f.; 26/183
- Umsturzvorbereitungen des Spartakus-Bundes 14/85
- Plan einer deutschen Flottenunternehmung? 14/85f.
- Front gegen Italien bis Anfang November 1918 unverändert 40/30
- Österreichisch-italienischer Waffenstillstand; nur 24stündige Räumungsfrist — deshalb „Sieg von Vittorio Veneto" 32/167; 40/30
- Protestentschließung aller Gemeinden Südtirols 40/38f.
- Die Umsturzereignisse in Norddeutschland Anfang November 1918 14/86—88; 26/151; 32/167

- Italienische Truppen erstmals in Bozen 40/31
- Wilson-Mitteilung: Marschall Foch wurde ermächtigt, deutsche Vertreter zu empfangen 26/150; 32/166

Alliierte Forderung: „Wiederherstellung von Zivilschäden"

In seinen Vierzehn Punkten und in der erläuternden Kongreßbotschaft vom 11. Februar 1918 hatte Präsident Wilson noch von einer Kriegsbeendigung „ohne Kontributionen" gesprochen und einen „Straffrieden" ausdrücklich abgelehnt. Im Herbst des gleichen Jahres wurde die Angelegenheit der späteren „Reparationen" nicht mehr so klar, aber immerhin noch in überblickbarer Abgrenzung dargelegt. In der berühmten Lansing-Note vom 5. November 1918 wurde der kaiserlich-deutschen Regierung eine Wiederherstellungspflicht für alle durch „Angriff zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden" auferlegt.

Immerhin war das schon eine sehr weitgehende „Kontribution" und sie zeigte viele Merkmale eines „Straffriedens". Deutsche Sachverständige haben den Wert und das Ausmaß dieser mit dem Vorfriedensvertrag vom 11. November 1918 eingegangenen Wiedergutmachungsverpflichtung mit 30 Milliarden Goldmark errechnet.

Dieser Betrag erreichte insgesamt etwa die Höhe der englisch-französischen Anleihenschulden in New York. Da freilich die im Laufe der Kriegshandlungen zerstörten Gebiete ausschließlich in Frankreich und Belgien lagen, ergab sich das Problem: was sollten die Engländer von Deutschland bezahlt erhalten, wenn sich die „Reparationen" auf Zivilschäden beschränkten?! Die britische Regierung mußte befürchten, auf ihren New Yorker Kriegsschulden sitzen zu bleiben.

Der amerikanische Präsident war noch nicht in Paris eingetroffen, als er sich bereits entschiedenen englischen Bemühungen gegenüber sah, die Wiedergutmachungsformel von Anfang November um einen wichtigen Punkt zu erweitern. Der britische Premierminister hatte bereits lautstark öffentlich verkündet: „Wer verliert, bezahlt"; er dachte nicht daran, sich mit einem Linsengericht abspeisen zu lassen und forderte die Einbeziehung aller sog. Kriegspensionen — also der Renten an entlassene Soldaten — in die von Deutschland zu zahlenden Beträge. Nur damit entstand ein englischer „Reparations"-Anspruch!

Erst zwei Jahre später wurde erstmals ein Gesamtbetrag dieser Reparationen neuen Stils errechnet: Nun handelte es sich um 132 Milliar-

den Goldmark — ein Betrag, der ein Vielfaches aller damaligen Goldvorräte der ganzen Welt ausmachte.

24/122f. (Wortlaut der alliierten Note: 32/166)

Der Umsturz in München und seine Auswirkungen

Am 7. November 1918, einen Tag, nachdem die deutsche Waffenstillstandskommission unter der Leitung des Zentrumsabgeordneten Erzberger nach Frankreich abgereist ist, rotten sich in München auf der Theresienwiese einige tausend Streikende zusammen. „Nieder mit dem Kaiser! Nieder mit den Wittelsbachern!" schreit die Menge. Agitatoren mischen sich unter das Volk, geben Parolen aus, rufen auf zur Revolution. An irgendeiner Ecke formiert sich ein Demonstrationszug, marschiert los. Die Menschen brüllen: „Zum Gefängnis! Befreit die Gefangenen!" Der Zug wälzt sich tobend und schreiend durch die Straßen, gelangt zum Gefängnis. Irgendwo fallen zwei Schüsse. Da bricht der Sturm los: das Gefängnistor wird eingeschlagen, die Gefangenen — unter ihnen ein mehrfacher Frauenmörder — in Triumph auf die Straße geführt. Die Revolution marschiert! Ihr Weg ist gekennzeichnet von geplünderten Geschäften, niedergeschlagenen Offizieren, ausgeraubten Wohnungen. In den Kasernen liegen Truppen, die bereit sind, gegen das Gesindel vorzugehen. Aber es ist Befehl gegeben: „Bewaffneter Widerstand darf nicht geleistet werden." König Ludwig von Bayern flieht aus München. Seinen Beamten und Soldaten stellt er es frei, unter den veränderten Verhältnissen weiter Dienst zu tun. Ohne Widerstand zu leisten, tritt das alte System ab. Am nächsten Tag bildet Kurt Eisner, ein Literat fremder Herkunft, eine provisorische Bayerische Regierung aus USP und SPD, erklärt die Dynastie Wittelsbach für abgesetzt und ruft die Republik aus. In Braunschweig verzichtet der Herzog unter dem Druck der Straße auf den Thron; in der Republik Braunschweig herrscht nun der Schneider Merges von der USP. Seine Genossin Faßhauer, eine Putzfrau, übernimmt das Amt des Kultusministers.

Überall breitet sich der Aufstand aus. Die Berliner Sozialdemokraten betrachten die überstürzende Entwicklung mit berechtigter Sorge. Die Linksradikalen haben ihnen die marxistischen Parolen entwunden. Wie in Rußland betrachten sie die SPD lediglich als ihre Wegbereiter. War es nicht die Absicht der russischen Bolschewisten, die Sozialdemokraten zu stützen „wie der Strick den Gehängten stützt"? Jetzt geht es nicht mehr um Wählerstimmen; zunächst hoffen die führenden Funktionäre der Mehrheitssozialdemokraten, die Massen

beruhigen und wieder auf ihre Seite ziehen zu können, wenn sie den Kaiser zur Abdankung zwingen. Die SPD-Parteiführung stellt also dem Reichskanzler das Ultimatum, der Kaiser müsse abdanken, der SPD sei größerer Einfluß auf die Regierung zu gewähren, sonst würde die SPD aus der Regierung ausscheiden.

In Spa erfährt man nicht nur dies aus Berlin, sondern noch eine weitere wichtige Nachricht: Die Rheinbrücken und die Verpflegsdepots der Armee sind in die Hand der Aufrührer gefallen; das Westheer verfügt jetzt nur noch über Lebensmittelvorräte für drei Tage.

Soll das Heer nun nach zwei Seiten kämpfen — gegen den Gegner an der Front und gegen die Bolschewisten in der Heimat? 26/151—153

*

Am 7. November 1918 flüchtete der bayerische König vor einem von Kurt Eisner angeführten Demonstrationszug aus München und dieser redegewandte Literat rief sich am Tage darauf — also 24 Stunden vor den Berliner Ereignissen — im bayerischen Landtagsgebäude vor einer zusammengewürfelten Versammlung angeblicher Arbeiter- und Soldatenräte selbst zum Ministerpräsidenten aus, wobei er stolz erklärte:

„Es war ein Stück Überraschungsstrategie, mit der wir das alte Bayern aus den Angeln gehoben haben. Niemand hat vor zwei Tagen dergleichen für möglich gehalten . . . Das Äußere und damit das Präsidium übernimmt als Symbol des revolutionären Ursprungs dieser Regierung der, der vor ihnen steht und jetzt zu ihnen spricht."

In nüchterne Sprache übersetzt: in München war gelungen, was in Berlin am Tag darauf nicht geglückt ist — die USP hatte die Mehrheitssozialdemokraten überrundet. 14/103f.

- Die „Kaiser-Frage" 14/84, 89f., 101; 26/149f., 153f., 156f.; 38/284f.; 39/186f.
- Frontoffiziersbefragung im Hauptquartier Spa (9. 11. 1918) 26/156f.
- Hindenburgs Rat an Wilhelm II.: Übertritt nach Holland 26/156f.
- Rückblickende Erklärung Hindenburgs zur Abreise Wilhelms II. nach Holland 26/186
- Der 9. November 1918 in Berlin 14/91ff.; 26/155f.; 41/67f.

Die Ausrufung der Republik

In der am 9. November 1918 in Berlin verbreiteten Extraausgabe des „Vorwärts" war das „Hoch die Republik" eine politische Überraschung; wenige Stunden vorher nämlich — bei der Regierungsüber-

nahme durch Ebert in der Reichskanzlei — war die Ausrufung der Republik noch keineswegs beschlossen. Ebert hatte zunächst daran gedacht, eine Reichsverweserschaft einzusetzen, für die der Prinz August Wilhelm, ein nachgeborener Sohn des Kaisers, in Aussicht genommen war. Im Hinblick auf die Waffenstillstandsbedingungen und alle die zu erwartenden Folgen der Niederlage war die Ebertsche Idee gewiß nicht aus Anhänglichkeit an die Monarchie entwickelt worden; der Gedanke war naheliegend, den neuen parlamentarischen Staat wenigstens nicht alles nun Kommende nur auf seine Schultern nehmen zu lassen.

Diese Pläne gingen im Sturm der Ereignisse unter.

Es ist eine merkwürdige Mischung von nebensächlichen und wichtigen Geschehnissen, die jene Berliner Mittagsstunden des 9. November 1918 bestimmen. Scheidemann, der Ebert in die Reichskanzlei begleitet hatte, war dann in das Reichstagsgebäude hinübergegangen, offenbar ohne die Beendigung der Verhandlung Eberts mit Prinz Max von Baden abzuwarten. Im Reichstagsgebäude angekommen, erfährt Scheidemann, daß Liebknecht um 4 Uhr auf dem Schloßplatz sprechen und dort die Räterepublik ausrufen will. Das könnte, da die machtpolitischen Entscheidungen in der Reichshauptstadt schon gefallen waren, nur noch eine Demonstration ohne Wirkung sein, die Naumburger Jäger hätten die Reichskanzlei nicht weniger erfolgreich verteidigt, wie einige Stunden vorher das „Vorwärts"-Gebäude. Scheidemann aber sieht das Gewonnene bereits zusammenbrechen, er stürzt an ein Fenster des Reichstagsgebäudes und hält jene Rede, in der er nicht nur die deutsche Republik ausruft, sondern auch den berühmt-berüchtigten Satz verkündet: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!"

Das wurde gesagt an dem Tage, an dem der Marschall Foch in Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen diktierte!

Im stenographischen Text gelesen, wirken die damaligen Worte Scheidemanns nicht so empörend, wie die Auszüge, in denen sie verbreitet wurden. Es wird klar, daß es ihm vor allem darum ging, gegen Liebknecht zu sprechen. Fast beschwörend klingt es:

„Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, den vollen Sieg des Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete. Sorgen Sie dafür, daß die Republik, die wir errichten, von keiner Seite gestört werde. Es lebe die freie deutsche Republik!"

Inzwischen ist Ebert im Reichstagsgebäude eingetroffen, erfährt, was geschehen ist und macht Scheidemann heftige Vorwürfe wegen seiner voreiligen Erklärungen: „Ebert war vor Zorn dunkelrot im Ge-

sicht geworden, als er von meinem Verhalten hörte. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie mich an ‚Ist das wahr?'" (so berichtet Scheidemann selbst über die Szene). Das Geschehene mußte geschehen bleiben. So bekam der neue Staat als bitteres Angebinde der in Wirklichkeit besiegten Leninisten jenes Kainsmal auf die Stirn: Daß Phrasen von Triumph und Freiheit in einer Stunde geredet wurden, in der angesichts der im Westen sich vollziehenden Tatsachen jeder denkende Deutsche Trauer und Erbitterung im Herzen trug.

Zwei Stunden später stand Liebknecht auf dem Balkon des Berliner Schlosses. Als habe er gesiegt, sprach er von der Stelle, an der der Kaiser 1914 bei Kriegsausbruch seine Ansprache an die Berliner gehalten hatte. „Wir rufen zur Vollendung der Weltrevolution auf! Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur!" Ein Deserteur schrie gellend über den Platz: „Es lebe der erste Präsident der deutschen Räterepublik, Karl Liebknecht." Liebknecht wehrte ab: „Soweit sind wir noch nicht."

Nein — soweit war er noch nicht; aber dieses Ziel wurde nicht aufgegeben. Man muß mit dem Blick auf die Gegenwart sogar sagen: Es ist nicht aufgegeben. Immerhin gilt auch heute, fünf Jahrzehnte später, immer noch der gleiche Satz: „Soweit sind wir noch nicht." 14/95—97

● Die deutschen Fürstenhäuser nach der Abdankung des Kaisers 41/65f., 69f.

Compiègne — Spa — Berlin

Der französische Oberkommandierende, Marschall Foch, hatte inzwischen im Walde von Compiègne die deutsche Delegation empfangen und ihr die Waffenstillstandsbedingungen bekanntgegeben. Auf Verhandlungen ließ er sich nicht ein; die besetzten Gebiete sind innerhalb von 14 Tagen zu räumen, alliierte Truppen werden bei Mainz, Koblenz und Köln Brückenköpfe rechts des Rheins besetzen, 5000 Kanonen, 30 000 Maschinengewehre sind auszuliefern, ebenso Tausende von Lokomotiven, Waggons, Lastkraftwagen. Die Hungerblockade bleibt aufrechterhalten. Alliierte Gefangene sind sofort freizulassen, die deutschen Kriegsgefangenen bleiben jedoch im Gewahrsam der Westmächte.

Dies sind die Bedingungen, mit denen sich nun die neue deutsche Regierung auseinandersetzen muß.

Ebert, der neue Reichskanzler, sieht sich in eine fast verzweifelte Lage versetzt. Zwar hatte mit ihm die SPD die Macht in Deutschland übernommen, gewillt, dem Reich ohne Blutvergießen eine republi-

kanische Staatsform zu geben, doch stehen ihm die bewaffneten Gruppen der zum Kampf entschlossenen Spartakisten und Unabhängigen Sozialdemokraten gegenüber, die den Rätestaat nach russischem Muster unbedingt noch erzwingen wollen. Ebert verhandelt mit der USP und beteiligt sie an der Regierung, aber er beharrt auf seiner Forderung, Wahlen zur Nationalversammlung auszuschreiben, aus der dann eine neue, vom Volke gewählte Regierung hervorgehen sollte. Bei allem Mißtrauen der SPD gegen die Armee weiß Ebert, daß die Entscheidung, ob Deutschland ein Sowjetstaat oder eine Demokratie sein würde, beim Heer liegt. Würde Hindenburg sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen oder würde er zurücktreten und das Reich seinem Schicksal überlassen?

Ebert verfügt in der Reichskanzlei über eine geheime direkte Telefonleitung zur Obersten Heeresleitung. Bereits am Abend des 9. November greift Ebert zum Hörer. General Groener am anderen Ende der Leitung teilt ihm im Auftrag Hindenburgs mit, daß der Generalfeldmarschall an der Spitze des Heeres bleiben werde, bis das Heer in Ordnung und Festigkeit in die Heimat zurückgekehrt sei. Die OHL wolle mit der neuen Regierung für Ordnung und Sicherheit sorgen und der Heimat das Schlimmste ersparen.

„Und was erwarten Sie von uns?" fragte Ebert.

Groener antwortet: „Der Herr Generalfeldmarschall erwartet von der Reichsregierung die Unterstützung des Offizierskorps bei Aufrechterhaltung der Disziplin und der straffen Ordnung im Heer. Er erwartet, daß die Verpflegung des Heeres mit allen Mitteln sichergestellt und daß jede Störung des Eisenbahnverkehrs verhindert wird."

„Was noch?" wirft Ebert dazwischen.

„Das Offizierskorps erwartet, daß die Reichsregierung den Bolschewismus bekämpfen wird, und stellt sich hierfür zur Verfügung."

Ebert atmet auf, er bittet General Groener, dem Feldmarschall den aufrichtigen Dank der Regierung zu übermitteln. Dann sendet er folgendes Telegramm an Hindenburg:

„An Feldmarschall von Hindenburg: Wir bitten Eure Exzellenz, für das gesamte Feldheer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung im Heere unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heer nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauensleute gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen. — Gezeichnet: Ebert, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth."

Hindenburg hat inzwischen noch am Abend des 9. November ein „Telegramm an das Westheer" erlassen, in dem es heißt:

„Die Oberste Heeresleitung will nicht neues Blutvergießen oder den Bürgerkrieg entfesseln. Sie will im Einvernehmen mit den neuen Regierungsgewalten für Ruhe und Sicherheit sorgen und der Heimat das Schlimmste ersparen."

26/158—160

Revolution oder Revolte?

Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe urteilt:

Die in Deutschland bis 1918 herrschende Schicht war politisch so ungebildet, daß sie diese Revolte für ein Revolution hielt. Einige hundert Menschen hatten den inneren Umsturz erzwungen, nicht wenige von ihnen waren von der russischen Botschaft bezahlt worden. Kein einzig Großer war unter ihnen, der es wert gewesen wäre, daß Könige kapitulierten.

All die vielen Bundesfürsten — Repräsentanten stolzester Traditionen — fast alle sehr populär und beliebt und korrekt — hatten über Nacht Gottes Gnaden gegen Pöbels Gunsten eingetauscht. Der Kaiser war abgereist und nun in Gefangenschaft, ebenso der Kronprinz des Deutschen Reiches. Wo waren all die Tausende mit höchsten Titeln des Standes und Berufes, welche sich die Paladine nannten, immer und immer wieder Treue geschworen hatten und behaupteten, die Hüter der Ehre zu sein? Weg.

Was tat die Geistlichkeit beider Konfessionen? War nicht jeder dieser Monarchen summus episcopus gewesen in seinem Lande? Sie beteten nun auch für die Atheisten — und für die Marxisten, welche verkündeten, Religion sei Opium fürs Volk. Hätten sie jemals zugeben dürfen, daß man diejenigen absetzt, die oft genug von den Kirchen als von Gottes Gnaden, von Gott gewollte Obrigkeit feierlichst anerkannt und bestätigt worden waren? Diese Revolte war zweifellos von Gottlosen gemacht worden — nichts wäre so notwendig in des Wortes wahrster Bedeutung gewesen, als sich aus religiösen Gründen gegen sie zu wenden und zwar mit aller Inbrunst und Tapferkeit des wahren Glaubens! Nichts dergleichen, gar nichts. Wäre es nicht viel eher die Pflicht der Pfarrer und Pastoren gewesen, 1918/19 für die Herrscher von Gottes Gnaden und gegen die marxistischen Gottfeinde Widerstand zu leisten — als 1944/45 gegen das im Kampf gegen die Gottfeinde verblutende, mit den christlichen Kirchen verbündete Reich?

Konnten und durften die christlichen Kirchen dem Pöbel die letzten Reste mittelalterlicher Autorität opfern? Es war zugleich die Autorität des Christentums, die hier auf dem Spiele stand.

Der Erste Weltkrieg war zu einem Kreuzzug gegen das deutsche Reich geworden — und dieses Reich war, was sein Volk und vor allem seine Fürsten anging, ganz gewiß die stärkste Festung christlichen Glaubens in der vom Mittelalter überlieferten Ordnung. Kaiser und Papst haben mehr als tausend Jahre hindurch oft genug und manchmal sehr hart miteinander gestritten, aber sie haben dennoch beide niemals ganz vergessen, daß sie letzten Endes einander dringend brauchen. Eine Lage wie 1918 hatte es noch nie gegeben, es hatte sich offenbar ein ganz fremder Faktor mächtig dazwischengedrängt.

Eine wahrhafte Revolution hätte nun, da alles schon so geschehen war, dennoch zum Nutzen für Volk und Reich sein können. Das Mittelalter beseitigen — gut; aber nun mußte Besseres an seine Stelle gesetzt werden. Dazu freilich reichte diese Revolte nicht im entferntesten aus.

41/73—75

Der Waffenstillstand

In dem empörenden Mißverhältnis zwischen den von Anfang Oktober 1918 an fünf Wochen lang ausgehandelten, für Deutschland zwar bitteren aber immerhin erträglichen Vorbedingungen, unter denen das kaiserliche Deutschland sich zum Waffenstillstand bereit erklärte und den schamlosen und wahnwitzigen Bedingungen, die sieben Monate später der Weimarer Republik diktiert wurden, liegt — so läßt sich nicht nur behaupten, sondern auch beweisen — das Geheimnis alles dessen beschlossen, was in Deutschland und in Europa zwischen 1919 und 1945 geschah und auch noch manches, was seither passierte.

Als Deutsche kommen wir dabei um eine bittere Feststellung nicht herum: Noch in den ersten Novembertagen 1918, als es in Paris um die Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen ging, neigten die Clemenceau, Lloyd George, Sonnino (italienischer Außenminister) und Oberst House (Vertreter Wilsons) dazu, einen möglichen weiteren deutschen Widerstand in Betracht zu ziehen und dementsprechend ihre Temperamente zu zügeln. So zeigt sich aus den damaligen Protokollen, daß der alliierte Oberbefehlshaber Foch den Waffenstillstand selbst lebhaft herbeiwünschte und in einer Debatte mit dem britischen Admiral Sir Wemyss hinsichtlich der Einbeziehung eines deutschen Kriegsschiffes in die Liste der auszuliefernden Schiffe den bezeichnenden Ausspruch tat: „Wollen Sie denn eine deutsche Ablehnung des Waffenstillstandes um irgendeines alten Kreuzers wil-

len riskieren?" Und Lloyd George trat in der Sitzung vom 3. November 1918 dem belgischen Außenminister Hymans heftig entgegen: „Ich glaube, es würde ein Fehler sein, etwas in die Waffenstillstandsbedingungen hineinzusetzen, was Deutschland zu der Vermutung führen würde, daß wir eine Kriegsentschädigung verlangen" — nur ein Monat später schleuderte er in der bereits erwähnten Rede in Bristol den berühmtgewordenen Satz in die Versammlung: „Sie müssen bis zum letzten Groschen bezahlen, und wir werden ihre Taschen danach durchsuchen."

Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß an diesem so gründlichen Wandel der Lloyd George'schen Auffassung auch der politische Umsturz, der sich in Deutschland in den Tagen vom 7. bis 9. November 1918 in tumultuarischen Formen vollzog, seinen Anteil hatte. Der trotz aller Niederlagen noch festgefügte Staat, mit dem in den vorangegangenen Wochen der amerikanische Staatssekretär Lansing seine Noten gewechselt hatte, war über Nacht zu einem strudelnden Chaos geworden, das keinerlei politische Rücksichtnahme mehr erforderte.

8/40f.

*

Wir wissen heute, daß bei den Verhandlungen der Alliierten über die Waffenstillstandsbedingungen im Oktober und Anfang November 1918 noch sehr ernstlich daran gedacht wurde, daß „die Deutschen" einheitlich gegen überscharfe Forderungen auftreten könnten. Man hat auf seiten der Entente deshalb auch bewußt darauf verzichtet, offiziell etwa die Abdankung des deutschen Kaisers zu fordern. Die vorbereiteten Waffenstillstandsbedingungen waren brutal bis zum Exzeß, sie hielten sich aber doch noch in Übereinstimmung mit den Formeln der Wilsonschen „Vierzehn Punkte", die die deutsche Regierung als Friedensgrundlage angenommen hatte.

14/84

*

Während im Reich fast das Chaos ausgebrochen ist, erhält Erzberger in Rethondes am 11. November um 2.05 Uhr aus Berlin ein Telegramm, das als Unterschrift das Wort „Reichskanzler", gefolgt von dem Wort „Schluß" aufweist, das die Alliierten als den Namen des neuen Reichskanzlers ansehen. Erzberger, der nicht weiß, was sich in Berlin ereignet hat, läßt daraufhin Marschall Foch wissen, daß er bereit sei, den Waffenstillstand abzuschließen. Um 5.10 Uhr ist das Dokument unterzeichnet und um 11 Uhr werden die Feindseligkeiten beiderseits auf der ganzen Front für 36 Tage, mit Verlängerungsmöglichkeit, eingestellt.

32/167f.

Der frühere britische Premierminister Winston Churchill hat die Meinung vertreten, Hitlers Aufstieg „aus der Gosse" wäre undenkbar gewesen, hätten die Alliierten nicht im Herbst 1918 so borniert den Sturz der Hohenzollern gefordert. Die Mischung von Falsch und Richtig überrascht nicht bei diesem Mann. Es stimmt schon nicht, daß die Siegermächte von 1918 die Abdankung des Kaisers ausdrücklich verlangt hätten. Sie haben nur indirekt solche Wünsche laut werden lassen; die deutsche Waffenstillstands-Delegation wurde aber noch vom Kaiser Wilhelm II. entsandt und dessen Vollmacht anerkannt — die Abdankung des Kaisers wurde nicht vom alliierten Hauptquartier, sondern in Berlin erzwungen.

Trotzdem deutet Churchills Bemerkung den historischen Sachverhalt im Kern richtiger als das Nürnberger Tribunal es tat. Welch „schlechten Start" die Weimarer Republik im November 1918 notwendigerweise gehabt hat, ist an anderer Stelle skizziert. Es genügt hier die Erinnerung, daß die erste politische Handlung der neuen Männer in Berlin die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen sein mußte, die in Compiègne am Tage zuvor noch den kaiserlichen Delegierten übergeben worden waren!

Auch in der Folgezeit erwies sich die Erwartung, die neue republikanische Staatsform in Deutschland werde die Sieger zu maßvollen Friedensbedingungen veranlassen, als eine Enttäuschung. Die deutsche Republik — nach Abschluß des Verfassungswerkes im Volk als „Weimarer Republik" bezeichnet — war und blieb der Prügelknabe der Siegermächte. Sie mußte das Versailler Vertragswerk zeichnen und sah sich zu einer „Erfüllungspolitik" gezwungen, die nach dem Willen der Siegermächte an der Grenze des Erträglichen nicht halt machen durfte.

34/19

Die Endphase des Ersten Weltkrieges im Urteil Sven Hedins

Vom August 1918 an gewannen in dem gewaltigen Ringen die Armeen der Westmächte die Oberhand. Ihre Überlegenheit an Zahl und materieller Ausrüstung machte sich geltend. Mitte September war die deutsche Front bis an die belgische Grenze zurückgedrängt. Am 3. Oktober teilte die Oberste Heeresleitung der Regierung in Berlin mit, daß die Stellungen an der Front nicht länger haltbar seien und forderte die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen. Daraufhin kam es zum Abfall der Bundesgenossen, zu dem betrügerischen Spiel mit den sog. Vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson und dem ganzen, wohlbekannten Verlauf der Ausrufung der Repu-

blik der Abdankung Kaiser Wilhelms II. und dem Waffenstillstand am 11. November, der die völlige — wenn auch nicht wie 1945 „bedingungslose" — Kapitulation Deutschlands bedeutete.

Alle diese Ereignisse erlebte Sven Hedin in tiefer Enttäuschung. Im Mai 1918 war er nach Berlin gereist, um trotz des immer stärker spürbaren Druckes der Kriegslage vor seiner alten Gesellschaft für Erdkunde noch einen Vortrag über ältere tibetanische Landkarten zu halten. Bei seiner damaligen Rückkehr nach Stockholm äußerte er bereits seinem schwedischen Verleger gegenüber, wenn nicht doch noch eine deutsche Offensive gelinge, gehe es mit dem Kaiserreich, wenn nicht gar mit Deutschland, zu Ende.

Bei einem neuerlichen Besuch in Berlin, Anfang Oktober 1918, wohnte er im Reichstagsgebäude in Berlin der düsteren Sitzung bei, in der der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden „auf Bismarcks Platz, an dem Tage als Bismarcks Werk zerbrach" (wie Sven Hedin später schrieb) Mitteilung von der Bereitwilligkeit Deutschlands machte, auf Grundlage der „Vierzehn Punkte" des Präsidenten Wilson den Kampf aufzugeben: Eine Grundlage, von der die „Entente" bekanntlich später nichts mehr wissen wollte.

Auch diese Ereignisse behandelte Sven Hedin dann in seiner wenige Wochen später erschienenen Schrift „Schwedens Schicksal". In ihr folgt er mit Bitterkeit und Trauer dem tragischen Schlußakt des Dramas.

Deutschlands Vernichtung werde den Kontinent in Anarchie stürzen. Der Bolschewismus, „diese Seuche, mörderischer noch als die Pest" werde zwar nicht in Deutschland Fuß fassen, aber auf anderen Wegen Europa mit Untergang bedrohen. Die Republikanisierung Deutschlands habe dem Lande keine Vorteile gebracht. Nicht sein kaiserliches Regime oder seinen „Militarismus", sondern das deutsche Reich als solches wollte die Entente vernichten. Kritisch schreibt Sven Hedin: „Dies ist das Ziel und dies war der Gewinn, den die Deutschen an dem Tage einheimsten, als sie den Kaiser verrieten. Die Lage hätte nicht schlimmer sein können, wenn er geblieben wäre." „Nicht die feindliche Heerscharen" fährt er fort, „haben die Deutschen besiegt, sondern Deutsche selbst haben das mächtige Reich in Stücke geschlagen."

Mit diesen Worten gab Sven Hedin unmittelbar nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 seiner festen Überzeugung von der Richtigkeit dessen Ausdruck, was man später als „Dolchstoßlegende" bezeichnete. Stets hielt er an dieser Ansicht fest, die er durch alles bekräftigt sah, was später über den wirklichen Verlauf der Ereignisse des Herbstes 1918 bekannt wurde.

Dagegen sollten sein Vertrauen in die Zukunft des deutschen Volkes und sein Glaube an dessen Aufgabe als führende Nation Europas — sie hatten unter dem Eindruck des Schauspiels der Novembertage 1918 geschwankt — bald wieder fest und unerschütterlich werden.

21/133—135

VERSAILLES

Die „deutsch-österreichische Nationalversammlung"

In Wien hatte sich die Klärung vollzogen, die hier dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie logischerweise folgen mußte. Schon am 21. Oktober 1918 waren die deutschen Abgeordneten des bisherigen österreichischen Parlaments als „deutsch-österreichische Nationalversammlung" zusammengetreten. Hier wurde u. a. eine Erklärung verkündet, in der es heißt:

„Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.

Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von deutschen Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen, wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarung mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen."

Am 30. Oktober 1918 versammelte sich die deutsch-österreichische Nationalversammlung — diesmal unter dem lauten Beifall großer Straßendemonstrationen — zum zweiten Male. In dieser Sitzung wurde ein provisorisches Staatsgrundgesetz beschlossen und eine vorläufige Regierung aus Staatssekretären gebildet.

Die Frage der Staatsform und des künftigen Verhältnisses zu Deutschland blieb noch ungeregelt. Hier tauchten unvermeidlich schwerwiegende Fragen auf: noch bestand das Bismarcksche Kaiserreich mit seinen 18 Territorial-Fürstentümern. Wie sollte sich der deutsche Rest Österreich-Ungarns dazu stellen, vor allem nachdem der letzte Habsburger Monarch durch sein Verhalten die heftigste Kritik gerade seiner d e u t s c h e n Untertanen herausgefordert hatte?! Immerhin scheinen ein paar Tage lang sogar die österreichischen Sozialdemokraten mit dem Gedanken umgegangen zu sein, Karl werde „österreichischer König", also etwa ein Standesgenosse des bayerischen Ludwig III. bleiben.

Auch der Name des neu zu gründenden Staates verursachte Kopfzerbrechen. Der erste Regierungschef, Karl Renner, wollte zunächst die Bezeichnung „Südostdeutschland" wählen, um keinesfalls die Nachfolgelasten Österreich-Ungarns übernehmen zu müssen.

Die dann ab 7. November 1918 einsetzende innenpolitische Umsturzbewegung im ganzen deutschen Reichsgebiet veränderte und klärte die Lage. Als die deutschen Stammesfürsten innerhalb weniger Tage abgedankt hatten und in Berlin die Republik ausgerufen war, trat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut zusammen und faßte nun einhellig die Beschlüsse, die überreif waren:

„Artikel 1: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Artikel 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutschösterreich."

Dieser Beschluß wurde ohne Gegenstimme gefaßt und vom Staatskanzler Dr. Renner eindrucksvoll begründet:

„Unser großes Volk ist in Not und Unglück. Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, unser deutsches Volk ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.

Der Artikel 2 ist ein Bekenntnis. Er ist einstweilen eine sogenannte lex imperfecta, die erst durch besondere Gesetze ihren Inhalt bekommen muß. Wie er ausgefüllt wird, darüber werden wir uns mit unseren Brüdern im Deutschen Reiche beraten und darüber werden wir noch Beschlüsse fassen."

Es ist eine bis heute nicht aufgeklärte Frage, warum es bei dieser „lex imperfecta" blieb; erstaunlicherweise nahm die neue deutsche Reichsregierung, der Berliner „Rat der Volksbeauftragten", von den so tiefgreifenden Wiener Beschlüssen zunächst so gut wie keine Kenntnis. Aus heutiger Sicht gibt es keinen Zweifel mehr: hier war sofortiges Handeln am Platze — die Siegermächte mußten in dieser Frage eilends vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wie das in jenen Wochen und Monaten auf der anderen Seite durchwegs die Regel war. Nur wenn die deutsche Republik sich fast augenblicklich als ein durch den Volkswillen geschaffener neuer Staat der Welt zeigte, war es denkbar, daß diese Schöpfung als unausweichliches Naturereignis auch von denen anerkannt wurde, die einer politischen Vereinigung aller Deutschen ablehnend gegenüberstanden. Schon die einfachste Logik mußte den verantwortlichen Politikern sagen, wie erwünscht es war, vor einer Friedenskonferenz nicht einfach als Nachfolgeregierung des deutschen oder österreichischen Kaiserstaates zu erscheinen, sondern als originäre, durch Volksentschluß neu bestimmte

politische Macht. Die Frage, warum eigentlich die ebenso folgerichtigen wie eindeutigen Wiener Beschlüsse in Berlin während des ganzen entscheidenden Winters 1918/19 kein ernsthaftes Echo fanden, führt ähnlich zu einer geschichtlichen Anklage gegen die damaligen deutschen Machthaber wie die Preisgabe des Sudetenlandes an die Tschechen.

34/101—103

- Wiener Anschlußerklärungen 1918/19 29/145; 32/206—208; 34/103f.; 43/33f., 36

Das Schicksal des Sudetenlandes

Eines der kritischsten Probleme der letzten Oktobertage 1918 war das Schicksal der „Sudetendeutschen". Sie siedelten seit Jahrhunderten vor allem im Norden des böhmischen Raumes, der nun von den Tschechen für ihre Staatsgründung beansprucht wurde. Auch in diesem Punkte hatte der tschechische Exilpolitiker Masaryk bereits vorgearbeitet. Es war ihm gelungen, bei Wilson den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine „Mischbevölkerung" in Grenzbezirken. Das „historische" Böhmen sollte ungeschmälert zum Staatsgebiet der tschechischen Republik erklärt werden; hinsichtlich der Slowaken freilich wollte Masaryk nichts von „historischen" Grenzen wissen, hier durften und sollten die tatsächlichen Volkstumsverhältnisse gelten; sonst hätten die Slowaken der Oberhoheit der ungarischen „Stephanskrone" unterstellt bleiben müssen! So widerspruchsvoll und anachronistisch Masaryk seine Argumente je nach Bedarf zurecht rückte: die Deutschen und die Ungarn galten als Besiegte, die Tschechen dagegen waren als „Siegerstaat" anerkannt. Also wurde ihrem Anspruch auf „Böhmen" in Paris nicht widersprochen.

Einige Fragen blieben nichtsdestoweniger damals noch offen: Da hatte noch Kaiser Karl in der Proklamation, in der er Mitte Oktober 1918 denVölkern seines Reiches die „Selbstbestimmung" ankündigte, die Bildung eines Bundesstaates vorgesehen, „in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet ein eigenes Gemeinwesen bildet". Diese Formulierung hatte auf tschechischer Seite sofort Mißtrauen und Widerspruch hervorgerufen; im Sudetenland dagegen sah man darin die einzig mögliche Regelung. In Troppau bildete sich sofort eine autonome deutsche Landesregierung.

Nach dem endgültigen Zusammenbruch der Wiener Zentralgewalt und nach der Übernahme der in Prag wirkenden Behörden durch die Tschechen trat freilich drängend die Frage in den Vordergrund, wie die deutsch-böhmischen Gebiete vor einer tschechischen Besetzung bewahrt werden könnten. Bereits am 30. Oktober 1918 richtete der

Vollzugsausschuß des inzwischen aus den deutschen Abgeordneten des österreichischen Parlaments konstituierten „deutsch-österreichische Nationalversammlung" an die deutsche Reichsregierung unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden ein eindringliches Ersuchen um Waffenhilfe.

Diesem Appell wurde in den darauffolgenden Tagen nur im Süden Folge geleistet: bayerische Truppenteile rückten in Salzburg und Tirol ein, um gegen ein etwaiges italienisches Vordringen über den Brenner hinaus Schutz zu bieten. Inzwischen wurden auch die Länder des deutschen Reichsgebietes von einer Welle von innenpolitischen Umstürzen erfaßt und die nächsten Wiener Bemühungen um einen militärischen Schutz für die deutsch-böhmischen Gebiete mußten sich in München an die Regierung des linksextremen Kurt Eisner und in Sachsen an einen gewissen Lipinsky richten. Diese beiden Machthaber hätten den Deutschen jenseits ihrer Grenzen wohl auch dann keinen Schutz gewährt, wenn ihnen dafür Machtmittel zur Verfügung gestanden hätten.

So geschah, was zu erwarten war: kaum hatten Masaryk und Benesch ihre bereits in Paris konstituierte und von den Alliierten anerkannte Regierung nach Prag verlegt und sich eine bewaffnete Macht geschaffen, als sie in zwar vorsichtigem, aber planmäßigem Vorgehen die deutschen Gebiete militärisch besetzen ließen. Zuerst wurden die nordböhmischen Eisenbahnknotenpunkte in tschechische Kontrolle genommen; erst im Dezember besetzte man die großen Städte; am 12. Dezember fiel Reichenberg, am 18. Dezember Troppau, Hauptstadt der am 30. Oktober 1918 neu gebildeten deutsch-österreichischen Provinz „Sudetenland", in die Hand der Tschechen, die ihre Herrschaft eilig durch die Verhaftung von über 4000 Geiseln absicherten.

So wurde es durch eine klägliche, nur aus marxistisch verblendetem Fehldenken erklärbare und doch unverzeihliche Untätigkeit der zur Hilfe berufenen deutschen Stellen den Tschechen ermöglicht, mit „vollendeten Tatsachen" aufzuwarten, als im Februar 1919 bei den Pariser Verhandlungen der Siegermächte die Frage der Grenzziehung der „Tschechoslowakei" erstmals ernstlich besprochen wurde. Und so kam es, daß in diesem slawischen Staat nicht weniger als dreieinhalb Millionen Deutsche wider ihren Willen hineingepreßt wurden, ein Gewaltakt, der eines Tages zur Krise führen mußte. Wir haben hier bereits ein erstes historisch verhängnisvolles Versagen der sog. Weimarer Republik festzustellen.

34/98—100

- Italienischer Generalgouverneur in Bozen gewährleistet deutschsprachiges Schulwesen (18. 11. 1918) 40/38
- Note des österreichischen Parlaments an Präsident Wilson 32/206

Die drei Hauptmerkmale des Versailler Diktates — es gab bekanntlich keine Verhandlung zwischen Siegern und Besiegten — waren: Die Bildung des polnischen und tschecho-slowakischen Staates unter Einbeziehung beträchtlicher deutscher Siedlungsgebiete; die Festlegung deutscher militärischer Abrüstung ohne gleichzeitige Abrüstung der anderen europäischen Mächte, und schließlich die unbegrenzte Belastung des deutschen Wirtschaftslebens mit einer sogenannten „Reparations"-Verpflichtung.

Die Weimarer Republik mußte nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein finanzielles und volkswirtschaftliches Todesurteil annehmen, als ihre Bevollmächtigten unter den Augen des Präsidenten Wilson am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal von Versailles die Unterschrift leisteten, um die drohende Wiederaufnahme der alliierten Kampfhandlungen gegen das seit November 1918 widerstandsunfähige Reich zu vermeiden.

Gewiß ist zu vermerken, daß Wilson sich in Paris in gelegentlich scharfe Diskussionen verstrickte, wenn wieder einmal seine Verbündeten mit harter Hand auch nach solcher Beute griffen, die nach seinen „14 Punkten" grundsätzlich außer Diskussion gestellt war. Diese Zusammenstöße und Konferenzkrisen haben einige Überschwenglichkeiten ausgeglichen, aber nicht verhindert, daß das Ganze ein „karthagischer Friede" blieb.

Der spätere amerikanische Präsident Herbert Hoover — in Paris ein nicht unmaßgeblicher, an den politischen Entscheidungen jedoch wenig beteiligter Ratgeber Wilsons — hat seine Eindrücke von der mißglückten Friedenskonferenz in einigen plastischen Sätzen umrissen:

„Die Alliierten nahmen keinen der 14 Punkte . . . ernster als irgendeine ihrer Lobreden auf den amerikanischen Idealismus und ihre Schmeicheleien für den Präsidenten. Daß dies die eigentliche Haltung der führenden europäischen Staatsmänner war, offenbarte sich rasch. Sie waren ganz allgemein der Ansicht, daß wir für den Krieg nur wenig getan hatten, . . . daß Präsident Wilson ein weltfremder Idealist sei, der von der europäischen Wirklichkeit nicht die geringste Ahnung hätte, daß sie den Krieg gewonnen hätten und nun auch die Siegesbeute einheimsen würden . . . Ihr Ziel war die Macht, um sich selber und ihre Reiche zu schützen, auch wenn dies ein weit weniger edles Ziel war als die Rettung der Menschheit."

Unbarmherzige Tatsache ist, daß der Präsident den sogenannten Vertrag, wie er in seiner ganzen ordinären Brutalität schließlich vorlag, nicht nur gebilligt, sondern sogar verteidigt hat.

Als am 30. Mai 1919 der südafrikanische Premierminister Smuts an Wilson einen kritischen Brief schrieb und mit aller Klarheit feststellte, daß der Friedensvertrag den Bedingungen der Vorwaffenstillstands-Verhandlungen widerspräche, lehnte es Wilson einfach ab, „eine Erörterung der Bedingungen vom Rechtsstandpunkt aus zuzulassen".

Das war ein böses Wort im Munde des Mannes, der wenige Monate vorher noch — während der ersten Überfahrt über den Atlantik — salbungsvoll davon gesprochen hatte, die Delegation der Vereinigten Staaten werde auf der Friedenskonferenz die einzig „wirklich desinteressierte" sein, und sie werde „dem Standpunkt der Menschheit treu bleiben und lieber dem Willen der Völker als dem ihrer Führer Gehör schenken".

Beim Einzug in Paris war der Präsident sogar mit einer riesigen Willkommschrift über den Champs Elysées empfangen worden: „Heil Wilson, dem Gerechten."

Als er unmittelbar nach der widerlichen Szene in der Versailler Spiegelgalerie am 28. Juni 1919 ziemlich klanglos wieder abfuhr, war dieses stolze Wort längst zu bitterer Ironie geworden. 24/113—115

*

Es ist auf den ersten Blick schwer zu begreifen, daß Wilson — in Paris von einem beträchtlichen Stab sachkundiger Berater umgeben — nicht einmal der offenkundig irrsinnigen Ausweitung der Reparationsforderung wirksam widersprochen hat.

Auf diesem Felde war er nicht auf widerspruchsvolle Informationen über ihm unbekannte Landstriche angewiesen, hier hatte er festen Boden unter den Füßen — es gab nicht nur keinen Zweifel über den Wortlaut der den Deutschen im Herbst 1918 mitgeteilten Bedingungen, sondern auch keine Debatte über die praktische Unerfüllbarkeit der überdimensionalen Forderung.

Noch im Februar 1919 hat Wilson — der sich damals auf einer Zwischenheimreise auf hoher See befand — den für diese Frage zuständigen amerikanischen Delegationsmitgliedern (Norman Davis, Bernhard M. Baruch, Vance McCormick und Th. W. Lamont) jede Nachgiebigkeit gegenüber den britisch-französischen Forderungen untersagt; es handele sich um „eine klare Abweichung dessen, was wir dem Feind fest in Aussicht stellten, und das wir jetzt in Ehren, nur weil wir die Macht dazu haben, nicht abzuändern vermögen".

Als Wilson erneut in Paris eingetroffen war, gab es noch einige Streiterei; schließlich legte sich der Präsident einige Tage ins Bett und sein Berater und Vertreter Oberst House stimmte in seinem Namen jener uferlosen Formel zu, die dann die Weimarer Republik verpflich-

tete, sämtliche Kriegsschäden zu ersetzen, weil das kaiserliche Deutschland angeblich am Ausbruch des Ersten Weltkrieges allein schuldig gewesen sei! Außerdem waren Besatzungskosten in unbeschränkter Höhe zu zahlen. Insgesamt ein ausgezeichnetes Programm, wenn es galt, in kurzer Frist den Staat zu ruinieren, von dem man jahrzehntelange Zahlungen erhoffte.

Jegliche Logik sprach dagegen. „Logik! Logik!" rief der Präsident aus, „zum Teufel mit der Logik!" 24/123f.

- Beginn der Pariser Konferenz (18. 1. 1919) 32/169f.
- Einladung an Rußland zur Teilnahme an der Pariser Konferenz (22. 1. 1919) 32/171
- Die Verhandlungen der Siegermächte während ihrer Pariser Konferenz 8/38f., 42—46; 14/114f.; 32/173f.

Der „Schuld"-Artikel

In Versailles gehörte zu den Punkten, über die es unter den „großen Drei" keinerlei Diskussion gab, der Artikel 231, der das deutsche Kaiserreich der alleinigen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs bezichtigte und mit diesem Argument die Verpflichtung der Weimarer Republik zur Zahlung von Reparationen begründete.

In Wirklichkeit handelte es sich darum, daß die während des Krieges aus den USA, aus England und Frankreich reichlich geflossenen Kredite — und Beträchtliches darüber hinaus — vom besiegten Deutschland zurückbezahlt werden sollten. Daß nach einer Niederlage eine Kriegskontribution auferlegt wurde, war nichts Neues; auch der deutsch-französische Friedensvertrag von 1871 sah eine solche Zahlung vor — allerdings nur 5 Milliarden Franc, während man 1919 von 200 Milliarden Goldmark träumte. Im 19. Jahrhundert war freilich noch niemand auf die Idee gekommen, daß es sich um Buße und Sühne handeln solle.

In den Jahren nach 1919 hat sich die erzwungene Unterschrift unter den ominösen Kriegsschuld-Paragraphen bald als Peinlichkeit für beide Seiten erwiesen. Infolge der russischen Revolutionsverhältnisse und durch andere Umstände wurden schon zu Beginn der 20er Jahre zahlreiche Aktenstücke aus dem einstigen zaristischen Außenministerium bekannt, aus denen die bis ins einzelne gehenden französisch-russischen Vorbereitungen für einen Krieg gegen Deutschland zweifelsfrei ersichtlich wurden.

Sogar aus der Downingstreet erfuhr die Weltöffentlichkeit die seither berühmt gewordenen Kabinetts-Denkschrift des Sir Eyre Crowe

vom 1. Januar 1907, in der mit der Unterstellung, Deutschland beabsichtige „das Britische Reich zu zerstückeln", die Niederkämpfung dieses mutmaßlichen Gegners empfohlen wurde — eine Anregung, die der Außenminister Grey als „Richtschnur für die Politik" ausdrücklich billigte.

Natürlich wußten die Clemenceau und Lloyd George von dieser Vorgeschichte und diesen Tatsachen, als sie in Paris mit Wilson zusammensaßen und den Versailler Text berieten. Das hinderte sie nicht, auch auf der Formel von der deutschen „Alleinschuld" ultimativ zu bestehen, als die deutsche Nationalversammlung die Unterschrift zu dieser Klausel von der Vertragszeichnung ausnehmen wollte.

In der Folgezeit wurde die Sache grotesk: jeder historisch Unterrichtete, ja jeder allgemein Gebildete wußte, daß der Artikel 231 des Versailler Vertrags eine unhaltbare politische Lüge aussprach. Dennoch stützte sich auf die Formel, daß der Krieg den alliierten und assoziierten Regierungen „durch den Angriff Deutschlands aufgezwungen" worden sei, immer noch die Forderung und Beitreibung der deutschen Reparationszahlungen.

43/74—76

- Januar 1919 — Wahl zur Weimarer Nationalversammlung; ungeklärte Frage: weshalb keine österreichischen Abgeordneten? 43/36
- Weimarer Nationalversammlung nimmt vom österreichischen Anschlußbegehren Kenntnis (21. 2. 1919) 29/146
- Deutsch-österreichische Nationalversammlung legt erneut fest, daß Österreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches sei 29/146
- Clemenceau protestiert gegen österreichische Anschlußabsicht 29/146

Keine Selbstbestimmung für die Deutschen

Ein wichtiger Punkt war es, daß in Versailles das von Wilson verkündete „Selbstbestimmungsrecht der Völker" im wesentlichen nur zur Auflösung der alten österreichischen Monarchie angewandt, nicht aber den Deutschen in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Polen zugestanden wurde. Aus dieser ungleichen Anwendung des Rechtsprinzips der Selbstbestimmung resultierte der deutsche Grenzrevisionsanspruch, über den sich Mussolini gegenüber dem britischen Lord Runciman in der Tschechenkrise 1938 dahin drastisch äußerte, daß die „mit Tinte gezogenen Grenzen mit anderer Tinte abgeändert werden" könnten.

29/67

*

Neben der Reparations- und Abrüstungsfrage hatte sich die Pariser Siegerkonferenz im Frühjahr 1919 mit mehreren wichtigen Gebiets-

fragen zu beschäftigen. Wären die 14 Punkte Wilsons wirklich maßgebend gewesen, so wären hierfür kaum politische Erwägungen, sondern vor allem bevölkerungsstatistische Erhebungen, in Zweifelsfällen einige Volksbefragungen nötig gewesen. Hinsichtlich des Elsaß waren allerdings auch schon die 14 Punkte von dem Grundsatz der „Selbstbestimmung" abgewichen. Als Wilson sein Programm verkündete, war Deutschland nahe daran, den Krieg zu verlieren und Frankreich, ihn zu gewinnen und so war es für den amerikanischen Präsidenten klar, daß keine noch so wohltätige Formel die Einverleibung des Elsaß in das französische Staatsgebiet beeinträchtigen dürfe.

Befragung der Bevölkerung und Autonomie war aber nur in diesem Falle ausgeschlossen, für alle anderen Gebiete, deren künftige staatliche Zugehörigkeit strittig war, konnte die sog. Friedenskonferenz rechtens nicht umhin, die zwingenden Vorschriften der als Grundlage des Waffenstillstandes anerkannten 14 Punkte zu beachten.

Abgesehen von dieser rechtlichen Lage war zu bemerken, daß nur die italienischen Gebietsforderungen — soweit sie über Wilsons Grundsätze hinausgingen — eine politische Problematik in sich trugen, weil Italien alliierte Siegermacht war.

Eine andere Lage bestand in Versailles hinsichtlich der neugebildeten Staaten, insbesondere Polens und der Tschechoslowakei. Beide konnten nicht als mitbestimmende Alliierte, sondern nur als Bittsteller, die am Kriege gar nicht teilgenommen hatten, ihre Forderungen vorbringen und es ist schwer einzusehen, warum nicht hier wenigstens nach dem Wilsonschen Rezept verfahren wurde.

Es kann da nur der Gedanke bestimmend gewesen sein, die deutsche Republik so schwach wie möglich zu halten und ihr gleich einige handfeste Konfliktstoffe mit in die Wiege zu legen. Da war die polnische Forderung auf das unzweifelhaft deutsche Danzig und auf einen „Korridor" zum Meer, in den umfangreiche deutschbesiedelte Gebiete einbezogen wurden und da war das Problem der neuzubildenden „Tschecho-Slowakei", die — wie ihr Name besagte — ein slawischer Staat der Tschechen und Slowaken sein wollte. Hätte es nicht nahegelegen, im Sinne der Wilsonschen Grundsätze die festumrissenen deutschen Siedlungsgebiete im Sudetengebiet, im Egerland und im Böhmerwald von vorneherein von diesem slawischen Staat getrennt zu halten und diesem damit ein festes inneres Gefüge zu geben, was mit einem deutschen Bevölkerungsanteil von mehr als dreieinhalb Millionen Menschen nachgerade unmöglich war?!

Aber — so fragten sich die Versailler Diktatoren — war denn dann noch ein ernster Gegensatz zwischen Berlin und Prag gegeben? Bestand dann nicht die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit, daß zwischen der Weimarer Republik und dem neuen tschechoslowaki-

schen Staat eine enge wirtschaftliche und politische Verbindung zustandekam und daß dadurch das tschechische Bedürfnis nach französischem Schutz beträchtlich vermindert wurde?

Und durfte es denn zugelassen werden, daß die Deutschen in Versailles einen, wenn auch bescheidenen Gebietszuwachs erfuhren — das hätte doch dem Friedensvertrag den Charakter der Strafmaßnahme wenn auch nicht ganz genommen, so ihn doch verwischt?! Nein, das alles konnte den Versailler Leuten nicht wünschenswert erscheinen, also mußten die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen tschechische Staatsbürger werden. Gefragt wurden sie nicht. 8/75—77

*

Wir wissen, wie der gordische Knoten von Versailles schließlich gelöst wurde. Hätte der amerikanische Präsident Wilson einen verständigen Frieden gewollt und die englische Regierung ihn geduldet, dann wäre im Jahre 1919 gemäß dem zunächst zur Auflösung Österreich-Ungarns verkündeten, dann aber den Deutschen dieses Staates verweigerten Selbstbestimmungsrecht eine lebenskräftige großdeutsche Republik entstanden. Statt dessen zwangen die Versailler Mächte die besiegten Deutschen zu revolutionärer Selbsthilfe und ein Vierteljahrhundert nach Versailles trat nach einem neuerlichen Vernichtungskrieg gegen die Deutschen die alte Wahrheit wieder in den Vordergrund: daß ein historisch gewachsenes großes Kulturvolk sich nicht auslöschen und nicht in die Winde zerstreuen läßt. 30/26

*

Paul Rassinier urteilt:

In Europa, und zwar vor allem in Nord- und Mitteleuropa sowie auf dem Balkan, konnten nach dem Zusammenbruch Rußlands (1917) und Österreich-Ungarns (1918) viele Völkerschaften größere Selbständigkeit gewinnen. Sie waren vorher mit Gewalt der Botmäßigkeit Rußlands bzw. Österreich-Ungarns unterstellt gewesen. Es ergaben sich zwei große Gruppen: die einen wünschten unabhängige Nationalstaaten zu gründen (Finnen, Letten, Litauer, Esten, Ukrainer), die anderen wollten sich mit verwandten Völkerschaften zusammenschließen, um so das gleiche Ziel zu erreichen (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien). Die Politik des Widerstandes gegen den slawischen Druck, die von Karl dem Großen bis Bismarck germanische Tradition war und unter der Bezeichnung „Drang nach Osten" in die Geschichte einging, war so geschickt gewesen, daß innerhalb der Grenzen Deutschlands keine der im Lauf der Jahrhunderte aufgesaugten Volksgruppen den geringsten Wunsch nach Unabhängigkeit zeigte. Im Ge-

genteil: außerhalb seiner Grenzen bestanden starke deutschfreundliche Strömungen.

Die Teilnehmer an der Pariser Konferenz sahen sich da einem richtigen Rätselspiel gegenüber. Wenn sie sich vom Selbstbestimmungsrecht der Völker leiten ließen, mußten sie zu einem recht mächtigen Deutschland gelangen, das von einem Dutzend kleiner, unter seinem Einfluß stehender unabhängiger Staaten umgeben war.

Das war aber genau das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollten. Sie stützten sich darum auch nur in den seltensten Fällen auf das Selbstbestimmungsrecht, nämlich nur dann, wenn sie gar nicht mehr anders konnten. In Gebieten, wo sie Volksabstimmungen abhalten ließen, wußten sie die Grenzen der Wahlkreise so raffiniert zu ziehen, daß das Ergebnis eine klare Fälschung des Volkswillens darstellte. Präsident Wilson mußte Enttäuschung auf Enttäuschung erleben.

* 32/180f.

Die heutige Zeitkritik wäre nicht möglich und nicht nötig, wenn der amerikanische Präsident damals seine Grundsätze nicht nur einseitig, sondern allseitig aufgefaßt und ihre Verwirklichung in ganz Mitteleuropa durchgesetzt hätte: die deutsche Sehnsucht von 1813, der Traum von 1848 — erfüllt in der Weimarer Republik! Aus der Niederlage zweier Kaiserreiche ein Sieg demokratischer Grundsätze — welch eine Perspektive!

„Demokratie" erschöpft sich nicht in einer politischen Technik; ihren ideellen Gehalt, ihre natürliche Begründung bezieht diese überzeugende Doktrin aus der Forderung: „jedem Volk seinen Staat". Auf die europäischen Verhältnisse angewandt konnte und kann das demokratische Prinzip keine andere Verwirklichung finden, als in der Begründung eines gesamtdeutschen Reiches innerhalb der tatsächlich gegebenen Volkstumsgrenzen.

Es sollte sich sehr bald herausstellen, daß Wilsons demokratischer Sendungsglaube nicht mehr weiter wirkte, als der Habsburger Staat zertrümmert und der Waffenstillstands-Vertrag unterzeichnet war.

Daß England und Frankreich den Ersten Weltkrieg nicht wegen Serbien oder Belgien und nicht gegen den „deutschen Imperialismus" geführt hatten, wie ihre Propaganda vorgab, sondern daß ihr Kriegsziel die Zerstörung des deutschen Reiches gewesen war, daß wußte schon damals jeder Unterrichtete ohnehin. Neu jedoch und bestürzend — vor allem für die Männer, die nun in Berlin und in Wien die Führung übernahmen — war die Erkenntnis, daß auch der amerikanische Präsident im strikten Widerspruch zu seinen bisherigen grundsätzlichen Erklärungen die deutsche Frage nur im Sinne des Kardinals Richelieu begriff.

43/35f.

- Die territorialen Bestimmungen der Verträge von Versailles und Saint Germain 26/187; 40/47f.
- Die „Anschluß"-Verbote 8/63; 34/105f.
- Wilson wurde in Paris unterrichtet: in Südtirol „250 000 Anti-Italiener" 40/34
- Letzte Südtiroler Vorkriegs-Volkszählung: 220 000 Deutsche, 9400 Ladiner, 7000 Italiener 40/41f.
- Ladiner wünschen deutsche, nicht italienische Verwaltung 40/38—40
- Tiroler Protestresolutionen gegen die Brenner-Grenze 40/40—45
- Aufzeichnung des Colonel House zu Wilsons Punkt 9 40/34f.
- Wilsons Entscheidung: Italien erhält Südtirol statt Fiume 40/35f.
- Politische Bedeutung der Brennergrenze: Verhinderung einer deutsch-italienischen Annäherung? 40/35
- Politische Bedeutung der tschechischen Staatsbildung: Abhängigkeit von Frankreich, Gegensatz zu Deutschland 29/179
- Protesterklärung der sudetendeutschen Gewerkschaften (4. 3. 1919) 32/106
- Clemenceau und die Saarfrage 11/69—74
- Französische Saarforderung: „klare Verletzung des Vorschlags des Präsidenten" 11/69—72
- Auseinandersetzung Wilson-Clemenceau wegen des Saargebietes 11/72—74, 81

Die „Reparationen" als Dauerdruckmittel gegen die Weimarer Republik

Die falschen territorialen Entscheidungen wurden durch die finanziellen Bedingungen der Verträge noch verschlimmert. Bei den Finanzklauseln setzte man in den Verträgen nicht einmal genaue Zahlen ein. Man einigte sich rasch darauf, daß zur endgültigen Festsetzung der Beträge viel längere Zeit benötigt würde, als zwischen Waffenstillstand und der Unterzeichnung des Friedensvertrages zur Verfügung stand. Man ernannte also zu diesem Zweck einen Reparationsausschuß, dem als letzter Termin der 1. Mai 1921 gesetzt war. Dann sollte die endgültige Entscheidung fallen.

Deutschland hatte bis dahin in drei Raten eine Summe von zwanzig Milliarden Goldmark als Vorleistung zu zahlen, um Belgien und die verwüsteten Gebiete in die Lage zu versetzen, ohne Zeitverlust mit den Wiederaufbauarbeiten zu beginnen. In den Verträgen selbst begnügte man sich damit, die Grundsätze festzulegen, nach denen die Reparationsbeträge zu errechnen seien.

Die Reparationskommission legte ihren Bericht am 24. Januar 1921 vor. Deutschland wurde verurteilt, Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark an die Alliierten zu zahlen. Man wollte sogar 210

Milliarden fordern; in Diskussionen, die bis zum 27. April 1921 dauerten, einigte man sich aber auf den erstgenannten Betrag und setzte fest, daß er in 42 Jahresraten zu zahlen sei. Die Alliierten teilten die Summe folgendermaßen untereinander: Es erhielten: 52 Prozent Frankreich, 22 Prozent England, 10 Prozent Belgien, 8 Prozent Italien, die restlichen 8 Prozent wurden an Jugoslawien (5 Prozent), Rumänien, Japan, Portugal und Griechenland gegeben. Die Verbündeten Deutschlands wurden zu viel geringeren Zahlungen verurteilt. 32/189f.

*

Es spricht für die Engländer, daß die erste profunde und vernichtende Kritik des Versailler Diktates schon 1920 von dem Cambridger Professor J. M. Keynes veröffentlicht wurde und lebhaftes Aufsehen erregte. Er beschäftigte sich nur mit den wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages und kam schon damals zu einer vernichtenden Kritik. In einer anschließenden Schrift „Der Friedensvertrag von Versailles" (Deutsche Ausgabe Berlin 1921) erhob er als Volkswirtschaftler, der es wissen mußte und der es auch zu sagen wagte, im eigenen britischen Interesse schärfste Anklage gegen den Vertrag, von dem er erklärte: „Indem er die Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands anstrebt, bedroht er das Wohl und die Wohlfahrt der Alliierten selbst"; Keynes scheute nicht davor zurück, schon damals das Ganze als den „Betrug von Paris" zu bezeichnen, der „als das erkannt werden wird, was er ist".

Es spricht andererseits ganz entschieden gegen die Engländer, daß genau und ausgerechnet sie es waren, die das Element der absichtlichen „Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands" in das Versailler Diktat hineinpraktiziert und damit das Kernstück zum „Betrug von Paris" beigetragen haben.

Beim Waffenstillstand im November 1918 wurde unter „Reparationen" noch begriffen: Wiederherstellung zerstörter Gebiete und Entschädigung für die Zivilbevölkerung. Diesem Gedanken hatte die deutsche Regierung zugestimmt, seine Verwirklichung war zum großen Teil durch Sachlieferungen denkbar, eine ernste Störung des internationalen Wirtschaftslebens war vermeidbar.

Weder England noch die Vereinigten Staaten waren an der Frage unmittelbar beteiligt: eine Entschädigung der Zivilbevölkerung durch deutsche Leistungen konnte eigentlich nur in Belgien und Frankreich in Betracht kommen. Die USA haben denn auch fernerhin keinen diesbezüglichen Anspruch erhoben, aber schon im Dezember 1918 wurde in den Parolen des britischen Wahlkampfes deutlich genug verkündet, daß auch die britische Regierung deutsche Zahlungen erwartete —

damit zeichnete sich der neue Wind an, der schließlich die „Reparationsfrage" zu der giftigen Wolke aufblähte, die mehr als ein Jahrzehnt verdüstert hat: die ursprüngliche Idee klar abgegrenzter Entschädigungen an die Zivilbevölkerung verschwand aus den Akten und die Wahnvorstellung der generationenlang zu zahlenden deutschen Milliardensummen trat auf den Plan. Diese Neuigkeit in die Pariser Verhandlungen und in das Versailler Diktat eingeführt zu haben, war unbestritten und unbestreitbar die Leistung der britischen Delegation!

Die Väter d i e s e s Reparationsgedankens wurden weder damals noch später irgendwie beunruhigt durch die kritischen Einwände, daß das, was sie verlangten, von Deutschland nie und nimmer geleistet werden könne und überhaupt volkswirtschaftlichen Unsinn vorstelle: es ging ihnen ja gar nicht darum, wirtschaftlich sinnvoll zu handeln und es ist höchst zweifelhaft, ob Sir Eyre Crowe — oder wer immer hinter der mysteriösen Geschichte steckte — jemals damit rechnete, diese Milliarden-Zahlungen auf längere Sicht wirklich zu bekommen; wenn es ihnen nur gelang, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren und ein Dauerdruckmittel gegen den Weimarer Staat in die Hand zu bekommen, dann glaubten sie ein nützliches Werk getan zu haben.

Diese Denkweise der britischen Delegation in Paris sollte in den Folgejahren deutlich in dem Unterschied zwischen der französischen und der Londoner Reparationspolitik sichtbar werden: den Franzosen ging es stets darum, unmittelbar Werte zu erhalten — und wenn sie sich das Gewünschte selbst im Ruhrgebiet holten — für die Engländer war das ein zweitrangiger Gedanke gegenüber dem Wunsch, in Deutschland einen Zustand der Unruhe, Besorgnis und Unterwürfigkeit aufrechtzuerhalten; dafür haben sich die überdimensionalen Reparationsforderungen und das stetige Verlangen, die Berliner Regierung habe sich jegliches Entgegenkommen auf politischem Gebiet durch „Leistungswillen" in der Reparationsfrage zu verdienen, als ganz vorzügliche Mittel erwiesen.

Das schließliche Ergebnis dieser Schlauheiten ist bekannt . . .

8/44—46

- Die alliierten Amerika-Schulden und die deutsche Reparationsfrage 32/203f.
- Beschlagnahme deutscher Auslandsvermögen gem. Art. 297 des Versailler Vertrages 27/153
- Einseitige Entwaffnung Deutschlands als Vorleistung einer „allgemeinen Abrüstung" 8/42—44, 47, 68f.; 24/113, 135; 32/174—178
- Der „Völkerbund" 8/47; 32/174—177

Lloyd Georges „Betrachtungen für die Friedenskonferenz"

Aus dem Verhalten des britischen Premierministers Lloyd George auf der Pariser Konferenz klug zu werden, ist schwierig, denn zwischen den vielen düsteren Tatsachen, die sich aus dem Verhalten der britischen Delegation ergaben, leuchtet wie ein Diamant im Schlamm die Niederschrift hervor, die der britische Premierminister während eines ruhigen Wochenendes in den letzten Märztagen 1919 im Park von Fontainebleau niederschrieb. Er nannte sein umfangreiches Exposé (das er unverzüglich an Wilson und Clemenceau schickte, die darüber teils erstaunt, teils empört waren) „Einige Betrachtungen für die Friedenskonferenz vor dem endgültigen Entwurf ihrer Bedingungen". Dieses Dokument zu lesen mit seiner klaren Entwicklung der Schwerpunkte des Problems und den weiten Perspektiven, die es ausspricht, ist auch heute noch, ja gerade heute ein Genuß. Man kann nicht treffender über Versailles urteilen, als es Lloyd George damals schon tat, indem er in den Einleitungssätzen seiner Denkschrift schrieb:

„Es ist verhältnismäßig leicht, einen Frieden zusammenzuflicken, der dreißig Jahre dauern wird. Schwierig ist es jedoch, einen Frieden aufzusetzen, der keinen neuen Streit hervorrufen wird . . . Man mag Deutschland seine Kolonien rauben, seine bewaffnete Macht zu einer reinen Polizeimacht und seine Flotte auf den Stand einer Macht fünften Ranges herabsetzen, letzten Endes ist das alles gleichgültig. Wenn Deutschland fühlt, daß es im Frieden von 1919 ungerecht behandelt worden ist, wird es Mittel finden, an seinen Eroberern Vergeltung zu üben . . . Unsere Bedingungen können schwer, sie können hart, ja sogar erbarmungslos sein, doch zugleich können sie so gerecht sein, daß das Land, dem sie auferlegt werden, in seinem Herzen fühlt, daß es kein Recht hat, sich zu beklagen. Doch Ungerechtigkeit, Anmaßung in der Stunde des Triumphes zur Schau gestellt, wird nie vergessen, noch vergeben werden."

Lloyd George entwickelt eine Reihe von einzelnen Gesichtspunkten. Er ist „scharf dagegen, mehr Deutsche der Herrschaft von irgendwelchen anderen Nationen zu übertragen, als unbedingt notwendig ist". Der Vorschlag, zwei Millionen Deutsche in polnische Herrschaft zu überführen, müsse „über kurz oder lang zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen". Das gleiche gelte auch für die Ungarn. In der Reparationsfrage, in der er sich in den Wochen vorher so stark gemacht hatte, spricht er sich etwas vorsichtiger aus, aber er meint immerhin, „daß die Dauer der Reparationszahlung wenn möglich mit der Generation, die den Krieg veranlaßt hat (!), endigen sollte". Eine Sekunde lang denkt er an die Folgen der Reparationsforderung: „Ich würde an die Spitze des Friedens stellen, daß, wenn Deutschland ein-

mal unsere Bedingungen, besonders die Reparationen, annimmt, wir ihm die Rohmaterialien und Weltmärkte zu gleichen Bedingungen wie uns selbst öffnen und alles, was möglich ist, tun werden, um es dem deutschen Volke zu ermöglichen, wieder auf eigenen Füßen zu stehen. Beides können wir nicht erreichen: Deutschland verkrüppeln und erwarten, daß es zahle." Eine dauernde Beschränkung der Rüstungen könne Deutschland nur auferlegt werden, wenn die Siegermächte sich zu einer entsprechenden Abrüstung und freiwilligen Rüstungsbegrenzung bereitfänden. „Falls dies nicht erreicht wird" — so lautet hier seine Prophezeiung, „wird der Völkerbund ein Betrug und ein Gespött sein."

Es ist schwierig, wenn nicht unmöglich, einen Zusammenhang zu finden zwischen dem, was Lloyd George damals — offenbar in einer Wochenendanwandlung altbritischer Staatsklugheit — niederschrieb und all dem, was er in den Wochen vorher und nachher in den überhitzten Pariser Beratungszimmern gesagt, getan und gutgeheißen hat.

Diese merkwürdige Friedenskonferenz, die sich in einer wilden Steigerung von Leidenschaften erschöpfte, gibt uns viele Rätsel auf. Eines der undurchsichtigsten ist das Schicksal der Denkschrift von Lloyd George. Die Antwort Clemenceaus war ausweichend, sie beschränkte sich auf höfliche aber verletzende Bemerkungen, in denen angedeutet wurde, daß Lloyd Georges Kritik zu einem Zeitpunkt vorgebracht wurde, in dem die britischen Anliegen im wesentlichen alle erfüllt seien und sich vor allem auf Punkte richte, die die französischen Interessen berührten.

Diesen Angriff auf seine Thesen hätte der britische Premierminister sicher abwehren und dem Vertrag trotzdem die beabsichtigte neue Wendung geben können, wenn er nicht die schärfste und schließlich entscheidende Ablehnung im eigenen, englischen Lager erfahren hätte.

Lloyd Georges Denkschrift scheint vor allem in der britischen Delegation wie ein Alarm gewirkt und bei ihr eine Reihe von Maßnahmen ausgelöst zu haben. Jedenfalls zeigte sich — diese Hinweise entstammen der offiziellen Biographie „David Lloyd George" von Thomsen — das Unterhaus „sofort wachsend beunruhigt durch Berichte, daß Lloyd George den Deutschen gegenüber zu milde sei" und bereits zehn Tage nachdem er seine Denkschrift vertraulich an Clemenceau und Wilson gesandt hatte, empfing er (am 8. April 1919) eine von nicht weniger als 370 Unterhausabgeordneten unterzeichnete warnende Adresse, die sich zwar äußerlich auf die Reparationsfrage beschränkte, aber zwischen den Zeilen deutlich machte, daß es um die ganze „Richtung" ging.

Diese von der Mehrheit des Unterhauses an den Premierminister gerichtete auffällige Botschaft konnte von ihm nur als Drohung aufgefaßt werden und sie hat ihren Zweck auch erfüllt. Von Lloyd Georges Denkschrift war erst in den Geschichtsbüchern wieder die Rede. In Versailles blieb das Diktat, wie es war.

Die letzte Chance für einen vernünftigen Frieden war vorübergegangen wie der flüchtige Strahl eines Scheinwerfers, der versehentlich aufgeblendet und eilig wieder gelöscht wurde . . . 8/46—49

- Zwischenspiel: der Churchill-Foch-Plan eines „Kreuzzuges" gegen Sowjetrußland 8/66; 14/117f.
- Marschall Foch fordert die Rheingrenze für Frankreich 27/81
- Eintreffen der deutschen Delegation in Versailles 32/191
- Übergabe der Friedensbedingungen an die deutsche Delegation in Versailles (7. 5. 1919) 26/168—170
- Aufrufe des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegen die Friedensbedingungen (8. 5. 1919) 26/171f.
- Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau über die Pariser Saarregelung 11/80f.
- Übergabe der Friedensbedingungen an die österreichische Delegation in Saint Germain (2. 6. 1919) 40/46f.
- Volksabstimmungsvorschlag der österreichischen Friedensdelegation 40/49—51 (Wortlaut: 40/204—210)
- Mai/Juni 1919 — Deutsche Stellungnahmen zu den Friedensbedingungen 32/195—198

Weimar: Verweigerung der Unterschrift?

Eine Antwort der Alliierten wurde der deutschen Delegation am 16. Juni 1919 übergeben und gelangte am 17. in die Hände der Reichsregierung: entrüstete Proteste deutscherseits waren die Folge.

Nur dem katholischen Zentrum und seinem Führer Erzberger erscheint eine Nichtunterzeichnung absurd und sein Gesichtspunkt gewinnt allmählich an Boden, da er sich in den Gängen des Parlaments hartnäckig für die Auffassung einsetzt, es gäbe keine andere Lösung als sich damit abzufinden, so übel die Bedingungen der Alliierten auch sein mögen; das Ganze sei nur eine Formsache, da die Bedingungen im Grunde ja doch niemals durchgeführt werden könnten. 32/198

*

Der Reichskanzler Scheidemann hatte sich schon in aller Öffentlichkeit festgelegt, als er nach dem Vorliegen des Vertragstextes im Mai vor Berliner Studenten erklärt hatte: „welche Hand mußte nicht

verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt". Der Außenminister und Chef der deutschen Delegation Graf Brockdorff-Rantzau forderte nach seiner Rückkehr aus Paris ebenfalls die Ablehnung. Das Konzept seiner Rede, mit der er in der Nationalversammlung seinen Standpunkt begründen wollte, falls die Reichsregierung diesem Rate folgte, enthielt eine klare Kennzeichnung der Lage:

„Darum rate ich, den Frieden nicht zu unterzeichnen. Ich weiß wohl, was ich den Vertretern des deutschen Volkes damit empfehle. Unsere Gegner sind nicht säumig gewesen, uns die Folgen der Ablehnung klar vor Augen zu führen. Sie werden von der See her unsere Haupthäfen besetzen, sie werden von den Landgrenzen her in unser noch unbesetztes Land einrücken, dabei werden sie sich der Hilfe unserer Gegner im Osten bedienen. Sie werden vielleicht, obwohl wir ihnen keinen Widerstand entgegensetzen sollten, zu den Zerstörungsmitteln greifen, die zu der modernen Kriegsführung gehören. Alles das ist möglich — geschähe es, so wäre es das niedrigste Verbrechen, das die Weltgeschichte kennt und würde sich bald an denen rächen, die es begehen ...

Aber auch, wenn sich die Gegner auf eine einfache Besetzung von Teilen des deutschen Restgebietes beschränken, werden die Folgen davon, das sehe ich völlig ein, sehr schwer sein. Die Besetzung wird lebenswichtige Teile Deutschlands umfassen, sie wird begleitet sein von einer verstärkten Blokkierung des ganzen übrigen Deutschland. Im besetzten Gebiet wird die Last der Fremdherrschaft, im unbesetzten wird der Druck des Hungerns und der Entbehrungen wirken. Kann man unserer Bevölkerung diese Opfer zumuten? Ich glaube man muß es. Es werden die letzten Opfer sein, die dieser ungeheuerliche Krieg von unserem Volk fordert ...."

Diese Rede wurde nicht gehalten, denn Scheidemann und mit ihm Brockdorff-Rantzau traten zurück. Eine neue Reichsregierung wurde gebildet, die sich in letzter Stunde vor dem Ablauf der von den Alliierten gesetzten Frist für die Annahme des Versailler Vertrages aussprach und die Nationalversammlung beschloß dementsprechend mit 267 gegen 138 Stimmen.

Das war eine folgenschwere Entscheidung, von der sich später mit größerer Deutlichkeit, als es damals möglich war, sagen ließ, daß sie falsch war.

Man weiß heute durch die Publikation des damaligen französischen Chefdolmetschers P. Mantoux, daß zwei Tage vorher, am 20. Juni 1919, in Paris eine politisch-militärische „Gipfel"-Beratung stattgefunden hatte, in der in Gegenwart von Wilson, Balfour (der Lloyd George vertrat) und Clemenceau der französische General Pétain mit seinen englischen und amerikanischen Kollegen Robertson und Bliss die alliierten Operationspläne für den Fall einer deutschen Weigerung vortrug. Diese Disposition sah einen Einmarsch in drei Kolonnen mit den Hauptkräften im Main- und Lippetal vor. Entgegen dem Wunsch

der Staatsmänner, die Berlin eilig besetzt wissen wollten, sagten die Militärs, daß ein Halt an der Weser unvermeidlich sei und daß mit dem Überschreiten diese Flusses „ein neuer Krieg beginnen werde", der ohne Verstärkungen, also ohne neue Mobilmachung nicht zu führen sei. Das klang schlecht in den Ohren der Wilson und Balfour: wegen ihres Versailler Papiers eine neue Mobilmachung, ein Wiederaufleben des Krieges? Das konnten sie ihren Völkern nicht mehr zumuten und sie wußten das. Nur der französische Ministerpräsident Clemenceau zeigte sich weniger beunruhigt — er hatte untergründige Informationen aus Berlin und Weimar; sie besagten, daß der befürchtete Fall nicht eintreten werde, die Deutschen würden unterzeichnen.

43/37—39

- Stellungnahme Hindenburgs zur Unterzeichnungsfrage 26/173—175
- Unterwerfungserklärung der neuen Reichsregierung Bauer (23. 6. 1919) 32/199
- Selbstversenkung der internierten deutschen Flotte in der Bucht von Scapa Flow (23. 6. 1919) 32/199f.
- Hindenburg legt Oberbefehl nieder; Erklärung über seine Verantwortlichkeit im Kriege 26/177
- Unterzeichnung des Friedens-Vertrages im Spiegelsaal des Versailler Schlosses 26/176
- Fortsetzung der Hungerblockade nach der Unterschriftsleistung 8/63; 32/194, 201
- Resolution der Französischen Sozialistischen Partei gegen das Versailler Diktat 32/207
- Minderheitenschutzvertrag zur Sicherung der deutschen Volksgruppe in Polen 29/226f.
- Weimarer Reichsverfassung sieht beratende Stimme für österreichische Vertreter im Reichstag vor; französischer Einspruch gegen diese Bestimmung 29/146
- Volksabstimmung wird für Kärnten zugestanden, für Südtirol abgelehnt 40/51
- Wiener Parlament unterwirft sich den Friedensbedingungen von Saint Germain; Protestentschließung des Tiroler Landtages 40/51
- Unterzeichnung des Friedensvertrages im Schloß von Saint Germain 40/52f.
- Österreichische Resolution gegen das Anschlußverbot 29/147; 32/206—208
- Marschall Foch: „Es gibt zwar noch Deutsche, aber kein Deutschland mehr" 38/189
- Zusicherung des italienischen Kammerpräsidenten Tittoni an die Südtiroler „Nie Verfolgungen und Willkürherrschaft" 40/56f.
- Erkrankung Präsident Wilsons (September 1919) 32/201
- Ablehnung des Versailler Vertrages durch den amerikanischen Senat (November 1919) 24/116f.; 32/201

- Hindenburg und Ludendorff vor dem „Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Kriegsschuldfrage“ (18. 11. 1919) 26/182—185
- Inkrafttreten des Versailler Vertrages durch Austausch der Ratifikationsurkunden in Paris (10. 1. 1920) 38/233
- Alliierte Forderung nach Auslieferung von 895 „Kriegsverbrechern“ 14/150
- Hindenburg zu den „Kriegsverbrecher“-Bestimmungen des Versailler Vertrages 26/177f.

Die „Kriegsverbrecher“-Justiz

Es waren die Engländer, die erstmals einen regulären Prozeß zu politischen Zwecken veranstalteten. Als zu Beginn des 15. Jahrhunderts die in ihre Hand geratene Jeanne d'Arc der Zauberei und Ketzerei angeklagt wurde, kam es ihnen nicht nur darauf an, diese leidenschaftliche zum Aufstand gegen die englische Fremdherrschaft aufrufende Französin durch Hinrichtung zu beseitigen, sie wollten auch ihren Ruf im breiten Volk ruinieren. In dieser Beziehung endete bekanntlich bereits dieser erste große politische Prozeß der europäischen Geschichte mit einem Fehlschlag. Der Nimbus der getöteten Johanna von Orleans hatte für die britische Stellung in Frankreich noch vernichtendere Wirkung als vorher der Ruf der lebenden und die kirchlichen Behörden wiederholten später — im Jahre 1456 — den Ketzereiprozeß mit dem Ergebnis, daß auf den gleichen Akten, wie 1431 das Todesurteil nunmehr ein Freispruch der Jeanne d'Arc gestützt wurde. Im Jahre 1920 hat man sie dann sogar noch heilig gesprochen!

Ein zwar nicht so dramatischer, wohl aber ähnlich drastischer Parallelfall ereignete sich in unserem Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg.

Als Deutschland im November 1918 besiegt war, wurde in London bekanntlich allen Ernstes beabsichtigt, den deutschen Kaiser als „Kriegsverbrecher“ abzuurteilen. "Hang the Kaiser" war die Parole der britischen Liberalen im ersten Nachkriegswahlkampf. Nur die entschlossene Weigerung der niederländischen Regierung, sich an der Person Wilhelms II. zu vergreifen, verhinderte, daß das beabsichtigte Schauspiel in der bereits für den Kaiser-Prozeß vorgesehenen langen Halle des britischen Parlamentsgebäudes (in der schon 1649 das Todesurteil gegen den englischen König Karl I. gefällt worden war) wirklich zelebriert wurde. Es brauchten sich keine Lordrichter Perücken aufzusetzen, um in wohlgesetzten Worten einen Mord zu beschließen.

Die Umkehr dieser Phantasieszene erfolgte im Mai 1940: Damals lud die Regierung Churchill den in Doorn noch lebenden Kaiser offi-

ziell ein, seinen Exilaufenthalt nach dem gleichen England zu verlegen, in dem man ihn zwanzig Jahre vorher als „Massenmörder" hängen wollte! So schnell ändern sich die Maßstäbe politischer Justiz!

Die Vorstellung, der Besiegte müsse im Wege justizieller Prozeduren zum Kriminellen erniedrigt werden, hat 1919 nicht nur bei der "Hang the Kaiser"-Propaganda Pate gestanden, der Versailler Vertrag sah die Auslieferung zahlreicher weiterer „Kriegsverbrecher" an die Alliierten vor. Nicht nur der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff, sondern auch eine Vielzahl ganz unbekannter Offiziere und Soldaten sollten von alliierten Gerichten abgeurteilt werden. Es ging dabei um Einzeltaten, die zum Teil nicht einfach frei erfunden, sondern tatsächlich geschehen und vielfach durchaus unerfreulich waren; Krieg und Kriegsleidenschaft sind nun einmal schlechte Lehrmeister für menschliches Verhalten. Das Unerhörte an der Vorschrift des Friedensvertrages war dennoch auf den ersten Blick erkennbar. Es sollte sich um eine Justiz handeln, die nur deutsche Verfehlungen, nicht ähnliche Vorkommnisse von alliierter Seite zu ahnden hatte. So galt die warnungslose Versenkung von Passagierschiffen — mit ihren gewiß tragischen Folgen auch für Frauen und Kinder — als „Kriegsverbrechen". Daß diese Versenkungspraxis zunächst durch die Bewaffnung dieser Zivilfahrzeuge veranlaßt wurde, davon war nicht die Rede!

Die Reichsregierungen der Weimarer Republik waren sich dieser Problematik bewußt, sie verschlossen sich nicht der Einsicht, daß ein U-Boot-Kommandant — auch wenn er eine auf den ersten Blick absolut unmenschliche Tat beging — dennoch kein Verbrecher war und daß die geforderte Strafverfolgung von politisch-propagandistischen Motiven und nicht vom Gedanken „gleiches Recht für alle" bestimmt war. Die Berliner Regierungen bemühten sich nach 1919 zwar bekanntlich um die peinliche Erfüllung aller Vorschriften des Versailler Diktates, aber die Artikel 227—230 durchzuführen, weigerten sie sich nachhaltig und schließlich erfolgreich: die Alliierten gaben in diesem Punkte nach.

38/313—315

- Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach der Wilson-Enttäuschung 4/164
- Amerikanisch-deutscher Sonderfriedensvertrag (25. 8. 1921) 32/201
- Ehemaliger US-Staatssekretär Lansing zum Anschlußverbot: „Klare Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechtes" 29/147
- Wilsons späte Selbstkritik zur Südtirol-Regelung 40/36
- Formelle Annexion Südtirols durch Italien; Volksabstimmung in Kärnten (10. 10. 1920) 40/53f.

- Pariser Botschafterkonferenz erklärt Danzig gegen den Willen der Bevölkerung um Freistaat, verweigert eine Volksabstimmung und verfügt eine Zollunion mit Polen 29/227
- November 1920 — Sven Hedins „Gruß an das deutsche Volk" fordert eine „Revision der Versailler Bestimmungen" 21/135f., 140

Karthago?

Es gab schon damals nachdenkliche Kritiker, die bitter davon sprachen, daß das eigentliche Weimarer Staatsgesetz das Versailler Diktat sei.

In der Tat waren alle nun folgenden Reichsregierungen — von Bauer bis Brüning und Schleicher — vor das unüberwindliche Dilemma gestellt, daß sie als „Erfüllungsgehilfen" der Siegermächte bei der Durchsetzung von zahllosen Bestimmungen mitzuwirken hatten, die darauf abzielten, den deutschen Staat zu entmachten und entmachtet zu halten — geradezu eine politische Selbstmordfunktion. 43/39

Erst als alles vorbei und geschehen war, als das Versailler Diktat die junge Weimarer Republik zum machtlosen Reparations-Erfüllungsstaat erniedrigt hatte, fing man in London wieder zu denken an, und so fehlt es bekanntlich hinsichtlich der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges nicht an kritischen, ja sogar empörten englischen Stimmen.

In blinder Heftigkeit war das Ziel der Niederwerfung Deutschlands verfolgt und unter Heranziehung der amerikanischen Macht schließlich auch erreicht worden.

Dann aber mußten die Engländer erkennen, daß die Aufgabe eines dauerhaften Friedensschlusses die eigene politische Kraft überstieg. Nun konnten lateinische Sentenzen nichts mehr lehren und das Beispiel der Stadt Karthago nicht weiterhelfen. Das Experiment, 70 Millionen tätiger deutscher Menschen zu jahrzehntelangen Tributleistungen zu verurteilen, mußte mißlingen. 30/25f.

WEIMAR

November 1918: die Rückführung des deutschen Heeres

Es ist ein fast übermenschliches Problem, das deutsche Feldheer in nur zwei Wochen in das Reichsgebiet zurückzuführen — Marschall Foch rechnet damit, daß das nicht gelingt und er Vorwände findet, noch einige hunderttausend Gefangene zu machen; gleichzeitig aber werden trotz Eberts Bemühungen die gewohnten Ordnungen immer wieder gestört.

Für die tatsächliche Aufrechterhaltung der Disziplin im Heer und den fast reibungslosen Ablauf der großen Rückführungsbewegung waren nicht „Aufrufe", wohl aber das Beispiel des alten Marschalls von ausschlaggebender Bedeutung.

„Ich bin ein alter Mann", sagt der Feldmarschall. „Wenn die Jungen sehen, daß so ein alter Kerl seine Pflicht tut, werden sich doch manche besinnen. Ich bin todmüde, aber ich werde stehen, bis ich umfalle, solange dieser Körper noch zu etwas gut ist, für ein Beispiel."

In seinem Tagesbefehl an die Armee drückt Hindenburg das am 12. November so aus:

„Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat — unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euch!"

168 deutsche Divisionen mußten aus dem Westen in die Heimat zurückgeführt werden. Noch einmal bewährte sich die exakte Planung und die beispielhafte Organisationskunst des deutschen Generalstabs. In voller Ordnung marschierte Regiment auf Regiment über die Rheinbrücken, viele noch mit wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen, alle mit der Kokarde mit den alten Reichsfarben an der Mütze. Unter den Klängen der Musikkorps rücken die Reste der einst so stolzen Regimenter in ihre Garnisonsstädte ein, von der Bevölkerung herzlich begrüßt. Erst wenn die Einheiten aufgelöst sind, fällt die Kommune über einzelne Soldaten her, reißt ihnen die Kokarden von den Mützen, fetzt den Offizieren die silbernen Schulterstücke und die Kriegsauszeichnungen von den Waffenröcken.

Das Oberste Hauptquartier wird nach Kassel verlegt. Wohin der Feldmarschall kommt, schweigt sogar jetzt der Streit der Parteien.

Als sein Sonderzug in Kassel eintrifft, wird er vom örtlichen Soldatenrat empfangen, der die roten Armbinden für diesen Tag durch schwarz-weiß-rote ersetzt hat. 26/160—162

- Rückmarscherlebnisse; Cordt von Brandis erzählt 39/188, 189f.
- Dezember 1918: Aufruf der Obersten Heeresleitung zur Gründung von Freikorps zum Schutz der deutschen Ostgrenzen 26/163; 39/191

Berlin Dezember 1918/Januar 1919

Ende Dezember 1918 waren in Berlin bewaffnete Einheiten der Linksradikalen mit der sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzwehr" zusammengestoßen. Ebert wurde unter Druck gesetzt, war im Reichskanzlerpalais gefangen. Es rächte sich, daß er der Obersten Heeresleitung verboten hatte, reguläre Truppen nach Berlin zu verlegen. Im Marstall hielten die roten Volksmarinedivisionen den der SPD angehörenden Kommandanten von Berlin, Wels, gefangen. Die Lage war verzweifelt. Die Radikalen hatten sogar die Telefonzentrale im Reichskanzlerpalais besetzt — Ebert war abgeschnitten von der Außenwelt, nur noch ein Telefon stand ihm zur Verfügung: die direkte geheime Leitung zu Hindenburgs Hauptquartier. Sollte er die Wehrmacht nach Berlin rufen? Ebert befürchtete, daß dann in ganz Deutschland ein Bürgerkrieg ausbrechen würde. Aber konnte es noch eine andere Wahl geben? Immer wieder hat er versucht, durch Verhandlungen zu einer gütlichen Einigung mit den Radikalen zu gelangen; er hat ihren Forderungen nachgegeben, obgleich es kaum noch zu verantworten war. Seine Hoffnungen haben getrogen. Ohne bewaffnete Macht gibt es kein Verhandeln mit Bolschewisten . . .

Auf der Straße fallen Schüsse, Ebert hört Johlen und Schreien. Da greift er zum Telefon. In der Obersten Heeresleitung nimmt der Major Kurt von Schleicher den Hörer ab.

„Herr Major", ruft Ebert erregt, „die Regierung ist gefangengesetzt! Sie haben mir immer zugesagt, daß Sie mir, wenn es zu solchen Zwischenfällen wie jetzt kommen würde, helfen würden. Handeln Sie jetzt!"

„Ich werde sofort veranlassen, daß die regierungstreuen Truppen, das Generalkommando Lequis, zu Ihrer Befreiung in Marsch gesetzt werden", antwortet Schleicher. Es kommt zu einem Einmarsch der Truppen, zu Kämpfen um Schloß und Marstall, schließlich, als ernste Bevölkerungsverluste drohen, zwar wieder zu einem Abmarsch der Division Lequis, aber die Regierung ist gerettet.

Offen klafft nun der Riß zwischen der SPD und den Radikalen. Ebert sieht jetzt ganz klar, daß sein bisheriges Zögern immer nur die Macht der Spartakisten gestärkt hat. Er wendet sich entschlossen an die Oberste Heeresleitung. Aber diese fordert nun, daß die Mitglieder der USP aus dem Kabinett ausgeschlossen werden. Damit kommt sie Eberts Absichten entgegen. Die Barth, Haase und Dittmann werden zum Rücktritt gezwungen. An ihre Stelle treten die Sozialdemokraten Noske und Wissel.

26/164f.

Trotz Lenin: Wahlen zur deutschen Nationalversammlung

Wütend über den Fehlschlag seiner Vorbereitungen für die Machtergreifung Liebknechts in Berlin, blieb es monatelang Lenins Hauptanliegen, die Ebert-Regierung zu stürzen und die Wahl zur Weimarer Nationalversammlung durch eine „Zweite Revolution" zu verhindern. Zu diesem Zwecke wurde Radek-Sobelsohn nach Berlin entsandt, wo der Spartakus-Bund im Dezember 1918 eine Tagung vorbereitete, um sich von der in die Regierung eingetretenen USP zu trennen. Nicht ohne Schwierigkeit gelang es Radek, sein Reiseziel zu erreichen — andere Moskauer Propagandasendlinge waren von den deutschen Behörden zurückgewiesen worden. Radek aber kam in Berlin an, er trat auf dem Spartakus-Parteitag, auf dem dann die „Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)" gegründet wurde, „als der offizielle Vertreter der Bolschewisten zu den deutschen Kommunisten" in Erscheinung. Das Ergebnis seiner Tätigkeit war nicht nur der Beschluß der neugegründeten Partei, sich von den Wahlen zur Nationalversammlung fernzuhalten, sondern auch ein dramatischer Putschversuch in den ersten Januartagen 1919.

Der Parteitag sandte ein Begrüßungstelegramm an die russische Sowjetrepublik und wählte dann anschließend einen 53köpfigen Revolutionsausschuß mit Liebknecht an der Spitze. Erneut wurden die „revolutionären Betriebsobleute" mobilisiert, nochmals griff man auf die Deserteurorganisation zurück, Berlin erlebte wieder aufgeregte Tage, einige Stunden lang war sogar die Reichsregierung in der Wilhelmstraße von der Außenwelt abgeschnitten. Aber Radek war kein Lenin, und Liebknecht ermangelte offenbar ausreichender Erfahrung als Berufsrevolutionär. Es wurde zwar in der Wilhelmstraße gelegentlich herumgeschossen, aber der „Sturm auf das Winterpalais" blieb aus. Zweifellos hatte Ebert die Geschichte der „Glorreichen Oktober-Revolution" studiert und aus ihr gelernt; er beauftragte seinen Parteifreund Noske, der Ende Dezember 1918 Volksbeauftragter ge-

worden war, genügend militärische Kräfte zu sammeln und durch planmäßiges Vorgehen die Affäre mit einem Minimum von Verlusten zu liquidieren. Am 15. Januar 1919 war der Spuk vorbei. Liebknecht wurde verhaftet und von empörten Soldaten — angeblich bei einem Fluchtversuch — erschossen. Radek verbarg sich und konnte erst später festgesetzt werden.

Vier Tage später fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Der Moskauer Versuch, eine deutsche Nationalversammlung zu verhindern, war gescheitert. Aber eine andere Wirkung hatten die Ereignisse doch: Am gleichen Tage versammelten sich unter dem Vorsitz Wilsons in Versailles die Delegierten der Entente, um den Friedensvertrag vorzubereiten. Die Nachrichten, die ihnen am 18. Januar 1919 beim Zusammentritt dieser Konferenz aus Deutschland vorlagen, mußten auch die Zweifelnden ermutigen: Einem so chaotischen Deutschland konnte man auch ein hemmungsloses Diktat aufzwingen.

Solcher Art war der Dienst, den Lenin den Deutschen in diesen düsteren Monaten leistete.

14/99f.

*

Paul Rassinier urteilt:

Am 19. Januar 1919 hatten Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung stattgefunden. Es war ein Wunder, daß der von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählte „Rat der Volksbeauftragten" überhaupt auf den Gedanken gekommen war, eine solche verfassunggebende Versammlung wählen zu lassen, daß er es fertiggebracht hatte, solche Wahlen zu organisieren und halbwegs korrekt durchzuführen. Es war ein Wunder angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit, der Lebensmittelknappheit und Arbeitslosigkeit, bedingt durch die Waffenstillstandsbedingungen (die Blockade wurde fortgesetzt, der innerdeutsche Güter- und Personenverkehr war desorganisiert, es gab ein Einfuhr- wie ein Ausfuhrembargo . . .), so daß überall Arbeiter- und Soldatenräte entstanden, in denen die prosowjetische Richtung (USP und Spartakisten) den Ton angab.

Unter solchen Umständen schienen Wahlen ein Ding der Unmöglichkeit zu sein — daß sie aber doch stattfinden konnten, war dem zufälligen Zusammentreffen zweier ganz subjektiver Faktoren zu verdanken:

Erstens zeigten die Führer der prosowjetischen Richtung, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ledebour usw. einen totalen Mangel an politischer Einsicht oder an Entschlossenheit, — oder vielleicht fehlten ihnen beide Qualitäten.

Zweitens war Noske, Mehrheitssozialist und Kommissar für die nationale Verteidigung, ein sehr entschlossener Mann, der nicht von

politischen Skrupeln geplagt wurde und keinen Augenblick gezögert hatte, die Armee einzusetzen, um die prosowjetischen Aufstandsversuche mit Gewalt niederzuschlagen.

Das Ergebnis dieser Wahlen war folgendes:

	Stimmen	Sitze
Sozialdemokraten (Ebert)	11 500 000	163
Zentrum (Erzberger)	6 000 000	88
Deutsche Demokraten	5 600 000	75
Konservative (Deutschnationale Volkspartei)	3 200 000	42
Unabhängige und Spartakisten	2 300 000	22
Nationalliberale	2 300 000	22
Verschiedene Splittergruppen	800 000	9
	31 700 000	421

Da Unabhängige und Spartakisten nur so wenige Stimmen (kaum mehr als 5 Prozent der Wählerschaft) erhalten hatten, mußten sie wohl oder übel die Rechtmäßigkeit der Verfassunggebenden Versammlung anerkennen oder wenigstens zugeben, daß sie eher dem Volkswillen entsprach, als die Arbeiter- und Soldatenräte. 32/191—193

- Januar 1919: Bildung des Freikorps von Brandis 39/191—194
- Februar 1919: Öffentlicher Aufruf des Hauptmanns von Brandis zur Frage der Offiziersachselstücke 39/194—197

Die Kämpfe im Baltikum

Der Obersten Heeresleitung war es mit Hilfe der Freikorps in den Frühjahrsmonaten 1919 nicht nur gelungen, die innerdeutschen Unruheherde auszutreten und der Reichsgewalt wieder Geltung zu verschaffen, auch im Osten hat der deutsche Soldat bis hinauf nach Riga die Stellung gehalten.

Im Februar 1919 hat der französische Oberkommandierende Marschall Foch zwar gefordert, daß auch dort ein deutscher Rückzug erfolge — aber so weit reichte der französische Arm nicht. Der im Baltikum neu entstandene lettische Staat wurde in diesen Monaten von den Bolschewisten militärisch überrannt und konnte nur mit Hilfe deutscher Divisionen gerettet werden. Am 22. Mai 1919 waren die Russen aus Riga wieder vertrieben. Nur die Polen drängten weiter auf Abzug der Deutschen aus den Ostgebieten; zunächst ist hier noch nichts Endgültiges geschehen. Erst die Annahme des Versailler Diktates wird alle Hoffnungen auf einen weiteren deutschen Einfluß in diesem Raum zunichte machen. 26/172f.

Cordt von Brandis berichtet:

Die 8. Deutsche Armee, vor einem Jahr noch begeistert von Balten, Letten und Esten als Befreier begrüßt, war nach der Revolution in wüster Unordnung, unter Preisgabe des Kriegsmaterials nach Deutschland zurückgeflutet. Mit Mühe nur hatten einige beherzte Führer Freiwillige zusammengebracht und im Verein mit der Baltischen Landeswehr, einer kleinen Lettentruppe unter dem lettischen Major Ballod, und den wenigen Kompanien des Generalkommandos 52 die allgemeine Linie Libau—Windaufluß—Tal der Dubissa gehalten. Jetzt war, nachdem die lettische Regierung unter Ulmanis mit der Weimarer Regierung ein Abkommen getroffen hatte, Generalmajor Graf von der Goltz, weit berühmt als der Befreier Finnlands, nach Libau gekommen und hatte Teile der 1. Garde-Reserve-Division mitgebracht. Diese bisher noch schwachen Teile verlängerten die baltische Front nach Osten; den äußersten rechten Flügel bildete unser Freikorps. Es zeigt sich klar, wie richtig wir getan hatten, als wir eine Truppe aller Waffen schufen, die ganz allein zu kämpfen befähigt war, denn wenn irgendwo, so hieß es hier: „Hilf dir selbst, sonst hilft dir niemand!"

Es lagen Nachrichten vor, daß die Bolschewisten in Kurland, Estland und Litauen mordeten und plünderten, daß sie von der deutschbaltischen Oberschicht nicht Mann noch Kind noch Greis verschonten, daß sie besonders in Riga und Mitau täglich Hunderte umbrachten, gleichgültig, ob Gelehrter oder Kaufmann, ob Gutsbesitzer oder Handwerker, ob Bauer oder gehobener Arbeiter. Wer mit Messer und Gabel womöglich vom sauber gedeckten Tisch zu essen gewohnt war und eine ordentliche Wohnung hatte, war „Bourjui", Dieb am Volke und des Todes schuldig. Die biblische Prophezeiung war eingetroffen: Das Tier war aus den asiatischen Steppen aufgetaucht und war dabei, den Menschen zu verschlingen.

Graf von der Goltz war nicht der Mann, sich das ruhig mit anzusehen. Trotz unglaublicher Schwierigkeiten hatte er die Voraussetzungen geschaffen, um einen Vormarsch zu wagen, wenn auch die Truppen schwach an Zahl waren und die Jahreszeit so ungünstig wie nur möglich. Kurland sollte zunächst bis zur kurländischen Aa wiedergenommen werden. Nach dem Vormarsch würde die Truppe für allen Nachschub auf die Bahnlinie Tilsit—Schaulen—Mitau und auf die große russische Kaiserstraße, die parallel mit dieser Bahn verläuft, angewiesen sein. Die Eroberung und Sicherung dieser wichtigen Bahn, wie auch der Schutz der rechten Flanke der vorrückenden Armee fiel demnach ganz allein unserem Freikorps zu. Wir waren damit recht zufrieden.

39/202

● Die Kampfeinsätze des Freikorps von Brandis 39/203—214

- Die bayerischen Landtagswahlen, Eisners Ermordung und die Münchner Räterepublik 14/105—111
- Einsätze der Freikorps gegen innerdeutsche Räterepubliken 26/166f.
- Münchner „Thule-Gesellschaft" gegen die Räteherrschaft; sieben Mitglieder als „Geiseln" erschossen 9/34; 42/18f.

Vorstoß nach Moskau?

Cordt von Brandis berichtet:

Was im Baltikum weiter noch geschah, war mehr Politik als militärischer Kampf.

Wenn es nur darum gegangen wäre, die militärische Lage zu meistern, so wäre General Graf von der Goltz der rechte Mann gewesen, aber die völlig verworrenen politischen Verhältnisse zu entwirren, war zu schwierig für einen gerade denkenden Soldaten.

Ich meinerseits glaubte, es wäre gut, diesen Rattenschwanz politischer Verwicklungen im Baltenlande, wo Letten, Litauer, Esten und Balten, Rote und Weiße um ihre Interessen kämpften, während der zu dieser Zeit tagende Versailler Rat und England dazwischenfunkten, sich selbst zu überlassen und mit allen Kräften in das eigentliche Rußland vorzugehen. Kowno — Wilna — Witebsk — Smolensk — Moskau — Napoleons Weg lag vor uns. Im Süden kämpfte Wrangel, im Norden Denikin und in Sibirien Koltschak; so konnten wir den Todesstoß führen und uns mit einer neuen russischen Regierung verbünden.

Bei einer Besprechung der Kommandeure stellte Graf Goltz die Frage: „Hat einer der Herren noch Vorschläge?" Jetzt, dachte ich, oder nie!

„Herr Graf! Ein hoher alliierter Politiker hat kürzlich in Paris gesagt: ‚Ganz Deutschland muß zu einem Konzentrationslager werden.' Wir hier haben die Möglichkeit, den Stacheldraht zu zerreißen, den man um uns gezogen hat. Vorwärts auf Moskau! Nacht für Nacht kommen sie zu unseren Vorposten: ‚Kommt! Bringt Waffen und Munition.' Auch aus Deutschland werden uns Freiwillige in Scharen zuströmen, wenn es vorwärts geht. Uns sind die roten Truppen nicht gewachsen! Die Zeit ist da — vorwärts auf Moskau!"

Ich hatte ganz ruhig, aber mit einer von innerer Erregung gepreßten Stimme gesprochen. Da brach — zu meiner Überraschung — ein Sturm los, wie ich ihn in einer Kommandeurbesprechung nicht für möglich gehalten hätte. Man sprang auf die Stühle: „Recht hat er! Vorwärts nach Moskau! Wir gehen mit! Das ist die Lösung! Bravo!"

Und der Graf? Er wurde blaurot vor Zorn und fauchte einen Offizier an: „Daß auch Sie bei solchem Wahnsinn mitschreien können,

hätte ich von Ihnen nicht erwartet!" Der Betroffene schaute vom Stuhl herunter verblüfft auf den zornigen General.

„Wie stellen Sie sich die Praxis vor?" wandte er sich mir zu.

„Gibt man mir etwas Infanterie und drei Batterien zur Verstärkung, so nehme ich Dünaburg in acht Tagen. Dort, in den alten deutschen Stellungen liegen Millionenwerte allein an Eisenbahnmaterial, wie wir beim Vorstoß gegen die Düna gesehen haben. Munition liegt in Schaulen, Fahrzeuge haben wir zur Genüge, Panjepferde gibt es überall. Ich bitte Herrn Grafen um die genannten Truppen. Gelingt es uns, Dünaburg zu nehmen, so ist der Absprung da!"

Wieder brach der Sturm los: „Ich gehe mit! Wir stehen zur Verfügung!"

Der Graf legte dar, daß alles nicht so einfach sei — und so war es auch, aber wiederum nicht aus militärischen, sondern vor allem aus politischen Gründen. Den besiegten Deutschen keinen Erfolg im Osten zu erlauben, dazu waren die Siegermächte fest entschlossen. So konnte schließlich Lenin triumphieren . . .

39/214—216

Im Westen: Die französische Separationspolitik

Die französische Besatzungspolitik im Rheinland gründete sich von Anfang an auf die Überlegung, daß es in Deutschland immer noch einen gewissen Hang zum Partikularismus gäbe. Man rechnete damit, diese Neigung im Rheinland, in der Pfalz, in Bayern und Hannover bis zu einer Abtrennung dieser Gebiete vom Reich steigern zu können, um so das „Testament Richelieus", das Prinzip des Westfälischen Friedens, noch einmal zu verwirklichen.

Diese französischen Vorstellungen und Hoffnungen gründeten sich auf manche schriftstellerische Äußerung des sog. deutschen Föderalismus — aber sie stimmten mit der Wirklichkeit nicht überein.

Der Partikularismus oder besser gesagt Regionalismus war und ist in Deutschland nicht tiefer verankert wie etwa auch in Frankreich. Wer die französische Provinz kennt, weiß, wie stark und lebendig auch dort die divergierenden Kräfte sind. Der einzige Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland liegt in der geschichtlichen Entwicklung begründet, die dem französischen Volke sehr viel früher die Vorteile eines einheitlichen Staatswesens und des dadurch begründeten nationalen Zusammengehörigkeitsgefühles beschert hat. Man braucht nur das Buch des größten zeitgenössischen Historikers des Nationalismus in Frankreich, Jacques Bainville, „Geschichte zweier Völker" zu lesen, um zu wissen, wie entschieden man in Frankreich

selbst die partikularistischen Empfindungen entpolitisiert hat — die gleichen Empfindungen, auf die man in Deutschland hoffte, eine neue Zerstückelungspolitik aufbauen zu können.

Alle diese Vorstellungen entsprachen nicht den deutschen Realitäten, wie sie die einmarschierenden französischen Besatzungstruppen dann im Rheinland vorfanden. Insbesondere erwiesen sich die Hoffnungen auf die rheinischen Katholiken oder die katholische Geistlichkeit als falsch; Professor Grimm berichtet:

„Sowohl 1919 wie 1923 hat die überwältigende Mehrheit der Katholiken am Rhein nicht daran gedacht, ihr Deutschtum zu vergessen, und auch die hervorragendsten Vertreter der katholischen Kirche im Rheinland, wie die Kardinäle Hartmann und Schulte in Köln und die Bischöfe Korum und Bornewasser von Trier haben ihre Pflicht Deutschland gegenüber treu erfüllt. Auch die Rheinische Zentrumspartei hatte sich unter dem Einfluß der Mönchen-Gladbacher Richtung in der deutschen Frage weitgehend von der früheren päpstlichen Politik freigemacht und das böse Wort Leos XIII. von dem ‚Sandkorn, das schon im Rollen sei, das Werk Bismarcks wieder zu zerstören' war vergessen."

Dennoch läßt sich nach Grimms Ansicht nicht leugnen, daß französischerseits gerade die katholischen Kreise im Rheinland, in Bayern und in anderen Teilen des Reiches als der schwächste Teil der deutschen Abwehrfront beurteilt wurden, auf die sich alle Einflüsse konzentrierten.

Unmittelbar im Anschluß an den deutschen Zusammenbruch von 1918 blieben die französischen Einflußversuche in den rheinischen Zentrumskreisen zunächst nicht ohne Wirkung. Ein aus dem Elsaß stammender Schriftleiter der „Kölnischen Volkszeitung" wollte von einem englischen Politiker (von dem sich nachher herausstellte, daß er gar kein Engländer war) den „wohlmeinenden Rat" erhalten haben, die Rheinländer sollten einen rheinischen Bundesstaat im Rahmen des Reiches bilden. Das sei die einzige Möglichkeit, den viel weiter gehenden französischen Zerstückelungsplänen zuvorzukommen und den Engländern zu ermöglichen, bei den Friedensverhandlungen in Paris und Versailles das Rheinland bei Deutschland zu erhalten.

Der damalige Vorsitzende der Rheinischen Zentrumspartei, Justizrat Dr. Trimborn, fiel — nach Grimms Bericht — auf diese Idee herein. „Es kam zu einer bewegten Versammlung im Gürzenich in Köln. In ihr prallten sehr verschiedene Meinungen aufeinander." Auch auf einer bald darauf stattfindenden Generalversammlung des Rheinischen Zentrums in Bonn, deren Gesamtprotokoll Grimm besaß, „spiegelte sich die ganze Verworrenheit der damaligen Lage. Undurchsichtig schien auch die Haltung des damaligen Kölner Oberbürgermeisters Dr. Konrad Adenauer." Klarheit schaffte erstmals am 7. Februar 1919

die Erklärung einer von den rheinischen Oberbürgermeistern Dr. Jarres (Duisburg), Dr. Luther (Essen) und Dr. Eichhoff (Dortmund) einberufenen Vertreterversammlung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, die ganz entschieden den Gedanken der Einheit des Reiches vertraten und erklärten, daß auch keine Lockerung des Reichsgefüges durch Abtrennung der Rheinprovinz von Preußen stattfinden dürfe.

Dazu kam dann noch die feste Haltung der Zentrumspartei in Westfalen, „deren führende Persönlichkeiten vom ersten Tage ab in der deutschen Frage keinen Kompromiß zuließen."

27/82—84

*

Nach Hitlers Machtübernahme hatte sich der bisherige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer der Verfolgung durch seine zahlreichen politischen Gegner dadurch entzogen, daß er das Kloster Maria Laach aufsuchte, wo er ein Asyl fand und nicht behelligt wurde. Dort besuchte ihn Professor Grimm und wohnte eine Woche lang mit im Kloster, um Adenauers Verteidigung gründlich vorzubereiten. Jeden Abend lud „der prachtvolle Abt des Klosters", Pater Ildefons Herwegen, seine Gäste zu einer Flasche Wein ein, und es erwies sich, daß das Kloster einen sehr guten Keller besaß. Grimm berichtet:

„Wir sprachen in diesen Stunden viel von politischen Dingen der Vergangenheit — insbesondere über den rheinischen Separatismus. Meine Kenntnisse über die Zusammenhänge und Hintergründe der verschiedenen politischen Bestrebungen, die damals im Rheinland wirkten, wurden noch weiter vertieft, wenn mir auch nach wie vor Adenauers eigene Haltung unklar blieb. Aber ich hatte nicht den Eindruck, daß er landesverräterische Absichten verfolgte — auch dann nicht, als er im Herbst 1923 unmittelbar nach Einstellung des passiven Widerstandes als einer der ersten zum französischen Rheinlandkommissar Tirard ging; die ‚Tirard-Gängerei' war eine Erscheinung der damaligen Zeit, die sich keineswegs nur mit dem Namen Adenauer verband."

Das Disziplinar-Verfahren gegen Adenauer wurde schließlich eingestellt.

27/134

Die „Erfüllungspolitik" der deutschen Reichsregierungen

Die deutschen Reichsregierungen, die nach 1919 in häufigem Wechsel aufeinander folgen, stehen alle vor dem gleichen Dilemma: sie sind verpflichtet, einen „Vertrag" zu erfüllen, der sich gar nicht erfüllen läßt. Jede Bemühung um Revision wird von der Siegerseite zurückgewiesen — es findet eine „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" statt.

Als das Reich im Januar 1923 geringfügig mit Reparationslieferungen in Rückstand gerät — es fehlen ein paar tausend Telegrafenstangen —, besetzt Frankreich das Ruhrgebiet, während Deutschland durch innere Wirren und durch die völlige Entwertung des Geldes der wirtschaftlichen und politischen Katastrophe entgegentreibt. Zwar gelingt es wenig später, die Verhältnisse vorübergehend zu stabilisieren: Die Schaffung der Rentenmark verheißt einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg, die bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen im Innern flauen vorübergehend ab; dank der Bemühungen des Außenministers Stresemann tritt eine Entschärfung der außenpolitischen Beziehungen ein.

Gegen die Anerkennung der in Versailles festgelegten Westgrenze (Locarnovertrag) durch die Reichsregierung ist Frankreich bereit, Deutschland im Völkerbund zuzulassen, die Reparations-Summen werden festgelegt, eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes von Besatzungstruppen wird zugestanden — damit freilich sind die Grenzen der diplomatischen Erfolge Stresemanns erreicht, und die kurze Phase der Konsolidierung der Weimarer Republik ist beendet. Eine wirkliche Revision des Versailler Diktats ist ihr nicht zugestanden worden. 36/70f.

● Französische Besatzungsjustiz: Der Fall Röchling 27/29—34

Das Ausmaß und die Auswirkungen der „Reparationen"

Die am tiefsten in das deutsche Staatsleben eingreifenden Bestimmungen waren hinsichtlich der zu leistenden „Reparationen" getroffen worden. Diese Forderung stützte sich auf die historische Lüge einer deutschen Alleinschuld und Wiedergutmachungspflicht für alle Schäden, die der Zivilbevölkerung feindlicher Länder und ihrem Eigentum im Kriegsverlauf zugefügt worden waren. Diese Klausel wurde von den Siegermächten weit ausgedehnt, und die zahlenmäßige Höhe der „Schuld" im Juni 1919 noch nicht einmal schätzungsweise mitgeteilt, sie blieb noch jahrelang ein Instrument stetiger Erpressung. Ein pauschales Angebot, das die deutsche Friedensdelegation in Versailles vorbrachte und das auf 100 Milliarden Goldmark beziffert war, davon 20 Milliarden sofort zahlbar, wurde abgelehnt. Im Juni 1920 stellten die Alliierten erstmals einen Zahlungsplan auf, nach dem Deutschland im Laufe von 42 Jahren insgesamt 269 Goldmilliarden zahlen und zur Aufbringung internationale Anleihen aufnehmen sollte.

Die tatsächlichen Tributleistungen haben vom 11. November 1918 bis zum 30. Juni 1931 nach einer Bewertung der damaligen deutschen Reichsregierung insgesamt 67,6 Milliarden Goldmark betragen, von denen die Reparationskommission aber nur 20,7 Milliarden angerechnet hat.

Merkmal der Beitreibung dieser Reparationen war in den ersten Jahren rücksichtslose Gewalt. Die radikalste Maßnahme dieser Periode — die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen im Januar 1923 — führte das deutsche Wirtschaftsleben zur ersten Nachkriegskatastrophe. Die nächste ließ nur einige Jahre auf sich warten, als sich ab 1929 erneut und endgültig erwies, daß die Tributzahlungen für Staat und Wirtschaft Deutschlands auch dann einen tödlichen Aderlaß bedeuteten, wenn sie nicht durch Generale, sondern durch Bankiers beigetrieben wurden.

In den Jahren von 1924 bis 1929 — während der Laufzeit des sog. Dawes-Abkommens und unter der Kontrolle eines in Berlin residierenden „Reparations-Agenten" — wurden etwa 8 Milliarden Goldmark Reparationszahlungen an die Siegermächte bezahlt. Zur gleichen Zeit hatte die deutsche Außenhandelsbilanz ein Defizit von ebenfalls rund 8 Milliarden Mark. Es ergab sich also hinsichtlich des Bedarfs an ausländischen Zahlungsmitteln innerhalb von fünf Jahren ein Fehlbetrag von 16 Milliarden. Diese Lücke wurde täuschend verdeckt durch das Einfließen ausländischer Kredite. Im Frühjahr 1930 standen infolge der vorhergegangenen Entwicklung einer deutschen Auslandsverschuldung in Höhe von 25 Milliarden (davon 15 Milliarden kurzfristig) nur noch 3 Milliarden Gold- und Devisenbestände der Reichsbank zur Verfügung.

Schon 1924, bei Abschluß des Dawes-Abkommens, war von den Fachleuten erkannt und ausgesprochen worden, daß deutsche Reparationszahlungen — von der Aufbringung der Beträge in Deutschland ganz abgesehen — nur im Rahmen eines deutschen Ausfuhr-Überschusses ins Ausland ausbezahlt werden konnten. Dennoch wurde aus politischen Erwägungen trotz des Außenhandels-Defizits nicht nur weiter bezahlt, sondern 1930 erneut eine Unterschrift geleistet und der sog. Young-Plan, der zwar „Verbesserungen" brachte, aber die Grundtatsachen unberührt ließ, angenommen.

Es folgte die bekannte „deflationistische" Wirtschaftspolitik der Reichsregierung Brüning, als deren Ergebnis schließlich über 6 Millionen Arbeitslose registriert wurden. Nach der Ansicht des damals mitverantwortlichen Reichsbankpräsidenten Luther hatte Brünings „Richtlinien-Kompetenz" als Reichskanzler sich auf einen „Restbestand" reduziert, die „Richtlinien-Autorität" sei durch den Young-

Plan festgelegt gewesen. In einer Darstellung des damaligen Reichsbankpräsidenten Luther findet sich der Satz:

„Privat erachtete Brüning — gleich mir — die Zahlungsauflagen des ‚neuen Planes' als auf keinen Fall durchführbar. Für die Außenpolitik Deutschlands nützte das freilich nichts."

Hier ist das ganze Problem enthüllt: Brüning wußte, daß Deutschland nicht mehr erfüllen konnte, und er erfüllte trotzdem — mit Rücksicht auf eine „Außenpolitik", die auch keine Änderung der Grundtatsachen herbeiführte.

43/40—42

Revision der Verträge?

Paul Rassinier urteilt:

Am Tage nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages sahen sich die Sieger in der folgenden Lage: nachdem sie für eine „Welt des Rechtes und der Kultur" nach den von den Haager Konferenzen erarbeiteten Prinzipien ins Feld gezogen waren und gegen die Losung „Macht geht vor Recht", die man Kaiser Wilhelm II. und seinem Kanzler von Bethmann-Hollweg in den Mund gelegt hatte — hatten sie dem besiegten Deutschland gegenüber nichts besseres getan, als gerade nach jener Formel „Macht geht vor Recht" zu handeln. Und dabei hätte es, gerade damals nach dem Kriege eine so einmalige Gelegenheit gegeben, den schrecklichen Kreis des Unrechts, das immer wieder neues Unrecht auslösen mußte, zu brechen, wenn man ohne Rücksicht auf den Ausgang der Kämpfe zu einem Frieden bereit gewesen wäre, dessen gerechte Bedingungen bewiesen hätten, daß für die Alliierten ihre verkündeten Kriegsziele nicht nur Worte waren und daß bei ihnen das Recht vor der Macht den Vorrang habe. Welches Vorbild hätten die Alliierten dann der Welt gegeben. Statt dessen aber . . .

Damit will ich keineswegs behaupten, daß der Versailler Vertrag unter solchen, besseren Bedingungen unabänderlich geworden wäre: wenn auch die Form, in der sich bis dahin der Wandel im Verhältnis der Kräfte ausgedrückt hatte, für immer aus dem internationalen Leben verbannt wäre, so gab es doch den Ständigen Haager Gerichtshof, der 1899 gegründet worden war; er konnte von Zeit zu Zeit der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Denn die Struktur der Gesellschaft ist ebenso wandelbar wie das Verhältnis der Kräfte — und jeder historische Augenblick hat seine eigene Sozialstruktur.

Die Präambel des Versailler Vertrages, die untrennbar mit dem Vertrag verbundene Völkerbundssatzung, enthielt einen Artikel 19,

der eine Revision vorsah, für den Fall, daß der Vertrag unanwendbar würde. Die verschiedenen Revisionsanträge, die deutscherseits von 1920 bis 1930 gestellt wurden, stützten sich gerade auf diesen Artikel 19: in Wahrheit war der Vertrag schon unanwendbar im Augenblick, wo er unterschrieben wurde.
32/77

- Sven Hedins Meinung: Die Nichtanwendung des Revisionsartikels war die Hauptursache des Aufstieges des deutschen Nationalsozialismus 21/240
- Die französische Saarpolitik 1920—1934 11/83—114
- Die sudetendeutsche Frage 1919—1938 4/136—138; 29/178—182
- Das deutsch-polnische Verhältnis 1918—1938 4/152—154; 29/225—260
- Frühjahr 1920: Auflösung des Freikorps von Brandis 39/216f., 219
- Der Kapp-Putsch und seine Folgen 26/188; 41/82f.
- Reichstagswahlen 1920 — erster Ausdruck der Unzufriedenheit 32/202
- Innere Einstellung der deutschen „Frontgeneration" — von Rudolf Hess charakterisiert 42/17, 21—24
- Die Umorganisation der deutschen Armee zum 100 000-Mann-Heer 29/11—13
- Nach der deutschen Entwaffnung: Mißverhältnis in der europäischen militärischen Situation 43/40f.
- Die „schwarze Reichswehr" in der Weimarer Republik 27/108—113
- 1921: Volksabstimmungen in österreichischen Ländern fordern Anschluß an das deutsche Reich 29/147; 34/106
- 1920/21: Erste Zusammenstöße in Südtirol 40/61—63
- Mai 1921: Südtiroler Wahlen zum italienischen Parlament: 39 000 von 40 000 Stimmen für deutsche Parteien 40/60
- Erklärung der vier Südtiroler Abgeordneten beim Eintritt in das italienische Parlament 40/60f.
- Südtirol unter der faschistischen Herrschaft 1922—1943 40/64—77
- Die Volksabstimmung in Oberschlesien 26/187
- Neue kommunistische Aufstandsversuche 1921 14/125

1922: Annäherung Berlin—Moskau

Es war klar, was Rußland am dringendsten nötig hatte: wirtschaftliche Gesundung und militärische Kräftigung. Beide Bedürfnisse verwiesen geradezu gebieterisch auf eine Annäherung an Deutschland. Dort waren genau die ergänzenden Notwendigkeiten entstanden: wirtschaftliches Betätigungsfeld und militärische Ausbildungsmöglichkeiten wurden gesucht; die letzteren vor allem, weil der Versailler Vertrag der neuen Reichswehr jegliche moderne Waffengattung, insbesondere Flugzeuge und Panzer verbot.

Nach dem Gesetz politischer Logik hätte diese Wechselbeziehung zwischen den russischen und deutschen Interessen längst zu Resultaten führen müssen. Dem aber war keineswegs so; in Moskau fing man erst im Jahre 1921 an die Hoffnungen auf eine „Weltrevolution" und eine „Eroberung Berlins" zeitweise zugunsten russischer Interessen in Erwägung zu ziehen.

Im Mai 1921 war man schließlich soweit, daß die beiderseitigen „Rote-Kreuz"-Missionen eine halbdiplomatische Stellung erhielten. Es dauerte dann bis zum September 1921, bis ernsthafte Verhandlungen geführt wurden, die sich zunächst mit dem Aufbau von Rüstungsfabriken in der Sowjetunion beschäftigten, an der deutsche Firmen beteiligt wurden und mit deren Panzern und Flugzeugen deutsche Offiziersgruppen militärisch geschult werden sollten. Einige höhere deutsche Offiziere reisten nach Moskau, um die gegebenen Möglichkeiten an Ort und Stelle zu untersuchen.

Das war der Stand der Dinge, als sich das Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf höherer Warte stellte. Im Versailler Vertrag gab es einen Artikel 116, der in seinem dritten Absatz sagte:

„Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland alle Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrags entsprechen."

Das war eine unbeachtliche Formel, solange es — wie in den Interventionsjahren — mehrere russische Regierungen gab. Seit Lenin seine Macht gefestigt hatte, war die Lage anders: Jetzt konnte er durch einfache politische Schritte sich in die Front der sogenannten „Reparationsgläubiger" Deutschlands einreihen.

In Berlin fiel es natürlich auf, daß Karl Radek am 27. Dezember 1921 in der „Prawda" einen Artikel veröffentlichte, in dem er „unmißverständlich andeutete, Sowjet-Rußland könne jederzeit die Bestimmungen des Versailler Vertrages annehmen und gemäß Artikel 116 einen Anteil an den Reparationszahlungen verlangen".

Am 5. Februar 1922 wurde die regierungsamtliche „Iswestija" noch deutlicher: „Sowjet-Rußland brauche nur auf der Basis des Artikels 116 zuungunsten Deutschlands mit der Entente zu gehen, um durch die daraus entstehende Verarmung das deutsche Proletariat in seinem Klassenkampf zu stärken!"

Wir kennen die Gründe nicht, die schließlich den Kreml zu einer überraschenden Klärung veranlaßten. Wir müssen uns mit der Tatsache begnügen, daß am Rande der zur Regelung der Reparationsfragen einberufenen Konferenz von Genua im April 1922 der berühmt gewordene Rapallo-Vertrag zustande kam. Es war die erste inter-

nationale Konferenz, zu der die Sowjet-Regierung eingeladen war; ihre Delegation war unter dem Vorwand, Genua sei überfüllt, 30 Kilometer entfernt in Rapallo untergebracht worden ...

Der Text des Vertrages war nicht so sensationell wie die Tatsache, daß die Deutschen und die Russen überhaupt ein Abkommen geschlossen hatten. Im wesentlichen wurde nur festgelegt, daß die Sowjetunion keine Forderungen nach Artikel 116 des Versailler Vertrages gegen Deutschland geltend macht und daß Deutschland die Sowjet-Regierung de jure anerkennt. Dazu verzichtet Deutschland auf alle Ansprüche, „die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßregeln der Sowjet-Republik ergeben haben". Das war die für den Kreml wichtige deutsche Vertragsleistung: Die Franzosen wollten damals immer noch eine Anerkennung der sogenannten russischen Vorkriegsschulden erreichen. Paris hatte einst — um das zaristische Rußland fest in die Einkreisungsfront gegen das kaiserliche Deutschland einzugliedern — Milliarden-Anleihen gewährt, mit deren Hilfe besonders das strategische Eisenbahnnetz in Westrußland ausgebaut worden war. Die Sowjet-Regierung weigerte sich strikt, auch nur einen Rubel davon zurückzuzahlen. Und es war damals für sie von Bedeutung, von Deutschland unter Verzicht auf jegliche Vor- und Nachkriegsverpflichtungen (wie sie sich z. B. aus der Beschlagnahme von deutschem Eigentum in Rußland ergeben hatten) anerkannt zu werden. Dieser Zusammenhang hat wahrscheinlich den eiligen Entschluß der Sowjets zum Rapallo-Vertrag veranlaßt.

Wie immer die Motive gewesen sein mochten — das Signal war auf „Grün" gestellt, und es konnte sich nun zeigen, welchen Weg die Sowjet-Regierung in Zukunft wirklich beschreiten wollte. Ob weiter den bisherigen, der auf Eroberung Deutschlands zielte oder den neuen, der Partnerschaft bedeutete.

14/151—155

Die europäische Lage 1923 — im Urteil Sven Hedins

Als Sven Hedin im Januar 1923 von seinem Erholungsaufenthalt aus Italien zurückkehrte, war seine Gesundheit wiederhergestellt.

Die europäische Lage jedoch sah hoffnungslos aus. Zwar war in Italien der Kommunismus durch Mussolini aufgehalten worden, der im Oktober 1922 nach dem „Marsch auf Rom" die Regierungsgewalt übernommen hatte. Aber der französische Ruhreinmarsch im Januar 1923 trieb die europäische Krise neuerlich auf die Spitze. Das gelähmte Deutschland, dem die Kraft fehlte, dem französischen Angriff mehr als einen auf die Dauer aussichtslosen „passiven Widerstand"

entgegenzusetzen, war damals nicht in der Lage, die Uneinigkeit innerhalb der Westmächte auszunutzen. England machte kein Hehl aus seiner Mißbilligung der französischen Aktion, deren Ziel offenkundig die Abtrennung des Rheinlands von Deutschland war. Andererseits hoffte der „Bundesgenosse" von Rapallo, das kommunistische Rußland, nicht minder ungeniert auf den inneren Zerfall Deutschlands und auf die Möglichkeit, durch einen Putsch die Herrschaft der Bolschewiken im Reich aufzurichten.

Mit einem erstaunlichen Optimismus sah Sven Hedin — nicht nur körperlich wieder hergestellt — hinter all diesen Krisen doch eine neue Weltlage heraufziehen. Jetzt war es ihm wieder völlig klar, daß das deutsche Volk trotz seiner Niederlage die führende Nation Europas sein und bleiben werde. Von diesem Blickpunkt aus erschienen ihm die Versailler Regelungen von vornherein unhaltbar und er sah voraus, daß die beiden europäischen Siegermächte von damals, England und Frankreich, durch ihr Festhalten an diesem Zwangssystem in unvermeidliche politische Schwierigkeiten geraten würden. 21/140

- Seeckts Erwartung: „Polen muß verschwinden . . . durch Rußland mit unserer Hilfe" 29/229
- Oktober 1922: Internationale Anleihe an Österreich mit Bedingungen, die einen Anschluß behindern 29/14 7
- 1922/23: Französische Ruhr-Politik 14/152; 27/48f.
- Bedeutung und Wirkung der französischen Ruhrbesetzung 1923 29/23
- Nach der Ruhrbesetzung: deutscher passiver Widerstand 27/50—53
- Passiver Widerstand 1923: französische Gerichtsverfahren gegen deutsche Industrielle 27/54—60
- „Blutiger Karsamstag" 1923 und der Prozeß gegen die Krupp-Direktoren 27/61—64

Der Fall Schlageter

Die rechtliche Seite des Falles Schlageter, der von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen wurde, war natürlich anders gelagert als in den Prozessen, die rein um den passiven Widerstand gingen. Mit der Verschärfung der französischen Requisitionspolitik war die Entwicklung geradezu zwangsläufig in die Richtung der aktiven Widerstandshandlungen gedrängt worden. Wo es nicht ausreichte, durch Verweigerung der Mitwirkung die Ausplünderung des Ruhrgebietes zu unterbinden, lag der Gedanke nahe, zusätzliche Schwierigkeiten zu schaffen, was vor allem durch Unterbrechung der Eisenbahnstrecken möglich war.

Schlageters Unternehmen war keineswegs das einzige dieser Art. Es gab im unbesetzten Gebiet eine Organisationszentrale, die Spreng-

gruppen ausrüstete und einsetzte. Ihre Träger waren im wesentlichen Frontkämpferverbände. Sie handelten nach außen hin selbständig, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß ihr Wirken von den verantwortlichen deutschen Stellen zumindest geduldet wurde. Der aktive Widerstand, von den Franzosen „action directe" genannt, war, genau so wie der passive Widerstand, eine Form des deutschen Abwehrkampfes an der Ruhr; Professor Grimm berichtet:

„Ich erlebte da als Verteidiger von Deutschen ein Rechtsproblem, das ich schon auf der Gegenseite kennengelernt hatte. Damals nannte man die französischen und belgischen Aktivisten, die mit der deutschen Militärjustiz in Konflikt gerieten, in Anlehnung an die Bezeichnung, die sich im deutsch-französischen Kriege 1870/71 herausgebildet hatte: Franctireure. Im Zweiten Weltkriege nahm das Aktivistenproblem eine neue Form an. Man nannte die Aktivisten jetzt ‚Partisanen' — ‚Maquis' und ‚Widerstandskämpfer'. Aber es ging immer um das gleiche.

Für mich als Juristen war da ein nicht immer einfaches Rechtsproblem gegeben. Aber ich verteidigte mit ganzem Herzen diese jungen Menschen, die aus Idealismus mit ihrer Person sich für die deutsche Sache einsetzten, wenn ich auch ihre Taten mit Rechtsargumenten nicht immer billigen konnte. Ich habe aber in meiner damaligen Verteidigertätigkeit festgestellt, daß diese Sabotagetrupps ganz allgemein die Weisung erhalten hatten, möglichst nur Sachschäden anzurichten, die Eisenbahnstrecken für den Abtransport der Ruhrkohle unbrauchbar zu machen, aber die Sprengungen so einzurichten, daß dadurch Personen nicht getötet würden. Bei den Partisanenkämpfen des Zweiten Weltkrieges, die dann zu scharfen deutschen Gegenmaßnahmen, wie Geiselerschießungen, führten, habe ich diese Beschränkung auf Sachschäden nicht feststellen können."

27/66f.

*

Die begrenzten Verteidigungsmittel der Reichswehr ließen militärischen Widerstand gegen das französische Vorgehen nicht zu, obwohl die Ruhraktion die Einheitsfront der Entente gesprengt hatte — die Engländer nahmen gegen sie Stellung. Die Reichsregierung proklamierte zunächst „passiven Widerstand", aber es war klar, daß diese Form halber Gegenwirkung entweder in Kapitulation oder in militärische Maßnahmen münden mußte.

Der Rapallo-Vertrag hatte kaum ein Jahr nach seinem Abschluß höchste Aktualität gewonnen; die deutsch-russische Allianz konnte dramatisches Format erhalten, wenn Berlin und Moskau sich auf gemeinsames Vorgehen einigten. Es lag im Bereich des Möglichen, die Lage von 1919 für beide völlig zu verändern. Auf sich allein gestellt, konnte Deutschland nicht gegen Frankreich, Rußland nicht gegen Polen und die Randstaaten antreten, eine gemeinsame Aktion dagegen hätte nicht so sehr unter dem Vorzeichen des Abenteuers gestanden.

Es gab auch in Moskau Leute, die diese Möglichkeiten ins Auge faßten. Von Karl Radek wird berichtet, er habe sich unter dem Eindruck des Ruhreinmarsches auf einer Sitzung ausgerechnet des Exekutiv-Komitees der Komintern an das Jahr 1806 erinnert und auf Gneisenau und Scharnhorst verwiesen. Clausewitz und der Reichsfreiherr vom Stein hatten Zuflucht im zaristischen Rußland gefunden und „vom russischen Boden her die Freiheitskriege geführt". Radek hat in den darauffolgenden Monaten noch mehrfach solche Formeln gebraucht; als die Franzosen den deutschen Leutnant Albert Leo Schlageter zum Tode verurteilten und am 26. Mai 1923 erschießen ließen, hielt Radek sogar eine Gedächtnisrede auf ihn, die eine Brücke zum deutschen Nationalismus zu bauen versuchte:

„Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns, den Soldaten der Revolution, aufrichtig verehrt zu werden."

Auf der Gegenseite blieb das Echo nicht aus; im Juli 1923 kam es sogar zu einer höchst erstaunlichen Flugschrift der KPD, in der unter dem Titel „Schlageter" nicht nur Radeks Rede, sondern auch eine Stellungnahme Moeller van den Brucks (der den Begriff „Drittes Reich" geprägt hat) und des späteren nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow verzeichnet wurden. 14/157f.

- Die Krise des deutschen passiven Widerstandes 27/60, 72—74
- Neue kommunistische Aufstandsversuche 8/56f; 14/159—164
- Reichsexekutive in Sachsen und Thüringen Oktober 1923 14/163

Oktober 1923

Aus Moskau hatte Radek (der sich in Sachsen befand — natürlich mit falschem Paß) folgende telegraphische Weisung erhalten:

„Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment in nicht später als in 4, 5, 6 Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen . . . Sofortbewaffnung von 50 000 bis 60 000 wirklich durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.

Von einer Bewaffnung von „50 000—60 000" konnte freilich schon deshalb nicht die Rede sein, weil weder die erforderliche Zahl von Freiwilligen noch ausreichend Waffen vorhanden waren. Auch Hunderte von Moskauer Experten konnten nicht den deutschen Arbeiter ersetzen, der ihre Befehle entgegennehmen sollte, aber es nicht tat.

Am 21. Oktober 1923 fand in Chemnitz eine Konferenz von Betriebsräten statt — mit Radek und dem sowjetischen General Skoblewski

im Hintergrund. Obwohl es sich bei diesen Betriebsräten um sehr radikale Leute handelte, waren die Kommunisten doch in der Minderzahl und ihr Verlangen, den Generalstreik auszurufen, um die Reichswehraktion zu lähmen, wurde von der Mehrheit abgelehnt! Zur eigenen Aktion aber war die KPD zu schwach, und so ging der große Plan sang- und klanglos in einem Ausschuß unter.

Es gab aber eine Panne mit beträchtlichen Folgen: In Chemnitz hatte die KPD bereits Kuriere aus allen Teilen Deutschlands zusammengezogen, die die Weisungen für den Aufstand den unteren Bezirken der Partei überbringen sollten. Einer von diesen Kurieren war verfrüht auf eigene Faust losgezogen. Ohne zu ahnen, daß inzwischen „Das Ganze Halt" geblasen worden war, alarmierte er die Hamburger Kommunisten. Die Folge war, daß am 23. Oktober 1923 morgens um 4.15 Uhr zehn Hamburger Polizeiwachen von Kommunisten überfallen wurden, die sich dann zu mehrtägigen Straßenkämpfen verschanzten. „Die Aufständischen von Hamburg kämpften in der Illusion, daß ganz Deutschland kämpfe und daß Rußland bald eingreifen werde." Am zweiten Tage wurde sogar verbreitet, die Rote Armee habe Polen angegriffen, die sowjetische Flotte sei im Begriffe, in den Hamburger Hafen einzufahren.

Ganz unbegründet waren solche Gerüchte nicht. Die „Times" (London 29. Oktober 1923) berichtete aus Warschau über Verhandlungen, die der Sowjetdiplomat Viktor Kopp (früher Geschäftsträger in Berlin) in der zweiten Oktoberhälfte in Riga und Kowno mit der lettischen und litauischen Regierung geführt habe. Für den Fall eines Bürgerkrieges in Deutschland habe er freien Gütertransit von Rußland nach dem Reich gefordert und dafür einen Nichtangriffspakt angeboten. Am 28. Oktober kam Kopp in Warschau an. Der „Times"-Korrespondent vermutete, der sowjetische Diplomat werde den Polen die Besetzung Ostpreußens empfehlen, und fügte hinzu: „Unglücklicherweise begünstigt die gegenwärtige politische Lage in Polen solche Pläne."

Diese historische Episode steht jedenfalls einzigartig da in den Beziehungen zwischen zwei Staaten, die anderthalb Jahre vorher einen Pakt miteinander geschlossen hatten.

14/164—166

Frankreich und die „Rheinische Republik"

Als am 26. September 1923 der „passive Widerstand" gegen die Ruhrbesetzung eingestellt, die Stimmung des deutschen Volkes auf den Nullpunkt gesunken, und die Not des Reiches auf das höchste

gestiegen war, hielten die Drahtzieher in Paris die Zeit für gekommen, den Separatismus, die „direkte Aktion" als die letzte entscheidende Waffe einzusetzen. In den vorhergegangenen Jahren wurden bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen: Dem etwas zu pedantischen Dr. Dorten, einem früheren Staatsanwalt und Reserveoffizier, der stets ein Monokel im Auge trug, waren robustere Konkurrenten, wie Mathes und Dr. Deckers, beigegeben worden.

Schon am 30. September 1923, am ersten Sonntag nach Aufgabe des passiven Widerstandes, hielt Mathes in Düsseldorf eine Art Generalprobe ab, bei der festgestellt werden sollte, ob die Lage für die Ausrufung einer neuen „Rheinischen Republik" schon reif sei. Es handelte sich zunächst um eine Demonstration, gegen die die Polizei noch einschreiten konnte.

Daraufhin wurden allerdings von den Besatzungsbehörden 30 Polizeibeamte verhaftet, die Grimm dann im Dezember vor dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf verteidigte. Es ist nie ganz aufgeklärt worden, ob die Absicht bestand, schon am 30. September in Düsseldorf die Rheinische Republik auszurufen. Jedenfalls herrschte in den anschließenden Oktoberwochen zunächst noch Ruhe vor dem Sturm.

In den ersten Novembertagen begannen dann die separatistischen Aktionen, die sich nun nicht mehr in Demonstrationen erschöpften, sondern auf die Übernahme der vollziehenden Gewalt in den bedeutendsten Städten und Landkreisen des rheinischen Gebietes abzielten.

Als erster schlug Dr. Deckers, ein Parteigänger des belgischen Separatisten-Komitees, des „comité de politique nationale", das seinen Sitz in Brüssel hatte, in Aachen los. Kurz darauf folgten die französischen Parteigänger in Wiesbaden, Koblenz usw. Innerhalb weniger Tage vermochten sich die Separatisten mit Unterstützung der fremden Truppen in den Besitz der Rathäuser und sonstigen öffentlichen Gebäude zu setzen.

Es war nicht schwierig, diese „Erfolge" zu erzielen: Die deutschen Beamten waren ausgewiesen, die deutsche Polizei meist entwaffnet, für die Bevölkerung wurde nächtliches Ausgangsverbot erteilt, so daß die Separatisten im Morgengrauen ungestört in die Rathäuser eindringen konnten. Wenn dann die Bevölkerung sie in den Vormittagsstunden wieder vertreiben wollte, schritt das französische Militär ein und erklärte sich für den „Status quo"; Professor Grimm urteilt:

„Das nannte man ‚Neutralität der Besatzungsmacht'. Besonders dramatisch und auffällig war das Eingreifen der Franzosen in Koblenz, wo die Separatisten von der Bevölkerung völlig zusammengeschlagen, dann aber durch französisches Militär in den Besitz des Schlosses gesetzt wurden, wo sie ihre ‚Regierung' einrichteten."

Doch war — trotz der Trostlosigkeit der Lage — die Stimmung im November 1923 anders als 1918/19. Alle hatten diesmal begriffen, worum es ging. Niemand, außer einer Handvoll von Verrätern und Interessenten, die von allen verachtet wurden, wünschte die „Rheinische Republik“. Die Pläne einer Sonderstellung des Rheinlandes wurden nur aus der Sorge vor größeren Gefahren entwickelt und besprochen; in dem Wunsche, die französischen Pläne zu durchkreuzen, waren sich alle einig, von den Sozialdemokraten bis zum Zentrum und den Deutschnationalen.

27/86—88

*

Die sagenhaft gewordene Schlacht im Siebengebirge und der Bauernzug auf Wittlich waren die beiden bedeutendsten Ereignisse in den vielen kleineren Abwehrkämpfen, in denen sich die rheinische Bevölkerung damals gegen das von den Franzosen eingesetzte bewaffnete Gesindel aus aller Herren Ländern wehrte. Durch die Treue, die Entschlossenheit und den Mut einfacher deutscher Menschen wurden damals Poincarés Illusionen endgültig zum Scheitern gebracht — der alte Clemenceau hat es noch erlebt und nicht verfehlt, sich ironisch darüber zu äußern.

Bei den Bauern des Siebengebirges lebte noch die Erinnerung an den „Freiwilligen Landsturm des Siebengebirges“, der schon einmal im Jahre 1813 von den heimatlichen Bergen ausgezogen war, um die rheinische Heimat zu befreien . . .

Der Mann, der als geistiger Einpeitscher hinter der ganzen französischen Separatistenpolitik gestanden hatte, war der französische Schriftsteller und Abgeordnete Maurice Barrès. Überall — hinter dem Generalputsch von 1919, hinter den separatistischen Vorbereitungen in den Zwischenjahren, hinter dem Feldzug von 1923 — stets tauchte der Name und die Gestalt von Maurice Barrès auf. Er war nach dem Ausspruch seines Sohnes „berauscht von der rheinischen Frage“.

Barrès war nicht nur der Vertreter der Kulturpropaganda und der Politik der friedlichen Durchdringung, sondern auch einer der rührigsten Leiter der aktiven Separatistenpolitik. Mit Mangin zusammen hatte er die Verbindung zu Dorten und Mathes angeknüpft. Sowohl beim Putsch 1919, sowie bei den Umtrieben 1923 befand er sich persönlich in Wiesbaden.

In der französischen Kammer hielt er die feurigsten Reden zugunsten der „Rheinischen Republik“. Noch in den letzten Novembertagen 1923 — als Poincaré bereits zu schweigen begann — sprach Barrès noch von einer „sozusagen einstimmigen Bewegung für die Los-

lösung" und kündigte für den 7. Dezember eine große Rheinlandrede an.

Diese Rheinlandrede hat Barrès nicht mehr gehalten.

Nicht nur der Spuk im Rheinland war verschwunden — auch sein Vorkämpfer überlebte das Ende nicht. „Meine Sache, meine Leidenschaft, mein Schicksal ist die Rheinlandfrage" hatte Barrès einmal ausgerufen. Jetzt gab das Schicksal ein Zeichen: ein plötzlicher Tod raffte Barrès hinweg.

Am 7. Dezember 1923, an dem Tag, an dem er seine Rede halten wollte, trug man ihn auf den Friedhof von Charmes.

Es war wie eine Zeitenwende. Die dunkle Geschichte des rheinischen Separatismus war abgeschlossen — wie sich herausstellte: für immer. Nicht einmal nach 1945 hat sie sich wiederholt. 27/89, 94

- Augenzeugenberichte über den Bauernaufstand gegen die rheinischen Separatisten 27/89—93
- Hitler-Putsch in München (8./9. 11. 1923) 42/25
- Französische Kriegsgerichte in der Pfalz 27/102—105
- Die Amnestie nach der französischen Ruhr-Justiz 27/77—79, 95—99
- Die Konsolidierung der Sowjetunion nach 1924 14/182
- Sven Hedin über die Stärke des neuen Rußland 21/147—149
- Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten (27. 4. 1925) 26/195—204, 41/139f.
- Der Locarno-Pakt 29/24

Die „Pläne" der Dawes und Young

Es bedarf keiner ungewöhnlichen volkswirtschaftlichen Kenntnisse, um zu wissen, daß jegliche Zahlung von Staat zu Staat sich nur im Rahmen weniger Möglichkeiten vollziehen kann. Hinsichtlich der deutschen Reparationszahlungen war die Lage völlig klar:

Entweder konnten deutsche Auslandsguthaben oder innerdeutsche Gold- und Devisen-Vorräte direkt übertragen werden; dieser Vorrat war bald erschöpft.

Oder es waren Lieferungen oder Leistungen an Zahlungs Statt denkbar — also: Wiederaufbau zerstörter Gebiete durch deutsche Firmen; dies geschah in gewissem Umfang.

Oder die deutsche Ausfuhr, also der Verkauf deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt konnte so gesteigert werden, daß sich ein neuer Überschuß an Gold- und Devisen-Vorräten ansammelte. Dies mußte den Engländern natürlich unerwünscht sein, da ja eines der wesentlichen Kriegsziele die Niederkämpfung der deutschen Konkurrenz im internationalen Bereich gewesen war.

Oder viertens: Deutschland konnte sich Gold oder Devisen zu leihen nehmen und die geliehenen Beträge an die Entente-Mächte als „Reparationszahlung" weiterleiten.

Es leuchtet zwar ein, daß dieses letztere Verfahren nur eine Art Umgliederung und zeitliche Verschiebung der Schuldverhältnisse bewirken konnte und nicht eigentlich vernünftig war — nichtsdestotrotz haben die eifrigen New Yorker Bankiers hier einen Weg erkannt, einerseits die etwas faul gewordenen alliierten Kriegsanleihen durch zuverlässigere Papiere zu ersetzen und andererseits auf dem Umwege über einen jahrzehntelangen deutschen Kreditbedarf zu Reparationszwecken groß ins „europäische Geschäft einzusteigen".

Eine kühne Welle des wirtschaftlichen Optimismus durchflutete die Vereinigten Staaten bei dem Gedanken, daß die volkswirtschaftlich so nutzbringenden Kriegsjahre mit Hilfe des europäischen Nachkriegs-Finanzbedarfes sich auf weite Sicht fortsetzen würden! Trotz mancher Warnung begann ein Strom von Dollaranleihen nach Europa, vor allem nach Deutschland zu fließen, ab 1924 durch den sogenannten „Dawes-Plan", ab 1929 durch den „Young-Plan" geradezu organisiert.

Für die deutsche Wirtschaft waren diese Dollar-Anleihen ein Danaer-Geschenk, denn sie verschleierten nur die Unmöglichkeit, die Reparationsansprüche zu erfüllen. Es war nicht volkswirtschaftlich verdientes, sondern geborgtes Geld, das unter der Aufsicht des amerikanischen Reparations-Agenten an die Entente-Länder in ausländischer Währung bar bezahlt wurde. Es wurden „transferiert":

im ersten	Jahr	262	Millionen Goldmark
im zweiten	Jahr	414	Millionen Goldmark
im dritten	Jahr	682	Millionen Goldmark
im vierten	Jahr	942	Millionen Goldmark
im fünften	Jahr	977	Millionen Goldmark
		3277	Millionen Goldmark

Die amerikanische Regierung hatte offiziell mit all dem nichts zu tun. Der General Dawes handelte im Auftrag einer Bankengruppe und formell als Privatmann, als er im Frühjahr 1924 den Vorsitz im „Sachverständigen-Ausschuß für Reparationsfragen" übernahm, der seinen Namen trug. Auch Owen D. Young, der dann in Berlin als „Reparations-Agent" fungierte und die deutsche Reichsbahn als Pfand in Anspruch nahm, war nichts anderes als ein ziemlich gerissener New Yorker Bankier.

24/125f.

● Der „Dawes-Plan" in der Praxis 26/190; 43/41

Erst eine Woche nach der Amtseinführung Hindenburgs kann der in der Zwischenzeit erkrankte Reichsaußenminister dem neuen Reichspräsidenten den ersten außenpolitischen Vortrag halten. Stresemann, der diese Wahl nicht gewünscht, sondern eher gefürchtet hat, ist überrascht von der Aufgeschlossenheit und dem Verständnis, mit dem ihm Hindenburg begegnet.

Es ist nicht nur der Eid, der den Präsidenten veranlaßt, die Politik der Regierung zu überlassen; es ist auch die Einsicht des alten Soldaten, der weiß, daß das geschlagene Deutschland mit seinem 100 000-Mann-Heer inmitten hochgerüsteter Nachbarn mit Besatzungstruppen im Rheinland ein „Nein" sich nicht leisten kann; die deutsche Politik ist darauf beschränkt, die auferlegten Bedingungen durch Wohlverhalten und Verhandeln zu mildern. Stresemann geht diesen Weg und er findet in den kommenden Jahren einen stetigen und festen Halt beim Präsidenten.

Es ist nicht Hindenburgs Schuld, daß der Außenminister schließlich angesichts des Verhaltens der Siegermächte selbst an seiner Aufgabe verzweifeln mußte. Kurz vor seinem frühen Tode im Oktober 1929 schrieb Stresemann verbittert die berühmt gewordenen Worte:

„Ich habe mein Land in den Völkerbund gebracht, ich habe den Locarnopakt unterzeichnet, ich habe gegeben, gegeben und nochmals gegeben, bis meine Landsleute sich gegen mich wandten. Es ist jetzt vier Jahre her, daß wir Locarno unterzeichneten. Wenn sie mir nur e i n Zugeständnis gemacht hätten, so hätte ich mein Volk gewonnen. Sie haben aber nichts gegeben, und die winzigen Zugeständnisse, die sie machten, kamen immer zu spät. Die Jugend Deutschlands aber, die wir für den Frieden und ein neues Europa hätten gewinnen können, haben wir für beides verloren. Das ist meine Tragik und ihre Schuld."

26/208f.

*

Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe berichtet:

Ich durfte meine Brüder begleiten, Stresemann hören und persönlich begrüßen. Eigentlich war ich recht stolz, einem so bekannten Manne der deutschen Politik zu begegnen.

Stresemann war ein sehr geschickter Redner, und seine diplomatische Art zu sprechen, konnte imponieren. Sein Redestil paßte nicht zu seiner Erscheinung, denn er sah gar nicht wie ein Diplomat aus, sondern eher wie ein Makler. Und er war ja auch Deutschlands Makler in Verständigung. Meine Freunde sagten: in „Erfüllung". Und deshalb waren wir gegen ihn. Unserer Ansicht nach war es sinnlos und unwürdig zugleich, Forderungen erfüllen zu wollen, die ohne Aufopferung der Freiheit und Ehre des Volkes unerfüllbar waren.

Stresemann war ein Exponent des Liberalismus, des Vernunftoptimismus. Es schien uns absurd, einem Volk, dem man die Zwangsjacke grausamster Verträge angelegt hatte, anzuempfehlen, daß es „an den Fortschritt der Menschheit aus dem freien Spiel der Kräfte" glauben und mit der Vernunft seiner Gegner rechnen solle. Wir nannten diesen Mann einen Schwächling, weil er sich als Liberalist zum Gegner jedes Zwanges erklärte und zugleich mit denen regierte oder verhandelte — die mittelbar oder unmittelbar einer Weltzwangsherrschaft Vorschub leisteten. Dazu kam, daß in unseren Augen der Liberalismus der politische Schild des Kapitalismus war und wir also Stresemann in Verdacht hatten, mehr internationale Interessen als diejenigen des Reiches zu vertreten. An seiner gewandten Rede bewunderte ich den Jongleur, der keinen seiner Bälle fallen läßt, mehr nicht. An ihn zu glauben, wäre mir völlig unmöglich gewesen.

Aber unter dem vielen, was mir an Stresemanns Rede nicht gefiel, waren doch auch zwei Gedankengänge, die mir zusagten.

Er hatte offenbar die Ansicht und Hoffnung, sowohl mit Frankreich wie mit Rußland zu einer Verständigung zu kommen. Er hatte den Mut zu sagen, daß Deutschlands geographische Lage auch sein Vorteil sein könne — und das habe ich bis heute nicht vergessen.

Von Gustav Stresemann erfuhr ich in sehr sachlicher Form, wie natürlich und gut für das Reich ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich sein würde. Seine Argumente waren einfach, klar und einleuchtend. Ich hatte Frankreichs größte Schwäche, die Revolution, und seine größte Stärke, Bonaparte, kennen gelernt und lebte in dem Wahn, Frankreich beurteilen zu können. Sehr viel später, als ich oft in Frankreich gewesen und es lieben gelernt habe, habe ich Stresemann im Hinblick auf Frankreich recht gegeben.

41/98f.

- Stresemann zur Österreich-Frage: „Wir wollen ein Land und eine Wirtschaftsgemeinschaft sein" 29/148
- Stresemanns Urteil über die Tschechoslowakei: „das Einfallstor Rußlands nach Europa" 29/178
- Hintergründe des Antisemitismus im Deutschland der 20er Jahre 41/226
- Korruptionsskandale und -prozesse in der Weimarer Republik 27/107; 41/109f., 112f.
- „Feme-Justiz" und „Fememord"-Prozesse 27/109—115
- Die Frage des Putativ-Notstandes in den „Fememord"-Prozessen 27/110—113
- Beendigung der „Fememord"-Prozesse durch Amnestiegesetz 27/114f.
- Erklärung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegen die Kriegsschuldbehauptung des Versailler Vertragstextes (28. 6. 1929) 26/217f.

Der New Yorker Börsenkrach und seine Folgen

„Eternal prosperity" war das Schlagwort der Zeit und der Traum, der von New York aus verkündet wurde. „Prosperity" ist schwer zu übersetzen — das deutsche „Wachstum" klingt zu natürlich, um das zu bezeichnen, was gemeint ist; „Aufstieg" würde zu sehr an Tüchtigkeit gemahnen. Nur „eternal" ist leicht zu verdeutschen: ewig sollte das dauern, woran die Bankiers sich begeisterten.

Die erhoffte „Ewigkeit" währte genau bis zum Donnerstag, den 24. Oktober 1929 vormittags zwischen 10 und 11 Uhr. Innerhalb von ein paar Stunden gab es für beträchtliche Mengen Wertpapiere auf der New Yorker Börse keine Käufer mehr. Am Freitag wurden Stützungsaktionen unternommen, aber sie erwiesen sich als wirkungslos. Der Zusammenbruch der Börsenkurse war nicht mehr aufzuhalten, schon nach wenigen Tagen gab es keinen Zweifel mehr über das Ausmaß der Katastrophe, die unter der Sammelbezeichnung „schwarzer Freitag" in die Geschichte eingegangen ist.

Die bis dahin fieberhaft emporgetriebenen Kurse sanken so rapide in sich zusammen, daß bis zum 12. November 1929 ein Kapitalverlust von etwa 30 Milliarden Dollar errechnet wurde . . .

Die Affäre würde uns dennoch heute kaum noch interessieren, hätte nicht die damalige amerikanische Börsen- und Finanzkrise in Kettenreaktionen nach Europa übergegriffen — von den Morganschen Krediten des Jahres 1914 bis zum Youngplan des Sommers 1929 zog sich ein immer dichteres Netz von Finanzverpflichtungen über den Atlantik und das Ergebnis war dementsprechend: Nun sollten alle die vielen Dollars, die in den Vorjahren gegen nicht unerheblichen Zinssatz so eifrig — vielfach noch kurzfristig — in Europa und insbesondere im erfüllungsbereiten und deshalb devisenhungrigen Deutchland angeboten und angenommen wurden, baldigst nach New York zurückbezahlt werden.

Die Folgen sind bekannt genug: Noch inbrünstiger als man einst von Wilson einen echten Frieden erwartet hatte, erhofften sich die deutschen Krisen-Regierungen vom damaligen amerikanischen Präsidenten Hoover Rettung vor der Erdrosselungsdrohung der Wall-Street. Mehr als ein „Moratorium" — einen Zahlungsaufschub — konnte Hoover nicht bieten; die mitteleuropäische Wirtschaft sackte in des Wortes unmittelbarer Bedeutung hoffnungslos in sich zusammen; der Reparationswahn löste sich auf, als es zu spät war.

24/127—129

*

Joachim von Ribbentrop urteilt in seinen Erinnerungen:

Seit 1929 trieb die deutsche Wirtschaft und damit auch die deutsche Innenpolitik unaufhaltsam einer Krise zu. Die Schraube der Repara-

tionsforderungen war überdreht worden. Nach der ungesunden Anleihe-Hausse des Jahres 1928 ging es plötzlich steil bergab. Der deutsche Export konnte den Import nicht mehr decken, der Goldbestand der Reichsbank schrumpfte rapide zusammen, das Geschäftsleben stagnierte, die Produktion sank ab, Massenentlassungen in den Fabriken, Millionen von Arbeitslosen, Steuer- und Kapitalflucht der Besitzenden ins Ausland — das waren Symptome der seit 1930 immer deutlicher zutage tretenden Wirtschaftskrise. 4/34

Der „Young-Plan"

Bereits im Sommer 1928 hatten sich Schwierigkeiten bei der Durchführung des „Dawes-Planes" eingestellt. Eine Sachverständigenkommission unter dem Amerikaner Owen D. Young arbeitete deshalb einen neuen Zahlungsplan aus. Die deutschen Vertreter boten den Alliierten an, daß Deutschland jährlich 1,65 Milliarden Goldmark zahlen würde, und zwar 37 Jahre lang, insgesamt also 61,05 Milliarden. Die Sieger lehnten den Vorschlag ab. Der endgültige Youngplan setzte die jährlichen deutschen Zahlungen für 37 Jahre auf 2,05 Milliarden Mark fest und verlangte für weitere 22 Jahre noch Zahlungen von durchschnittlich 1,7 Milliarden. Bis zum 31. März 1988 sollten die Deutschen zahlen.

Mit dem Young-Plan war erstmals ein politisches Zugeständnis verbunden: Die französische Rheinland-Besatzung sollte nach Annahme dieses „neuen Planes" abziehen und damit das Reichsgebiet endlich besatzungsfrei werden.

Um dieses bescheidenen, aber doch gewiß wichtigen Vorteils willen hat Hindenburg auch hier dem Außenminister Stresemann seine Mitwirkung nicht versagt — obwohl er dadurch selbst in den Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen gezogen wurde. Vor allem die nationalen Gruppen sagten ihm in diesem Streit die Gefolgschaft auf. Sie empörten sich gegen die Zumutung, daß durch eine neue deutsche Unterschrift nochmals freiwillige Verpflichtungen mit jahrzehntelanger Auswirkung eingegangen werden sollten.

Hindenburg urteilte ganz nüchtern; er wußte, daß der „Young-Plan" genauso unerfüllbar war wie der „Dawes-Plan" und deshalb in Kürze scheitern mußte — aber die Rheinland-Räumung wollte er denn doch gesichert wissen.

*

Das Jahr 1930 war bekanntlich in mehrfacher Hinsicht ein Schicksalsjahr: Im Frühjahr ratifizierte die deutsche Reichsregierung mit

dem „Young-Plan" eine erneute Verpflichtung zur Zahlung von „Reparationen" — jener Bedingung des Versailler Diktates, die ganz offenkundig dazu bestimmt war, den Deutschen eine Art moderne Sklaverei aufzuerlegen. Angesichts der sich bereits abzeichnenden Weltwirtschaftskrise, des in der Reichskasse schon eingetretenen Kassedefizits von fast zwei Milliarden Mark, und des Steigens der Arbeitslosenzahl erklärte der Reichsbankpräsident Schacht seinen Rücktritt, um gegen den „neuen Plan" zu protestieren. Auch die deutschen Sozialdemokraten zogen sich — wenn auch formell aus anderem Grunde — aus der Regierungsverantwortlichkeit zurück; der „Präsidialkanzler" Dr. Brüning begann seine Notverordnungspolitik, die zunächst zur Reichstagsauflösung und zum ersten dramatischen Wahlsieg der NSDAP führte. 34/107

- Der Young-Plan und die deutsche Regierungskrise März 1930 26/222
- Der Rücktritt des Reichskanzlers Müller und seiner Regierung (27. 3. 1930) 26/220—222
- Bildung der „Präsidialregierung" Brüning (30. 3. 1930) 26/222f.
- Reichstagsauflösung Juli 1930 26/223f.
- Reichstagswahl 14. 9. 1930: NSDAP zweitstärkste Partei mit 107 Mandaten 26/225; 27/114; 34/21
- Warum keine „Öffnung nach rechts" im Herbst 1930? 34/161
- Hindenburg und die Krise der Weimarer Republik 1930—1933 26/219—237
- Die Notverordnungsgesetzgebung 1930—1932 26/225f.; 27/115; 34/21f.
- Widerstand der Weimarer Regierungen gegen das Anwachsen der NSDAP 34/22f., 161, 170

Der deutsch-österreichische Zollunionsplan und sein Scheitern

Wenn Reichskanzler Brüning seinen Kurs einer gemäßigten Fortsetzung der „Erfüllungspolitik" durch all die offenkundigen Fährnisse durchsetzen wollte, so war es klar, daß er der deutschen Öffentlichkeit in irgendeinem Punkt Gelegenheit zum Aufatmen, zum Hoffen auf eine günstigere Zukunftentwicklung bieten mußte. Unmittelbar nach dem 14. September 1930 scheint Brüning diese politisch-propagandistische Notwendigkeit geradezu drastisch empfunden zu haben. Jedenfalls berichtet der seinerzeitige Reichsaußenminister Curtius, der sich gerade in Genf aufhielt, in seinen Erinnerungen:

„Am Tage nach der Wahl kam im Flugzeug Prälat Kaas, der Fraktionsführer des Zentrums, Brünings Vertrauensmann, um mit mir über die von mir am nächsten Tag, am 16. September, zu haltende Plenarrede zu sprechen. Es sah zuerst so aus, als sollte Kaas mir die seidene Schnur bringen! In Ber-

lin hatte man den Kopf verloren und wollte, daß die deutsche Delegation in Genf hinten und vorn ausschlüge. Ich sollte das Steuer herumwerfen, mich von der bisherigen Außenpolitik lossagen und — ja, und? so habe ich Herrn Kaas gefragt, und was für eine Politik ankündigen? Darauf blieb er mir die Antwort schuldig. Ich erklärte ihm, daß ich von Genf abreisen würde, wenn der Kanzler auf diesen Tendenzen bestünde. Austritt aus dem Völkerbund wäre die einzige Alternative. Damit würde der Kanzler sich auch in der Innenpolitik als geschlagen bekennen. Er kapitulierte vor der Opposition. Das wäre natürlich eine politische Linie. Ich könnte sie aber nicht mitmachen. Herr Kaas ließ sich allmählich davon überzeugen, daß es im deutschen Interesse läge, weiter im Völkerbund zu bleiben."

Aus dem weiteren Gang der Dinge darf man schließen, daß Brüning in dem schon vorher zwischen Wien und Berlin insgeheim erörterten Projekt einer Zollunion mit Österreich gewissermaßen einen Ausweg aus dem Dilemma sah und suchte. Curtius hatte gewiß recht: ein völliges Umschwenken von der Erfüllungs- zur Widerstandspolitik hätte natürlich für Brüning bedeutet, daß er Hitlers politische Forderungen anerkannte. Da man aber in der Berliner Wilhelmstraße keinesfalls so weit gehen wollte, stellte sich die Frage nach einer Zwischenlösung, die sowohl wirtschafts- wie innenpolitisch eine Erleichterung bringen und sich gegen das Anwachsen der NSDAP auswirken konnte.

Curtius hat noch während des Genfer Aufenthalts, von dem er die Szene mit Prälat Kaas berichtet, mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober ausführlich über den Zollunionsplan gesprochen. Erste Fühlungnahmen waren bereits vorausgegangen, doch scheint dabei die Initiative auf österreichischer Seite gelegen zu haben. Jetzt war — erstmals — Berlin ernstlich an Österreich interessiert!

Zunächst gab es eine unvorhergesehene Verzögerung: Die Genfer Verhandlungen zwischen Curtius und Schober wurden durch eine österreichische Regierungskrise „jäh unterbrochen". Es trat eine mehrmonatige Pause ein, bis Schober im Dezember 1930 wieder Regierungsmitglied und zwar Außenminister wurde. Curtius: „Von diesem Zeitpunkt an trat der Zollunionsplan in den Vordergrund unserer Außenpolitik!"

Dieser Satz ist nur insoferne zutreffend, als er bezeichnet, was in den geheimen Beratungen des Reichskanzlers Brüning mit seinem Außenminister im Mittelpunkt stand: nach außen hin und insbesondere auch gegenüber der französischen und englischen Regierung wurde — gewiß mit Recht — strengstes Stillschweigen bewahrt. Es war klar, daß es sich um ein erstes „Gegen-den-Stachel-Löcken" handelte, um einen selbständigen deutschen Schritt g e g e n den Willen der Siegermächte, und daß man hier mit aller Umsicht verfahren mußte. Als ein Besuch Brünings und Curtius in Wien bevorstand, bei dem das

gemeinsame Vorgehen festgelegt werden sollte, sagte Brüning für seine Person unter einem formalen Vorwand ab; auch Curtius hatte ihm diese Zurückhaltung angeraten . . .

In Wien wurde dann bereits am 5. März 1931 zwischen Curtius und der österreichischen Regierung Übereinstimmung hinsichtlich eines Vertragstextes mit zwölf Artikeln erzielt, in denen alle wesentlichen Merkmale der vorgesehenen Zollunion einschließlich eines Schiedsverfahrens für Streitfälle festgelegt wurden. Das alles war freilich nicht so wichtig, wie die Frage, in welcher Weise diese bedeutende Neuerung den Siegermächten mitgeteilt und bei ihnen durchgesetzt werden sollte. Dafür hatten sich Curtius und Schober einen genaueren Plan zurechtgelegt: für Mitte Mai — also leider beträchtlich später — stand in Genf eine Tagung des Paneuropäischen Studienkomitees des Völkerbundes zu erwarten. Hier sollte über den schrittweisen wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas beraten werden, wobei die schon früher häufig erörterte Idee sog. „regionaler" Wirtschaftspakte zwischen benachbarten Ländern im Mittelpunkt stehen würde. Das war die richtige Gelegenheit, um mitzuteilen, daß die Berliner und Wiener Regierung sich entschlossen hätten in solcher Richtung einen ersten wichtigen Schritt zu tun.

Dieser wohlerwogene und gewiß nicht ungeschickte Plan — so war die Sache wirklich auch für die französische Regierung annehmbar — scheiterte an mangelnder Geheimhaltung. Es soll eine Wiener Korrespondentin des „Berliner Tageblattes" gewesen sein, die den Stein ins Rollen brachte; vielleicht waren es auch andere interessierte Kreise, die hier „große Politik" machten: jedenfalls waren bereits am 18. März 1931 in allen Zeitungen sensationelle Informationen über die deutsch-österreichische Zollunion zu lesen. Drei Tage später erschienen schließlich die eilig mobilisierten Diplomaten am Quai d'Orsay und im Foreign Office, um offiziell mitzuteilen, worüber die ganze Welt bereits sprach. Der britische Lord Vansittart zeigte dem österreichischen Gesandten ein „Gesicht voll Ablehnung" und dem deutschen Botschafter eröffnete er, es wäre Pflicht der Reichsregierung gewesen, die „beteiligten Parteien" — womit er offenbar die Versailler Mächte meinte — vorher zu befragen.

Der französische Ministerrat beschloß, sofort ein Veto einzulegen, „weil sonst diese erste Verletzung der europäischen Ordnung nicht die einzige bliebe". Außenminister Briand fand es sogar angezeigt, in einer Rede zu verkünden, er habe schon vor Jahren in Genf dem deutschen Reichskanzler in bezug auf einen Anschluß Österreichs gesagt: „Wenn Sie das wollen, so gehen wir dem Krieg entgegen."

So lautet die Pariser Antwort — ein mageres Ergebnis der vieljährigen „Verständigungs"-Politik, die in der Berliner Wilhelmstraße gegenüber Frankreich betrieben worden war.

34/107—110

*

Diese wahrlich niedrige Hürde einer außenpolitischen Verständigung zwischen den deutschen und den Interessen Frankreichs und Englands erwies sich bereits als zu hoch. Der damals noch amtierende amerikanische Präsident Hoover urteilte in seinen Memoiren sehr treffend:

„Eine Zollunion zwischen einem kleinen Staat von 6 Millionen Menschen und einem großen von 60 Millionen Menschen war kaum als eine ernsthafte Drohung aufzufassen. Aber Frankreich und Großbritannien erklärten sofort, sie würden das nicht zulassen. Nach außen war das nichts anderes als ein neues eklatantes Beispiel europäischer Machtpolitik."

Genauer gesagt: das klägliche Schicksal des Zoll-Union-Planes war der Beweis, daß das entmachtete Deutschland auch zwölf Jahre nach Kriegsende nicht wieder Herr seiner eigenen Entschlüsse geworden war, daß die Weimarer Republik immer noch auf dem Platz stand, den sie mit der unseligen Versailler Unterschrift betreten hatte.

43/45

- Innenpolitischer Kurswechsel in Österreich 34/114—117
- NSDAP drittstärkste Partei Österreichs (April 1932) 34/115
- Lausanner Anleihe für Österreich unter der Bedingung, auf politische und wirtschaftliche Anschlußbestrebungen zu verzichten 29/149
- März/April 1932: Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 26/227f.; 34/162

Bürgerkrieg in Deutschland?

In einem Brief an Friedrich von Berg hatte Hindenburg kurz vor der Wahl am 25. Februar 1932 geschrieben: „Ich gehe lieber den Passionsweg persönlicher Angriffe gegen mich und Herabsetzung des Namens, als daß ich Deutschland sehenden Auges den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten lasse . . ."

Der Bürgerkrieg — das war in jenen Tagen keine Phantasie. Fast täglich kam es bereits zu blutigen Zusammenstößen und politischen Morden auf offener Straße. Daß hinter diesen Vorgängen System steckte, war damals nur zu ahnen; heute wissen wir mehr darüber. So hat inzwischen Richard Krebs, ein damaliger kommunistischer Funktionär, über den sog. „Altonaer Blutsonntag" am 17. Juli 1932 offenherzig berichtet:

„Geheime Instruktionen gingen an alle Einheitsführer; sie erhielten den Befehl, bei nächster Gelegenheit ein großes Blutbad zwischen SA und SS und den Arbeitern zu provozieren. Ein solches Blutbad, so hoffte man, würde die Massen der Gewerkschaften über die Köpfe ihrer Führer hinweg zu einer Gegenaktion aufstacheln. Die Kommunistische Partei sollte sich dann an die Spitze der aufgebrachten Massen setzen, den Generalstreik ausrufen und die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft fordern. Das Ziel war, den Bürgerkrieg zu entfesseln und die vollständige Entfremdung der sozialistischen Massen von ihrer Führung herbeizuführen."

Krebs erzählt gelassen, wie man einen von der SA in Altona geplanten Propagandamarsch planmäßig als Anlaß für ein Blutbad benutzte. „Bewaffnete Einheiten des Rotfrontkämpferbundes wurden auf den Hausdächern längs der Durchmarschroute der SA stationiert." Andere Stoßtrupps hielten sich bereit, nach dem Zusammenstoß die Wohnungen von SA- und Stahlhelmführern zu überfallen. Trupps von Frauen und Mädchen sollten für die verwundeten Kommunisten sorgen. Krebs selbst war beauftragt, mit 800 Mann das Hamburger Hafengebiet von Nationalsozialisten „zu säubern", wie er schreibt. So erwarteten sie die marschierende SA.

„Die SA marschierte wie eine Maschine. Die Gesichter der jungen Leute waren gefaßt und blaß. Auf ein Signal des Abteilungsführers brachen die Teilnehmer in ein hohles Gebrüll aus: „Tod der roten Pest! Deutschland — erwache!' Dann krachten die ersten Schüsse von den Dächern. Die Dächer waren zu flach und die Straßen zu eng, als daß man auf die marschierenden Kolonnen direkt hätte zielen können. Die Schüsse wurden deshalb auf die Erdgeschosse der den Dachschützen gegenüberliegenden Häuser abgegeben. Die abprallenden Kugeln schlugen dann in die braunen Kolonnen. Einige Frauen, die sich den Zug von den Fenstern ihrer Wohnungen aus angesehen hatten, wurden getroffen und fielen schreiend hin. Die SA-Leute drangen in die Häuser, um die Angreifer auf den Dächern zu fassen. Abfalleimer flogen aus den Fenstern. Polizeiwagen griffen in die Schlacht ein. Maschinengewehre bestrichen die Dächer . . ."

Der „Blutsonntag von Altona" endete mit 14 Toten und über 200 Verwundeten.

Im Laufe weniger Wochen betrugen die blutigen Verluste bei diesen bitteren Kämpfen zwischen Rechts und Links insgesamt 99 Tote und 1125 Verwundete.

Ja, der Bürgerkrieg konnte wirklich blutige Möglichkeit werden (und er wurde es in Spanien drei Jahre später); der wiedergewählte Reichspräsident mußte ernsthaft prüfen, ob der bisherige Weg nicht gerade dorthin führte.

26/229f.

*

Fast anderthalb Jahrzehnte hindurch hatte sich die Weimarer Republik einerseits gegen die Ansprüche und Eingriffe der Versailler Siegermächte, andererseits gegen die Gefahren aus dem Sowjetbereich zu verteidigen gehabt; ihr Versuch, durch Verhandlungsbereitschaft und Nachgiebigkeit eine Milderung der Versailler Bedingungen zu erreichen war in allen wichtigen Punkten gescheitert; andererseits war die Bürgerkriegsgefahr der Jahre 1919 bis 1923, wie sich aus dem neuerlichen Anwachsen der KPD-Stimmen unschwer ablesen ließ, wieder in den Vordergrund getreten.

Für die KPD bzw. für die Reichspräsidenten-Kandidatur Thälmann wurden in den Jahren 1924 bis 1932 gezählt:

7. 12. 1924	2 709 100 Stimmen	45 Reichstagsmandate
20. 5. 1928	3 263 400 Stimmen	54 Reichstagsmandate
14. 9. 1930	4 592 100 Stimmen	77 Reichstagsmandate
13. 3. 1932	4 983 197 Stimmen	(Reichspräsidentenwahl)
31. 7. 1932	5 278 094 Stimmen	89 Reichstagsmandate
6. 11. 1932	5 970 833 Stimmen	100 Reichstagsmandate

Besonders auffällig war das Ansteigen der kommunistischen Stimmenzahl zwischen März und November 1932 um fast eine Million Wählerstimmen. Erst die Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 brachten der KPD einen Rückschlag. An diesem Wahltag wurden noch 4 848 100 kommunistische Stimmen gezählt, die der KPD 81 statt bisher 100 Reichstagsmandate gesichert hätten, wenn sie nicht aufgelöst worden wäre.

34/30

- Mai 1932: Der Sturz des Reichskanzlers Brüning 26/230f.; 34/162
- Reichskanzlerschaft Papen 4/36; 34/22, 162—164, 170—172
- Reichstagswahl Juli 1932: NSDAP stärkste deutsche Partei mit 230 Mandaten; innenpolitische Folgen 4/36f.; 26/231; 34/163—165; 170f.

Die „Abrüstungskonferenz"

Im Februar 1932 war — fast dreizehn Jahre nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages — endlich die sog. Internationale Abrüstungskonferenz zusammengetreten, um die Angelegenheit zu regeln, von der Lloyd George schon 1919 gesagt hatte, daß sich an ihr beweisen werde, ob der Völkerbund „Betrug und Gespött" sei.

Der amtliche britische Standpunkt war in dieser Frage wohlwollend gegenüber der von der deutschen Regierung des Reichskanzlers Brüning aufgestellten Forderung: entweder Abrüstung aller anderen

Mächte oder Wiederaufrüstung der deutschen Armee. Nicht nur der Sinn, sondern auch der Wortlaut des Versailler Vertrages unterstützte diese deutsche Auffassung, die nach Brünings Sturz von der Regierung Papen vertreten wurde. Lloyd George — er war längst nicht mehr im Amt, aber er hatte als einer der seinerzeitigen „Großen Vier" ein Wort mitzureden — nahm ganz entschieden Partei:

„Ich nehme keinen Anstoß", so schrieb er in einem Zeitungsaufsatz im September 1932, „mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben."

Es ginge freilich im Jahre 1932 nicht mehr nur um sittliche Gesichtspunkte, sondern um einen Tatbestand, der die europäische Lage gegenüber den Tagen von Versailles von Grund auf geändert hatte: Rußland — im Jahre 1919 ein Chaos — war inzwischen wieder zum Range einer militanten Großmacht aufgestiegen. Schon seit dem Herbst 1928 lief in der Sowjetunion der sog. „Fünfjahresplan", der durch eine entschlossene Industrialisierung den modernen Neuaufbau der russischen Armee ermöglichte und dessen machtpolitische Auswirkungen der britischen Regierung nicht unbekannt blieben. Unter diesen Umständen wurde die Fortdauer des militärisch leeren Raumes auf deutschem Boden ein nicht minder ernstes Problem wie das Anwachsen der kommunistischen Welle in Deutschland, der nur der ebenfalls emporsteigende Nationalsozialismus Widerstand bot. 8/68f.

*

Es war jedem Einsichtigen klar, daß etwas geschehen mußte, um entweder a l l e Rüstungen einschließlich der Rußlands auf den deutschen Stand zu v e r m i n d e r n oder die einschränkenden Versailler Bestimmungen für die deutsche Reichswehr aufzuheben. An der „Abrüstungskonferenz", die 1932 in Genf zusammentrat, nahmen auch die Vereinigten Staaten teil und Präsident Hoover arbeitete selbst einen recht vernünftigen Plan aus: Er wollte die Armeen nicht nur der Zahl nach vermindert, sondern auch in ihrer Bewaffnung auf die „Polizei"- und „Verteidigungskomponente" ausgerichtet wissen, wobei für die erstere das Zahlenverhältnis zwischen der deutschen Bevölkerungszahl und der Reichswehrstärke zugrundegelegt und die zweite entsprechend errechnet werden sollte.

Das bedeutete natürlich, daß Deutschland auch seine „Verteidigungskomponente" erhalten würde; schließlich wäre ein gewisses gemäßigtes Gleichgewicht im Verhältnis der Rüstungen und Bevölkerungszahlen erzielt worden. Hoover erlebte mit Staunen, daß in Genf sowohl die Fachleute — nämlich die Generalstäbler — wie auch

Deutschland, Italien und 36 andere Nationen seinen Vorschlägen zustimmten; zu Fall gebracht wurde der Plan von den „Briten und Franzosen, die nicht wollten, daß überhaupt etwas geschehe". Als die Konferenz nach Vertagung wieder zusammentrat, war Hoover ein im Wahlkampf geschlagener Mann und konnte nichts Nützliches mehr unternehmen . . .

24/135

- November 1932: Neuerliche Reichstagswahl und Reichskanzlerschaft Schleichers 26/232f.; 34/22, 165f., 172
- Januar 1933: Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Hitlers 4/37—42; 26/233—235; 34/166f., 173
- 30. Januar 1933: Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler 26/236f.; 34/18, 22, 30, 37, 166f., 173
- Putsch der Potsdamer Garnison? 26/235f.
- Statistisch erfaßte Arbeitslosenzahl am 31. 1. 1933: 6 013 600 34/23

Alternativen 1933

Stalin erwartete bereits seit Ende der 20er Jahre und, wie sich herausstellte, nicht mit Unrecht starke innerdeutsche Erschütterungen, und er war entschlossen, daraus Nutzen zu ziehen. Erstmals in der Geschichte der kommunistischen Partei gelang es ihr in jenen Jahren, in den Massen der deutschen Bevölkerung Fuß zu fassen. Bei den Reichstagswahlen erzielte sie Erfolg nach Erfolg.

Daß zu gleicher Zeit die Nationalsozialistische Partei von 1,07 Millionen Stimmen im Mai 1928 auf 13,74 Millionen im Juli 1932 anwuchs, hat Stalin in seinen Berechnungen offenbar nicht allzu sehr gestört. Er stellte seine Planung schon frühzeitig auf die Wahrscheinlichkeit eines innerdeutschen Bürgerkrieges ab und hatte allen Grund zur Annahme, daß die deutschen Kommunisten, gestützt auf die neue kraftvolle Rote Armee und ihre Rüstungsreserven diesen Kampf erfolgreicher bestehen würden als die Putschperiode der Jahre von 1918 bis 1923. Die politische Annäherung der Sowjetunion an Frankreich paßte in dieses Programm.

Nur unter der Annahme einer solchen Berechnung läßt sich begreifen, daß die Kommunisten in den Jahren, in denen die sogenannten Weimarer Parteien, insbesondere die SPD, jegliche Mittel anwandten, um trotz des Anwachsens der NSDAP zur größten deutschen Partei die Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu verhindern, keine Hilfestellung zur Erhaltung der Republik leisteten. Daß die KPD von Hitler keine Duldung zu erwarten hatte, stand außer jedem Zweifel, sinnvoll wird diese Politik der Kommunisten nur durch die Erwartung einer

militanten Auseinandersetzung im deutschen Raum; sie durften sich dabei dank der Unterstützung Moskaus ein Übergewicht über die nationalsozialistischen Verbände erhoffen, die ihrerseits auf Hilfe von außen nicht rechnen konnten.

Als Alterspräsidentin eröffnete die vertraute Freundin Lenins Klara Zetkin im September 1932 den neugewählten deutschen Reichstag. Mit zitternder Stimme, aber voll Leidenschaft sprach sie die Hoffnung aus, noch den Aufstieg eines „Sowjetdeutschlands" zu erleben. Ihr Wunsch war damals so utopisch nicht . . .

Daß der deutsche Reichspräsident von Hindenburg — knapp dreiviertel Jahre, nachdem er mit Hilfe der Linksparteien gegen Hitler in sein Amt wiedergewählt worden war — diesen doch noch zum Reichskanzler berief und die neue Regierung gegen die KPD noch schneller und noch gründlicher vorging, als erwartet wurde, brachte den ganzen Plan zum Scheitern.

Damit hatte zwar Stalins Deutschlandpolitik einen schweren Rückschlag erlitten, aber das weltgeschichtliche Ereignis der Machtergreifung Hitlers wies den Kreml andererseits weiter auf den Weg der „großen Politik". Sie führte im europäischen Raum zu der weiteren Verstärkung der Verbindung mit Frankreich, dann zur Durchführung der ursprünglich für Deutschland geplanten Taktik in Spanien, wo 1936—1939 ein dreijähriger Bürgerkrieg mit entschiedener Hilfeleistung Sowjetrußlands schließlich nur durch ähnlich entschiedenes Eingreifen Deutschlands und Italiens zugunsten General Francos beendet wurde.

Das wichtigste Ereignis dieser Periode aber war die Anknüpfung einer weltpolitischen Beziehung der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika — sie hat schließlich die Verhältnisse des Erdballes so gestaltet, wie wir sie gegenwärtig vor uns sehen.

14/184f.

*

Nach der vom britischen Lord Vansittart in seinem 1949 erschienenen Buch "Even now" ausgedrückten Ansicht dürfte man sich über die Gemeinsamkeit Bolschewismus-Nationalsozialismus durch nichts hinwegtäuschen lassen — „weder durch Hitlers antikommunistische Reden noch durch seinen Krieg gegen die Sowjetunion!" Immerhin waren das seltsame Freundschaftsbezeugungen — aber was gelten Tatbestände, wenn Vansittart etwas wahrhaben will. Im Eifer seines „Identitäts-Beweises" entfährt ihm freilich ein Satz, der in anderer Richtung aufschlußreich ist. Er behauptet, ihn schon im Jahre 1933 niedergeschrieben zu haben:

„Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein; wenn er Erfolg hat, wird e r innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen (if he succeeds he will have an European war in five years)."

Nehmen wir an, Vansittart hätte — wie er behauptet — wirklich im Jahre 1933 die Einsicht gehabt, ein innenpolitischer Fehlschlag Hitlers würde zu einem Sieg des Bolschewismus in Deutschland führen, so ergibt sich der beunruhigende Schluß, schon damals habe die Deutschlandpolitik des Foreign Office die Bolschewisierung des Reiches als eine in Kauf zu nehmende Folgeerscheinung mit in Rechnung gestellt! Ganz unwahrscheinlich ist diese Annahme nicht, wenn wir Vansittarts grundsätzliche Denkweise berücksichtigen: unter dem Begriff Bolschewisierung verstand man Anfang der dreißiger Jahre gemeinhin noch Chaos und machtpolitische Schwächung, also einen Zustand, den Vansittart als den wünschenswertesten im deutschen Raume hielt und hält. Als Hitler sich dann doch durchsetzte, wurde für den Permanent Undersecretary das zweite Auskunftsmittel fällig: ein zweiter Deutschland-Krieg.

8/57

VERZEICHNIS DER TEXTE

Der Hintergrund

Von Richelieu bis Bismarck

Versailles

Weimar

NAMENVERZEICHNIS

Bibliographisches Verzeichnis der Druffel-Bücher 1–34

Diese vollständige Übersicht nennt sämtliche in den Jahren 1952 bis 1967 erschienenen Verlagswerke des Druffel-Verlages. Bei Erscheinen des vorliegenden Buches waren die Werke mit der Verlagsnummer 2, 3, 5, 6, 8, 11, 13, 15, 16, 20, 24, 27, 32, 37 und 40 beim Verlag vergriffen. Die lieferbaren Titel sind dem jeweils neuesten Verlagsverzeichnis zu entnehmen.

Verlagsnummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
1	Ilse Hess: England—Nürnberg—Spandau, Ein Schicksal in Briefen. 176 Seiten — 3 Bildtafeln	Oktober 1952
2	Heinrich Sanden: Europa ohne Phrase. 92 Seiten	März 1953
3	Erich Kern: Buch der Tapferkeit. 192 Seiten — 13 Bildtafeln — 5 Kartenskizzen	September 1953
4	Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Annelies von Ribbentrop. 336 Seiten — 12 Bildtafeln	Dezember 1953
5	Alkmar von Hove: Achtung Fallschirmjäger, Eine Idee bricht sich Bahn. Geleitwort von Generaloberst a. D. Kurt Student. 231 Seiten — 13 Bildtafeln — 7 Kartenskizzen	September 1954
6	Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe: Souveräne Menschen, Kleine Lebensregeln — groß geschrieben. 140 Seiten — 1 Bildtafel	November 1954
7	Dr. Julius Lippert: Lächle — und verbirg die Tränen, Erlebnisse und Bemerkungen eines deutschen „Kriegsverbrechers". 224 Seiten — 1 Bildtafel — 6 Zeichnungen	Februar 1955
8	Helmut Sündermann: Alter Feind — was nun? Wiederbegegnung mit England und Engländern. 208 Seiten — 6 Bildtafeln	Oktober 1955
9	Ilse Hess: Gefangener des Friedens, Neue Briefe aus Spandau. 196 Seiten — 8 Bildtafeln	November 1955
10	Jon Gheorghe: Automatic Arrest, Wie die kleinen Kreuzfahrer des Onkel Sam die Europäer „umerziehen" wollten — und wie sie es machten. 224 Seiten — 1 Bildtafel — 5 Zeichnungen	März 1956
11	Sepp Frisch: Die Saar blieb deutsch, Ein Rückblick 1680—1955. 200 Seiten — 7 Bildtafeln	September 1956

Verlags-nummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
12	Hans Ulrich Rudel: Von den Stukas zu den Anden, Am höchsten Vulkan der Erde. 136 Seiten — 8 Bildtafeln (Druffel-Jugendbuch)	November 1956
13	Marc Augier: Götterdämmerung, Europa 1945. 206 Seiten — 1 Bildtafel — 2 Zeichnungen	März 1957
14	Helmut Sündermann: Das Erbe des falschen Propheten, Moskaus Kampf um Deutschland von Lenin bis heute — und morgen? 264 Seiten — 12 Bildtafeln	Oktober 1957
15	Rudolf Nowotny: Walter Nowotny „Tiger vom Wolchwstroj", „Fliegerwunder aus Österreich". 140 Seiten — 10 Bildtafeln — 2 Faksimile (Druffel-Jugendbuch)	November 1957
16	Emilio Esteban Infantes: Blaue Division, Spaniens Freiwillige an der Ostfront. Deutsche Übersetzung von Werner Haupt. 136 Seiten — 9 Bildtafeln — 6 Kartenskizzen	März 1958
17	Hans Heyck: König zwischen Tod und Sieg, Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg. 160 Seiten — 2 Bildtafeln — 9 Zeichnungen von Menzel (Druffel-Jugendbuch)	März 1958
18	Herbert Bruder: Ich komme wieder, Ein deutscher Soldat erzählt. 247 Seiten — 1 Bildtafel	Oktober 1958
19	Arthur Erhardt: Der Junker und der deutsche Traum, Die Wiederbegründung des Reiches durch Otto von Bismarck. 164 Seiten — 2 Bildtafeln — 6 Zeichnungen aus dem „Kladderadatsch" (Druffel-Jugendbuch)	Februar 1959
20	Helmut Sündermann: Das Dritte Reich, Eine Richtigstellung in Umrissen. 95 Seiten	Mai 1959
21	Dr. Rütger Essén: Sven Hedin, Ein großes Leben. 280 Seiten — 12 Bildtafeln — 6 Kartenskizzen	Oktober 1959
22	Unvergeßliche Bilder, Deutsche Maler aus sechs Jahrhunderten, Auswahl und Einleitung Dr. Hans W. Hagen. 128 Seiten — 96 Tafeln (Druffel-Geschenkbuch)	November 1959

Verlags-nummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
23	Heinz von Arndt: Das Abenteuer der Befreiung, Ernst Moritz Arndt und die Forderung seiner Zeit. 188 Seiten — 4 Bildtafeln — 1 Faksimile (Druffel-Jugendbuch)	März 1960
24	Helmut Sündermann: Die Pioniere und die Ahnungslosen, Skizzen amerikanischer Vergangenheit und Gegenwart. 240 Seiten — 8 Bildtafeln — 2 Kartenskizzen	Oktober 1960
25	Leuchtendes Leben, Deutsche Gedichte aus acht Jahrhunderten, Auswahl und Einleitung: Hans Heyck, Holzschnitte Ferdinand Kieslinger. 128 Seiten (Druffel-Geschenkbuch)	November 1960
26	Martin Lüders: Der Soldat und das Reich, Paul von Hindenburg, Generalfeldmarschall und Reichspräsident. 256 Seiten — 1 Kartenskizze — 3 Faksimile (Druffel-Jugendbuch)	März 1961
27	Professor Dr. Friedrich Grimm: Mit offenem Visier, Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts. Als Biographie bearbeitet von Hermann Schild. 284 Seiten — 8 Bildtafeln	Oktober 1961
28	Zeitenspiegel, Zweihundert Anekdoten aus der deutschen Geschichte, Auswahl Gert Sudholt. Zeichnungen Hasso Freischlad. 120 Seiten (Druffel-Geschenkbuch)	Dezember 1961
29	Annelies von Ribbentrop: Verschwörung gegen den Frieden, Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. 548 Seiten — 11 Bildtafeln — 2 Kartenskizzen	Juni 1962
30	Helmut Sündermann: Potsdam 1945, Ein kritischer Bericht. Mit den Protokollen der 13 Sitzungen, in denen über Deutschland und Osteuropa entschieden wurde. 440 Seiten — 4 Bildtafeln — 3 Kartenskizzen	November 1962
31	Ruf der Heimat, Bilder aus dem deutschen Osten, Einleitendes Gedicht „Bekenntnis“ von Agnes Miegel. 164 Seiten — 80 Tafeln — 1 Übersichtskarte (Druffel-Geschenkbuch)	März 1963

Verlags-nummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
32	Paul Rassinier: Was ist Wahrheit? Zum Fall Eichmann oder Die unbelehrbaren Sieger. 248 Seiten	Juni 1963
33	Brigitte Pohl: Fastnacht der Dämonen, Erlebnisse einer Wienerin. 304 Seiten — 1 Bildtafel	November 1963
34	Helmut Sündermann: Das Dritte Reich, Eine Richtigstellung in Umrissen, Erweiterte Neuauflage. 252 Seiten.	März 1964
35	Barry Morris Goldwater: Warum nicht Sieg? Neuer Ausblick auf die amerikanische Politik. Autorisierte Übersetzung. 184 Seiten	Oktober 1964
36	Peter Degner: Wille zur Zukunft, Zeugnisse denkender Jugend. 240 Seiten	November 1964
37	Torquato Luca de Tena: Der Rebell, Hauptmann Palacios und die Russen. Deutsche Übersetzung Helmfried Knoll. 206 Seiten — 2 Bildtafeln — 1 Kartenskizze	März 1965
38	Helmut Sündermann: Deutsche Notizen, Erlebnis — Widerspruch — Erwartung. 376 Seiten — 4 Bildtafeln — 2 Kartenskizzen	November 1965
39	Cordt von Brandis: Vor uns der Douaumont, Aus dem Leben eines alten Soldaten. 232 Seiten — 1 Bildtafel — 3 Kartenskizzen	Februar 1966
40	Dr. Norbert Burger: Südtirol wohin? Ein politisches Problem unserer Zeit — und seine Lösung. 212 Seiten	Juni 1966
41	Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe: . . . Verdammte Pflicht und Schuldigkeit . . ., Weg und Erlebnis 1914—1933. 288 Seiten — 1 Bildtafel — 1 Faksimile	Oktober 1966
42	Ilse Hess: Antwort aus Zelle Sieben, Briefwechsel mit dem Spandauer Gefangenen, Einleitung von Wolf Rüdiger Hess. 284 Seiten — 2 Bildtafeln	März 1967
43	Germanus: Bilanz der Unterwerfung, Deutsche Entscheidungen morgen. 320 Seiten — 4 Bildtafeln	November 1967

Angriff oder Abwehr ?

Der deutsche Bereich – einst und jetzt

